



Printed in Germany

Tschechien Kč 195,-
Ungarn Ft 2670,-

Spanien € 6,80
Spanien/Kanaren € 7,00

Slowakei € 6,80
Slowenien € 6,50

Polen (ISSN00387452) ZL 33,-
Portugal (cont) € 6,80

Norwegen NOK 86,-
Österreich € 6,00

Griechenland € 7,30
Italien € 6,80

Finnland € 8,30
Frankreich € 6,80

BeNeLux € 6,40
Dänemark dkr 57,95

Der Deal



zu viel

Warum die Ukraine-Affäre Donald Trump das Amt kosten kann

Klimaaktivistin
Vier Wochen mit Greta Thunberg durch Amerika

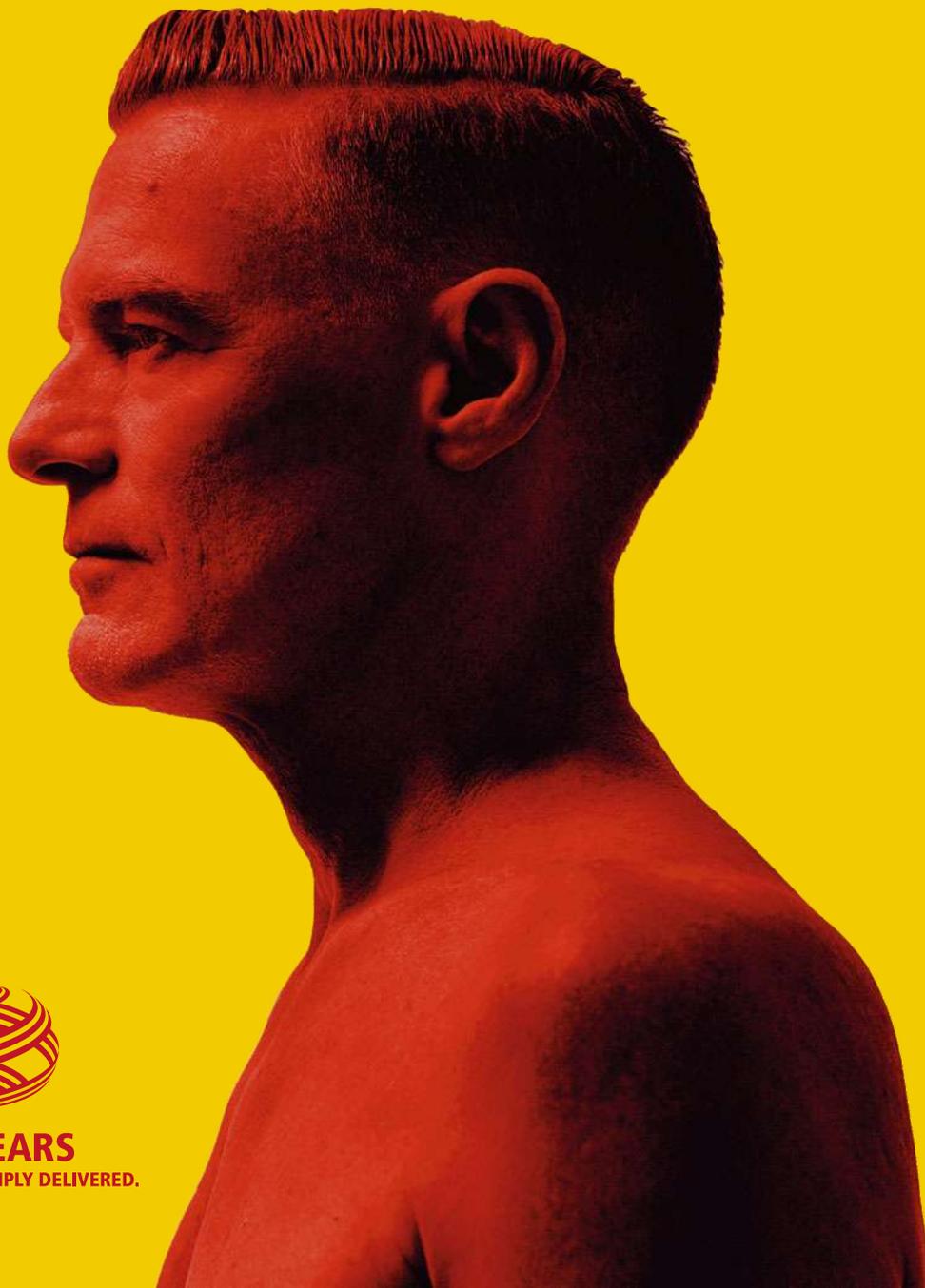
Die Pflege-Mafia
Wie Familien kriminellen Firmen ausgeliefert sind

Frankfurter Buchmesse
Zu Hause bei den besten Literaten Norwegens



SINCE THE SUMMER OF '69.

WIR FEIERN UNSEREN 50. MIT BRYAN ADAMS ...



50 YEARS

EXCELLENCE. SIMPLY DELIVERED.

OFFIZIELLER
LOGISTIKPARTNER
VON BRYAN ADAMS
SHINE A LIGHT
WORLD TOUR 2019.



UND PFLANZEN ZUSAMMEN 1 MILLION BÄUME.

Zum 50. machen wir der ganzen Welt ein Geschenk. Und pflanzen für jedes verkaufte Ticket von Bryan Adams World Tour 2019 einen Baum – insgesamt über eine Million. So fördern wir gemeinsam mit allen Fans den Klimaschutz. Mehr über unsere Kooperation mit Bryan Adams und unser konzernweites Umweltschutzprogramm GoGreen:

[50years.dhl](https://www.dhl.com/50years.dhl)



**EIN BAUM
FÜR JEDES
VERKAUFTE
TICKET**

Hausmitteilung

Betr.: Greta Thunberg, Pflege, Hongkong



HEINRICH-BOLL-STIFTUNG

Thunberg (r.), Oehmke (3. v. r.)

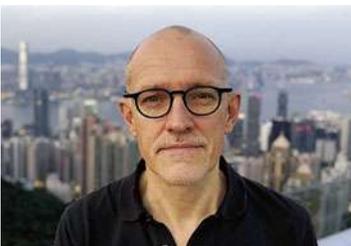
Vor etwas mehr als einem Jahr hat die damals 15-jährige Schwedin Greta Thunberg begonnen, jeden Freitag in Stockholm für mehr Klimaschutz zu demonstrieren. 13 Monate später zählt Thunberg zu den berühmtesten Personen der Welt: Sie ist zur Ikone unserer Zeit geworden und »Fridays for Future« zu einer globalen Bewegung. Vergangenen Montag hielt Greta Thunberg beim Uno-Klimagipfel in New York eine schon jetzt historische Rede. Reporter Philipp Oehmke hat Thunberg in den vergangenen vier Wochen in den USA begleitet, es war nicht immer einfach für ihn, der jungen Frau zu folgen. Weil der Andrang bei ihren Auftritten hysterische Ausmaße annahm, ließen Thunbergs Leute sich immer ausgefeiltere Techniken einfallen, um die Traube von Anhängern und Journalisten abzuschütteln. Zusammen mit den Kollegen Lothar Gorris, Tobias Rapp und Kurt Stukenberg beschreibt Oehmke, wie Thunberg die Klimapolitik auf den Kopf stellt. »Thunberg wird von ihren Kritikern auch wegen ihrer Asperger-Diagnose gern als verrückt dargestellt«, sagt Oehmke. »Verrückt sind aber eher diejenigen, die weiterhin nichts gegen den Klimawandel unternehmen wollen.« **Seite 56**

Die Recherche begann mit einer Zahl: Als die Redakteurinnen Kristina Gnirke und Isabell Hülsen erfuhren, dass Kriminelle jährlich geschätzte 14 Milliarden Euro aus dem Gesundheitswesen abziehen, wollten sie wissen, wie das möglich sein kann. Und warum offenbar niemand ernsthaft etwas dagegen unternimmt. Sie fanden heraus, dass Politik und Kassen die Betrüger gewähren lassen. Mittlerweile gibt es etliche häusliche Pflegedienste, die die Patienten in Lebensgefahr bringen, weil sie kaum qualifizierte Hilfskräfte einsetzen – und dann überteuerte Stundensätze abrechnen. Gegen 35 der 120 Intensivpflegedienste, mit denen allein die AOK Bayern zusammenarbeitet, ermitteln die Staatsanwälte. Die Redakteurinnen trafen überforderte Ermittler, denen die Ressourcen fehlen, um Verdachtsfällen nachzugehen; sie sprachen mit Pflegebedürftigen, die unter mangelnder Versorgung leiden. »Es ist ein Skandal, dass die Firmen mit dem Leben von Menschen spielen, um möglichst hohen Profit zu ergaunern«, sagt Hülsen. Der Report »Der Feind an meinem Bett« beginnt auf **Seite 66**.



PUNE DJALLERHAWD / DER SPIEGEL

Hülsen, Gnirke



AGENTUR FOCUS / DER SPIEGEL

Zand in Hongkong

Seit mehr als hundert Tagen halten die china-kritischen Proteste in Hongkong an, kaum ein Wochenende vergeht mehr ohne Molotowcocktails und Tränengas. In beiden Lagern verhärten sich die Positionen, nimmt der Wille ab, über Kompromisse auch nur zu reden. Chinakorrespondent Bernhard Zand hat den Großteil seines Berufslebens im Nahen Osten verbracht und dabei immer wieder über Konflikte zwischen Bürgerbewegungen und autoritären Regimen berichtet. Er sagt: »Es ist bitter mit anzusehen, wie Hongkong von Woche zu Woche tiefer in den Strudel der Gewalt gerät.« Es sei nicht auszuschließen, dass die ursprünglich friedlichen Demonstrationen für mehr Demokratie und Freiheit noch weiter eskalieren. Zand rekonstruiert, wie die Massenproteste entstanden sind – und sich zu einem politischen Kampf entwickelt haben, der immer schwieriger beizulegen ist. **Seite 90**

Neue
Freiräume?

Mit durchgängig

digitalen Prozessen im

Unternehmen.



Egal, was Sie geschäftlich planen: Die dafür notwendigen Freiräume verschaffen Sie sich mit durchgängig digitalen DATEV-Lösungen für sämtliche kaufmännischen Aufgaben. So können Sie sich ganz auf das Wesentliche konzentrieren – Ihr Unternehmen.

[Digital-schafft-Perspektive.de](https://www.datev.de)



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

Inhalt

73. Jahrgang | Heft 40 | 28. September 2019

Titel

USA Ein Telefonat zwischen Donald Trump und dem ukrainischen Staatschef löst ein politisches Beben aus – stürzt der Präsident? **12**

Harvard-Jurist Cass Sunstein über Chancen und Risiken eines Amtsenthebungsverfahrens **16**

Wie der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Donald Trump schmeichelt – auf Kosten von Angela Merkel **19**

Deutschland

Leitartikel Ein Amtsenthebungsverfahren gegen Donald Trump ist riskant, aber richtig **8**

Meinung Die Gegendarstellung / So gesehen: Christian Lindner im Panikmodus **10**

Bundespolizei gegen Bundesinnenministerium in Sachen Afghanistan / Königs Appell gegen digitale Gewalt / Babyboomer-Lücke kann kompensiert werden **22**

Migration Innenminister Horst Seehofer fordert Quoten für die Aufnahme von aus dem Mittelmeer geretteten Flüchtlingen – und verärgert seine Partei **26**

Parteien Die Grünen wissen nicht, wie sie auf das Klimapaket reagieren sollen **30**

Klima Umweltministerin Svenja Schulze wird zur mächtigen Klimawächterin im Kabinett **32**

Koalition Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus über Klimainvestitionen und Grundrente **34**



NICCOLO LANFRANCHI / LAIF

Seehofer und die Seenotretter

Spät in seiner politischen Karriere wandelt sich der Bundesinnenminister in der Migrationspolitik vom Scharfmacher zum Menschenfreund. Seine Parteifreunde erkennen den Mann, der gegen die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin kämpfte, nicht wieder. **Seite 26**



HANNES JUNG / DER SPIEGEL

Im Behördenschungel

Dem Beschaffungsamt der Bundeswehr wird die Schuld am Rüstungsdesaster zugeschrieben. Zu Recht? Hausbesuch bei einer Behörde, die nach Perfektion strebt – und nicht mal Stiefel liefern kann. **Seite 40**

SPD Das Kandidatenrennen um den Vorsitz wird immer giftiger **38**

Bürokratie Für viele Pannen der Bundeswehr soll das Beschaffungsamt in Koblenz verantwortlich sein – Besuch in einer Mammutbehörde **40**

Klimabewegung Nach der Seenotrettung wendet sich die Aktivistin Carola Rackete neuen Zielen zu ... **46**

Affären Im Skandal um die Pkw-Maut verstrickt sich Verkehrsminister Andreas Scheuer weiter in Widersprüche **49**

Missbrauch Ein Fall im Saarland zeigt die seltsamen Methoden der Kirche bei der Verfolgung der Täter **50**

Gesellschaft

Früher war alles schlechter: Herztote / Warum posten Häftlinge ihr Essen im Internet? **54**

Eine Meldung und ihre Geschichte Ein HSV-Fan zeigt einen Schiedsrichter an **55**

Protest Wie Klimaaktivistin Greta Thunberg nach ihrer Wutrede beim Uno-Klimagipfel die Welt spaltet **56**

Kolumne Leitkultur **63**

Wirtschaft

Finanzminister Scholz erbt die chaotische IT-Modernisierung des Bundes / PIM Gold rutscht in die Pleite **64**

Skandale Wie häusliche Pflegedienste die Krankenkassen plündern und die Not von Familien ausnutzen **66**

Volkswagen Warum VW trotz Anklage an Chef-aufseher Hans Dieter Pötsch festhält 74

Insolvenzen Die deutsche Fluglinie Condor befreit sich vom insolventen Mutterkonzern Thomas Cook 76

Brexit Der Ökonom Gabriel Felbermayr fordert die EU auf, den Briten entgegenzukommen 78

Konzerne Die E-Zigarettenfirma Juul stürzt den Marlboro-Konzern in die Krise 82

Ausland

Zweifel an Flüchtlingszahlen in der Türkei / Islamisierung in Indonesien 84

Großbritannien Nach seiner Niederlage vor dem Supreme Court lässt Premier Boris Johnson den Streit um den Brexit eskalieren 86

Die Europäer ringen um einen Last-Minute-Deal mit London 88

Hongkong Wie es zu dem Konflikt mit Peking kam 90

Türkei Internationale Konzerne haben die Provinz Kocaeli in ein Krisengebiet verwandelt 96

Schicksale Die Verlobte des ermordeten saudi-arabischen Journalisten Jamal Khashoggi, Hatice Cengiz, kämpft um Gerechtigkeit 98

Sport

Die deutschen Erfinder neuer Übungsteile im Turnen / Magische Momente: Caroline Masson über einen emotionalen Triumph im Golfen 103

Leichtathletik Kevin Mayer, der König der Athleten 104

Verbände Warum findet die Leichtathletik-WM in der Hitze Katars statt? 106



CHRIS MCGRATH / GETTY IMAGES

Anatomie eines Aufstands

Seit mehr als 100 Tagen demonstrieren Menschen in Hongkong gegen Peking. Es ist ein Protest, der mit einem Mord seinen Anfang nahm, die ehemalige britische Kronkolonie entzweit, die Wirtschaft gefährdet – und blutig enden könnte. **Seite 90**

Süchtig auf Rezept

Ärzte verschreiben immer öfter Schmerzmittel, die abhängig machen können. Dabei helfen die sogenannten Opioide bei chronischen Schmerzen in vielen Fällen gar nicht besonders gut – die Folgen der Medikamentensucht aber sind dramatisch. **Seite 110**



Autorin Elstad

ANDREA GJESTVANG / DER SPIEGEL

Die Erfindung des Nordens

Norwegen ist das Gastland der Frankfurter Buchmesse und ein Kraftzentrum der Weltliteratur von heute. Seine Schriftsteller schreiben großartige und großenwahnsinnige Bücher. Eine Reise in ein poetisches Land. **Seite 122**

Wissenschaft

Seelische Grausamkeiten in Kitas / Die Rauschpflanze der Berserker / Einwurf: Wie umweltfreundlich ist das Ökoklo? 108

Medizin Wie Ärzte Schmerzpatienten zu Drogenabhängigen machen 110

Klima Der Meteorologe Mojib Latif über die Folgen der globalen Erwärmung für die Weltmeere 113

Mobilität Die Suche nach der Batterie der Zukunft ... 116

Geschichte Ein deutscher Historiker eroberte eine Bibliothek aus dem Vatikan zurück, die ein Papst einst rauben ließ 118

Kultur

Neues Album von Deichkind / Ian McEwans Brexit-Roman »Die Kakerlake« / Kolumne: Besser weiß ich es nicht 120

Bücher Norwegen ist das Gastland der Buchmesse – Reisebericht aus einem Land, in dem Literatur eine besondere Rolle hat 122

Unterhaltung Die Plattform YouTube will ein Global Player der Musikindustrie werden und öffnet dafür Studios in Berlin 128

Körperbilder Der Historiker Jürgen Martschukat beschreibt die Gegenwart als »Zeitalter der Fitness« 130

Filmkritik Kinoadaptation von Siegfried Lenz' Romanklassiker »Deutschstunde« 133

Bestseller 127
SPIEGEL-TV-Programm 132
Impressum, Leserservice ... 134
Nachrufe 135
Personalien 136
Briefe 138
Hohlspiegel / Rückspiegel ... 140

Danke, Nancy!

Leitartikel Ein Impeachment-Verfahren gegen Donald Trump ist richtig – trotz der Risiken.

Gibt es einen besseren Beleg für das korrumpierende Verhalten eines US-Präsidenten? Diese Woche gestand Donald Trump freimütig ein, den Staatsoberhaupt der Ukraine am Telefon gebeten zu haben, politischen Schmutz über Joe Biden zu beschaffen, seinen großen Rivalen bei den Demokraten. Wörtlich sagte Trump zu dem ukrainischen Präsidenten: »Ich möchte, dass Sie mir einen Gefallen tun.« Trump hält es nicht einmal für nötig, seine Mafiamethoden zu verbergen. Offensichtlich ist es in seinen Augen normal, eine fremde Regierung um Munition im Wahlkampf zu bitten, selbst wenn es wohl gegen die Verfassung verstößt. Der doppelte Skandal der Ukraineaffäre liegt daher in einem möglichen Rechtsbruch und in der zynischen Gleichgültigkeit Trumps. Seine Geste sagt: Ich weiß, dass ich das nicht tun dürfte. Aber ist mir doch egal.

Es ist gut und richtig, dass die Demokraten um Nancy Pelosi nun ein Amtsenthebungsverfahren einleiten wollen. Seit Jahren verschiebt Trump die Maßstäbe dessen, was in einer Demokratie statthaft ist. Er bricht mit ethischen, politischen und moralischen Normen, wanzt sich an Autokraten heran, lässt nahe der mexikanischen Grenze Kinder in Käfige sperren und hält Rassisten für »feine Leute«. Er besetzt wichtige Posten des Staates mit Mitgliedern seiner Familie oder Speichelleckern, fordert die Inhaftierung politischer Kontrahenten, belügt sein Volk über Beziehungen zu Russland, behindert die Justiz und lässt einer Pornodarstellerin Schweigegeld zukommen, um eine Affäre zu verheimlichen. Mehrere Frauen bezichtigten ihn der sexuellen Belästigung. Wenn er Militärhilfe von fast 400 Millionen Dollar zurückhält und damit Druck auf die Ukraine ausübt, um einem möglichen Herausforderer zu schaden, spielt er mit den Sicherheitsinteressen seines Landes. Es könnte an Hochverrat grenzen. All das soll nun untersucht werden. Endlich! Wenn man nicht gegen Trump ein Amtsenthebungsverfahren einleitet – gegen welchen Präsidenten dann?

Nancy Pelosi und andere Demokraten hielten sich bislang zu Recht mit einem Impeachment-Verfahren zurück. Sie wollten sich nicht unentwegt mit der Person im Weißen Haus befassen, sondern mit wichtigen Dingen; mit dem Gesundheitswesen, der Umwelt, den maroden Straßen und Brücken. Mit dieser Strategie haben sie bei den Kongress-

wahlen voriges Jahr die Mehrheit im Abgeordnetenhaus geholt. Aber das genügt nicht mehr.

Trump's hilfloser Versuch, mithilfe der Ukraine einen innenpolitischen Gegner zu schädigen, fügt der langen Liste seiner Verfehlungen eine neue Dimension hinzu. Dass er eine ausländische Macht zum Eingriff in den Wahlkampf – in die Demokratie! – auffordert, ist beispiellos. Die Affäre zeigt, dass Trump bereit ist, das Fundament der Vereinigten Staaten auszuhöhlen, um seine Macht zu sichern. Eigentlich sollte der Präsident an solchen Übergriffen gehindert werden: Die Gründungsväter der USA fürchteten eine

Einmischung von außen derart, dass sie in der amerikanischen Verfassung gleich mehrere Vorsichtsklauseln einbauten. Umso wichtiger ist es, Trump mit allen Mitteln zu sanktionieren, die dem Kongress zur Verfügung stehen, auch wenn das ein Risiko für die Demokraten darstellt.

Natürlich wird sich Trump in einem Amtsenthebungsverfahren als Opfer inszenieren. Möglich, dass die Demokraten dadurch Stimmen bei der Präsidentschaftswahl verlieren. Möglich auch, dass Joe Biden, ihr derzeit aussichtsreichster Bewerber, beschädigt wird. Aber kann es sich die Opposition leisten, aus wahltaktischen Erwägungen die brutalen Attacken auf die Verfassung zu ignorieren?

Auch Untätigkeit hat einen Preis. Trump muss über sämtliche Affären Rechenschaft ablegen, nicht nur über ein Telefonat mit Kiew. Die Entscheidung, gegen den Präsidenten vorzugehen, hat mit einem Schlag linke und moderate Demokraten vereint. Trump hat der Opposition einen guten Dienst erwiesen, auch wenn er jetzt tut, als würde er sich auf das Verfahren riesig freuen.

Zwar wird ihn der US-Senat, der am Ende eines Amtsenthebungsverfahrens abstimmen muss, kaum aus dem Amt kegeln. Die Republikaner haben dort die Mehrheit. Trump wird aber der vierte Präsident in der Geschichte der Vereinigten Staaten sein, der sich einem solchen Verfahren ausgesetzt sieht. Dieser Makel wird an ihm haften. Zudem werden die Republikaner gezwungen sein, sich bei einer Abstimmung zu diesem Mann zu bekennen, der so lange schon all das verachtet und bekämpft, was eine Demokratie auszeichnet. Allein das wäre ein guter Grund, möglichst bald mit dem Impeachment zu beginnen.

Christoph Scheuermann



TOM BRENNER / NYT / REDUX / LAIF

GERARD BUTLER'S
CHOICE

OLYMP
SIGNATURE

Alexander Neubacher **Die Gendarstellung**

Ein Herz für Pendler



Die Bundesregierung will die Pendlerpauschale erhöhen. Bei aller Kritik am Klimapaket ist es schön, dass die Große Koalition sich für jenen Teil der Bevölkerung einsetzt, der den Laden am Laufen hält. Über die Pendlerpauschale gibt es einen Teil des Geldes zurück, das Arbeitnehmer ausgeben müssen, um überhaupt Geld verdienen zu können.

Ich möchte an dieser Stelle ein Lob an die Berufspendler loswerden. Tag für Tag quetschen sie sich in Regionalzüge, quälen sich durch Staus. Elf Millionen Deutsche brauchen mehr als eine halbe Stunde zur Arbeit, sagt das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Ein Gutteil der Wirtschaftskraft dürfte auf die Bereitschaft dieser Menschen zurückgehen, jede Produktionsverlagerung, jede Versetzung mitzumachen. Der Chef fordert Flexibilität? Stehen wir halt noch mal 30 Minuten früher auf.

In der Politik haben die Pendler nicht viele Freunde. Seit 15 Jahren liegt die Pendlerpauschale bei 30 Cent pro Kilometer. Mit Inflationsausgleich müssten es längst mehr als 35 Cent sein. Stattdessen hat die Regierung versucht, die Pauschale weitgehend abzu-

schaffen. Zum Glück schritt das Bundesverfassungsgericht ein.

Heute führt Grünenchef Robert Habeck die Gegner der Pendlerpauschale an. Nachdem ihm während eines ARD-Interviews zwar immerhin erklärt werden konnte, dass nicht nur Autobesitzer profitieren, sondern auch Bahn- und Radfahrer und sogar Fußgänger, richtet sich seine Kritik dagegen, einen Anreiz zu geben, möglichst weite Distanzen zu fahren.

Treibt die Pendlerpauschale die Menschen hinaus aufs Land? Ich habe noch niemanden getroffen, der wegen ein paar Euro Steuerersparnis aufs Dorf gezogen ist. Man hört eher Stichworte wie »frische Luft«, »eigener Garten« und »mehr Platz für die Kinder«. Auch Grünenwähler nehmen lange Anfahrtszeiten in Kauf, weil die Ruhe da draußen ja so himmlisch ist.

Ich glaube, dass die Pendlerpauschale bei Politikern so unbeliebt ist, weil sie keine große Lenkungswirkung hat. Sie bestraft nicht, sie belohnt nicht, sie nötigt dem Bürger kein Wohlverhalten ab. Für ideologische Politik ist die Pendlerpauschale einfach unergiebig.

An dieser Stelle schreiben Alexander Neubacher und Markus Feldenkirchen im Wechsel.

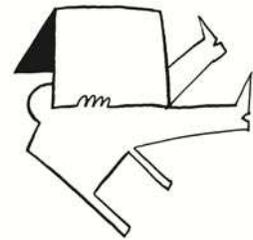
So gesehen

Im Panikmodus

Christian Lindner bricht das Schweigen.

● Immer dieser Klimaschutz, alle reden davon, und niemand mehr von den Liberalen. »Die FDP liegt in der Mitte der Gesellschaft«, hat Christian Lindner im Interview der »Frankfurter Allgemeinen« analysiert, und tatsächlich: Da liegt sie mit mauen Umfragewerten von sechs bis acht Prozent herum.

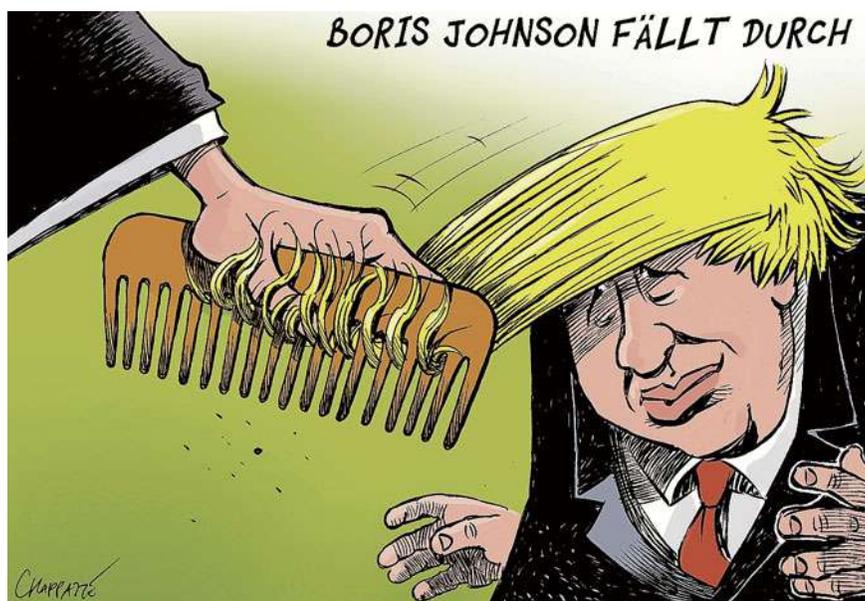
Ist denn niemand mehr vernünftig? Lassen sich denn alle blenden von den Grünen mit ihren »cremigen Auftritten und Biothemen«? Nein, es gibt noch andere, weiß der Parteichef. Er war auf der IAA und hat gesehen, dass sich »viel mehr Menschen dort für das Auto interessiert



haben, statt dagegen zu demonstrieren«. Er kennt die »schweigende Mehrheit«. Weil die aber schweigt, gibt Lindner ihr eine Stimme.

Und die klingt dann so: »Wir werden den Planeten nicht retten, indem wir einen Morgenthau-Plan für Deutschland umsetzen und die Deutschen zu veganen Radfahrern machen.« Für diese Polemik erntet Lindner nun heftige Kritik: Schon Joseph Goebbels habe propagandistisch vom »Morgenthau-Plan« gesprochen, wird ihm vorgehalten. Lindner spreche wie ein Demagoge, der jedes Maß verloren hat.

Tatsächlich muss man sich fragen, wie es um unsere Debattenkultur steht, wenn man liest, was sich Leute anhören müssen, die sich doch nur mit großem Engagement für ihr Herzensanliegen einsetzen, für ihre lieb gewonnene Lebensart. Wäre nicht etwas Nachsicht angebracht, wenn ein Mensch berechnete Angst um seine Zukunft hat und deshalb vielleicht etwas übertreibt? Wo es Christian Lindner in seiner berechtigten Sorge um den Fortbestand der FDP doch selbst zugibt: »Politik findet oft im Panikmodus statt.« Stefan Kuzmany



AMERICAN EXPRESS

THOMAS LANGE



MACHT MEHR AUS DEM MOMENT.

Die neue Platinum Card aus Metall.

Entdecken Sie die Platinum Card aus Metall und profitieren Sie von Vorteilen wie Zugang zu über 1.200 Airport Lounges sowie von einem Fahrtguthaben für den Chauffeur- und Limousinenservice SIXT ride.

Sichern Sie sich Ihr Willkommensangebot unter amex.de/metall

DON'T
live life
WITHOUT IT™



American Roulette

USA Bislang überstand Donald Trump sämtliche Affären. Nun könnte ihm ein Telefonat mit dem ukrainischen Präsidenten zum Verhängnis werden. Die Demokraten wollen ein Amtsenthebungsverfahren einleiten – mit enormem Risiko für beide Seiten.

Der 25. Juli 2019 ist nach allem, was man weiß, ein erfreulicher Tag im Leben des Donald Trump. Der Präsident ist an diesem Donnerstagmorgen wieder einmal sehr früh aufgewacht. Um kurz nach vier twittert er einige Schnipsel aus dem Programm seines Lieblingssenders Fox News, die ihm besonders gut gefallen haben. Ausnahmsweise hält auch die Titelseite der »New York Times« gute Nachrichten für ihn bereit. Dort ist zu lesen, dass der Auftritt des Russland-Sonderermittlers Robert Mueller vor dem Kongress am Tag zuvor so kläglich war, dass Trump wohl kein Amtsenthebungsverfahren fürchten muss.

Die Welt stellt sich für den Präsidenten an jenem Morgen so dar: Es ist erwiesen, dass russische Hacker im US-Wahlkampf 2016 eine riesige Desinformationskampagne lostraten, um ihn, Donald Trump, zu unterstützen und Hillary Clinton zu schaden. Es ist erwiesen, dass Trump bereit war, die Hilfe der Russen in Anspruch zu nehmen. Belegt sind zudem mehr als 100 Kontakte zwischen Trumps Wahlkampfteam und den Russen.

Außerdem köcheln viele kleinere Verfehlungen. Da ist die Tatsache, dass Trump Schweigegeld an eine Pornodarstellerin zahlte, um eine Affäre zu verheimlichen, da ist auch Trumps früherer Anwalt, der von seinem Boss aufgefordert wurde, das amerikanische Volk zu belügen.

In normalen Zeiten würde womöglich schon einer dieser Skandale genügen, um den Präsidenten zu Fall zu bringen. An Trump indes perlt alles ab, als wäre er unverwundbar. Als stimmte sein Spruch, er könnte auf der Fifth Avenue in New York einen Mann erschießen und würde doch keinen einzigen Wähler verlieren. Wohl in dieser Stimmung führt Trump ein Telefonat mit dem neuen ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj.

Das Gespräch zwischen Selenskyj und Trump wird zum Beginn der Ukraine-Affäre, die lange schwelt und sich dann, in dieser Woche, in einer politischen Explosion entlädt. Das Telefonat wird zum Urknall des Skandals, der nun ziemlich sicher in ein Amtsenthebungsverfahren gegen den 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten münden wird. So haben es die De-

mokraten um Nancy Pelosi entschieden, die Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses.

Trump und Selenskyj sind zwei Männer, deren Karrieren unterschiedlicher kaum sein könnten. Selenskyj ist seit Mitte Mai im Amt, 41 Jahre alt, er hat bis vor Kurzem als Schauspieler und Komiker gearbeitet. Die Präsidentschaftswahlen gewann er auch deshalb, weil sein Volk genug von dem quälenden Krieg in der Ostukraine hat. Selenskyj tritt als Reformler auf, er will die Ukraine nach Jahren der Krise und Korruption aufpäppeln, er will auch unabhängiger von Russland werden. Dafür braucht er die Unterstützung der USA. Vor allem: Er braucht Geld.

Trump ist 73 und das Gegenteil eines Reformers. Nicht lange vor dem Telefongespräch wies er sein Außen- und sein Ver-

Trump hofft wohl auf einen Deal mit der Ukraine: Geld gegen Wahlkampfhilfe.

teidigungsministerium an, knapp 400 Millionen Dollar an Finanzhilfen einzufrieren, die für die Ukraine vorgesehen waren.

Sein eigentliches Ziel ist offenbar Joe Biden, der frühere Vizepräsident, der laut Umfragen die größte Chance auf eine Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Demokraten hat. Trump glaubt, dass Biden eine entscheidende Schwachstelle hat: seinen Sohn Hunter Biden, der Geschäfte in der Ukraine machte. Trump will, dass Selenskyj ihm in dieser Angelegenheit hilft. Er hofft wohl auf einen Deal mit der Ukraine: Geld gegen Wahlkampfhilfe.

Der Präsident macht sich nicht die Mühe, für das Gespräch ins Oval Office zu gehen, er beginnt es um 9.03 Uhr in seiner Privatwohnung im Weißen Haus. Er habe die ukrainische Parlamentswahl verfolgt, sagt Trump zu Selenskyj: »Großartiger Sieg.«

Selenskyj bedankt sich. Er habe hart für den Triumph gearbeitet, »aber ich darf Ihnen gestehen, dass ich die Gelegenheit hatte, von Ihnen zu lernen«.

Dann kommt Trump auf sein eigentliches Anliegen zu sprechen. »Ich möchte, dass Sie uns einen Gefallen tun«, sagt er. Es gebe viel Gerede um den Sohn von Joe Biden. Da sei das Gerücht, dass Biden als Vizepräsident staatsanwaltschaftliche Ermittlungen in der Ukraine behindert habe. »Wenn Sie sich das also einmal ansehen könnten – für mich jedenfalls klingt das furchtbar.« Er werde seinen Justizminister sowie seinen persönlichen Anwalt beauftragen, mit Selenskyjs Leuten in Kontakt zu treten. Nach 30 Minuten legen die beiden auf.

Das Telefonat wird von Mitarbeitern des Weißen Hauses protokolliert – und ein Whistleblower sorgt später dafür, dass die Sache bekannt wird.

Das Erinnerungsprotokoll des Telefonats, das vom Weißen Haus am Mittwoch dieser Woche veröffentlicht wurde, ist fünf Seiten lang. Es ist ein bizarres Dokument der Zeitgeschichte. Es entlarvt einen US-Präsidenten, der seine Macht nutzt, um einem politischen Widersacher zu schaden. Die Finanzhilfe für die Ukraine, die er einfrieren ließ, erwähnt Trump nicht, muss er aber auch nicht. Die Botschaft dürfte angekommen sein: Trump erwartet, dass Selenskyj über Biden alles liefert, was er bekommen kann. Sonst fließt kein Geld. Er sitzt am längeren Hebel, das hat der US-Präsident unmissverständlich klargemacht, als er von Selenskyj einen »Gefallen« verlangte. Trump, der Erpresser.

Die Frage ist nun, ob das Telefonat nur eine weitere Skandalgeschichte bleibt, die an Trump abperlt. Oder ob der Präsident in seiner Hybris den entscheidenden Schritt zu weit gegangen ist. Wenn ihm zweifelsfrei nachzuweisen sein sollte, dass er von einer fremden Regierung verlangte, Schmutz gegen seinen Kontrahenten zu sammeln, wäre das ein Verstoß gegen die Verfassung. Schon jetzt ist das Telefonat mit Kiew zu einem wichtigen Indiz für das korrumpierende Verhalten Trumps geworden.

Erst zweimal in der Geschichte der USA wurde formal ein Impeachment-Verfahren gegen einen Präsidenten eröffnet. Pelosis Botschaft war klar: Das wird die große, wahre Schlacht gegen Trump.

Was nun beginnt, ist ein Nervenkrieg. Auf der Bühne stehen ein bislang nament-

~~SECRET//ORCON//NOFORN~~

UNCLASSIFIED

~~EYES ONLY~~
~~DO NOT COPY~~

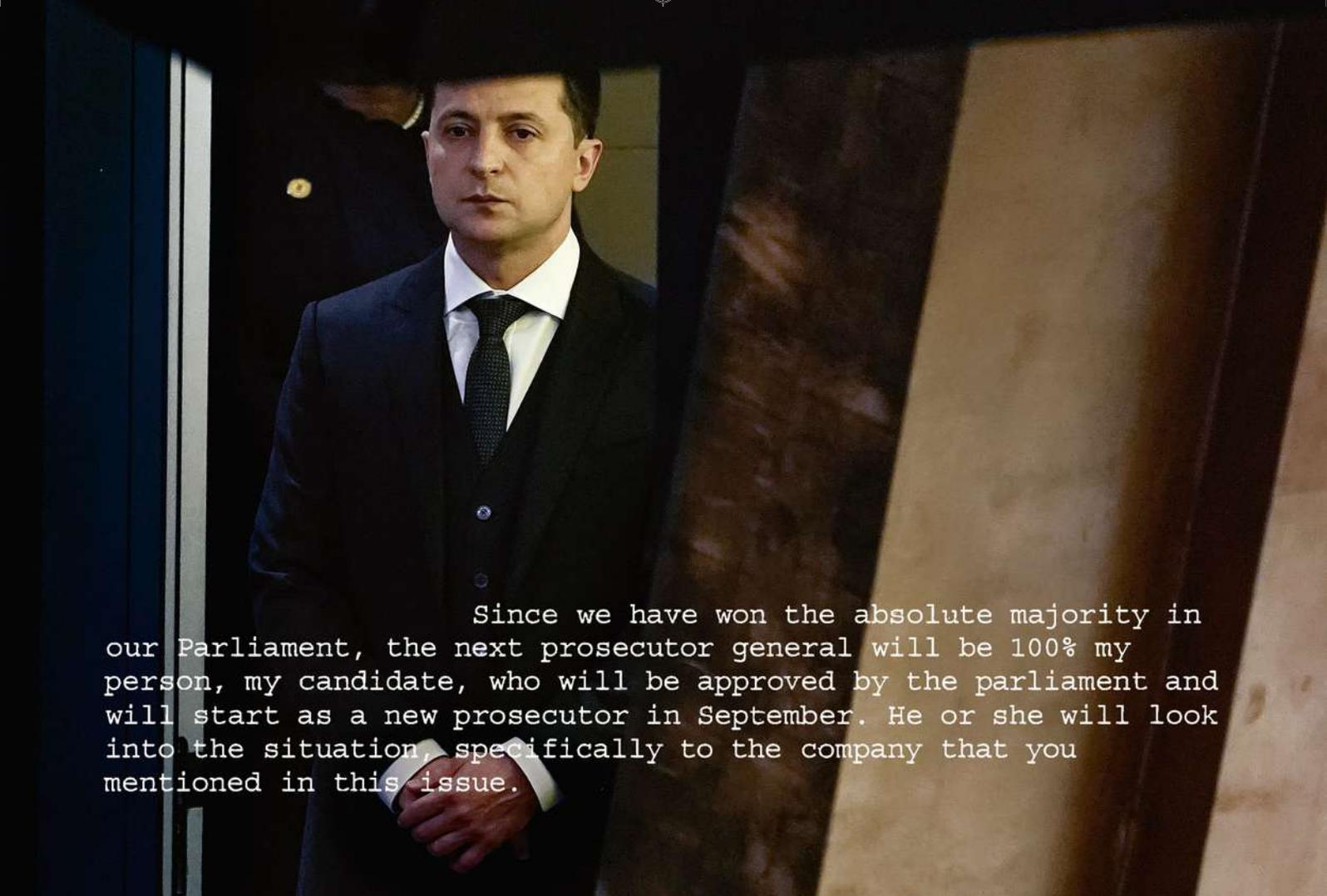
MEMORANDUM OF TELEPHONE CONVERSATION

SUBJECT: ~~(C)~~ Telephone Conversation with President
Zelenskyy of Ukraine

PARTICIPANTS: President Zelenskyy of Ukraine

Notetakers: The White House Situation Room

DATE, TIME AND PLACE: July 25, 2019, 9:03 - 9:33 a.m. EDT
Residence



Since we have won the absolute majority in our Parliament, the next prosecutor general will be 100% my person, my candidate, who will be approved by the parliament and will start as a new prosecutor in September. He or she will look into the situation, specifically to the company that you mentioned in this issue.

Staatschef Selenskyj: »Ich darf Ihnen gestehen, dass ich die Gelegenheit hatte, von Ihnen zu lernen«

lich unbekannter Whistleblower, der Trump in eine Krise stürzte und sich bereit erklärt hat, mit dem Kongress zusammenzuarbeiten. Dann sind da die Demokraten um Nancy Pelosi, die mit dem Impeachment eine gigantische Wette eingehen, weil die Affäre ihren aussichtsreichsten Präsidentschaftsbewerber Joe Biden beschädigen wird. Schließlich spielen die Republikaner eine große Rolle, und natürlich Trump selbst.

Die Fragen, die sich stellen: Wie unterscheidet sich dieser Skandal von anderen der Trump-Ära? Wo stehen die Republikaner in dieser Sache? Was ist dran an der Geschichte um Joe und Hunter Biden, die Trump verbreitet? Hat der Präsident gegen seinen Amtseid verstoßen und gegen die Verfassung? Und letztlich: Wie könnte die Sache für alle Seiten ausgehen?

Der Whistleblower: Bombe in Washington

Wie viele Affären beginnt auch diese mit Ereignissen, für die es zunächst keine plausible Erklärung gibt. Am 28. Juli, drei Tage nach dem Telefonat zwischen Trump und Selenskyj, kündigt der amerikanische Geheimdienstdirektor Dan Coats seinen

Rückzug an. Trump vermeldet die Personalie per Twitter, aber die Meldung zieht keine größeren Kreise. Zu viele Mitarbeiter aus Trumps Umfeld verlassen die Regierung. Außerdem ist Washington noch mit der Nachlese des Mueller-Auftritts im Kongress beschäftigt.

In der Rückblende aber wirkt es, als könnte Coats' Rücktritt ein Akt des Protests gegen die Amtsanmaßung des Präsidenten gewesen sein. Am 8. August erklärt auch Sue Gordon, die stellvertretende Geheimdienstdirektorin, ihren Amtsverzicht. Sie war eine enge Vertraute von Coats.

Vier Tage darauf, am 12. August, meldet sich der Whistleblower mit einer offiziellen Beschwerde bei Michael Atkinson, dem Generalinspekteur für die Geheimdienste. Atkinson fungiert als eine Art interner Aufseher für die US-Spionagebehörden und ist an politische Weisungen nicht gebunden. Die Geschichte, die er liest, ist haarsträubend. Es geht vor allem um das Telefonat zwischen Trump und dem ukrainischen Präsidenten, aber der Whistleblower hat noch andere Informationen.

Seine Beschwerde ist sieben Seiten lang, plus anderthalb Seiten Anhang. Trump nutzte die »Macht seines Amtes« dazu, die

Einmischung eines anderen Landes in die Präsidentschaftswahlen 2020 zu fordern, schreibt der Autor. Ferner wirft der Informant der Trump-Regierung Vertuschung vor. Mehrere führende Mitarbeiter des Weißen Hauses hätten sich in den Tagen nach dem Telefonat bemüht, den Zugang zu sämtlichen Aufzeichnungen rund um das Gespräch, insbesondere einer wörtlichen Mitschrift, zu »sperrern«.

Auch wenn zunächst nicht klar war, wer den Brief verfasst hat, soll es sich bei dem Whistleblower laut »New York Times« um einen CIA-Analysten handeln, der zeitweise dem Weißen Haus zugeteilt war.

Sein Brief wurde am Donnerstag vom Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses veröffentlicht. Es ist ein explosives Schreiben, es zeigt, dass Trumps Umfeld schnell begriff, wie sensibel das Telefonat des Präsidenten mit seinem ukrainischen Amtskollegen war. Der Whistleblower hat nicht direkt mitgehört, sondern bezieht sich auf Regierungsquellen. Er stützt den Teil seiner Beschwerde, der sich auf das Gespräch zwischen Trump und Selenskyj bezieht, auf Informationen, die mehrere Mitarbeiter des Weißen Hauses »mit direkter Kenntnis des Telefonats« mit ihm geteilt hätten. Der Vorwurf der Vertu-

schung beruht dem Schreiben zufolge auf Auskünften »mehrerer US-Beamter«.

Mit anderen Worten: In der Regierung wuchs nach dem Telefongespräch die Sorge, dass dies politisch gefährlich werden könnte. Der Whistleblower nutzt den vorgeschriebenen Weg, um sich zu beschweren.

Atkinson, der Generalinspekteur, bekleidet seinen Posten erst seit knapp einhalb Jahren, gilt aber über Parteigrenzen hinweg als kompetent und fair. Nach einer Prüfung der Beschwerde kommt er zu dem Schluss: Sie ist glaubhaft, und der ihr zugrunde liegende Sachverhalt sei eine »dringliche Angelegenheit« (»urgent concern«). Atkinson tut, was das Gesetz vorseht: Er leitet die Beschwerde an Joseph Maguire, den kommissarischen Nationalen Geheimdienstinspektor, weiter.

Maguire wurde von Trump im August als Nachfolger des zurückgetretenen Daniel Coats ernannt, er koordiniert sämtliche Nachrichtendienste der USA. Eigentlich sollte Maguire die Beschwerde des Whistleblowers binnen sieben Tagen an die Geheimdienstauschüsse des Kongresses weiterleiten, so sieht es das Gesetz vor. Maguire weigert sich aber, das zu tun. Die Begründung: Die Beschwerde des Whistleblowers sei nicht statthaft, da sie nicht aus der Geheimdienst-Community stamme. Außerdem würde eine Herausgabe an den Kongress das Recht des Präsidenten verletzen, selbst über die Weitergabe vertraulicher Informationen zu entscheiden.

Was sich entfaltet, ist ein politisches Drama. Die Demokraten sehen in Maguires Entscheidung einen Verstoß gegen das Gesetz, wenn nicht einen Anschlag auf die Gewaltenteilung. Adam Schiff, Vorsitzender des Geheimdienstauschusses im Repräsentantenhaus, entschließt sich zu einem spektakulären Schritt: Er macht den Vorgang öffentlich. So erfährt die Welt die Umriss des Skandals.

Impeachment-Poker: Alles oder nichts

Es gibt keinen Menschen in der westlichen Welt, der über mehr Macht verfügt als der Präsident der Vereinigten Staaten. Als Chef der Exekutive herrscht er über das Militär, die Außenpolitik, den Beamtenapparat und die Geheimdienste. Die Gründungsväter der Republik wollten daher sicherstellen, die Machtfülle einzuhegen. Der Präsident soll stets alle Gesetze achten und sein Amt gewissenhaft ausüben, steht in der Verfassung von 1787. So ist es auch im Amtseid niedergeschrieben, den alle Präsidenten ablegen.

Trumps Versuch, den Präsidenten eines anderen Landes zu Ermittlungen gegen einen politischen Rivalen anzustacheln, kann als Verstoß gegen die Verfassung ge-

Krise in Washington

Wie ein »Impeachment« funktioniert



sehen werden. Die Aufforderung an Selskyj, gegen Biden zu ermitteln, erfolgte mit dem Ziel, einem politischen Widersacher im Wahlkampf zu schaden.

Das Trump womöglich auch noch staatliche Gelder einsetzte, rund 400 Millionen Dollar Militärhilfe für die Ukraine, um sein Ziel zu erreichen, macht die Sache nur brisanter. Hinzu kommt ein anderer möglicher Verfassungsverstoß: Die Einmischung äußerer Mächte in die inneren Angelegenheiten der USA ist laut Gesetz strikt untersagt. Wenn Trump ein fremdes Land dazu auffordert, die US-Wahlen durch Ermittlungen gegen einen Kandidaten zu beeinflussen, kann dies ebenfalls einen Verstoß gegen den Amtseid darstellen.

Reicht das alles, um Trump des Amtes zu entheben? Vor 21 Jahren versank Washington schon einmal im Fieber eines Impeachment-Verfahrens. Im Januar 1998 publizierte der Internet-Klatschreporter Matt Drudge die Affäre von Präsident Bill Clinton mit der Praktikantin Monica Lewinsky. Clinton verstrickte sich in Lügen, auch unter Eid. Im Dezember 1998 stimmte die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus dafür, ein Impeachment gegen Clinton einzuleiten.

Impeachment ist die einzige in der US-Verfassung verankerte Methode, mit der das Parlament einen Präsidenten oder Vizepräsidenten außerhalb der Wahlen versuchen kann abzusetzen. Dem Amtsinhaber müssen dafür »Landesverrat, Bestechung oder andere schwere Verbrechen und Vergehen« (»high Crimes and Misdemeanors«) nachgewiesen werden.

Das Votum der Abgeordneten ist der erste Schritt in einem zweistufigen Prozess. Der zweite Schritt ist ein Verfahren im Senat. Am Ende müssen einer Verurteilung zwei Drittel dieser Kammer zustimmen, also mindestens 67 von 100 Senatoren. Erst dann kann ein Präsident seines Amtes enthoben werden.

Das Problem ist, dass die Impeachment-Klauseln selten in der Praxis getestet wurden. Vor Trump gab es erst zwei Präsidenten, gegen die ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet wurde: Im Jahr 1868 traf es Andrew Johnson, den Nachfolger von Abraham Lincoln, 1998 Bill Clinton. Richard Nixon, der in die Watergate-Affäre verstrickt war, entzog sich einer drohenden Amtsenthebung 1974 durch seinen Rücktritt. Sein Fall weist Parallelen zur Gegenwart auf: Auch Nixon sammelte Informationen über seine Gegner, auch er unterschätzte die Gefahr der Ermittlungen. Sowohl Johnson als auch Clinton überstanden das Verfahren, weil sich im Senat nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit fand.

Als Clinton 1998 auf ein Impeachment zusteuerte, legte sich eine dunkle Wolke über Washington. Über Monate hinweg absorbierte der Skandal die Aufmerksamkeit

Recht Harvard-Jurist Cass Sunstein über die Erfolgsaussichten eines möglichen Amtsenthebungsverfahrens gegen Donald Trump

»Besorgniserregend«

Cass Sunstein, 65, ist Juraprofessor an der Harvard-Universität und einer der führenden Verfassungsexperten der USA. Er beobachtete unter anderem das Amtsenthebungsverfahren gegen Bill Clinton 1999 und arbeitete von 2009 bis 2012 unter Barack Obama im Weißen Haus.

SPIEGEL: Herr Sunstein, erwarten Sie ein formelles Amtsenthebungsverfahren gegen Donald Trump?

Sunstein: Die Vorwürfe im Ukraine-skandal sind sehr besorgniserregend. Noch sind die Fakten nicht geklärt, aber es besteht sicher eine legitime Grundlage für die Voruntersuchung, die die Demokraten eingeleitet haben. Ob die dann tatsächlich in ein Amtsenthebungsverfahren mündet, lässt sich noch nicht sagen, dazu ist es zu früh.

SPIEGEL: Es wäre das erste Amtsenthebungsverfahren gegen einen US-Präsidenten seit dem Verfahren gegen Bill Clinton 1999.

Sunstein: Schon damals war das Land polarisiert. Viele Leute hassten Clinton und wollten ihn aus dem Amt entfernen, und heute hassten viele Leute Trump und würden ihn gern aus dem Amt entfernen. Im Fall Clinton gab es allerdings, anders als jetzt, keine guten Argumente für ein Impeachment.

SPIEGEL: Clinton wurde vom Kongress angeklagt.

Sunstein: Aber da ging es um Meineid. Was Clinton tat, war alles andere als gut, er hatte unter Eid gelogen. Doch die US-Verfassung nennt Landesverrat, Bestechung oder andere schwere Verbrechen und Vergehen als Grundlage für ein Impeachment. Meineid gehört nicht dazu, es sei denn, der Präsident löge zum Beispiel über Landesverrat. Wenn er aber lügt, weil er einen Ladendiebstahl begangen hat oder bei Rot über die Ampel gelaufen ist oder eine außereheliche Affäre hatte ...

SPIEGEL: ... wie Clinton mit Monica Lewinsky ...

Sunstein: ... dann ist das eine Straftat, aber kein »schweres Verbrechen und Vergehen« im Sinne der US-Verfassung. Das Impeachment-Verfahren soll den Aufstieg autoritärer Herrscher verhindern, es zielt auf außergewöhnlichen Machtmissbrauch, nicht auf Lügen über Seitensprünge.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

Sunstein: Das Verfahren gegen Richard Nixon, auf das er mit seinem Rücktritt reagierte, war legitim. Ein anderer Grund wäre es, wenn ein Präsident politische Gegner ins Gefängnis stecken ließe. Wenn er dagegen nachts schreiend über die Straße rennt oder betrunken in einer Kneipe randaliert, dann ist das vielleicht eine Straftat, aber kein Grund für eine Amtsenthebung. Manche Leute wollen ein Impeachment Trumps wegen seiner Haltung zum Klimawandel anstrengen. Das allein wäre aber kein Argument.

SPIEGEL: Also hatte Nancy Pelosi, die demokratische Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, damit recht, dass sie bisher zurückhaltend war, was ein Amtsenthebungsverfahren angeht?

Sunstein: Ja, dass die Demokraten bisher vorsichtig waren, halte ich für bewundernswert. Es ist ganz anders, als die Republikaner sich bei Clinton verhalten haben.

SPIEGEL: Warum hat Pelosi ihre Meinung nun geändert?



Verfassungsrechtler Sunstein
»Wir haben viele Überraschungen erlebt«

Sunstein: Die Ukrainevorwürfe sind ernst. Trotzdem müssen die Demokraten zunächst klären, ob die Fakten tatsächlich die verfassungsrechtliche Schwelle für ein Amtsenthebungsverfahren erreichen.

SPIEGEL: Wie schätzen Sie das ein?

Sunstein: Sollte der Präsident tatsächlich gesagt haben, »wir blockieren Gelder, es sei denn, Sie ermitteln gegen Biden«, dann bestünde wenig Zweifel daran, dass ein Impeachment gerechtfertigt wäre. Sollte das der Fall gewesen sein, wäre das eine sehr schwerwiegende Angelegenheit. Stellen Sie sich vor, Emmanuel Macron sagte, er arbeite nur mit Deutschland zusammen, wenn es strafrechtliche Ermittlungen gegen seinen Widersacher einleite! Das wäre ein Musterbeispiel für »schwere Verbrechen und Vergehen«.

SPIEGEL: Wie würde so ein Impeachment ablaufen? Bisher gibt es ja nur wenige Präzedenzfälle in der US-Geschichte.

Sunstein: Trotzdem haben wir eine ganz gute Vorstellung davon, wie das funktioniert, die Verfassung ist da eindeutig. Zuerst würde das Repräsentantenhaus auf Ausschussebene über »articles of impeachment« abstimmen, vergleichbar mit Anklagepunkten vor einem Gericht. Danach würde das Votum ans Plenum gehen.

SPIEGEL: Wie sehen Sie die Chancen dafür?

Sunstein: Angesichts der Mehrheit der Demokraten im Repräsentantenhaus sind die Chancen dafür realistisch.

SPIEGEL: Wie schnell geht so etwas?

Sunstein: Das käme darauf an, ob sich das Impeachment nur auf eine Sache konzentriert, etwa auf die Ukrainevorwürfe ...

SPIEGEL: ... wie es Pelosi offenbar anstrebt ...

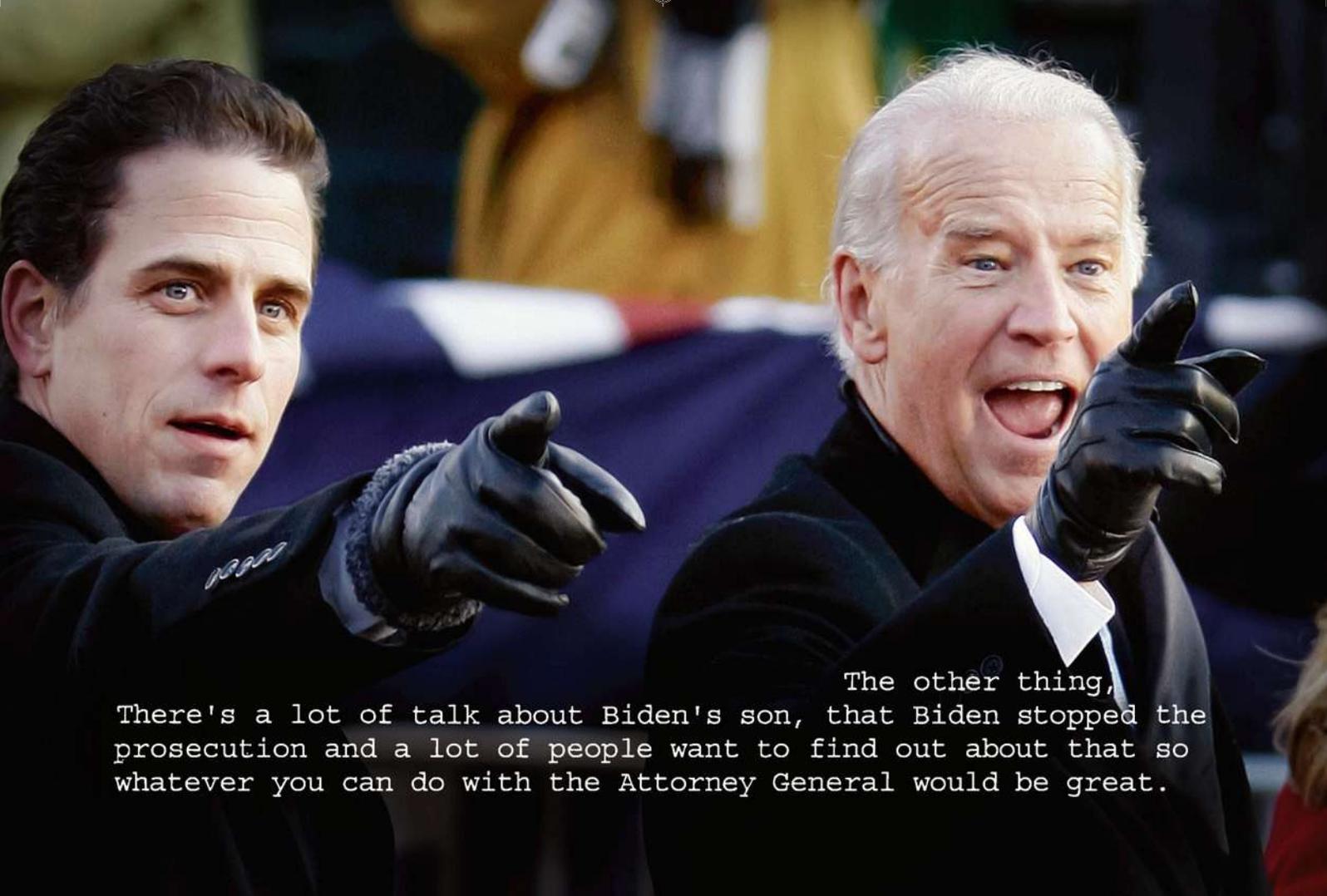
Sunstein: ... oder ob noch andere Aspekte dazukommen, beispielsweise die Russlandermittlungen.

SPIEGEL: Und dann?

Sunstein: Wenn das Repräsentantenhaus mehrheitlich für ein Impeachment votiert und der Präsident sein Amt nicht freiwillig aufgibt, geht das Verfahren an den Senat. Dort findet dann das Äquivalent eines Gerichtsprozesses statt.

SPIEGEL: Doch im Senat haben die Republikaner die Mehrheit.

Sunstein: Und dort muss für einen Schuldspruch eine Zweidrittelmehrheit erreicht werden. Der Maßstab für eine Amtsenthebung liegt absichtlich sehr hoch. Nach jetzigem Stand ist die Chance, dass Trump angeklagt wird, zwar recht hoch, aber die Chance, dass er tatsächlich aus dem Amt entfernt wird, gering. Aber wir haben in den vergangenen Jahren in unserem Land schon viele Überraschungen erlebt. Interview: Marc Pitzke



The other thing,
There's a lot of talk about Biden's son, that Biden stopped the
prosecution and a lot of people want to find out about that so
whatever you can do with the Attorney General would be great.

Unternehmer Hunter Biden, Vizepräsident Joe Biden 2009: »Es war, als würde man ihn zutiefst verletzen«

des Landes, vergiftete das politische Klima und riss Gräben zwischen Demokraten, Republikanern und den Medien auf.

Pelosi erklärte am Dienstag, dass die sechs Ausschüsse im Repräsentantenhaus die Vorwürfe gegen Trump prüfen sollen, bevor die Demokraten formell das Impeachment einleiten. Dass es so weit kommen wird, daran gibt es kaum noch einen Zweifel. Hat das Repräsentantenhaus erst einmal abgestimmt, beginnt im Senat ein »Prozess« gegen den Präsidenten. Den Vorsitz führt dabei der jeweilige Oberste Richter am Supreme Court.

Im Falle Clintons war das der Jurist William Rehnquist. Republikanische Kongressabgeordnete fungierten damals als »Ankläger«, Clintons Anwälte als »Verteidiger«, die Senatoren als »Geschworene«. Es gab eine öffentliche Verhandlung, doch am Ende fand sich in der Kammer nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit.

Derzeit hat die Partei von Donald Trump mit 53 Sitzen eine Mehrheit im Senat. Es müssten also mindestens 20 republikanische Senatoren zur Gegenseite überlaufen. Das kann man bislang nahezu ausschließen.

Die Frage ist, ob das Verfahren überhaupt bis in den Senat gelangt. Eine

obskure, aber nicht total abwegige Option: Mitch McConnell, der Mehrheitsführer im Senat, könnte womöglich den Prozess vor der Präsidentschaftswahl im Herbst 2020 gar nicht erst auf die Tagesordnung bringen. Trump würde die zweite Stufe des Verfahrens einfach aussitzen.

Nancy Pelosi: Das Dilemma der Demokraten

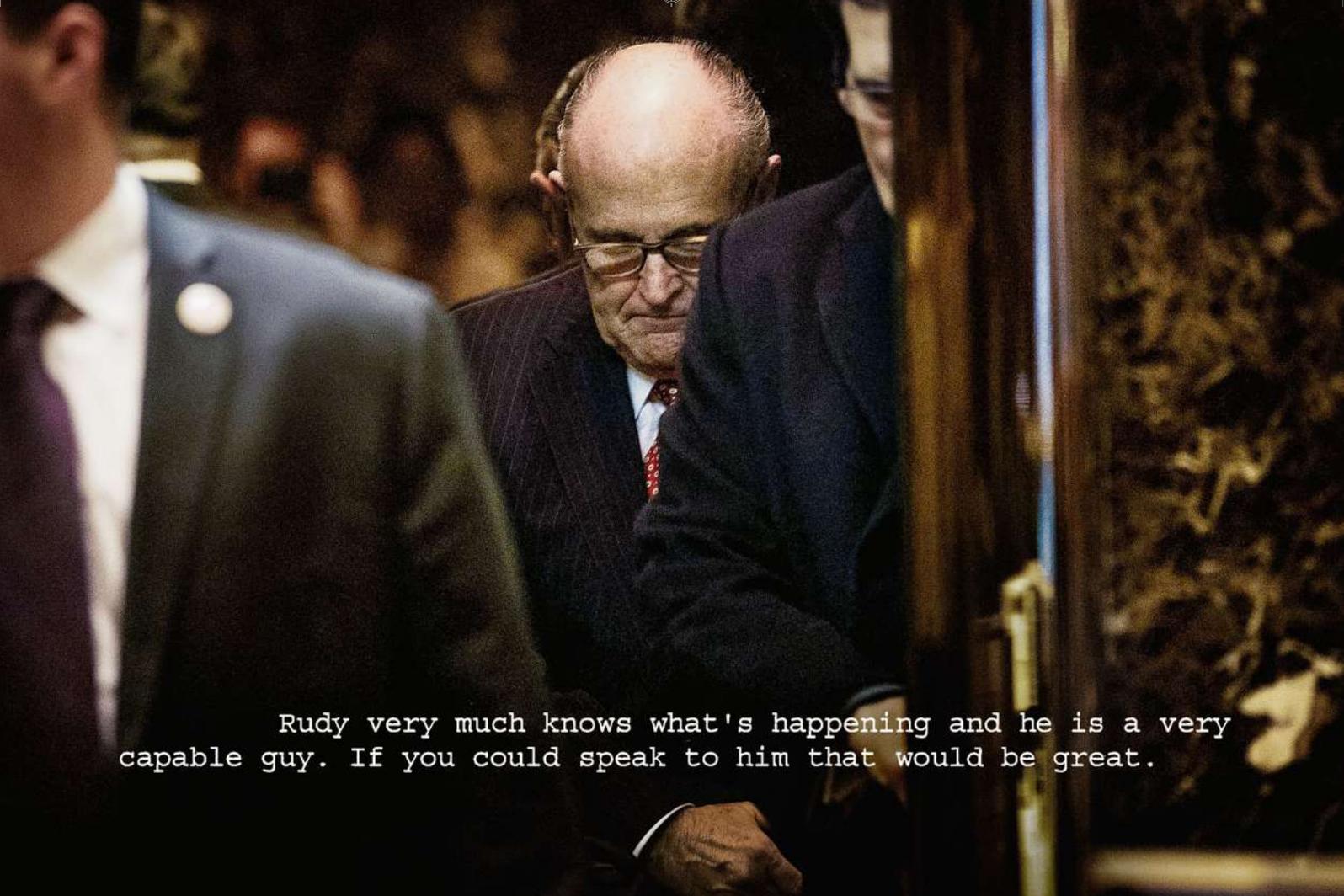
Wie werden wir Trump los? Keine Frage beschäftigt die Demokraten derart dringlich wie diese. Seit der Wahl Trumps im November 2016 erwartet die Partei fast wöchentlich, dass die Präsidentschaft ein vorzeitiges Ende finden wird. Die Hoffnungen hängen zunächst an Robert Mueller, dem ehemaligen FBI-Chef, der als Sonderermittler in der Russlandaffäre fast zwei Jahre lang rund 500 Zeugen vernehmen lässt.

Die Erwartungen an Mueller werden aber spätestens am 24. Juli 2019 zerschmettert, als der Sonderermittler vor zwei Ausschüssen des Repräsentantenhauses aussagt. Mueller ist fahrig, stolpert über seine eigenen Sätze und wirkt nicht wie ein schneidiger Ermittler, sondern wie ein alter Mann im falschen Film.

Kaum etwas hat die Demokraten so demoralisiert wie dieser Auftritt. Muellers schriftlicher Bericht, mehrere Hundert Seiten, hatte ja alle Zutaten, um den Präsidenten ins Wanken zu bringen: Der Sonderermittler wies nach, dass Trump massive Wahlkampfunterstützung aus Moskau erhalten hatte. Er belegte, wo der Präsident gelogen hatte, und sprach ihn ausdrücklich nicht von dem Vorwurf frei, die Justiz behindert zu haben. Was jedoch in den Köpfen vieler Amerikaner hängen bleibt, ist der stotternde und bisweilen verwirrt erscheinende Mueller.

Über Monate hat die Arbeit des Sonderermittlers den Richtungsstreit bei den Demokraten überdeckt. Nun, nach seinem Auftritt vor dem Kongress, bricht er offen aus. Linke Abgeordnete treten dafür ein, den Kampf gegen Trump in die eigene Hand zu nehmen und ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten. Zu den Rädelführern dieses parteiinternen Aufstands zählt die New Yorker Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez, die von ihren Fans AOC genannt wird, ein Star der Linken, 29 Jahre alt.

Es dauert nicht lange, bis Ocasio-Cortez sich in offenem Konflikt mit Nancy Pelosi befindet. Pelosi, 79, sitzt seit 1987 im Kon-



Rudy very much knows what's happening and he is a very capable guy. If you could speak to him that would be great.

Trump-Vertrauter Giuliani: Verbreitung einer Verschwörungstheorie

gress. Es war der Triumph ihres Lebens, als sie mit ihrer Partei im Herbst 2018 die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurückeroberte.

Aus ihrer Sicht lag der Sieg nicht in radikalen Ideen begründet, sondern in nüchterner Sacharbeit. Pelosi hört lieber auf Umfragewerte als auf das Herz der linken Basis. Umfragen geben ihr recht: 56 Prozent der Amerikaner wollen nicht, dass gegen Trump ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet wird.

Im Lauf des Sommers spitzt sich der Streit zwischen Ocasio-Cortez und Pelosi zu. AOC macht keinen Hehl daraus, dass sie Pelosi für eine ängstliche Machtkrämerin hält. Pelosi findet, dass AOC und ihre Leute selbstverliebte Twitterhelden sind, die nur an ihr Image denken, nicht an das Wohl der Partei.

Der Profiteur des Streits ist Trump. Er versucht AOC zum Gesicht der Demokraten zu machen, eine Frau, die in seiner Erzählung aus den USA ein zweites Kuba formen will. Trump geht so weit und fordert die junge Abgeordnete, die in New York geboren wurde, auf, in ihr Heimatland zurückzukehren. Erst jetzt raufen sich AOC und Pelosi zusammen.

Die Enthüllungsgeschichte sorgt dafür, dass sich selbst moderate Abgeordnete öffent-

lich für ein Impeachment aussprechen – auch solche, die aus umkämpften Wahlkreisen stammen. Am Dienstag sammelt Pelosi ihre Spitzenleute um sich und tritt dann vor die Kameras. In ihrer Ansprache erinnert sie an Benjamin Franklin, der bei der Verabschiedung der amerikanischen Verfassung im Jahr 1787 von den Bürgern gefragt wurde, welche Regierungsform es denn nun werde: Monarchie oder Republik? Franklin antwortete: »Eine Republik, wenn wir in der Lage sind, sie zu schützen.«

Inzwischen sind mindestens 217 der 235 Demokraten im Repräsentantenhaus für die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens. Pelosi geht einen riskanten Weg. Er kann Trump das Amt kosten, er kann aber auch Joe Biden als Präsidentschaftskandidaten verhindern. Biden ist immer noch der Favorit im Feld der demokratischen Bewerber und hat – im Gegensatz zu den meisten seiner Konkurrenten – lange kein Amtsenthebungsverfahren gegen Trump gefordert. Eine Frau, die von der Affäre profitieren könnte, ist Bidens Widersacherin Elizabeth Warren, Senatorin aus Massachusetts, deren Wahlkampf allmählich an Fahrt gewinnt, auch wenn sie als Linke gilt. Sollte sie zur Kandidatin der Demokraten nominiert werden, müss-

te sie vor allem moderate Wähler überzeugen, ihre Stimmen einer linksliberalen Politikerin zu geben. Ihre Chancen auf einen Wahlsieg sind schwer einzuschätzen.

Hunter Biden: Die Schwachstelle

Joe Biden und seine Frau Neilia hatten drei Kinder: Hunter, seinen ein Jahr älteren Bruder Beau und die Tochter Naomi. 1972 starben Mutter Neilia und Tochter Naomi bei einem Autounfall, Hunter und Beau überlebten verletzt. Die Tragödie schweißte Joe und seine Söhne zusammen.

Die Rollen waren in der Familie klar verteilt. Beau war der Überflieger. Absolvent einer Eliteuniversität, erfolgreicher Staatsanwalt in Philadelphia, der sich auf eine Karriere in der Politik vorbereitete. »Joe Biden 2.0« nannte ihn sein Vater. Hunter war der Hallodri. Er experimentierte mit Drogen, wollte Schriftsteller werden, studierte dann letztlich doch Jura wie sein Bruder.

Wie viele Kinder einflussreicher Eltern in Washington nutzte Hunter die Kontakte seiner Familie. Er arbeitete als Anwalt bei einem Großspender seines Vaters, später als Lobbyist. Im Juni 2009, fünf Monate

nachdem Joe Biden Vizepräsident unter Barack Obama geworden war, gründete Hunter die Beraterfirma Rosemont Seneca Partners, gemeinsam mit einem Spross der Heinz-Dynastie und einem ehemaligen Model.

Hunter begleitete seinen Vater 2013 auf einem Staatsbesuch nach China und schloss dort wohl mit der Bank of China einen Deal ab. Schon damals waren Berater des Vizepräsidenten besorgt, Hunters Geschäfte könnten auf den Vater zurückfallen. Offenbar traute sich jedoch niemand im Weißen Haus, darüber mit Biden zu reden. Der Vizepräsident sei »zutiefst melancholisch« geworden, wenn man ihn auf seine Familie angesprochen habe, erzählte ein Geschäftsfreund Joe Bidens dem Magazin »New Yorker«. »Es war, als würde man ihn zutiefst verletzen.«

2015 starb Beau Biden an Krebs – das zweite Kind, das Joe Biden verlor. Hunter, der seit Jahren mit Alkoholproblemen kämpfte, geriet endgültig aus der Bahn. Er griff zu Drogen, unter anderem zu Kokain, ließ sich scheiden, um wenig später eine Affäre mit der Witwe von Beau zu beginnen. »Ich war in der Dunkelheit. Ich war im Tunnel. Du kommst darüber nicht hinweg. Du lernst nur, damit umzugehen«, erzählte Hunter Biden später.

Schon vor dem Tod des Bruders intensivierte Hunter Biden seine Kontakte in die Ukraine. Das Land befand sich damals im Umbruch, die Maidan-Proteste hatten die Regierung von Präsident Wiktor Janukowytch hinweggefegt, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft sortierten sich neu. Sein Geschäftspartner Devon Archer brachte ihn mit dem Oligarchen Mykola Slotschewskyj zusammen. Slotschewskyj war eine mächtige Figur in der Ukraine, er war Mitgründer des Burisma-Konzerns, des größten privaten Gasproduzenten des Landes. Zudem hatte er unter Janukowytch als Umweltminister gedient.

Slotschewskyj hatte ein Problem: Mit dem Sturz Janukowytchs drohten auch ihm juristische Schwierigkeiten. Um sich als Vorkämpfer für Transparenz zu präsentieren, holte Slotschewskyj klanghafte, internationale Namen in sein Unternehmen. Eines der Mitglieder im Aufsichtsrat wurde Hunter Biden. Der Sohn des Vizepräsidenten erhielt dafür offenbar bis zu 50 000 Dollar im Monat – eine fast vulgäre Summe, wenn man bedenkt, dass er keine besonderen Qualifikationen für den Job hatte. Hunter Biden sollte helfen, den Ruf von Burisma zu polieren.

Zur gleichen Zeit war sein Vater in der Obama-Regierung unter anderem für die Ukrainepolitik verantwortlich. Weder Obama noch das US-Außenministerium sahen darin ein Problem. Es gebe keinen Interessenkonflikt, da Hunter Biden als »Privatmann« agiere, sagte eine Sprech-

Außenpolitik Der ukrainische Präsident Selenskyj biedert sich bei US-Präsident Trump an – und beleidigt die Bundesregierung.

1000 Prozent

● Humor und die Fähigkeit zu beißender Ironie sind die Eigenschaften, die Wolodymyr Selenskyj in der Ukraine als Kabarettisten beliebt gemacht haben – und auch in seinem Amt als ukrainischer Präsident verzichtet Selenskyj nicht auf Witze. Jüngst brachte er die Teilnehmer der Konferenz »Yalta European Strategy« mit einem fingierten WhatsApp-Chat zum Lachen.

Wie das Werk eines Satirikers liest sich auch das Protokoll des Telefonats zwischen Selenskyj und Donald Trump. Etwa wenn der Ukrainer damit prahlt, dass er bei seinem letzten New-York-Besuch in Trumps Hotel abgestiegen sei. Oder als er sagt, er habe im Wahlkampf einige von Trumps Methoden verwendet: »Sie sind für uns ein großartiger Lehrer.«

Was Trump und Selenskyj besprachen, war nie für die Öffentlichkeit bestimmt, gerade deshalb muss man die Sätze ernst nehmen. Das gilt auch für die Passage, in der die beiden die Bundesregierung kritisieren. Angela Merkel rede viel,

»Das Gespräch zeigt, wie Trump seine Macht für seine privaten Interessen einsetzt.«

tue aber wenig, sagte Trump demnach. Antwort Selenskyj: »Sie haben vollkommen recht. Nicht nur zu 100 Prozent, sondern wirklich zu 1000 Prozent.«

»Wir kommentieren das nicht«, sagt ein Regierungssprecher in Berlin. Die Bundesregierung betont aber folgende Zahlen: 1,4 Milliarden Euro seien seit Beginn der Ukraine-Krise nach Kiew geflossen, heißt es, darunter 544 Millionen Euro Entwicklungshilfe, 110 Millionen humanitäre Hilfe sowie ein Kredit von 500 Millionen Euro.

Die Vorhaltungen Trumps seien »in keiner Weise gerechtfertigt«, kritisiert SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich. »Die Europäer haben der Ukraine Gelder im zweistelligen Milliardenbereich zur Verfügung gestellt und ein Sanktionsprogramm gegen Russland verhängt, das es so selbst im Kalten Krieg nicht gegeben hat«, sagt Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

Trump und Selenskyj ärgern sich vor allem darüber, dass Merkel keine klare Kante gegenüber Russland zeigt und dass sich Deutschland und Frankreich weigern, Waffen an die Ukraine zu liefern. Die USA lieferten hingegen Panzerabwehrwaffen und »nicht tödliche« Rüstungsgüter nach Osteuropa.

Die Ironie der Geschichte: Joe Biden, der aussichtsreichste Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten, teilt Trumps Kritik an Merkel. In seinen Memoiren berichtet er von einem Treffen mit der Kanzlerin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2015. »Ich war enttäuscht, als sie nach ihrer Rede entschieden ablehnte, irgendwelche echten Waffen an das unterlegene Militär der Ukraine zu liefern«, schreibt Biden.

Merkels diplomatische Bemühungen werden in Trumps Telefonat mit keinem Wort gewürdigt – zum Unmut Berlins. »Es waren vor allem die Bundeskanzlerin und der damalige Außenminister Steinmeier, die alles dafür getan haben, damit es in der Region nicht zu einem militärischen Flächenbrand kommt«, sagt SPD-Fraktionschef Mützenich.

Andrij Melnyk, der ukrainische Botschafter in Berlin, versucht nun, die Scherben aufzukehren. Präsident Selenskyj schätze »das enorme persönliche Engagement der Bundeskanzlerin«, so der Botschafter.

Bislang hoffte die Bundesregierung, dass sich der Minsker Prozess mit dem neuen ukrainischen Präsidenten beleben lässt. Im Oktober sollte es nach langer Pause wieder einen Gipfel der Staats- und Regierungschefs des Normandie-Formats geben. Doch bei den Verhandlungen, etwa über Wahlen in den besetzten Gebieten der Ostukraine, hakt es.

Trotz des Ärgers über Selenskyj – den Urheber der Affäre verortet die Bundesregierung in Washington. Das Gespräch zeige, wie Trump seine Macht »für seine privaten Interessen, seine Wahlkampfinteressen sowie gegen Deutschland und Europa einsetzt«, sagt CDU-Mann Röttgen. Sein SPD-Kollege Mützenich findet, Trump sei dem Motto treu geblieben, »lieber Unfrieden zu stiften als an einem gemeinsamen Verständnis und Lösungen unter Partnern zu arbeiten«.

Melanie Amann, Christiane Hoffmann, Christoph Schult



WEITWINKEL

Die Spuren des NSU

Die Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« ermordete von 2000 bis 2007 zehn Menschen, verübte Raubüberfälle und Sprengstoffanschläge. Die Fotografin Paula Markert spürt in ihren Bildern den Verbrechen des NSU nach. Zweieinhalb Jahre lang, von Herbst 2014 bis Frühjahr 2017, fuhr sie durch Deutschland, fotografierte Tatorte, sprach mit Angehörigen, arbeitete Akten durch. Ihre Arbeit wirft Schlaglichter auf das anfängliche Versagen der Sicherheitsbehörden – und dokumentiert die Trauer und Beklommenheit, die der rechte Terror auslöste.

Sehen Sie die Fotostory im digitalen SPIEGEL, oder scannen Sie den QR-Code.



JETZT DIGITAL LESEN

rin des US-Außenministeriums damals. Hunter Biden berichtete dem »New Yorker«, sein Vater habe ihn nur ein einziges Mal auf Burisma angesprochen: »Vater sagte, ich hoffe, du weißt, was du tust. Und ich sagte: Ja.«

Joe Bidens Strategie war es offenbar, die Eskapaden seines Sohns zu ignorieren. Wahrscheinlich wäre das gut gegangen, hätte Biden dieses Frühjahr nicht beschlossen, für das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu kandidieren – und wäre sein Gegner nicht Donald Trump.

Wolodymyr Selenskyj: Im ukrainischen Sumpf

Im Mai 2019 bricht in Kiew eine neue Ära an, die Zeit der Sauberkeit – zumindest wenn es nach Wolodymyr Selenskyj geht. Selenskyj ist ein junger TV-Comedian ohne jede Regierungserfahrung, der ins höchste Amt des Landes stolpert, ins Präsidentenamt. Ein Mann hat nun ein Problem: Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko.

Im Wahlkampf hat Selenskyj versprochen, die ausufernde Korruption im Land zu bekämpfen, was Luzenko bis dahin allenfalls halbherzig getan hatte. Schon da ahnt Luzenko, dass er mächtige Freunde braucht, wenn er seinen Job auch unter dem neuen Präsidenten behalten will. So dient er sich dem mächtigsten Fürsprecher an, den man sich in der Ukraine denken kann: US-Präsident Donald Trump.

Luzenko behauptet in einem Interview mit einem konservativen US-Journalisten, seine Behörde prüfe, ob ukrainische Beamte und Politiker Hillary Clinton im US-Wahlkampf 2016 heimlich gefördert hätten. Es gibt zwar kein Ermittlungsverfahren. Aber allein die Behauptung ist Munition für Trump: Nicht Russland hätte demnach zugunsten der Republikaner in den Wahlkampf eingegriffen, sondern die Ukraine zugunsten der Demokraten. Es ist eine Verschwörungstheorie, die Trumps Leute von nun an verbreiten.

Noch wichtiger für das Team des US-Präsidenten wird eine zweite Unterstellung Luzenkos: dass Joe Biden versucht habe, Ermittlungen gegen Burisma zu verhindern, jenen Gaskonzern, für den sein Sohn arbeitete. Er würde Hinweise darauf gern dem US-Generalstaatsanwalt zuleiten. Tatsächlich hat Luzenkos Vorgänger im Amt, Wiktor Schokin, Ermittlungen gegen Burisma geführt. Und Schokin wurde auf Betreiben von US-Vizepräsident Joe Biden gefeuert. Der drohte der ukrainischen Führung damals, andernfalls würde er dem Land eine Milliarde Dollar an Kreditgarantien zu streichen.

Es gibt ein Video, auf dem Biden auf einer Podiumsdiskussion Jahre später unter dem Lachen des Publikums davon erzählt, wie er die Ukraine unter Druck setzte. Er

habe seine Verhandlungspartner in Kiew angeschaut und ihnen gesagt: »Ich fliege in sechs Stunden ab. Wenn der Generalstaatsanwalt bis dahin nicht entlassen ist, bekommt ihr euer Geld nicht. Nun, verdammt. Er wurde entlassen. Und sie haben an seine Stelle jemanden gesetzt, der den Job damals ausführen konnte.«

Zwar gibt es keine Hinweise, dass Bidens Intervention in einem Zusammenhang mit den Burisma-Ermittlungen stand. Auch die EU und der Internationale Währungsfonds waren mit Schokin als Generalstaatsanwalt unzufrieden, da er als korrupt und reformunwillig galt. Luzenko nimmt seinen Verdacht gegen die Bidens später sogar selbst zurück. Aber für Trumps Umfeld bleibt die Geschichte willkommen – besonders für Rudolph Giuliani, Trumps persönlichen Anwalt. Mit ihm hat sich Luzenko mindestens zweimal getroffen.

Für Luzenko zahlt sich seine Gefälligkeit gegenüber der US-Regierung trotzdem nicht aus. Präsident Selenskyj betreibt im Juni seine Entlassung als Generalstaatsanwalt. Für Trump ist der Fall hingegen zunächst ein Geschenk: Er kann Joe Biden, seinen wichtigsten Gegner im Präsidentschaftswahlkampf, als korrupten Clancheff diskreditieren. Es verwundert deshalb nicht, dass Trump den Juristen Luzenko im Telefonat mit Selenskyj als »sehr guten Staatsanwalt« preist, dem übel mitgespielt worden sei.

Donald Trump: Der Überlebenskünstler

Als Trump am Mittwoch in New York am Rande der Uno-Vollversammlung vor die Presse tritt, wirkt er wie ein Boxer, der nach einem schweren Treffer durch den Ring wankt. Er spricht gedämpft und voller Selbstmitleid über die Schlechtigkeit der Welt. »Ich bin von morgens bis abends auf den Beinen und treffe mich mit all diesen Ländern zum Wohle der USA, und die Presse berichtet nicht einmal darüber«, jammert der Präsident.

Trump hat sich schon aus viel aussichtsloseren Lagen befreit. Mehrmals stand er kurz vor dem Bankrott, sein Wahlkampf im Jahr 2016 schien gelaufen, als ein Audiomitschnitt auftauchte, in dem er damit prahlte, Frauen anfassen zu können, wo und wann er wolle.

Seine Popularitätswerte bei den Amerikanern mögen schlecht sein, aber die meisten Republikaner beten ihn geradezu an. Er profitiert von der tiefen Spaltung, die die Vereinigten Staaten schon seit Jahren durchzieht; Trump fördert und nutzt sie für seine Zwecke aus. Jeden Angriff auf seine Person, jede Kritik verkehrt er mit ein paar Tweets ins Gegenteil: Lügen, Betrug und Korruption sieht er allein bei seinen politischen Gegnern, bei Hillary Clin-



Whatever you can do, it's very important that you do it if that's possible.

Demokratin Pelosi: Das Gift wirkt

ton, bei Joe Biden, bei den Demokraten. Gezielt attackiert er seriöse, investigative Medien wie die »New York Times« oder die »Washington Post«, um deren Glaubwürdigkeit zu beschädigen.

Das Gift wirkt: Trumps Anhänger an der Basis und in rechtsgerichteten Fernsehsendern wie Fox News nehmen seine Erzählungen gern auf. Sie teilen seine Ressentiments gegen »Globalisierungsfreunde« und eine abgehobene »liberale Elite« in Washington. Trump hat das Kunststück geschafft, sich als Superreicher zum vermeintlichen Fürsprecher der verarmten amerikanischen Arbeiterschicht zu machen.

Seine Popularität bei diesen Wählern sichert ihm die Macht in Washington – zumindest bisher. Praktisch jeder Abgeordnete der Republikaner ist inzwischen mehr oder weniger von Trumps Wohlwollen abhängig. Wer sein Mandat behalten will, braucht die Unterstützung des Präsidenten bei parteiinternen Vorwahlen. Über Kandidaten, die es wagen, ihn zu kritisieren, senkt er den Daumen.

Ob dieses Bündnis stark genug ist, auch die Ukraine Krise und ein Impeachment-Verfahren zu überstehen? Treue Verteidiger des Präsidenten wie Senator Lindsey Graham, der Vorsitzende des Justizaus-

schusses, beeilten sich kurz nach der Veröffentlichung der Mitschrift des Telefonats, Trump von jeder Schuld freizusprechen: Das Telefonprotokoll zeige, wie harmlos die Sache in Wahrheit sei, erklärte Graham. Ein Amtsenthebungsverfahren wäre Unsinn. »Da ist nichts.«

Aber nicht alle Republikaner stehen diesmal in Treue fest zu Trump. Mancher Parteifreund bleibt auffallend still. Insbesondere unter den republikanischen Senatoren, die am Ende über Trumps Amtsenthebung abstimmen müssten, wollen offenbar viele abwarten, ob weitere Enthüllungen kommen. Der Geheimdienstausschuss, in dem die Republikaner den Ton angeben, will den Fall weiterhin untersuchen. Die Republikaner hatten auch mit durchgesetzt, dass das Weiße Haus die Beschwerde des Whistleblowers an den Kongress übergibt.

Bislang wagen nur wenige, sich öffentlich gegen den Präsidenten zu stellen. Mitt Romney, Senator der Republikaner aus Utah und langjähriger Feind Trumps, wiegte sorgenvoll den Kopf und nannte Trumps Telefongespräch mit Selenskyj »extrem besorgniserregend«. Romney wird nachgesagt, dass er die Republikaner in die Ära nach Trump führen will.

Genauso gefährlich wie die Republikaner könnten Trump allerdings die eigenen Mitarbeiter werden. Bisher haben die meisten Dissidenten still ihren Dienst quittiert, um sich den Zumutungen zu entziehen. Der CIA-Whistleblower hat sich dazu entschieden, eine Bombe zu zünden. In seinem Bericht nennt er Namen weiterer Beamte, die wie er unglücklich sein sollen über die Amtsauffassung des Präsidenten – darunter respektable Diplomaten wie Kurt Volker, der US-Sonderbeauftragte für die Ukraine.

Wenn Leute wie Volker in einem Impeachment-Verfahren auspacken würden, dann könnte es eng werden für Trump. Die Attacken von Demokraten kennt er seit Jahren – eine Rebellion aus dem Innern des Apparats wäre auch für ihn überraschend.

Christian Esch, Roland Nelles, René Pfister, Marc Pitzke, Maximilian Popp, Alexander Sarovic, Christoph Scheuermann

Video
Wie wahrscheinlich ist Trumps Absetzung?

spiegel.de/sp402019trump
oder in der App DER SPIEGEL



Deutschland

»Plötzlich sagte er: Mama, der Pfarrer hat was Komisches gemacht.« ▶ S. 50



Afghanistan-Einsatz

Bundespolizei kontra Innenministerium

Seehofers Beamte drängen auf Rückkehr der deutschen Polizisten nach Kabul.

● Zwischen Bundesregierung und Bundespolizei gibt es erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft der deutschen Polizeimission in Afghanistan. Nach einem Terroranschlag auf den schwer gesicherten Wohnkomplex »Green Village« im Osten Kabuls, in dem das »German Police Projekt Team« (GPPT) bis dahin sein Büro betrieb und die 22 eingesetzten deutschen Polizisten einquartierte, wurde Anfang September die Hälfte der Beamten außer Landes gebracht. Seitdem ruht das Ausbildungsprojekt für die lokalen Sicherheitskräfte; nur eine Handvoll der Polizeiausbilder harrt auf dem Gelände der deutschen Botschaft aus. Das Innenressort von Minister Horst Seehofer (CSU) drängt jedoch darauf, schnell wieder Polizisten nach Afghanistan zu schicken, da diese parallel zur Ausbildungsmission die Abschiebungen von Afghanen aus Deutschland in Kabul abwickeln. Als

Ende vergangener Woche auf Anweisung des Ministeriums eine Gruppe der evakuierten Beamten wieder nach Kabul zurückkehren sollte, intervenierte die Führung der Bundespolizei und verhinderte den Abflug. Die Bundespolizei hält die Lage in Kabul für zu gefährlich, zudem verfügt die GPPT-Mission derzeit weder über ein sicheres Büro noch über Unterkünfte für seine Mitarbeiter.

Bei der Attacke am 2. September kamen die deutschen Ausbilder nur durch Glück unbeschadet davon. Zunächst hatte ein Angreifer am Tor des »Green Village« eine Autobombe gezündet. Dann stürmte eine Gruppe Bewaffneter in den Wohnkomplex, es gab stundenlange Gefechte mit privaten Sicherheitskräften. Am Tag darauf wurden fast alle gepanzerten Jeeps des deutschen Polizei-projekts von Brandbomben wütender Afghanen zerstört. MGB, WOW

Migration

Weniger Abschiebungen

● Die Zahl ausreisepflichtiger Ausländer in Deutschland steigt weiter an. Laut eines aktuellen Lagebilds des Gemeinsamen Zentrums zur Unterstützung der Rückkehr (ZUR) wuchs die Anzahl der vollziehbar ausreisepflichtigen Personen innerhalb eines Jahres zum Stichtag

30. Juni 2019 von 234 603 auf 246 737, ein Plus von 5,2 Prozent. Den größten Anstieg ausreisepflichtiger Ausländer verzeichnete das ZUR bei Irakern (plus 43 Prozent), Nigerianern (plus 43 Prozent) und Iranern (37 Prozent). Gleichzeitig wurden weniger Migranten ohne Bleiberecht abgeschoben. So sank die Zahl im ersten Halbjahr 2019 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 12 266 auf 11 496

Personen, ein Minus von 6,3 Prozent. Die Zahl der Überstellungen nach dem sogenannten Dublin-Verfahren in andere EU-Mitgliedstaaten ging um 15,4 Prozent zurück. Ebenso sank die Zahl der staatlich geförderten freiwilligen Rückkehrer in den vergangenen Jahren kontinuierlich. Die meisten ausreisepflichtigen Ausländer kommen aktuell aus Afghanistan (20 921), Irak (18 457) und Serbien (12 659). ROL

»Digitale Gewalt«

Künast wehrt sich

● Angesichts rassistischer und sexistischer Aggression im Internet hat die Grünenpolitikerin Renate Künast gemeinsam mit Netzaktivistinnen und Frauenrechtlerinnen einen parteiübergreifenden Appell »gegen digitale Gewalt« ins Leben gerufen. »Wir benennen die im Internet stattfindende und darüber ausgeübte Gewalt klar und deutlich als das, was sie ist«, heißt es in dem Aufruf, »statt sie als ›Internet-Empörungskultur‹ oder ›andere Meinungen‹ wegzuwischen. Hate Speech bedeutet letztlich eine Gefahr für die Demokratie«. Die Initiatorinnen, unter ihnen die SPD-Politikerin Sawсан Chebli, die linke Bundestagsabgeordnete Anke Domscheit-Berg und die feministische Autorin Anne Wizorek, fordern eine öffentliche Debatte über die »geschlechtsspezifischen Aspekte von digitaler Gewalt und Hate Speech« und ihre Bezüge zu »Rassismus, Antisemitismus und Behindertenfeindlichkeit«. Um diesen Formen von Gewalt effektiver entgegenzutreten, fordern die Autorinnen Schwerpunktstaatsanwaltschaften gegen Hate Speech, eine bessere Ausstattung und Ausbildung der Polizei, Strafverfolgungsbehörden und Gerichte sowie den Abbau juristischer Hürden für Zivil-



Künast

klagen. Social-Media-Anbieter müssten stärker in die Pflicht genommen werden, etwa indem sie sich an den Kosten für Beratung gegen Hate Speech beteiligen sollten. Auslöser für den Appell war ein Gerichtsbeschluss gegen Künast, in dem die Richter schlimmste Beleidigungen gegen die Grünen durch anonyme Facebook-Nutzer noch als zulässig eingestuft hatten. Der Appell warnt aber auch vor digitaler Gewalt »aus dem persönlichen Umfeld der Betroffenen«, etwa durch Onlinestalking oder unerlaubt verbreitete Nacktbilder. AMA

Lucke-Partei

Teure schlechte Ausrede?

● Im Streit um staatliche Fördermittel hat die neue Partei des früheren AfD-Chefs Bernd Lucke eine juristische Schlappe erlitten. Luckes Partei »Liberal-Konservative Reformer« (LKR) hatte vor dem Berliner Verwaltungsgericht gegen die Bundstagsverwaltung geklagt, die der Partei die Zuschüsse gekürzt hatte und von ihr rund 235 000 Euro Fördergeld zurückfordert. Begründung: Die LKR hätte die Abgabefrist für ihren Rechenschaftsbericht am 31. Dezember 2018 nicht eingehalten. Die Partei argumentiert dagegen, ihr Schatzmeister habe versucht, den Bericht fristgerecht beim Bundestag abzugeben. Der Diplom-Mathematiker sei an jenem Tag mit dem Zug nach Berlin gefahren, gegen 23.20 Uhr aber im Getümmel der Silvesterparty im Regierungsviertel stecken geblieben. Polizisten an einer Absperrung hätten ihn nicht zum Reichstag durchlassen wollen. Am Ende habe der Bericht per Post verschickt werden müssen und sei verspätet eingetroffen. Das Gericht ließ die Entschuldigung nicht gelten. Die Klage wurde abgewiesen. SRÖ

Demografie

»Mehr Arbeitsstunden pro Woche«

Norbert Schneider, 64, Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, über seine Studie, nach der die Verrentung der Babyboomer keinen Arbeitskräftemangel zur Folge haben muss

SPIEGEL: Herr Schneider, im Jahr 2030 wird die Differenz zwischen den 67-Jährigen, die in Rente gehen, und den 18-Jährigen, die theoretisch ins Berufsleben einsteigen können, gut 500 000 betragen. Sie halten diese Lücke an Arbeitskräften für weitgehend kompensierbar. Was macht Sie so optimistisch?

Schneider: 2030 erwarten wir den Peak der demografischen Entwicklung, danach geht der Jahrgang 1964 in Rente. Aber wir haben in unserer Studie nicht nur Köpfe gezählt, sondern die Arbeitsstunden der Gesamtbevölkerung pro Woche – die Zahl wächst seit Jahren deutlich und wird es weiterhin tun.

SPIEGEL: Wieso wird mehr gearbeitet?

Schneider: Erstens ist die Erwerbsquote bei Frauen stark gestiegen, zweitens nimmt die Erwerbstätigkeit der über

55-Jährigen zu. Außerdem profitiert der Arbeitsmarkt vom wachsenden Anteil der Höhergebildeten. Sie arbeiten mehr und länger als Menschen mit niedriger Bildung.

SPIEGEL: Und das soll reichen, um eine Lücke von sieben Millionen Menschen bis 2040 zu schließen?

Schneider: Wenn wir unsere gesellschaftlichen Strukturen nicht ertüchtigen, wird das nicht reichen. Um die Frauenerwerbsquote insgesamt auf das ostdeutsche Niveau zu steigern, müssen wir die Kinderbetreuung und Ganztagschulen im Westen enorm ausbauen. Wir müssen in lebenslange Fort- und Weiterbildung investieren und in ein betriebliches Gesundheitsmanagement, etwa in altersgerechte Arbeitsplätze.



Schneider

SPIEGEL: Bisher galt Zuwanderung als zwingend, um die Wirtschaftskraft zu erhalten.

Schneider: Verbände und Wirtschaftsforscher beschwören Szenarien mit überalterten Belegschaften, Innovationsverlusten, Produktionsrückgängen sowie Fachkräftemangel. Das wird nicht passieren. Wir können mit der vorhandenen Bevölkerung einen erheblichen Teil der Lücke schließen. Wir selbst rechnen in unserer Studie mit 200 000 Zuwanderern pro Jahr. Aber das sind ja zunächst einmal Menschen und keine Fachkräfte, die kommen in der Regel mit Frau und Kind, also netto vielleicht 80 000 Arbeitskräfte.

SPIEGEL: Wenn der Anteil der Höhergebildeten in Deutschland weiter steigt, löst dies aber nicht das Problem bei Mangelberufen wie Altenpflegern.

Schneider: Sicher gibt es regionale und branchenspezifische Defizite. Aber wenn Verbände über Fachkräftemangel klagen, kann ich nur sagen: Gibt es zu wenig Maurer, muss man die Löhne erhöhen und die Arbeitsbedingungen verbessern. Das gilt auch für Erzieherinnen oder Altenpfleger. Da muss man Anreize schaffen, politisch umsteuern. In Deutschland ist genug Geld da: Die Frage ist nur, wo wir es investieren. WEI

Verfassung

Schäuble für Nachhaltigkeit

● Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) will Nachhaltigkeit und Verantwortung für kommende Generationen im Grundgesetz verankern. Zuvor hatte sich der altgediente Unionsmann gegen Verfassungsänderungen ausgesprochen, zuletzt im Mai in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«. In einem eigenen Beitrag warnte Schäuble davor, »alles, was man politisch gestalten möchte, im Grundgesetz festzuschreiben«. Dadurch würde eine Spirale in Gang gesetzt werden, die die Verfassung aufblähe, nach dem Muster: »Ist erst mal der Tierschutz verankert, müssen erst recht die Kinderrechte mindestens als Staatsziel aufgenommen werden.« Am



Schäuble

Dienstag sagte Schäuble bei einer SPIEGEL-Diskussion im Hamburger Thalia Theater überraschenderweise: »Wir sollten jetzt das Grundgesetz um die Dimension der Nachhaltigkeit erweitern«, denn, so der 77-Jährige: »Wir können nicht mehr nur in unserer Zeit denken.« Vor 70 Jahren, bei der Verabschiedung des Grundgesetzes, habe der Parlamentarische Rat nicht geahnt, »dass wir Menschen die Dinge so übertreiben können, dass alles außer Balance gerät«. Damit hat sich Schäuble die Unionslinie zu eigen gemacht. Zuvor plädierten bereits die Vorsitzenden der beiden Unionsparteien Annegret Kramp-Karrenbauer und Markus Söder dafür, Nachhaltigkeit als Staatsziel ins Grundgesetz zu schreiben, um bis 2050 Klimaneutralität in Deutschland zu erreichen. RED

Hauptstadtflughafen BER

Millionen für Bauberatung

● Die Berliner Flughafengesellschaft hatte im vorigen Jahr 174 Millionen Euro für Berater- und Gutachterleistungen bereitgestellt, aber nicht bilanziert. Ein Jahr zuvor waren es sogar 346 Millionen Euro. Die Summen werden nur im Anhang des Geschäftsberichts als »außerbilanzielle Geschäfte« erwähnt, sind also nicht Bestandteil der Konzernbilanz. Ein Sprecher sagt, es handle sich im Wesentlichen um Leistungen für den BER, etwa Technische Infrastruktur und die Ausbauprojekte. Mangelnde Transparenz hat auch der emeritierte Wirtschaftsprofessor Hans Georg Gemünden festgestellt. Er hat das Rechenwerk der Flughafengesellschaft analysiert und mit den Unterlagen ande-

rer deutscher Airports verglichen. Während die Flughafengesellschaften Hamburg und Düsseldorf mit der Luftfahrt immerhin kleine Gewinne erwirtschaften, produziert der Berliner Flugbetrieb seit 2006 nur Verluste – bis heute 1,59 Milliarden Euro. Der bilanzierte Wert des seit mehr als sieben Jahren brachliegenden BER habe sich aber von 2011 bis 2018 nahezu verdoppelt, von 2,5 Milliarden auf 4,9 Milliarden Euro. Gemünden hält das für womöglich »weit überhöht«. Er rechnet damit, dass die Manager zur Inbetriebnahme des BER eine erhebliche Wertberichtigung vornehmen müssen, »weil zwar viel verbaut, aber schließlich kein neuer Flughafen seitdem gebaut wurde«. Die Betreiber beteuern dagegen, korrekt nach »handelsrechtlichen Vorschriften« gehandelt zu haben. WAS

Medien

»Nero« Schirmmacher

● Die Aufarbeitung der Geschichte der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (»FAZ«) durch den Würzburger Historiker Peter Hoeres ist zu einer Abrechnung mit dem verstorbenen langjährigen »FAZ«-Herausgeber Frank Schirmmacher (1959 bis 2014) geworden. In diesem Herbst feiert die »FAZ« ihren 70. Geburtstag, und Hoeres durfte für seine Studie über die »Zeitung für Deutschland« (Benevento Verlag) als Erster im »FAZ«-Hausarchiv recherchieren. Er hat zudem mit vielen Zeitzeugen gesprochen. Danach trug Schirmmacher



Schirmmacher 2013

EU-Kommission

Frankreichs Kandidatin wankt

● Unmittelbar vor Beginn der Anhörungen der Mitglieder der künftigen EU-Kommission unter Ursula von der Leyen nehmen prominente Europaparlamentarier die französische Kandidatin Sylvie Goulard ins Visier. Die frühere EU-Abgeordnete, die 2017 kurzzeitig französische Verteidigungsministerin war, musste im Sommer an das EU-Parlament 45 000 Euro zurückzahlen, weil sie nicht nachweisen konnte, dass einer ihrer Mitarbeiter tatsächlich für sie als Parlamentarierin gearbeitet hatte. Zudem gibt es Ärger, weil Goulard neben ihrer Abgeordnetendiät von Oktober 2013 bis Ende 2015 monatlich mehr als 10 000 Euro als »Sonderberaterin« für einen »Europäischen Zukunftsrat« im Thinktank des deutsch-amerikanischen Milliardärs Nicolas Berggruen erhalten hatte. Was genau sie dafür leistete, ist unklar. »Europaabgeordnete sollten solche Nebenverdienste weder anstreben noch annehmen«, findet Philippe Lamberts, Fraktionschef der Grünen im Europaparlament. »Es gibt kein generelles Okay«, sagt auch der Fraktionschef der Europäischen Volkspartei Manfred Weber (CSU) über Goulard. Wie alle Kommissare müsse sie das Parlament nun »überzeugen, fachlich und menschlich«. Vor dem Rechtsausschuss musste Goulard zuletzt Missverständnisse über zahlreiche Aktivitäten bei wissenschaftlichen Instituten oder Thinktanks ausräumen. Sie sei zu »voller Transparenz« bereit, schrieb Goulard. Die EU-Parlamentarier können nach den Anhörungen, die am Montag starten, die Kommission von der Leyens als ganze ablehnen. Goulard soll sich künftig um das wichtige Binnenmarktressort kümmern. MP, WAS

redaktionsintern die Spitznamen »Caligula« und »Nero«, sein Führungsstil ist laut Hoeres »herrisch, unberechenbar, illoyal und misstrauisch« gewesen. Bei seinen Recherchen stieß Hoeres auch auf einen Vermerk, den ein »FAZ«-Redakteur nach einem Gespräch mit Schirmmacher 1995 anfertigte. Demzufolge hat dieser behauptet, als Baby in Äthiopien entführt worden zu sein. Tatsächlich wuchs Schirmmacher in Wiesbaden auf. Nach Hoeres' Recherchen neigte Schirmmacher zu »Maßlosigkeit und Rachsucht, Lügen und Hochstapeleien«. Allerdings konzediert der Wissenschaftler, dass es Schirmmacher gelungen sei, das »FAZ«-Feuilleton als »Agenda-Setter« zu etablieren. KLW

Ford Focus Active

Endlich draußen.



Fühlt sich gut an: Aktiv sein, den Moment genießen und immer das passende Auto fahren – der Ford Focus Active mit fünf individuell wählbaren Fahrmodi und moderner SUV-Optik. Viel Spaß da draußen.

Ford Active-Wochen:
0 %-Finanzierung¹
5 Jahre Garantie²



Kraftstoffverbrauch (in l/100 km nach § 2 Nrn. 5, 6, 6a Pkw-EnVKV in der jeweils geltenden Fassung): Ford Focus Active: 5,9 (innerorts), 4,1 (außerorts), 4,8 (kombiniert); CO₂-Emissionen: 107 g/km (kombiniert).



Eine Idee weiter

Beispielfoto eines Fahrzeugs der Baureihe. Die Ausstattungsmerkmale des abgebildeten Fahrzeugs sind nicht Bestandteil des Angebotes. ¹Ford Auswahl-Finanzierung, Angebot der Ford Bank GmbH, Josef-Lammerting-Allee 24–34, 50933 Köln. Gültig bei verbindlichen Kundenbestellungen und Darlehensverträgen. Das Angebot stellt das repräsentative Beispiel nach § 6a Preisangabenverordnung dar. Ist der Darlehensnehmer Verbraucher, besteht ein Widerrufsrecht nach § 495 BGB. Gültig für Privatkunden beim Kauf eines noch nicht zugelassenen Ford KA+ Active, Ford Fiesta Active, Ford Focus Active, Ford EcoSport, Ford Kuga, Ford Edge Neufahrzeugs. Details bei allen teilnehmenden Ford Partnern. Zum Beispiel der Ford Focus Active, 1,0-l-EcoBoost-Benzinmotor, 92 kW (125 PS), 6-Gang-Schaltgetriebe, Start-Stopp-System, 6d-TEMP, auf Basis einer unverbindlichen Aktionspreisempfehlung der Ford-Werke GmbH bei allen teilnehmenden Ford Partnern von € 22.150,- zzgl. Zulassungs- und Überführungskosten, Laufzeit 48 Monate, Gesamtleistung 40.000 km, Anzahlung € 5.250,-, Nettodarlehensbetrag € 16.900,-, Sollzinssatz (fest) p. a. 0,00 %, effektiver Jahreszins 0,00 %, Gesamtdarlehensbetrag € 16.900,-, 47 monatliche Raten je € 109,-, Restrate € 11.777,-. ²Zwei Jahre Neuwagengarantie des Herstellers sowie Ford Protect Garantie-Schutzbrief (Neuwagenanschlussgarantie) inkl. Ford Assistance Mobilitätsgarantie für das 3.–5. Jahr, bis max. 50.000 km Gesamtleistung (Garantiegeber: Ford-Werke GmbH), kostenlos. Gültig für Privatkunden beim Kauf eines noch nicht zugelassenen Ford KA+ Active, Ford Fiesta Active, Ford Focus Active, Ford EcoSport, Ford Kuga, Ford Edge Neufahrzeugs nach Eingabe der Fahrgestellnummer in der FordPass App und Auswahl des bevorzugten Ford Partners. Sofern vorhanden, Aktivierung von FordPass Connect. Die Eingabe/Hinterlegung bzw. ggf. Aktivierung muss spätestens zwei Wochen nach Zulassung erfolgen. Es gelten die jeweils gültigen Garantiebedingungen.



JONATHAN BORG / DPA

Innenminister Seehofer: »Viele Facetten – und vor allem ein großes Herz«

Deutschland

Vom Häuptling enttäuscht

Migration Die Unionspolitiker erkennen Horst Seehofer nicht wieder. Der Innenminister fordert feste Quoten für die Aufnahme von aus Seenot Geretteten und sucht in Europa Verbündete. Seine wichtigste Unterstützerin ist ausgerechnet die Bundeskanzlerin. Was ist da passiert?

Dienstagnachmittag, 15 Uhr, die Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU treffen sich zur Fraktionssitzung. Der Bundesinnenminister fehlt – mal wieder. Horst Seehofer sei wohl »unpässlich«, sagt Fraktionschef Ralph Brinkhaus, für viele klingt es sarkastisch.

Die Abgeordneten hätten viele Fragen an den Minister, zum Beispiel zu seinem jüngsten Vorschlag, von dem die meisten erst aus der Zeitung erfahren haben: Deutschland solle jeden vierten von NGO-Schiffen aus dem Mittelmeer geretteten Flüchtling aufnehmen. Seitdem fragen sich nicht wenige Abgeordnete: Wie sollen sie das bloß ihren Wählern erklären?

Brinkhaus fordert Seehofers Parlamentarischen Staatssekretär Stephan Mayer auf zu schildern, was der Minister denn so vorhabe in der Asylpolitik. Mayer steht auf und bittet zunächst um Verständnis, dass Seehofer wegen »wichtiger Termine«

verhindert sei. Der Satz, so schildern es Teilnehmer, sorgt für bittere Heiterkeit.

Viele konservative Abgeordnete sind irritiert bis enttäuscht über Horst Seehofer, sie verstehen seine Wandlung nicht. Noch vor einem Jahr, vor der bayerischen Landtagswahl, hatte Seehofer so erbittert für seinen »Masterplan Migration« und die Zurückweisung von Asylbewerbern an der Grenze gestritten, dass daran sogar beinahe die Fraktionsgemeinschaft zerbrochen wäre. Viele Abgeordnete kämpften damals in voller Kriegsbemalung an der Seite Seehofers, jetzt fühlen sie sich von ihrem alten Häuptling im Stich gelassen.

Der Horst Seehofer von früher schmähte die Asylbeschlüsse der Europäischen Union als »abenteuerlich«, als »grobe Schnitzer« und fand, in Brüssel habe man lange genug »geredet«. Der neue Seehofer spricht von europäischer Solidarität und will bei den EU-Amtskollegen mit gutem

Beispiel vorangehen, wenn es um die Aufnahme von Migranten geht.

Der Seehofer von früher schimpfte auf die Starrköpfigkeit und Undankbarkeit der Kanzlerin, »der Person, der ich in den Sattel verholfen habe«. Der neue Seehofer sagt, dass nur große Menschen die großen Probleme unserer Zeit strukturiert lösen könnten. »Und Angela Merkel ist so ein großer Mensch.« Es scheint, als sähe er in der einstigen Gegnerin nun seine wichtigste Unterstützerin.

Der Innenminister versteht die Aufregung nicht. »Ich habe von manch einem gehört, man müsse Haltung in der Asylpolitik zeigen. Nichts anderes tue ich jetzt.« Es gebe nur den einen Horst Seehofer, versichert er, einen Menschen mit seit Jahrzehnten unverändertem Wertesystem, der aber vor einer monumentalen Aufgabe stehe. »Wir erleben einen Migrationsdruck aus ganz unterschiedlichen Richtungen, dem sich nur mit einer europäischen Lösung begegnen lässt«, sagt





Gerettete Migranten in Málaga, Spanien

JORGE GUERRERO / AFP

Seehofer. Sonst werde die EU dieses große Thema nicht in den Griff bekommen.

Wegen dieser großen Aufgabe vermeidet Seehofer zunehmend Konflikte, die er oft als kleingeistig empfindet. Und so geschieht es, dass er auch die Chancen verstreichen lässt, sich den eigenen Leuten zu erklären: Selten taucht der Minister in Sitzungen der CSU-Landesgruppe oder der Fraktion auf. Er hat Fraktionschef Brinkhaus erklärt, er komme nur, wenn ein Projekt von ihm auf der Tagesordnung stehe.

Wenn er sich doch die Mühe macht, seine Ideen zur Migration zu erläutern, wie diese Woche vor den Innenpolitikern der Union, kommt sein Konzept bei manchen sogar sehr gut an. Aber das reicht nicht.

Als Horst Seehofer am späten Dienstagabend in seinem Ministerium empfängt, braucht er nur einen Kugelschreiber und eine Papierserviette, um aufzumalen, wie er sich die große europäische Lösung des Flüchtlingsproblems vorstellt.

Er zeichnet einen etwas krakeligen Kreis, der Europas Außengrenzen markieren soll. Auf die Grenzlinie zeichnet er kleine Kästchen, das sind die Aufnahmezentren, in denen Migranten künftig auf Sicherheitsrisiken überprüft werden sollten. Manche könnten dann sofort zurückgeschickt werden, sagt Seehofer, und zeichnet einen Pfeil, der wegführt von Europa, in Richtung Rand der Serviette.

Die anderen würden nach einem festen Schlüssel auf die EU-Staaten verteilt, die zu ihrer Aufnahme bereit sind. Erst dort sollen die Asylverfahren durchgeführt werden. Staaten, die sich verweigern, sollen sich anders einbringen, etwa mit Geld – »flexible Solidarität« heißt das bei Seehofer.

»D = 22 %« schreibt er groß in die Mitte seines Kreises. So viele Migranten könnte das Land jedes Jahr aufnehmen, sagt er. Dann sei kein Dublin-System mehr nötig.

»Für diese große europäische Lösung kämpfe ich mit aller Kraft«, sagt Seehofer. Sie ist nicht ganz neu, viele Elemente werden seit Jahren auf EU-Gipfeln diskutiert, streng genommen handelte Angela Merkel 2018 ein ähnliches Konzept aus. Damals nannte Seehofer ihre Ergebnisse »nicht wirkungsgleich« mit seinem Masterplan.

Aber heute sei die Lage ganz anders, betont der Innenminister, denn mit der französischen und der neuen italienischen Regierung öffne sich ein »historisches Zeitfenster« für einen europäischen Asylkompromiss. Endlich zögen Deutschland, Frankreich und Italien an einem Strang. »Und in Brüssel haben wir noch eine deutsche EU-Kommissionschefin, die das Projekt mit frischer Kraft voranbringen kann.«

Vor der großen Lösung müsse man aber bei der Seenotrettung vorankommen, sagt Seehofer. Dafür hat er jüngst auf Malta gemeinsam mit Italien und Frankreich eine kleine Lösung entwickelt, die auf dem EU-

Innenministertreffen Anfang Oktober in Luxemburg festgezurr werden soll.

Hier kommt die Quote ins Spiel, die seine Unionskollegen so erregt: Wie eines Tages bei der großen Lösung sollen die Mittelmeerschiffbrüchigen direkt auf alle willigen EU-Staaten verteilt werden, möglichst binnen vier Wochen.

Dann wäre Schluss mit den hilflos im Mittelmeer treibenden Schiffen der Seenotretter, dann müsste er nicht mehr am Wochenende in Europa herumtelefonieren, ob und wie viele Schiffbrüchige wer aufnehmen könne.

Deutschland könnte ein Viertel dieser Schutzsuchenden übernehmen, so wie schon bisher, hat Seehofer angeboten. Das Modell solle auf ein halbes Jahr befristet und jederzeit einseitig kündbar sein, betont er, »wenn wir Missbrauch feststellen oder die Zahlen zu hoch werden«. Mit diesen Sicherheitsklauseln »sehe ich keine Gefahr für Deutschland«. So entstehe auch kein Pull-Effekt.

Der alte Seehofer von 2018 dachte in der Asylpolitik noch in Signalen. Grenzkontrollen zu Österreich lohnten sich für ihn bereits, wenn dabei nur ein paar Dutzend Migranten tatsächlich abgewiesen würden. Hauptsache, die Symbolik stimmte. Der neue Seehofer rechnet vor, dass seit Juli 2018 nur 2200 Menschen zumeist von NGOs aus dem Mittelmeer gerettet worden seien. Gerade mal 225 davon seien bisher nach Deutschland gekommen. Seehofer tippt sich an die Stirn. »Wenn wir das nicht schaffen, sind wir erst recht zu mutlos für eine große europäische Lösung.«

Seinen Quotenvorschlag hat der Minister kürzlich spontan Journalisten diktiert, ehe die Staatssekretäre oder Innenpolitiker im Bilde waren. Die erwachten am Wochenende zu der Nachricht: »Seehofer will jeden vierten Flüchtling aufnehmen.«

In der CSU-Landesleitung in München gehen seither massenhaft Mails und Anrufe ein. »Seid ihr verrückt?« – »Nie mehr CSU!« – »Nur noch AfD!« Auch in der Fraktion ist der Ärger groß: So wie Seehofer könne man nicht kommunizieren, heißt es. Ein fester Mechanismus zur Verteilung von Bootsflüchtlingen sei eine 180-Grad-Abkehr von der bisherigen CSU-Linie.

In der Sitzung der AG Innen forderte der CSU-Abgeordnete Michael Kuffer, künftig wenigstens in der Fraktion abzustimmen, ob man bei den vereinbarten Quoten bleiben könne. »Wenn die Zahlen nach oben gehen, müssen wir aussteigen!«, sagt Kuffer. »Pull-Faktoren müssen wir sicher vermeiden.«

Seinen konservativen Parteifreunden ist der Innenminister plötzlich so fremd wie Angela Merkel. Kein Wunder, klingen doch beide neuerdings sogar gleich: Bei seiner jüngsten Pressekonferenz klagte Seehofer, es sei doch »unglaublich«, dass man sich für die Rettung ertrinkender

Menschen rechtfertigen müsse. Hatte nicht auch die Bundeskanzlerin im Flüchtlingsherbst 2015 gesagt: »Wenn wir uns jetzt noch entschuldigen müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.«

Schmerzlich ist für Seehofer, dass er mit seiner Asylpolitik sogar den Bruch mit seinem engsten Vertrauten riskiert, mit Landesgruppenchef Alexander Dobrindt. Nie würde Dobrindt Seehofer öffentlich angreifen, aber in internen Sitzungen geraten sie längst aneinander. Dobrindt muss die 46-köpfige Landesgruppe auf Kurs halten, sich loyal zu Seehofer verhalten, darf aber auch nicht die CSU-Wähler verprellen und schon gar nicht Parteichef Markus Söder, der Dobrindt von München aus genau beobachtet. Ein multipler Spagat, den Dobrindt da vollbringen muss.

Seehofer ist nur noch für sein Ressort verantwortlich, nicht mehr für die CSU. Ihm geht es auch darum, welchen Eindruck er in den Geschichtsbüchern hinterlässt, den des harten Hundes, des »Störenfrieds« oder gar »Gefährders«, wie ihn der SPIEGEL einmal nannte? Es frustriert Seehofer auch,

»Wenn wir das nicht schaffen, sind wir zu mutlos für eine große europäische Lösung.«

wenn eine Bemerkung, die er nur scherzhaft meinte, ihm noch monatelang nachhängt. Wie der Satz über die 69 Afghanen, die an seinem 69. Geburtstag abgeschoben wurden – »das war von mir nicht so bestellt«, sagte Seehofer damals. Heute würde ihm das nicht mehr passieren.

Als sich die Unionsminister jüngst zum »schwarzen Frühstück« vor der Kabinettsitzung trafen, soll Landesgruppenchef Dobrindt ausführlich seine Kritik an den Asylplänen des Ministers erklärt haben. Man schicke diese Migranten keinesfalls in die Hölle, wenn man sie an die libysche Küstenwache zurückgebe, soll Dobrindt erklärt haben. Man dürfe der Schlepperindustrie nicht das falsche Signal geben, jedem stünden die Tore nach Deutschland offen. Darauf sei Merkel Dobrindt über den Mund gefahren: Im Bundesinnenministerium arbeiteten doch keine Idioten, habe die Kanzlerin gesagt, die würden sich schon etwas denken bei ihren Vorschlägen.

In der Union ist es einsam geworden um Seehofer, der die Nächte in Berlin immer noch in einem Zimmerchen in seinem Ministerium verbringt. Da kann es vorkommen, dass morgens um halb sechs der Feueralarm geht, aber niemand nach dem Minister schaut. Dafür konnte Seehofer kürzlich vor Journalisten auf eine interne

Umfrage verweisen, wonach 84 Prozent seiner Beamten »zufrieden oder sehr zufrieden« mit ihrem Job seien. Und auch politisch hat er neue Freunde gefunden. Zum Beispiel Claus-Peter Reisch, Seenotretter von »Mission Lifeline«, der ihn vor der Sommerpause im Ministerium besuchte. »Ein anständiger, vernünftiger Mann«, lobt Seehofer, und Reisch habe wohl auch gesehen, dass der Minister kein Menschenfeind ist.

Auch die Bischöfe, die den CSU-Mann noch vor einem Jahr für seinen herzlosen Kurs verdammt, schicken ihm jetzt wieder ermutigende Briefe, Erzbischof Reinhard Marx etwa.

Beim Koalitionspartner SPD ist man ohnehin erleichtert, dass der alte Seehofer verschwunden ist. Der neue kommt zur Verabschiedung von Burkhard Lischka, dem langjährigen Innenexperten der SPD, und findet emotionale Abschiedsworte. Lischka, der den Bundestag verlässt, um Notar zu werden, freut sich über die Verwandlung des Ministers: »Wir reden heute nicht mehr von dem Horst Seehofer, der anfangs wie der bayerische Sonnenkönig nach Berlin einritt und glaubte, er müsse nur die Order des Tages ausgeben, und alle würden spüren.« Nach und nach habe er bemerkt, sagt Lischka, »dass Seehofer viel mehr Facetten hat – und vor allem ein großes Herz«. Insofern habe ihn die Haltung des CSU-Mannes zur Seenotrettung nicht überrascht. »Mit ihm konnte man zum Teil vernünftiger zusammenarbeiten als mit der Unionsfraktion.«

Nächste Woche will Seehofer in die Türkei und nach Griechenland reisen. Der französische Amtskollege wird ihn abholen, dann fliegen sie gemeinsam mit dem EU-Migrationskommissar nach Ankara. Es gilt, Merkmals Flüchtlingsdeal mit der Türkei zu retten. Ein Regelwerk aus einer Zeit, als Seehofer in Deutschland noch eine »Herrschaft des Unrechts« feststellte. Anschließend geht es nach Griechenland, das einen neuen Andrang von Geflüchteten erlebt. Seehofer will deutsche Hilfe anbieten, um die Situation in den überfüllten Lagern auf den Inseln in den Griff zu bekommen.

An jenem Abend im Ministerium erwähnt Seehofer einen Brief, den ihm Fraktionskollegen geschickt hätten. Deutschland müsse unbedingt 1000 Jesiden aufnehmen. 1000 Jesiden! »Und 225 Schiffbrüchige in einem Jahr sollen zu viel sein?« Aber selbstverständlich, sagt Seehofer, werde er sich für das Anliegen der Kollegen einsetzen.

Melanie Amann, Martin Knobbe,
Ralf Neukirch, Wolf Wiedmann-Schmidt

Video
**Seehofers Wandlung
im Wortlaut**

spiegel.de/sp402019seehofer
oder in der App DER SPIEGEL





Wir machen Tempo beim Umweltschutz.

Mit #starkeschiene und über 150 Maßnahmen
schützen wir Umwelt und Klima.

Jetzt entdecken: [deutschebahn.com/gruen](https://www.deutschebahn.com/gruen)

In der Falle

Parteien Das Klimapaket bringt die Grünen in eine schwierige politische Lage. Sollen sie kooperieren oder blockieren?

Es kann in der Politik auch eine Bürde sein, umworben zu werden. Die kommissarische SPD-Vorsitzende Malu Dreyer will in der Klimafrage »offen mit den Grünen darüber sprechen, wie man zusammenkommen kann«. Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus lädt die Partei zur Kompromissuche ein. Und die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer erneuert ihren Wunsch nach einem nationalen Klimakonsens.

So viel Zuwendung bringt die Grünen in eine schwierige Situation. Einerseits ist sich die Partei einig, dass das Klimapaket der Großen Koalition unzureichend ist und auch durch ein paar Korrekturen nicht gerettet werden kann. Andererseits will man sich nicht in die Rolle des Blockierers drängen lassen.

Entsprechend konfus waren die ersten Reaktionen auf den Kompromiss. Zunächst verkündete Parteichefin Annalena Baerbock, die Grünen würden im Bundesrat »jede Möglichkeit nutzen, aus dem Wenigen ein Mehr an Klimaschutz herauszuholen«. Kurz darauf erklärte sie, der Bundesrat sei kein Gestaltungsgremium, das Gesetze inhaltlich massiv nachbessern könne. Verwirrt wirkte auch Baerbocks Kollege Robert Habeck, als er in einem Fernsehinterview die Erhöhung der Pendlerpauschale kritisierte und Wissenslücken offenbarte.

In der Partei herrscht große Unsicherheit darüber, wie man auf die Offerte der Großen Koalition zur Zusammenarbeit reagieren soll. Eine Totalblockade gilt nicht als ernsthafte Option. Eine allzu bereitwillige Kooperation käme wiederum bei vielen Wählern und in der Klimabewegung nicht gut an. Wie soll sich die Partei positionieren?

Im Fraktionsvorstand herrschte am Montag Einigkeit darüber, dass man zunächst die Interpretationshoheit über das Klimapaket behalten müsse. Man dürfe der Koalition nicht durchgehen lassen, dass sie die Erhöhung des Wohngelds und der Pendlerpauschale sowie die Senkung der EEG-Umlage zur Förderung des Ökostroms als soziale Tat rühme. Fraktionschef Anton Hofreiter wies darauf hin, dass die Einnahmen aus dem

CO₂-Preis entgegen den Ankündigungen nicht vollständig an die Bürger zurückgegeben würden.

Das sind berechtigte Einwände, aber sie lösen das strategische Dilemma der Grünen nicht. Zwar ist noch offen, wie ein Energiekonsens überhaupt aussehen könnte und welchen Gesetzen der Bundesrat zustimmen soll. Aber klar ist, dass die Grünen ein Angebot zum Gespräch nicht aus schlagen können.

Die Parteispitze geht davon aus, dass die Grünen in Bundestag und Bundesrat

einigen Gesetzen zustimmen werden, auch wenn sie nur kleine Fortschritte beim Klimaschutz bringen. Das entspricht dem eigenen grünen Selbstverständnis als »Quasi-Regierungspartei«, wie Habeck das nennt. Die »Süddeutsche Zeitung« schrieb nach der Klimateinigung schon von einer »Bundesrepublik Kenia« aus Union, SPD und Grünen. Wie aber soll man unter diesen Umständen erklären, dass die Grünen die Koalitionsbeschlüsse weiterhin grundsätzlich ablehnen? Es wird nicht einfach werden, das der Öffentlichkeit zu vermitteln.

Die Union gibt sich alle Mühe, dieses strategische Dilemma noch zu verschärfen. Dazu zählt nicht nur das wiederholte Angebot, gemeinsam etwas zur Rettung des Klimas zu tun. In der Spitze der Unionsfraktion gibt es weitergehende Überlegungen. Warum alle Verhandlungen nur im Bundesrat oder im Vermittlungsausschuss führen? Man könnte Grüne und FDP doch auch zu einem großen Klimagespräch einladen, um Gemeinsamkeiten auszuloten.

Aus Perspektive der CDU hätte das aus doppelter Hinsicht Charme. Zum einen bestünde die Hoffnung, gegen die sich bislang widerstrebende CSU doch noch einen höheren CO₂-Preis durchzusetzen, den sich auch in der CDU-Führung viele gewünscht hätten wie auch die Kanzlerin. Zum Zweiten würden die Grünen für den Klimakompromiss mithaftbar gemacht.

Die Grünen wissen aber, was eine zu enge Kungelei mit der Großen Koalition bedeuten würde. Bisher haben sie massiv von der »Fridays for Future«-Bewegung profitiert. Schon jetzt merken sie jedoch, dass sich die Enttäuschung der Klimademonstranten auch gegen sie wendet.

Auf dem baden-württembergischen Grünenparteitag am vorigen Wochenende sagte ein Aktivist von »Fridays for Future« zum Klimaleitantrag der Landespartei: »Wenn das die grüne Antwort auf die Klimakrise ist, sorry. Dann hat man Sie Ihrer viel beschworenen DNA beraubt.« Man kann sich vorstellen, wie die Bewegung auf die Unterstützung der Grünen für Klimagesetze der Großen Koalition reagieren wird.

Auf der anderen Seite will die CSU darauf achten, die Grünen nicht aus der Verantwortung zu entlassen. Parteichef Markus Söder frohlockt bereits. »Die Grünen laufen uns gerade in die Falle.« Die Drohung mit einem Stillstand im Bundesrat bedeute den Stillstand in der Klimapolitik. Wenn die Grünen zum Beispiel weiter die energetische Gebäudesanierung blockierten, »dann sind sie für jedes nicht eingesparte Gramm CO₂ verantwortlich«.

Ralf Neukirch



Grünenchefin Baerbock

STEFFEN ROTH / DER SPIEGEL

Mehrheiten gesucht

Stimmverteilung im Bundesrat

insgesamt 69 Stimmen,
absolute Mehrheit: 35 Stimmen



DER SPIEGEL

* aktuelle Stimmenverteilung; Regierungsneubildung nicht abgeschlossen



**Erträge steigern und
Ressourcen sparen**

Mit Narrowband-IoT im Multilayer-Netz

Als einer der IoT-Weltmarktführer* mit 95 % Narrowband-IoT-Abdeckung vernetzen wir z. B. die Landwirtschaft. Damit schonen wir Ressourcen und machen Prozesse effizienter.

The future is exciting.

Ready?



**vodafone
business**

Mehr Informationen unter vodafone.de/multilayer-farming

* Die Vodafone Group ist einer der globalen Marktführer im Bereich mobiles Internet of Things (IoT) laut Gartner-Studie „Magic Quadrant for Managed M2M Services, Worldwide 2018“ (gartner.com).
Vodafone GmbH • Ferdinand-Braun-Platz 1 • 40549 Düsseldorf

»Ich bin die Nervensäge«

Klima Umweltministerin Svenja Schulze führte lange ein Schattendasein im Kabinett. Jetzt hat die SPD-Frau eine umstrittene Aufgabe: Sie überwacht ihre Kollegen im Kampf gegen die Erderwärmung.

Es war nur ein kurzer Wortwechsel, aber für Bundesumweltministerin Svenja Schulze reichte er aus, um zu begreifen, wie groß ihre Rolle in Zukunft sein würde.

Am vergangenen Freitag verkündete Angela Merkel vom Podium des Berliner Futuriums herab die Inhalte des neuen Klimaschutzprogramms der Bundesregierung. Die Rede kam auf Schulze, die unten in der ersten Reihe saß. Die Sozialdemokratin werde die Umsetzung des Pakets kontrollieren, kündigte die Kanzlerin an. Und: »Die Ministerin ist da streng.«

Was die vielen Kameras in dem Getümmel nicht einfingen, war ein Ausruf, eher ein Seufzer, den der Mann neben Schulze ausstieß. »Viel zu streng«, sagte Andreas Scheuer, der Bundesverkehrsminister von der CSU laut genug, dass die SPD-Frau es hören konnte.

Zwar war die Umweltministerin bei dem 19-stündigen Verhandlungsmarathon, der jener Pressekonferenz vorausging, nicht die ganze Zeit anwesend. Trotzdem ist sie seit dieser Nacht aufgestiegen, von einer Randfigur im Kabinett zu einer entscheidenden Person für das wohl bedeutendste Projekt der Großen Koalition: den Klimaschutz.

66 Einzelmaßnahmen hat die Koalition vereinbart, sie sollen in den kommenden Monaten in mehr als ein Dutzend Gesetzesvorhaben münden, von der Abwrackprämie für Ölheizungen bis zu einem hochkomplexen Regelwerk für einen Emissionshandel.

Kaum ein Vorhaben einer Bundesregierung greift so stark in den Alltag der Bürger ein, wie es dieses Projekt tun wird, auch wenn die Härten nicht über Nacht kommen, sondern schrittweise. Geschätzt 40 Milliarden Euro müssen dafür im Bundeshaushalt bereitgestellt oder umgeschichtet werden. Und über allem wird ein Klimaschutzgesetz stehen. Darin ist nicht nur das Einsparziel von 55 Prozent für Treibhausgas bis ins Jahr 2030 festgeschrieben, sondern erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik auch ein Kontrollmechanismus, der in jedem Jahr eine Prüfung aller Schritte vorsieht. Federführendes Haus: das Ministerium von Schulze.

Genau dies wollten Scheuer und eine ganze Reihe meist konservativer Unionsleute verhindern: eine Umweltministerin, die das Kabinett kontrolliert, womöglich

kujoniert. Bis in die Nacht hatten schwarze Verhandler vergebens gegen Kontrollen und für die üblichen Absichtserklärungen gekämpft.

Doch nun hat Schulze die Aufsicht über das Projekt, mit dem die GroKo die demonstrierenden Schüler von den Straßen holen und nebenbei die Grünen zurückdrängen will. Und für Angela Merkel geht es darum, ihren Ruf als Klimakanzlerin zu retten. Da soll Schulze, die Sozialdemokratin, helfen.

Die sitzt keine 24 Stunden nach der GroKo-Einigung im Flugzeug nach New York, zum Klima-Sondergipfel der Uno, der parallel zur Generalversammlung stattfindet. Bei einem Glas Weißwein genießt Schulze ihre erste Verschnaufpause, um ein wenig zu reflektieren, was da gerade passiert ist.

Sie ist euphorisch. »Ich bin jetzt die Nervensäge«, sagt Schulze, und sie gefällt sich sichtlich in dieser Rolle. Kaum jemand hätte ihr diese Metamorphose zugetraut. Umweltminister, das ist kein mächtiger Posten.

Mit ihrer Idee eines CO₂-Preises warf sie einen Stein ins Wasser, der einen Tsunami auslöste.

Man darf sich um Insekten kümmern und renaturierte Bachläufe. Mit diesem Ressort wird man auf der Straße nicht erkannt, zumal Schulze völlig überraschend von ihrer Partei nach Berlin entsandt wurde. Blond, niedlich, ungefährlich, so wurde sie in der Hauptstadt anfangs eingestuft.

»Das Bild wird sich jetzt drehen«, hofft Schulze. Sie habe schon bei Amtsantritt gewusst, wie gewichtig ihr Amt sein würde. Denn auf europäischer Ebene hat sich Deutschland schon vor Jahren verpflichtet, Kohlendioxid einzusparen. Wenn es seine Ziele verfehlt, müsste man sich in anderen Ländern Verschmutzungsrechte kaufen – ein milliarden schweres Strafsystem, das bereits 2021 greifen wird.

Schon im vergangenen November skizzierte Schulze deshalb vor Studierenden der Humboldt-Universität in Berlin die Idee eines Preises auf Kohlendioxid. Damit warf sie einen Stein ins Wasser, der einen Tsunami auslöste. Die Ministerin fand sich auf der Titelseite der »Bild«-Zeitung wieder.

Der Gegenwind war so heftig, dass Schulze erst einmal bis zum Februar abwartete – um dann auf Attacke zu schalten. Sie legte kurzerhand ihren eigenen Entwurf für ein Klimagesetz vor, ohne ihn groß vorher anzukündigen. Ein Überraschungsangriff. »Das war wohl die beste Idee meines Lebens«, sagt Schulze.

Das sei ja »Ökoplanwirtschaft«, polterte damals Verkehrsminister Scheuer. Auch Wirtschaftsminister Peter Altmaier verdammt die Idee in Bausch und Bogen. Doch Schulze hatte eine Verbündete in der Regierung, und zwar ganz oben: Angela Merkel. Die Kanzlerin berief ein Klimakabinett ein, um den aufziehenden Streit im Regierungskollegium zu bändigen. So bekam Schulze ein Forum, in dem sie plötzlich den anderen Ministern das Prinzip der Strafzahlungen erläutern konnte. Die hörten zähneknirschend zu.

Politisch fand sich Schulze in der glücklichen Lage, dass die drei Ministerien für die drei größten Klimasünder – Verkehr, Landwirtschaft und Bauen – in der Hand der Union liegen. Die Umweltministerin passte ihr Klimaschutzgesetz an: Strafzahlungen sollten nicht aus dem Gesamthaushalt bedient werden, sondern nur von dem Ressort, das nicht geliefert hatte.

In New York ist Schulze schon früh aufgestanden, die Zeitverschiebung kommt ihr gelegen. In der ständigen Vertretung Deutschlands bei der Uno warten schon um acht Uhr Frauen aus aller Welt, die sich um Umweltprojekte kümmern. Der Termin ist ganz nach dem Geschmack der Genossin: Es geht um Umwelt und um Frauenrechte. »Bislang fließt das meiste Geld an Hilfsprojekte für Männer«, sagt sie, dabei sei doch klar, dass vor allem die mit Frauen am besten funktionieren.

Die Reise ist für Schulze auch eine Entlastung: Der Atlantik liegt zwischen ihr und der aufgeregten Debatte daheim. So stolz die Ministerin auf ihre neue Rolle ist – für die Kernklientel ihres Hauses, die Umweltschützer, Klimaforscher und die umweltbewegte Öffentlichkeit gehen die GroKo-Beschlüsse nicht weit genug. Vor allem der geplante Preis auf CO₂-Emissionen von zehn Euro sei viel zu gering.

Auf der anderen Seite toben Klimaskeptiker und AfD-Anhänger. Eine Facebook-Gruppe »Fridays for Hubraum« fand binnen vier Tagen fast 400 000 Mitglieder – zum Vergleich: »Fridays for Future Deutschland« hat nur rund 78 000. Die Freunde großer Autos mit viel Hubraum kämpfen gegen »Klimahysterie« und den Verlust »Tausender Arbeitsplätze«, manche posteten Bilder von Waffen und Baseballschlägern, bis der Initiator sich gezwungen sah, das Forum zu schließen.

Sollte aus dieser Gruppe eine Gelbwesten-Bewegung wie in Frankreich entstehen, dürfte sich die Wut auch gegen Schul-



Politikerinnen Merkel, Schulze bei Uno-Generalversammlung in New York: Die Verbündete der Kanzlerin

ze richten. Denn die Umweltministerin sagt, sie hätte sich auch gut 20 Euro als CO₂-Preis vorstellen können. Und man könne nachschärfen.

Schulzes New Yorker Publikum reagiert mit Neugier auf das Klimapaket. Deutschlands internationaler Ruf als Vorreiter im Kampf gegen die Erderwärmung hat zuletzt arg gelitten. Die Welt bewunderte Deutschland zwar für die Energiewende, sagt Schulze, aber registriere genau, wie wenig seither passiert sei.

»Aber nicht viele andere Länder werden ein Gesetz haben, wie wir es bekommen«, sagt sie. Und immerhin wird sie in New York feierlich in das Bündnis jener Staaten aufgenommen, die den Kohleausstieg beschlossen oder vollzogen haben.

Nun geht es rüber zur Uno am East River, in einen Konferenzsaal gleich neben der Generalversammlung. Vor Schulze liegt ein iPad, über das sie wischt, um ihre Rede zu lesen. Schulze hasst es, Papier herumzuschleppen. Mit dem Gerät ist sie schneller.

Sie ist keine klassische Berufspolitikerin, hat bei Beratungsfirmen gearbeitet. Doch die Instrumente von damals passen auch zur Politik von heute. Schulze hat gelernt, sich strategische Etappenziele zu setzen, im Stillen zu arbeiten.

»Politik war für mich lange ein Hobby«, sagt sie. Aber aus der Jugendlichen, die beim Naturschutzbund aktiv war, hätte auch eine Grüne werden können. Als Kind habe sie Feuersalamander aufgepäppelt und die Eltern gedrängt, ihr ein Terrarium für die Pflege der Amphibien zu bauen.

Dass sie Sozialdemokratin wurde, habe daran gelegen, wie die SPD sich um sie als Schülersprecherin bemüht habe, auch wenn sie der Parteiprominenz auf die Nerven ging. Bei einem Treffen mit Johannes Rau, erzählt Schulze, habe sie als Juso-Landeschefin dem NRW-Ministerpräsidenten gesagt: »Wenn du so weitermachst, dann kannst du deine Mitglieder bald im Rollstuhl reinschieben lassen.«

Der Landesvater habe geantwortet, sie solle ihm doch mal ein junges Team präsentieren. Die Leute, mit denen sie zu Rau kam, zählen heute noch zu ihrem engsten Netzwerk, etwa Ulrich Kelber, Ex-Staatssekretär im Justizministerium und jetziger Bundesdatenschutzbeauftragter. Aus Dank, Rau Unterstützer organisiert zu haben, sei sie auf die Liste für den Landtag gekommen, weit hinten, und dann doch reingerutscht.

Nach vier Jahren in Düsseldorf wechselte Schulze in die Beraterbranche. Einer ihrer Förderer damals war der für seine Strip-

penzieherei berüchtigte Genosse Matthias Machnig. Er holte sie zu Booz Allen Hamilton. Doch richtig Spaß machte Schulze der Job bei den US-Beratern nicht, und so stellte sie sich im Jahr 2010 wieder mit Flyern in die Fußgängerzone von Münster, wohin sie wegen ihres Mannes gezogen war.

Zu ihrer Überraschung gelang ihr über die Landesliste der Einzug ins Parlament. Weil Hannelore Kraft damals gezwungen war, eine Minderheitsregierung mit den Grünen einzugehen, waren genügend Ministerposten zu verteilen. Jetzt halfen Schulze ihre Netzwerke, sie wurde Wissenschaftsministerin in Nordrhein-Westfalen – ihr Sprungbrett nach Berlin.

Die Tage in New York sind für die Umweltministerin so etwas wie Schonzeit gewesen. Jetzt fängt der Kampf um das Klimaschutzgesetz erst richtig an. Den ersten Entwurf hat Schulze schon vorgelegt. Ursprünglich hatte sie geplant, länger bei dem Uno-Treffen zu bleiben. Doch dann disponierte sie um, wollte lieber persönlich am Mittwochmorgen im Bundeskabinett sitzen.

Für den Rückflug konnte sie keine bessere Verbindung finden: Sie nahm den Regierungsfieger, gemeinsam an Bord mit der Kanzlerin, ihrer neuen Verbündeten.

Gerald Traufetter

»Das Klimapaket allein reicht nicht«

Koalition Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus, 51, hofft auf Kompromisse mit den Grünen und erklärt, warum er weitere Milliardenausgaben für nötig hält.

SPIEGEL: Herr Brinkhaus, außer den Beteiligten ist niemand vom Klimapaket der Großen Koalition überzeugt. Warum ist der große Wurf nicht gelungen?

Brinkhaus: Das ist ein großer Wurf. Wir haben mit dem CO₂-Bepreisungssystem bei Verkehr und Mobilität einen Paradigmenwechsel eingeleitet, dessen Wirkung komplett unterschätzt wird. Der Streit entzündet sich doch im Wesentlichen an dem Einstiegspreis für Kohlendioxid. Aber das ist nur ein Teil eines großen Pakets.

SPIEGEL: Ottmar Edenhofer, der Leiter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, nennt das Paket ein »Dokument der Mutlosigkeit«.

Brinkhaus: Herrn Edenhofers Konzept des Zertifikatehandels ist immerhin wesentlicher Teil des Pakets. Seine Enttäuschung über den Einstiegspreis für Kohlendioxid kann ich nachvollziehen. Aber es ist die Aufgabe von Politik, das Land zusammenzuhalten und eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Deshalb starten wir das Zertifikatesystem mit einem niedrigen und dann wachsenden Festpreis für CO₂ und öffnen es immer weiter Richtung Markt und höherer Preise. So können sich die Bürger auf die Veränderungen einrichten, denn ab Mitte des nächsten Jahrzehnts wird es teuer.

SPIEGEL: Die CO₂-Abgabe wird das Benzin in den nächsten Jahren um wenige Cent pro Liter verteuern. Wie soll das zu einer Verhaltensänderung führen?

Brinkhaus: Die Lenkungswirkung wird dadurch eintreten, dass nun jeder weiß: Der CO₂-Verbrauch wird nach 2025 erheblich teurer. Bis dahin sollen die Bürger Investitionsentscheidungen treffen können, die sie entlasten. Zum Beispiel durch den Austausch einer Ölheizung, den wir fördern werden, oder den Kauf eines verbrauchsfreundlicheren Autos. Gleichzeitig gibt es dem Staat zum Beispiel die Zeit, bis dahin die Infrastruktur für Elektromobilität und den Nahverkehr auszubauen. Und wir glauben, dass durch dieses Preissignal eine große Dynamik im Bereich von Technologie und Innovation entstehen wird. Auch wenn manche einen höheren Einstiegspreis fordern.

SPIEGEL: Wären Sie dafür gewesen?

Brinkhaus: Das ist jetzt nicht entscheidend. Wichtig war für mich, dass wir uns

auf das sogenannte Monitoring-Verfahren geeinigt haben: Das bedeutet, dass wir jedes Jahr überprüfen werden, was an Zielen in den Bereichen der einzelnen Ministerien erreicht wurde – und wenn das nicht der Fall ist, muss sehr schnell sehr konsequent nachgearbeitet werden.

SPIEGEL: Und wenn etwa der Bundesverkehrsminister seine Ziele nicht erreicht, gibt es eine Strafe, wie es Umweltministerin Svenja Schulze angekündigt hat?

Brinkhaus: Es geht nicht um Strafen, es geht um Konsequenzen in der Sache. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir jedes Jahr ähnlich wie bei den Haushaltsberatungen eine mehrtägige Zukunfts- und Klimadebatte im Bundestag haben. Dabei können wir über jedes einzelne Ministerium reden, so wie wir das in der Haushaltsdebatte auch tun. Jedes Ressort muss sich vor dem Plenum politisch verantworten, wenn es die Ziele nicht einhält. Ich

»Im Haushalt sind noch einige Moorleichen, die dort seit Jahrzehnten schlummern.«

bin überhaupt dafür, dem Deutschen Bundestag mehr Mitsprache beim Monitoring der Klimazielerreichung einzuräumen.

SPIEGEL: Ihre Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer strebt einen nationalen Klimakonsens an. Die Grünen haben aber schon angekündigt, über den Bundesrat noch Veränderungen erreichen zu wollen. Wie viel Spielraum gib es dafür?

Brinkhaus: Die Aufgabe ist so groß, dass wir das nur in einem nationalen Konsens hinbekommen. Klimaschutz darf keine Fragen von aktuellen Mehrheiten sein und die Gesellschaft nicht spalten. Natürlich werden wir versuchen, so viel Rückenbedeckung wie möglich für das Klimapaket zu organisieren. Und am Ende müssen dann auch die Grünen zeigen, ob es ihnen nur um ihre reine Lehre geht – oder ob sie auch an einem gesamtgesellschaftlichen Kompromiss interessiert sind. Dass sie dabei nicht gleich rufen: »Ah prima, wo können wir unterschreiben«, das verstehe ich.

SPIEGEL: Und wenn die Grünen von der reinen Lehre abrücken, sind auch Ihre Beschlüsse nicht in Stein gemeißelt?

Brinkhaus: Ich stehe zu unserem Klimapaket. Aber es ist doch klar: Wenn wir einen größeren Konsens wollen, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu verstärken, werden wir uns zusammensetzen müssen. Dafür werden auch die Bundesländer schon sorgen. Ich bin da vielleicht idealistisch. Aber die Bundesrepublik kann beim Thema Klima mal wieder zeigen, dass sie, wenn es richtig wichtig wird, in der Lage ist, über Parteigrenzen hinweg zusammenzustehen. Denn genau das war in den letzten 70 Jahren das Erfolgsmodell für unser Land.

SPIEGEL: Sie haben von mehreren Hundert Milliarden Euro gesprochen, die in den kommenden Jahren für Klimaschutz investiert werden müssten. Nun sollen es bis 2023 lediglich 54 Milliarden Euro sein.

Brinkhaus: Das sind nur die Belastungen des Bundes, die sich dann bis 2030 schon auf weit mehr als hundert Milliarden Euro belaufen werden. Dazu kommt, was Länder und Kommunen zahlen müssen. Und da haben wir noch nicht über Technologie und Innovationen gesprochen.

SPIEGEL: Was kommt da noch auf uns zu?

Brinkhaus: Wenn wir zu Recht sagen, dass Technologie und Innovation der Schlüssel auch in der Klimapolitik sind, dann reicht das Klimapaket allein nicht. Dann brauchen wir noch ein ziemlich großes Technik- und Innovationspaket daneben. Dann müssen wir unsere Mittel auf Fortschritte in diesem Bereich fokussieren. Darüber müssen wir als Nächstes reden.

SPIEGEL: Wer Sie hört, hat den Eindruck, Geld spielt keine Rolle mehr.

Brinkhaus: Doch, eine sehr große. Fast 70 Staaten inklusive Russland haben sich dazu verpflichtet, bis 2050 CO₂-neutral zu sein. Wir sind gerade in der Klima- und Umwelttechnologie weiter als andere Länder der Welt. Wenn wir jetzt sagen, wir konzentrieren Ressourcen für Technologie und Innovation in diesem Bereich, dann nutzt das nicht nur dem Klima. Wir entwickeln auch ein Geschäftsmodell für unsere Wirtschaft.

SPIEGEL: Olaf Scholz hat gesagt: Dieses Klimapaket schaffen wir ohne neue Schulden. Wenn Sie jetzt noch Milliarden draufsetzen, wie wollen Sie dann die schwarze Null halten?

Brinkhaus: Wir haben es geschafft, entgegen allen Erwartungen das Klimapaket ohne Neuverschuldung zu regeln. Es geht jetzt darum zu fragen, ob wir unser Geld wirklich überall sinnvoll ausgeben oder ob wir es nicht besser in Klima- und Energieforschung und -innovation stecken.

SPIEGEL: Es ist immer viel einfacher, neue Förderungen zu bewilligen, als alte zu streichen. Woran haben Sie denn gedacht?



STEFFEN ROTH / DER SPIEGEL

CDU-Politiker Brinkhaus: »Die Große Koalition nicht nach links verschieben«

Brinkhaus: Richtig, deswegen bin ich auch für eine Generalrevision des Haushalts. Wir haben rund 6000 Einzeltitel, da sind noch einige Moorleichen, die seit Jahrzehnten schlummern.

SPIEGEL: Klingt sehr poetisch. Hätten Sie mal ein Beispiel?

Brinkhaus: Das klären wir besser erst intern. Klar ist aber, dass wir derzeit keine neue Umverteilungsdiskussion brauchen.

SPIEGEL: Worauf spielen Sie an?

Brinkhaus: Eine Grundrente einzuführen, die uns in den nächsten Jahren Milliarden mehr als geplant kosten würde, ist einfach nicht zeitgemäß. So schön dieses Bild von der Grundrente auch sein mag. Wir müssen jetzt priorisieren, und da geht es jetzt um das Klima, um Technologie und Inno-

vation, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts.

SPIEGEL: Das heißt, die SPD bekommt beim Thema Grundrente nichts? Sie steht doch im Koalitionsvertrag.

Brinkhaus: Wir führen derzeit Verhandlungen, denen möchte ich nicht vorgreifen. Aber wir werden darauf dringen, dass nicht Milliarden mit der Gießkanne verteilt werden. Davon steht nämlich nichts im Koalitionsvertrag.

SPIEGEL: Das klingt nicht, als hätte der Klimakompromiss die Große Koalition stabilisiert.

Brinkhaus: Wie es mit der Koalition weitergeht, ist eine andere Frage. Wenn die SPD sich jetzt weiter links positionieren will, dann ist das ihr gutes Recht. Aber das

wird nicht dazu führen, dass die Große Koalition nach links verschoben wird.

SPIEGEL: Sie sind seit einem Jahr Fraktionschef. Was ist dadurch besser geworden?

Brinkhaus: Wir haben die Hierarchien flacher gemacht, die Abgeordneten haben mehr Verantwortung. Es ist anstrengender geworden in den Fraktionssitzungen. Mehr Kollegen fühlen sich jetzt auch ermutigt, kontrovers zu diskutieren. Bisher ist es immer gelungen, das am Ende zusammenzubinden.

SPIEGEL: Sie sind auch gewählt worden, um der Fraktion gegenüber dem Kanzleramt mehr Gewicht zu verschaffen.

Brinkhaus: Wir verlangen als Fraktion von der Bundesregierung, wesentlich früher einbezogen zu werden als in der Vergangenheit. Wir beteiligen uns wesentlich früher am Gesetzgebungsprozess. Und wir sagen auch sehr selbstbewusst: Das reicht uns nicht. Nicht jedes Ressort ist davon begeistert, aber das kann ich nicht ändern.

SPIEGEL: In der Fraktion wünschen sich manche mehr Führung vom Vorsitzenden.

Brinkhaus: Ich bekomme viele gute Rückmeldungen. Auch weil wir als Team spielen. Ich habe sehr gute Stellvertreter, und wir haben kompetente Sprecher und Berichterstatter. Wir stimmen die Linie vorher ab, und dann verhandeln die jeweils Verantwortlichen die Dinge selbstständig. Ich greife dann ein, wenn es nicht mehr weitergeht. Das ist meine Spielidee.

SPIEGEL: Woran liegt es, dass trotz dieser Erfolgsgeschichte die Union in den Umfragen und auch bei Wahlen immer noch unter 30 Prozent bleibt?

Brinkhaus: Sicherlich nicht an der Fraktion. Die Fraktion ist ein stabilisierender Faktor in dieser ganzen politischen Konstellation. Wir haben in turbulenten Zeiten geliefert, etwa bei den Migrationsgesetzen und der Grundgesetzänderung für moderne Schulen und sozialen Wohnungsbau. Aber auch bei vielen anderen Projekten, wie uns ja sogar die Bertelsmann-Stiftung in ihrer kürzlich veröffentlichten Studie zur Arbeit der Großen Koalition bestätigt hat.

SPIEGEL: Es liegt also am Führungspersonal der Partei?

Brinkhaus: Nein, denn wenn man sich die Entwicklung in Europa anguckt, ist es ganz generell schwierig geworden für Volksparteien. Wir sehen ja überall eine Granulierung der politischen Landschaft. Vor diesem Hintergrund hat sich die Union noch ganz gut gehalten. Aber damit kein Missverständnis entsteht, 30 Prozent kann nicht unser Anspruch sein. Unser Anspruch ist wesentlich höher.

Interview: Florian Gathmann,
Ralf Neukirch

Jetzt wechseln: Deal des Jahres.

Egal für welches Modell Sie sich entscheiden, mit einem neuen Volkswagen sind Sie souverän unterwegs. Und das ab sofort zu besonders günstigen Konditionen. Denn beim Kauf eines neuen Volkswagen SUV oder eines anderen ausgewählten Volkswagen Neufahrzeugs profitieren Sie jetzt von einer attraktiven Prämie.¹



¹Nähere Informationen beim teilnehmenden Volkswagen Partner.

Prämienherbst

bei Volkswagen¹





Bewerberduos Scholz/Geywitz, Scheer/Lauterbach in Hamburg: Ein gewisser Lagerkoller macht sich breit

Es wird giftig

SPD Lange lief die Kandidatenshow der Sozialdemokraten für den Vorsitz harmonisch. Inzwischen wächst hinter den Kulissen das Misstrauen. Zwei prominente Genossen haben sich bereits überworfen.

Es ist kurz vor neun Uhr am Montagmorgen, als die Stimmung in der SPD-Spitze kippt. Die Parteiführung hat sich zu einer Telefonschale verabredet, in der Leitung ist auch der Gesundheitsexperte Karl Lauterbach. Seit er für den SPD-Vorsitz kandidiert, geht er einigen Genossen an der Spitze gehörig auf die Nerven, weil er nur noch über die Große Koalition nörgelt.

Am Telefon geht es um das Klimapaket, das die Bundesregierung ein paar Tage zuvor geschnürt hat. Lauterbach hatte den Kompromiss schon kritisiert, bevor er überhaupt stand. Nun nutzen einige Parteifreunde den Moment, um ihren Ärger über den Kandidaten loszuwerden. Man könne nicht immer die Arbeit der eigenen

Leute kaputtreden, schimpft laut Teilnehmern der Schalte Hubertus Heil, der Arbeitsminister. Das gehe so nicht, ruft auch Thorsten Schäfer-Gümbel in den Hörer, der kommissarische Parteichef. Wenn man ohne jede Sachkenntnis einen Kompromiss kritisiere, um sich politisch zu profilieren, sei das schlicht unanständig. Die Botschaft an den linken Kandidaten: Es reicht, stell die Querschüsse ein.

Die Telefonkonferenz vom Montag markiert einen Bruch. Bislang war es im Rennen um den Parteivorsitz harmonisch zugegangen, so weit das möglich ist, wenn machtbewusste Menschen um hohe Posten konkurrieren. Die SPD hatte die Tour ihrer Kandidaten als leuchtendes Beispiel innerparteilicher Demokratie ver-

kauft, als Beleg dafür, dass die angeschlagene Partei noch eine Leichtigkeit besitzt. Keine Schlammschlachten, keine Fouls, stattdessen die Atmosphäre einer Klassenfahrt. Nun sind gut zwei Drittel der 23 Regionalkonferenzen absolviert, und die Stimmung ändert sich. Es wird zunehmend giftig.

Einige Bewerber sind des starren Formats überdrüssig, andere mögen die immer gleichen Standardsätze der Konkurrenz nicht mehr hören. Vergangene Woche dann wurden im Kandidatenrennen zum ersten Mal größere Geschütze aufgefahren. Der Brandenburger SPD-Schatzmeister Harald Sempf attestierte der ebenfalls aus Brandenburg stammenden Kandidatin Klara Geywitz, sie könne »von der zwischenmenschlichen Wärme her auch eine 10 000er-Geflügelfarm leiten« (SPIEGEL 39/2019). Der Angriff erschreckte die Partei. »Da sollten sich einige schämen«, schimpfte der Hamburger Bundestagsabgeordnete Johannes Kahrs.

Die Frage ist, wie es nun weitergeht. Schaffen die Genossen es, bis zum Mitte Oktober beginnenden ersten Wahlgang trotz der Spannungen zusammenzuhal-

ten? Oder läuft die Suche nach einem neuen Vorsitzendenduo aus dem Ruder?

Montagabend, die SPD überträgt per Livestream die Regionalkonferenz in der Schlossgartenhalle im baden-württembergischen Ettlingen. Der Moderator ruft zur üblichen Vorstellungsrunde, fünf Minuten pro Duo. Genügend Zeit, um sich an der Union abzuarbeiten, an der Großen Koalition – oder halt an Olaf Scholz.

Der Vizekanzler, der auch Vorsitzender werden will, hat aus Sicht etlicher Genossen viel Schlechtes zu verantworten, von den miesen Umfragen bis zum Klimakompromiss. Das Klimapakett sei »ein Witz« und »nicht hinnehmbar«, ruft Nina Scheer, die mit Lauterbach antritt. Die Erhöhung der Pendlerpauschale sei »nicht sozialdemokratisch«, kritisiert Norbert Walter-Borjans, der Ex-Finanzminister aus Nordrhein-Westfalen. Es wirkt, als wäre die SPD nicht beim Kandidatencasting, sondern beim Dreh für die Soap »Alle gegen Olaf«.

Auch Boris Pistorius und Petra Köpping sind wieder da, Niedersachsens Innenminister und seine Co-Kandidatin, die sächsische Integrationsministerin. Bislang war Pistorius ein ruhiger Bewerber, in Ettlingen tritt er aggressiver auf. Manche würden fragen, warum ausgerechnet sie anträten, ruft er. Sie seien schließlich »nicht ganz so jung« und »nicht ganz so links« wie manch andere im Feld. »Und wir gehören auch nicht schon 15 Jahre oder länger dem Parteivorstand oder dem Bundestag an wie Ralf, Michael, Olaf oder Karl.« Gemeint sind die vor ihm sitzenden Rivalen Stegner, Roth, Scholz und Lauterbach.

Im Feld der Bewerber macht sich ein gewisser Lagerkoller breit. Knapp vier Wochen touren die Kandidaten bereits durchs Land, aber keines der Duos hat ein Gefühl dafür, wo es steht. Es gibt weder Umfragen noch Testabstimmungen, und ob die Atmosphäre in den Sälen in irgendeiner Weise repräsentativ ist für jene in der Partei, kann niemand sagen. Alle Beteiligten wollen sich profilieren, aber das Format lässt dafür wenig Spielraum. Wer sich streng an die Regeln hält und immer nur nett lächelt, fällt nicht weiter auf. Wer mal auf eigene Rechnung agiert, setzt sich dem Vorwurf aus, der Partei in den Rücken zu fallen.

So wie Walter-Borjans. Mit seiner Tandempartnerin Saskia Esken streute er vor den entscheidenden Klimaverhandlungen Ende vergangener Woche ein Papier mit eigenen klimapolitischen Ideen. Das sorgte in der Partei ebenso für Ärger wie Lauterbachs Einlassungen. Wie solle eine Parteiführung seriös verhandeln, »wenn sie jederzeit damit rechnen muss, vor allem von den eigenen Leuten Knüppel zwischen die Beine zu kriegen«, schimpfte Ex-Partei-
chef Martin Schulz in der jüngsten Sitzung der Bundestagsfraktion. Es gab, so heißt

es, so lauten Beifall, als hätte Schulz die Kanzlerin auseinandergenommen.

Das wachsende Misstrauen dürfte auch an der schwindenden Zeit liegen, gut zwei Wochen bleiben bis zur ersten Abstimmung der knapp 430 000 Mitglieder. Jeder Punkt zählt jetzt – und jeder Fehler. Entsprechend streng beäugen sich die Teams. Als Ralf Stegner neulich einen Text über den »Geflügelfarm«-Angriff auf Klara Geywitz twitterte, rüffelte ihn Wolfgang Schmidt, der Vertraute von Konkurrent Scholz. »Findest Du es wirklich richtig, so was ohne Einordnung zu retweeten?«, schrieb Schmidt, ebenfalls öffentlich. »Vielleicht hättest Du genauer hinsehen sollen«, schrieb Stegner und verwies auf Posts, in denen er Geywitz verteidigt habe.

Im Lager von Stegner führt man Schmidts Maßregelung auf die Nervosität unter Scholz' Leuten zurück. Noch immer gilt der Vizekanzler als Favorit im Rennen, aber er hat die undankbarste Rolle in dem Verfahren. Der Vizekanzler, seit mehr als 40 Jahren in der Partei, wirkt auf der Bühne häufig so, als müsste er belegen, überhaupt Sozialdemokrat zu sein.

Scholz will mit seiner Regierungserfahrung punkten, aber auch die haben seine Konkurrenten als mögliche Schwachstelle

»In dieser schwierigen Lage sollte niemand die Partei führen, der gleichzeitig Minister ist.«

ausgemacht. Je länger das Verfahren andauert, desto lauter wird im Kandidatenfeld der Ruf danach, künftig die Parteiämter von Regierungsämtern zu trennen, damit die nächsten Vorsitzenden ihre ganze Kraft darauf verwenden können, die SPD aus dem Tief zu holen.

Normalerweise sei eine Bündelung der Ämter richtig und wichtig. »Das gilt aber gegenwärtig nicht«, sagt der niedersächsische Kandidat Boris Pistorius. »Nach zwei Großen Koalitionen und dem absehbaren Ende dieser Form von Regierungsbeteiligung muss es jetzt darum gehen, die SPD zu führen und zu stärken und sich darauf und ausschließlich darauf zu konzentrieren. Deshalb kann ich für mich in der aktuellen Situation der SPD ein Amt in der Bundesregierung ausschließen.«

Ralf Stegner sieht es ähnlich. »In der schwierigen Lage, in der die SPD derzeit ist, sollte niemand die Partei führen, der gleichzeitig Minister in der Bundesregierung ist«, sagt der Parteilinke. »Es funktioniert nicht, montags bis mittwochs mit Angela Merkel am Kabinetttisch Kompromisse zu machen und donnerstags bis freitags zu sagen: Jetzt mache ich 100 Prozent

SPD. Die künftige Parteispitze muss unabhängig von der Regierung sein.«

Die Konkurrenz um den Vorsitz hat mittlerweile auch zum Bruch eines Bündnisses geführt, das lange funktionierte: jenem von Stegner und Kevin Kühnert. Monatlang hatten sich der Parteivize und der Juso-Vorsitzende eng abgestimmt, Themen besprochen, Strategien für den linken Flügel entworfen. Die Suche nach einer neuen Spitze führte nun zum Zerwürfnis. Stegner, der auf die Unterstützung der Jusos hoffte, kommt seit Wochen an Kühnert nicht mehr heran. Alle Versuche, mit ihm zu sprechen, seien gescheitert, berichtete er Vertrauten. Kühnert antwortete nicht auf SMS, gehe nicht ans Telefon, komme nicht zu Treffen. Ein Kontaktabbruch aus dem Nichts. Fast unheimlich, finden Stegners Leute.

Kühnert will dazu öffentlich nichts sagen. Aber Vertraute berichten, der Kontaktabbruch sei eine bewusste Entscheidung gewesen. Zuletzt habe er das Gefühl gehabt, nicht durchzudringen, wenn er mit Stegner rede. Dieser habe das Bündnis mit ihm einseitig interpretiert, stets Ratschläge erteilt, aber wenig Selbstkritik gezeigt. Und Stegners Kurs, im Zweifel doch immer Kompromisse zu machen, könne sich die Parteilinke nicht mehr leisten. Die beiden kämpfen jetzt auf unterschiedlichen Seiten: Stegner kandidiert mit Gesine Schwan für den Vorsitz. Kühnert hat sich ins Lager von Walter-Borjans geschlagen.

So geht die Partei nun in die entscheidenden Wochen. Noch wichtiger als die Atmosphäre vor der Mitgliederabstimmung dürfte die Zeit danach werden. Sobald ein Duo gewählt ist, wird es darauf ankommen, ob die Unterlegenen und ihre Anhänger bereit sind, sich hinter den neuen Vorsitzenden zu versammeln.

Wie es nicht geht, hat die CDU vorge-macht. Nachdem Annegret Kramp-Karrenbauer den Dreikampf um den Vorsitz gewonnen hatte, hörten die Sticheleien gegen sie nicht etwa auf – sie nahmen noch zu. Ob ausgerechnet die ewig streitsüchtige SPD das besser hinbekommt?

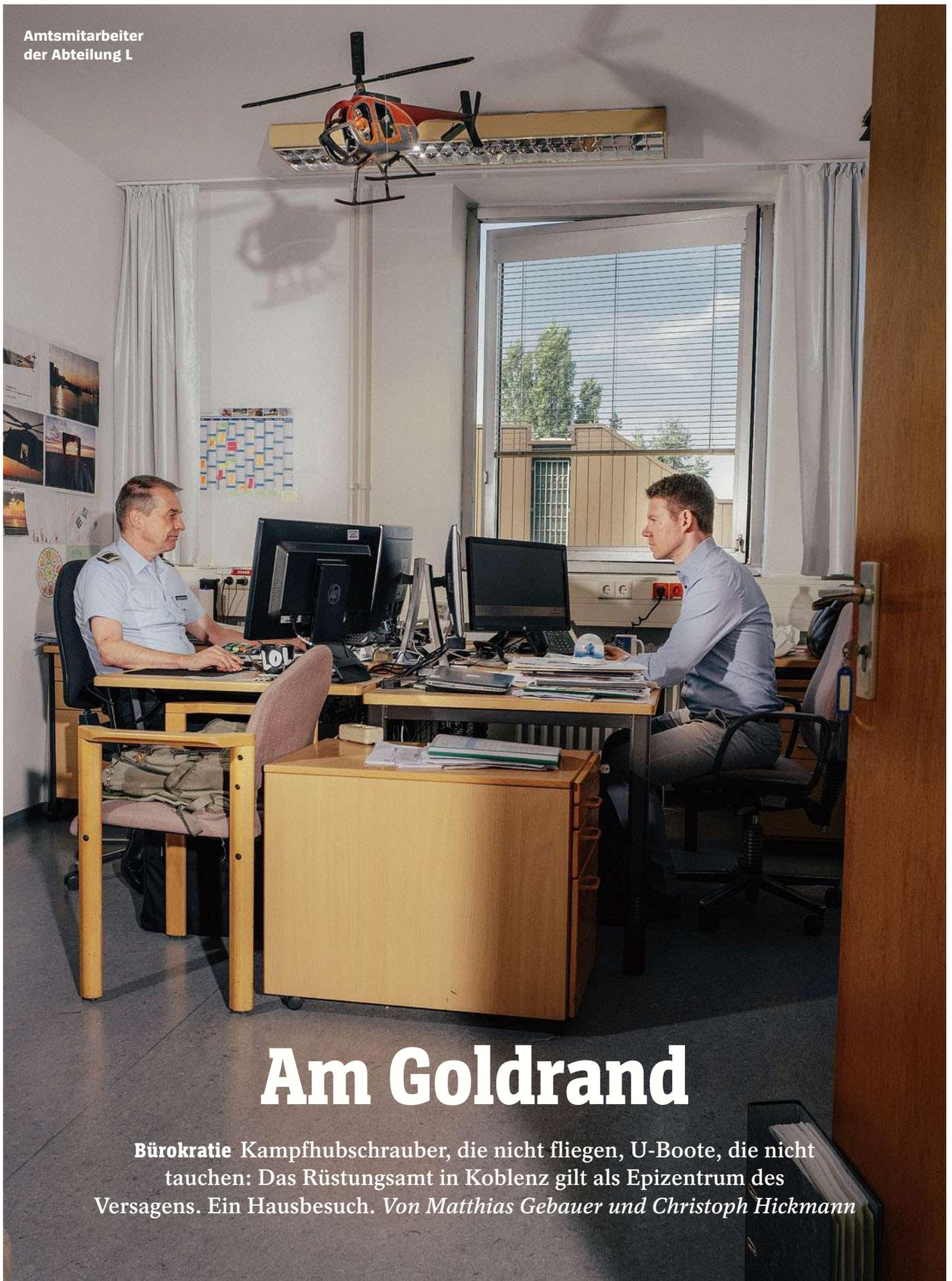
Der ICE 1538 von Berlin nach Erfurt, Mittwochnachmittag vor zwei Wochen. In der zweiten Klasse sitzt der Kandidat Michael Roth, erledigt ein bisschen Arbeit und beantwortet Fragen einer spanischen Reporterin. Im Bordbistro sitzen die Kandidatinnen Scheer und Hilde Mattheis. Auch Scholz sitzt in diesem Zug.

Natürlich haben die Kandidaten keine Lust, ständig aufeinanderzuhängen. Und doch passt die Fahrt mit dem ICE zur Erfurter Regionalkonferenz gut als Symbol dafür, wie es gerade läuft.

Alle haben das gleiche Ziel. Aber am Ende fährt eben doch jeder für sich selbst.

Christoph Hickmann, Veit Medick,
Christian Teevs

Amtsmitarbeiter
der Abteilung L



Am Goldrand

Bürokratie Kampfhubschrauber, die nicht fliegen, U-Boote, die nicht tauchen: Das Rüstungsamt in Koblenz gilt als Epizentrum des Versagens. Ein Hausbesuch. Von Matthias Gebauer und Christoph Hickmann

Es ist kurz nach der Mittagspause, in der Kantine standen Westerwälder Kartoffelsuppe und Wirsingroulade zur Auswahl, als Oberst Michael Nold, Referatsleiter ZA3.2, Raum 132, einen kleinen Ausbruch hat. Nold, 58 Jahre alt, ist gelernter Raketentartillerist, über seinem Schreibtisch hängt die heilige Barbara, die Schutzpatronin der Artillerie. Hier, im Koblenzer Rüstungsamt, ist er so etwas wie der militärische Personalchef, also auch dafür zuständig, dass offene Dienstposten besetzt werden, so schnell wie möglich. Da fängt das Problem an.

»Es will ja erst mal keiner hierher«, sagt Nold, ein lebhafter Mensch mit Halbglatze. »Über dieses Amt kann man ja beinahe täglich irgendwo was Negatives nachlesen, dies funktioniert angeblich nicht und jenes nicht, und das spricht sich natürlich rum, so schnell können wir gar nicht gucken. Und dann sagen die Leute sich: Ich? Da hin? Nach Koblenz? Die denken ja auch daran, was das für ihre Karriere heißt.« Nold macht die Augen noch ein bisschen weiter auf als ohnehin. »Und dann muss ich die Leute überzeugen.«

Im Amt gibt es etwa 1700 militärische Dienstposten, nur 1420 sind derzeit besetzt, also wäre es dringend nötig, dass Oberst Nold ein paar Leute überzeugt. Aber das, und da steigert sich sein Ärger zum Zorn, ist gar nicht mal so einfach.

»Natürlich kann man immer Dinge verbessern, und natürlich läuft hier nicht alles perfekt«, sagt er. »Aber gebt uns doch mal die Chance, Dinge über eine gewisse Zeit auszuprobieren! Lasst diesem Amt mal etwas Ruhe zum Arbeiten. Nehmt zur Kenntnis, dass die Leute, die hier arbeiten, auch alle ihre Empfindungen haben. Und dass die allermeisten von ihnen einfach versuchen, ihre Arbeit gut zu machen!«

Dieses Bemühen ist in den vergangenen Jahren ein bisschen untergegangen. Stattdessen ist Koblenz, ist das Amt, in dem Oberst Nold sitzt, zum Symbol der großen deutschen Rüstungsmisere geworden, für Flugzeuge, die am Boden bleiben, Panzer, die nicht fahren, U-Boote, die nicht tauchen, für Projekte, die erst mit jahrelanger Verspätung fertig werden. Und kürzlich wurde bekannt, dass die Soldaten der Bundeswehr ebenfalls seit Jahren auf neue Stiefel warten. Ja, genau: Stiefel.

Deutschland, heißt es immer wieder, müsse eine andere Rolle in der Welt spielen, mehr Verantwortung übernehmen, dazu gehöre im äußersten Fall die Bereitschaft, Soldaten einzusetzen. Die brauchten dafür aber funktionierende Waffen.

Die Truppe ist zu einer Art Lachnummer geworden, Ambition und Ausrüstung passen nicht zusammen, auf der Suche nach Gründen wird am Ende meist nach Koblenz gezeigt. Dort, heißt es, liege die Wurzel allen Übels, das Epizentrum des

Versagens. Koblenz ist schuld, dass die Bundeswehr nicht das ist, was sie sein sollte, darauf können sich meist alle einigen.

Es geht um das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr, abgekürzt BAAINBw. Allein der Name setzt im Kopf einen kleinen Gruselfilm über deutsche Bürokratie in Gang. Aufgabe des Amtes laut Selbstbeschreibung: die Bundeswehr »mit leistungsfähigem und sicherem Gerät« auszustatten, vom Kampfjet über den Klappspaten bis zur Druckerpatrone, alles läuft hier durch. Wobei das mit dem »leistungsfähig und sicher« zuletzt eben so eine Sache war.

Zählt man die nachgeordneten Behörden mit, kommt das BAAINBw auf etwa 11 400 Dienstposten, allein im Amt selbst sind es 6800, also deutlich mehr als die Zahl der rein militärischen Dienstposten, die Beamten überwiegen klar. Pro Jahr schließt das Amt Verträge über vier bis fünf Milliarden Euro. Es ist ein Koloss.

Die Leitung sitzt in Koblenz am Rheinufer, im ehemaligen Preußischen Regie-

rungsgebäude, das mit seinen Türmen eher etwas von der Zauberschule Hogwarts hat als von einem Amt. Aber das täuscht.

Drinne liegt graues Linoleum auf den Fluren, man könnte sich auch in einer Oberfinanzdirektion befinden. Gezaubert wird hier nicht, stattdessen schwitzen Anfang August Menschen in Kurzarmhemden vor ihren Rechnern.

Das Amt hat noch weitere Standorte, etwa im Koblenzer Stadtteil Rauental, wo die Behörde auch von außen grau aussieht. Gleich nebenan in Lahnstein, wo ebenfalls ein Teil des Amtes sitzt, fahren die Mitarbeiter in eine Kaserne. Für die Tausenden Mitarbeiter wäre das hübsche Gebäude am Rhein allein viel zu klein.

In der vergangenen Woche war Annetegret Kramp-Karrenbauer in Koblenz, die Verteidigungsministerin hielt vor den Mitarbeitern eine Rede. Im Raum stand die Frage, ob und wie das Amt reformiert würde, ob die neue Ministerin jenen großen Wurf wagen würde, den ihre Vorgängerin Ursula von der Leyen immer vermieden hatte. Die Antwort lautet: Nein.

»Mein Ehrgeiz ist es nicht, in die Geschichte einzugehen als die Verteidigungsministerin, die wie so viele andere vor ihr auch irgendeine Reform gemacht hat«, sagte die Ministerin. Stattdessen brauche es »viele kleine Schritte«, 58 sogenannte Einzelmaßnahmen. Wobei, auch das sagte die Ministerin, noch gar nicht klar sei, ob überhaupt alle 58 umgesetzt würden.

In Koblenz waren sie darüber eher nicht böse, den großen Wurf will hier kaum jemand. In Behörden finden sich selten Fans von großen Veränderungen.

Aber kann das genügen? Kann das Elend des deutschen Rüstungswesens, können Verzögerungen, Verteuerungen, Pannen abgestellt oder zumindest reduziert werden, ohne dass diese Behörde einmal komplett umgekrempelt wird?

Im Amt haben sie ein Interesse daran, das Ganze mal aus ihrer Sicht zu schildern. Für den SPIEGEL haben sie die Türen aufgemacht, im August, eine Woche lang. Die Absicht dahinter: zu zeigen, dass dieses Amt nicht so schlecht ist wie sein Ruf.

Aber stimmt das?

Raus aus Koblenz, rüber nach Lahnstein, ein paar Minuten mit dem Auto, auf das Kasernengelände, Stopp vor einem der vielen Gebäude, endlose Gänge, Linoleum, Zimmernummer 206. Hier sitzt die Sachbearbeiterin Kristina Breitenborn, 30. Neben dem Schreibtisch steht eine Sammlung von Quietscheentchen, eines in Tarnfarben, zwei in Matrosenuniform, eines mit Krone auf dem Köpfchen.

Breitenborn gehört zur Abteilung E wie Einkauf, genauer zur Gruppe E2, die sich wiederum in die Referate E2.1 bis E2.4 gliedert, wobei sich beispielsweise die

Teurer und später

Kostensteigerungen und Verzögerungen bei Rüstungsprojekten

»Eurofighter«



durchschnittliche Einsatzbereitschaft der 128 »Eurofighter« **31%** (2017)

Schützenpanzer »Puma«



durchschnittliche Einsatzbereitschaft der 176 »Puma« **27%** (2017)

Unterstützungshubschrauber »Tiger«



durchschnittliche Einsatzbereitschaft der 52 »Tiger« **24%** (2017)

Transportflugzeug A400M



durchschnittliche Einsatzbereitschaft der 8 Transporter A400M **38%** (2017)

* letzte Tranche
 ** derzeitiger Planungsstand bis zum Ende der Auslieferung (»Puma« bzw. zur finalen Konfiguration und Einsatzfähigkeit (A400M))
 Quelle: Verteidigungsministerium

etwa 30 Mitarbeiter in E2.2 um die Beschaffung sogenannter Querschnittsteile kümmern, von Schläuchen, Kupplungen, solchen Dingen, während die etwa 30 Leute von E2.4 nicht nur für Papier und Medizinprodukte zuständig sind, sondern auch für Kraftstoffe. Funktioniert in der Abteilung E etwas nicht, bekommt die Bundeswehr rasch ein Problem.

Breitenborn sitzt am Rechner, vor sich die hellblaue Oberfläche des SAP-Systems, zu bearbeiten ist eine Banf, also eine Bestellanforderung mit der Nummer 33321587, es geht um 50 Antennen für den Spähwagen »Fennek«. Sie klickt, auf dem Bildschirm erscheint die nächste Maske, sie scrollt sich durch die verschiedenen Artikelbezeichnungen: Dichtungen, Gebläse, Abschirmbleche – und die Antennen. Es ist das Material der Bundeswehr, zerlegt in Tausende, Zehntausende Einzelteile.

Die nächste Maske, der nächste Auftrag, vor Breitenborn stehen die nächsten Artikelbezeichnungen: Kühlflüssigkeit für den Verbrennungsmotor, Schweröl, ein Wärmetauscher, zehn Stützen, alles für den Kampfpanzer »Leopard«. Es ist eine sogenannte Sammelbestellung, in etwas mehr als einer Woche endet die Zuschlags- und Bindefrist, danach kann der Auftrag erteilt werden. »Fast fertig«, sagt sie.

Im Verteidigungsministerium hat es in der Vergangenheit viele Klagen über die Einkaufsabteilung gegeben. Die Abläufe, hieß es, seien nicht klar standardisiert, was dazu führte, dass zum Teil ein und dasselbe Produkt zu verschiedenen Preisen bei einem Anbieter gekauft wurde. Mittlerweile wurde einiges umgestellt. Welche Wirkung das hat, muss sich noch zeigen.

Schaut man Kristina Breitenborn eine Weile über die Schulter, begreift man allerdings, dass es in diesem Organismus unendlich viele Möglichkeiten gibt, wo und wie Dinge falsch laufen können. Es muss also auch eine ganze Menge richtig laufen.

Das kommt natürlich draußen nicht an. Was dort ankommt: dass in dieser Augustwoche ein Kampfpilot der Bundeswehr in der »Bild«-Zeitung anonym klagt, dass er seit anderthalb Jahren nicht geflogen sei. Es gebe zu wenige einsatzfähige Jets.

Breitenborn sagt, es mache ihr Spaß hier, das Schöne sei, dass man sehr eigenständig arbeiten könne. Aber natürlich frage man sich manchmal, wenn etwas über einen neuen Rüstungsskandal zu lesen sei: »Ach Gott, was ist da wieder passiert?«

Im Kern gab es all diese Probleme schon, als Ursula von der Leyen Ende 2013 Verteidigungsministerin wurde. Ihre erste Mission bestand darin, mögliche interne Gefahrenherde zu identifizieren. Von der Leyen beauftragte eine Truppe von Unternehmensberatern damit, das Rüstungswesen zu durchleuchten.

Die Diagnose fiel verheerend aus: Fast alle größeren Projekte der Bundeswehr waren verzögert und teurer als geplant. Das Amt in Koblenz, so urteilten die Berater, sei der Industrie mit ihren spezialisierten Juristen hoffnungslos unterlegen. Seither galt die Behörde als Risikofaktor.

Eine Reform sollte her, beauftragt wurde von der Leyens rechte Hand, Staatssekretärin Katrin Suder. Die kam von der Unternehmensberatung McKinsey und war der Meinung, dass sich solche Behörden nur mit einem Rundumschlag reformieren lassen. Also ließ Suder Ideen ausarbeiten, wie man das Amt in eine moderne Agentur umbauen könnte, schlank, flexibel, als GmbH. In der Logik von McKinsey lässt sich so ziemlich alles mit der Gründung einer GmbH lösen.

Trotzdem blieb der Aufstand aus. Über die Monate lernten die Beamten die Qualitäten der Externen sogar zu schätzen. Der Mittelweg funktionierte, zumindest besser als das meiste in den Jahren zuvor.

Aber er führte nicht weit. Aus den massenhaften Berateraufträgen wurde ein politischer Skandal, von der Leyen entschwand nach Brüssel, das Amt steht vor denselben Problemen wie zuvor.

Aber liegen die Probleme wirklich nur hier, in Koblenz, im Amt?

Axel Hoffmann, 54, ist Leitender technischer Regierungsdirektor in der Abteilung L, wobei L für Luft steht, also alles, was fliegt. Bevor er Beamter wurde, war er 15 Jahre lang Soldat, Hubschrauberpilot, in München hat er Luft- und Raumfahrt-



Fassade des Amtes, Postfächer: Hier wird nicht gezaubert

Entstehen sollte eine Beschaffungsagentur, die Experten und Projektleiter frei und zu branchenüblichen Preisen einstellen sollte. Statt auf Lebenszeit wären diese Fachleute nur auf bestimmte Projekte gesetzt worden, etwa einen neuen Panzer. Danach wären sie wieder gegangen, um neuen Experten Platz zu machen.

Aber von der Leyen zauderte. Sie wusste, welche Wucht der Widerstand aus dem Amt entfaltet hätte. Statt einer Revolution wählte sie einen Mittelweg.

Für mehrere zentrale Großprojekte holte sie Unternehmensberater ins Amt. In eigens aufgestellten Projektteams arbeiteten bis zu 180 externe Mitarbeiter gemeinsam mit den Beamten. Zwei Kulturen prallten aufeinander: Auf der einen Seite die Berater, auf der anderen Seite Menschen, die gern pünktlich in die Kantine gehen.

Er leitet das Referat L 5.2. Vor vier Jahren sollte er eine Drohne für die Marine beschaffen, für die Korvette K130. Das Problem: Die Marine hatte sich genau überlegt, was sie haben wollte.

»Die Marine war von einem bestimmten Modell überzeugt und wollte, dass dieser Typ durch Direktbeauftragung beschafft wird«, erzählt Hoffmann. »Sie hatte sich dabei zu sehr auf die Aussagen der Industrie verlassen, obwohl wir von Anfang an klargestellt hatten, dass dieses Modell nicht für den Einsatz auf einem Schiff geeignet ist.«

Es ist ein typischer Fall: Die Verantwortlichen in der Truppe haben eigene Kontakte zur Industrie, lassen sich alles Mögliche versprechen, das Amt darf es ausbaden. So jedenfalls sieht man es im Amt.

In der Truppe sieht man es eher so: Wir wissen am besten, was wir brauchen. Aber

die Bürokraten, die nichts vom Kämpfen verstehen, wollen das letzte Wort haben.

Gefordert, so erzählt es Hoffmann, war ein Modell mit Dieselmotor, über den das von der Marine favorisierte Modell aber leider nicht verfügte, weshalb er nun eilig nachgerüstet werden sollte. Das klappte nicht, jedenfalls nicht so, wie man sich das vorgestellt hatte. »Mit dem Dieselmotor war nach einer halben Stunde Flugzeit Schluss«, sagt Hoffmann. Das Projekt drohte zum Fiasco zu werden.

Am Ende hörte man doch auf ihn und fing noch einmal neu an. Jetzt konnte man die Drohne auswählen, die am besten geeignet war. Mittlerweile läuft das Projekt nach Plan – wenn man von der Verzögerung von mehr als vier Jahren absieht.

»Tiger« kam 18 Jahre später als kalkuliert zum Einsatz. Das Transportflugzeug A400M wurde knapp 1,5 Milliarden Euro teurer als geplant, beim Eurofighter waren es fast sieben Milliarden Euro, was einer Steigerung um 40 Prozent entsprach. Vergleichsweise günstig kam der Staat beim »Tiger« weg, wo man knapp unter einer Milliarde Euro Mehrkosten blieb.

Das ist das Grundrauschen, das dieses Amt umgibt. Hinzu kommen Geschichten wie die aus dem vergangenen Jahr. Da machte ein Beamter aus Koblenz Schlagzeilen, weil er eine Stellenausschreibung geschaltet hatte: Er klagte über Unterbeschäftigung und suchte einen neuen Job. Der »Rhein Zeitung« erklärte er dann, er sitze seit einem Jahr täglich ohne Arbeit allein

und er abends selten vor 20 Uhr das Amt verlässt. Um 20 Uhr müsse er allerdings draußen sein, sagt er. »Das ist ein ganz guter Kontrollmechanismus, weil sie dann unten die Pforte zusperrten.«

Nach Angaben der Leitung sind derzeit 2200 Dienstposten unbesetzt. Mit Reservisten und Aushilfskräften aus der Truppe versuche man, die größten Lücken zu stopfen, sodass derzeit nur 1850 Leute fehlten. Besonders schwierig sei es, Ingenieure zu gewinnen, die könnten in der Industrie deutlich mehr verdienen. Ebenfalls schwierig sei es bei Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern.

Koblenz ist ja ganz hübsch – aber wenn man stattdessen in Köln in einer Großkanzlei anfangen kann?

Bei Mantey kommt ein Problem hinzu. Er muss ständig neue Mitarbeiter einarbeiten, weil die Leute in der Regel zwei Jahre auf ihrem Dienstposten sitzen, um dann weiterzuziehen. Für ihre Karriere sei das sinnvoll. »Aber für mich hier ist es ein schwerer Nachteil, weil ich die Leute gerade ausgebildet und eingearbeitet habe, da sind sie schon wieder weg.«

Zumal die fertig ausgebildeten Juristen, die bei Mantey ankommen, meistens keine Ahnung vom Vergaberecht haben, es ist kein Bestandteil der klassischen juristischen Ausbildung. »Die Industrie dagegen steht uns mit fertig ausgebildeten Fachanwälten für Vergaberecht gegenüber.«

Immerhin, sagt Mantey, habe er jetzt im Fall einer Kollegin durchgesetzt, dass sie ihm vier Jahre erhalten bleibe. »Das ist schon fast revolutionär.«

Was es aus Mantey's Sicht geben müsste: sogenannte Fachkarrieren bei Juristen, also die Möglichkeit, sich zu spezialisieren und trotzdem im Amt aufzusteigen.

Fachkarrieren. Das ist so ein Wort, das eigentlich viel zu klein ist für das Ausmaß der Misere. Aber es wäre wohl tatsächlich ein Anfang. Und Kramp-Karrenbauer hat vergangene Woche angedeutet, dass es in diese Richtung gehen könnte.

Was sie außerdem sagte: »Es wird keine Privatisierung geben, es wird keine GmbH geben.« Es war das endgültige Aus für die Planspiele, die von der Leyens Staatssekretärin Suder im Hintergrund stets weiterbetrieben hatte. Stattdessen nun: 58 »Einzelmaßnahmen«. Aber kann das gut gehen? Kann das genügen für ein Amt, das in Zukunft eher noch mehr leisten müssen, nicht weniger?

Marion Zekorn, 55, Abteilung Einkauf, Gruppenleiterin E2, ist für die Beschaffung von Ersatzteilen für die Waffensysteme der Bundeswehr verantwortlich. Zekorn ist eine elegante Frau, von ihrem Bürofenster in Lahnstein blickt sie auf eine Blühwiese, so heißt das hier offiziell. Man könn-



Gruppenleiterin Zekorn: »Mehr miteinander reden«

Statt, wie ursprünglich geplant, im Dezember 2018, sollen die Drohnen im nächsten Jahr mit einer sogenannten Erstbefähigung und erst bis Ende 2023 mit der vollen Einsatzreife bereitstehen. Wenn es gut läuft.

»Und dann heißt es am Ende wieder: Koblenz kriegt es nicht hin«, sagt Hoffmann. »Ich kann das nicht mehr hören.«

Hinter dem Wort Rüstung verbirgt sich ein komplexes Geflecht von Interessen. Die Truppe braucht Material, die Industrie will verkaufen, dazwischen sitzt das Amt. Es gibt Nähe, Abhängigkeiten, auch zwischen Amt und Industrie, man arbeitet immer wieder Hand in Hand. Schon häufig entstand dabei etwas zu viel Nähe.

Das Amt ist nicht immer schuld. Aber es hat viel für seinen miesen Ruf getan.

Der Eurofighter flog erst neun Jahre später als geplant, der Kampfhubschrauber

in einem Zehn-Quadratmeter-Büro im Amt, sei deshalb in Behandlung und habe bereits einen Herzinfarkt erlitten.

Dabei können sie in Koblenz eigentlich nicht über zu wenig Arbeit klagen.

Matthias Mantey, 44, randlose Brille, weißes Hemd, auf der Stirn ein feiner Schweißfilm, ist Spezialist für Vergaberecht und leitet derzeit neben dem Referat J1 noch das Justizariat, weil der Dienstposten seit Oktober 2018 unbesetzt ist. Mantey ist ganz gut ausgelastet.

In seinem Referat gibt es elf juristische Dienstposten, drei davon sind unbesetzt, außerdem ist immer jemand im Urlaub, krank oder auf Dienstreise. Meistens, sagt Mantey, komme er vom Personal her auf 50 bis 60 Prozent. »Wir sitzen hier eigentlich jeden Tag länger, als wir sollten«, sagt er, was bedeutet, dass sich sein Überstundenkonto im dreistelligen Bereich befindet

te auch ungemähte Wiese sagen, aber Blühwiese klingt freundlicher.

Die Wiese also, sagt Frau Zekorn, müsse erhalten bleiben, weil aus rechtlichen Gründen nicht noch mehr Flächen versiegelt werden dürften. Das aber führe dazu, dass es nur für etwa ein Drittel der Belegschaft hier in Lahnstein Parkplätze gebe. »Deswegen kommen viele morgens möglichst früh und stürzen sich auf die Parkplätze. Und abends fahren sie dann natürlich auch wieder früh«, sagt Zekorn. »Vielleicht hat das zu dem Vorurteil geführt, hier würde nicht so gern gearbeitet.«

Zekorn ist Maschinenbauingenieurin. Das wohl anspruchsvollste Projekt ihrer Laufbahn war der Start des IT-Systems SASPF im Verteidigungsministerium, sie leitete die Einführungsorganisation.

»Es vereinfacht vieles an unserer Arbeit, keine Frage«, sagt sie. »Das Problem ist nur: Seit wir dieses System haben, müssen die Leute hier im Grunde nicht mehr miteinander reden. Und das ist ein Problem.« Es werde zu wenig miteinander geredet.

Zekorn hat deshalb beispielsweise einen Jour fixe ins Leben gerufen, der Titel: »Optimierung Ersatzteilbeschaffung«. Und trotzdem passieren Geschichten wie die mit den gepanzerten Scheiben.

Gepanzerte Scheiben braucht die Bundeswehr für ihre Fahrzeuge dringend, etwa für die Typen »Enok« und »Eagle«, die auch im Auslandseinsatz sind. Für solche Scheiben ist eine Verpackung vorgegeben – und zwar, weil alles immer möglichst wirtschaftlich sein muss, eine »handelsübliche«. Werden beispielsweise 20 Scheiben bestellt, verpackt die Firma je zehn von ihnen zusammen in einer Holzkiste – so ist es »handelsüblich«. Die Scheiben werden ins Depot geliefert und dort gelagert. So erzählt Zekorn das Beispiel.

Geht nun irgendwo in der Bundeswehr eine gepanzerte Scheibe zu Bruch, geht die Bestellung ans Depot. Dann muss eine einzelne Scheibe geliefert werden – allerdings muss dafür eine Einzeltransportverpackung her. Weil die Scheiben aber »handelsüblich« im Zehnerpack ausgeliefert wurden, muss die Einzelverpackung für den Transport eigens beschafft werden. »Und auf eine maßgefertigte Holzkiste warten wir manchmal bis zu zwei Jahre«, sagt Zekorn. So ist es tatsächlich passiert.

Das ist, auf den Punkt gebracht, der gesamte Irrwitz, das ganze Elend in diesem System: die Scheibe, die nur in einer Holzkiste transportiert werden kann, auf die man dann zwei Jahre wartet.

Wie lässt sich das verhindern?

»Das geht nur, wenn schon bei der Bestellung berücksichtigt wird, wie es am Ende weitergeht«, sagt Marion Zekorn. »Derjenige, der die Scheiben bestellt, muss also wissen, dass am Ende einzelne Schei-

ben in die Truppe verschickt und teurere Einzelverpackungen bereits für die Erstlieferung gefordert werden müssen. Und dafür muss man miteinander reden.«

Das haben sie offenbar auch im Ministerium verstanden, jedenfalls soll für die bessere Kommunikation nun ein interner Chat eingeführt werden. Es ist eine der vielen Einzelmaßnahmen, mit denen die neue Ministerin die Lage verbessern will.

Und sonst? Für die nächsten Monate plant die Ministerin nur vorsichtige Reformschritte. So soll, zum Beispiel, die Beschaffung von handelsüblicher IT-Technik ausgelagert werden, also jener Elemente, die nicht aufwendig für die Bundeswehr angepasst oder gesichert werden müssen. Größere Einschnitte will die Ministerin zu-

genannten Funktionscontainern, vollgestopft mit Technik. Weil der Einsatz bereits lief, hätte die Luftwaffe den Gefechtsstand gern sofort in Incirlik, Türkei, gehabt. Von dort wurde die Operation gesteuert.

Eigentlich wäre die Abteilung L zuständig gewesen, die allerdings schon überlastet war, also landete der Auftrag in der Abteilung U (für Land-Unterstützung), genauer: bei U3.1. Hier kümmert man sich normalerweise um Feldküchen, Zelte, Trinkwasseraufbereitung, aber weil Teichmann schon mal am mobilen Gefechtsstand für den Eurofighter mitgearbeitet hatte, war er sozusagen halber Experte. Und dann ging es los.

Die Beschaffung war genehmigt, sämtliche Verträge standen bereits, als etwas passierte: Das politische Verhältnis zur



Miniaturlandschaft mit Bundeswehrfahrzeugen, Präsidentin Korb:

nächst nicht machen. Die Idee etwa, dass sich das Amt künftig nur noch um Waffensysteme im engeren Sinn kümmern soll, ist erst mal zurückgestellt.

Um besser zu werden, müsste das Amt auch aus seinen Erfolgsgeschichten lernen. Tatsächlich, es gibt sie.

Christian Teichmann, 40, Technischer Regierungsamtsrat im Referat U3.1, bekam vor etwas mehr als drei Jahren eine Aufgabe auf den Tisch, bei der eines von vornherein klar war: Es musste schnell gehen. Und am besten noch schneller.

Es ging um den Einsatz der Bundeswehr in Syrien, um die Aufklärungsflüge der Tornados und die Einsätze der Tankflugzeuge. Die Luftwaffe brauchte dafür einen mobilen Gefechtsstand.

Ein solcher Gefechtsstand ist 35 Meter lang, 22 Meter breit und sechs Meter hoch, er besteht aus 60 Containern, davon 40 so-

Türkei verschlechterte sich derart, dass die deutsche Einsatzzentrale von Incirlik auf die Basis Al-Asrak in Jordanien verlegt werden musste. »Das hat alle Planungen noch mal verändert«, sagt Teichmann.

Weil Jordanien im Gegensatz zur Türkei nicht in der Nato ist, musste rote Funktechnik eingebaut werden, also verschlüsselt. Und der Transportvertrag musste geändert werden, das war aufwendig. »Aber wir haben das alles wieder aufgeholt.«

Im November 2018 werden die Container verschifft, im Januar 2019 wird der Gefechtsstand in Jordanien aufgebaut. Am 25. März wird er für betriebsbereit erklärt – gut fünf Wochen früher als geplant. »Ich weiß, für Außenstehende klingt das alles sehr lang, aber es war beinahe rekordverdächtig, wie wir das hinbekommen haben«, sagt Teichmann. »Und das war nur möglich, weil wir überall aus dem Haus unterstützt wurden.«

Es geht also. Warum ging es?

Erstens: Die Container konnten nur von einem Anbieter geliefert werden, deshalb konnte das Projekt als »vereinfachte Beschaffung« laufen, ohne europaweite Ausschreibung. Ersparnis: ein halbes Jahr.

Zweitens: Ein Zauberwort war im Spiel, die sogenannte »Sofortinitiative Einsatz«. Bekommt ein Projekt diesen Status, genießt es im Amt Priorität. »Man kann auf dieser Überholspur an vielen anderen Projekten vorbeiziehen«, sagt Teichmann.

Was das heißt? »Dass auf einige Formalitäten verzichtet wird«, sagt er. »Und dass man keine Goldrandlösung sucht, sondern das, was in der Kürze möglich ist.«

Das ist der dritte Punkt, vielleicht der wichtigste. Die »Goldrandlösung« ist im



»Center of Excellence«

Verteidigungsministerium berichtigt, sie steht für den uralten Wunsch aller Soldaten, stets das beste, neueste Material zur Verfügung zu haben. Weil die Ingenieure der Industrie ihre Ideen ständig weiterentwickeln, lässt sich ein vor Jahren bestelltes Modell theoretisch unendlich upgraden. Was immer heißt, dass es länger dauert.

Fachkarrieren. Mehr miteinander reden. Nicht unbedingt das technisch Optimale anstreben, sondern das Machbare. All das mag manches zum Besseren wenden. Aber es ist schwer vorstellbar, dass es reicht.

Die Bundeswehr soll nach Jahren des Schrumpfens wieder größer werden, vor allem aber werden die technologischen Anforderungen immer höher. Der unter anderem mit Drohnen ausgeführte Angriff auf saudische Ölanlagen hat kürzlich einen Eindruck davon vermittelt, wie der Krieg der Zukunft aussehen könnte. Und

in Koblenz versuchen sie weiterhin, die Ersatzteilbeschaffung in den Griff zu bekommen.

Ursula von der Leyen war angetreten, alles anders zu machen. Ihre Staatssekretärin Suder betonte immer wieder, die Reform des Rüstungswesens brauche zwei Legislaturperioden, mindestens. Suder war dann nach nicht einmal vier Jahren wieder weg. Von der Leyen blieb fünfeinhalb Jahre. Und für ihre Nachfolgerin Kramp-Karrenbauer ist das Ministerium nur eine Zwischenstation. Sie will ins Kanzleramt. Ihre 58 Einzelmaßnahmen sind der Versuch, niemandem wehzutun und trotzdem Aktivität zu symbolisieren. Nichts tun geht auch nicht, dazu sind die Missstände zu offensichtlich. Aber eigentlich brauchten Amt und Truppe jemanden, der fortsetzt, was von der Leyen nie entschlossen genug angefangen hat.

Bei Gabriele Korb auf dem Besprechungstisch steht eine Haribo-Box. Korb, 57, Juristin, ist seit Mai 2018 Präsidentin des Amtes. Sie wolle eine »Vertrauenskultur« schaffen, sagt sie. »Daran hat es, wie ich in vielen Gesprächen erfahren musste, in den letzten Jahren gefehlt. Wir müssen uns hier gegenseitig viel mehr vertrauen.«

Anfang des Jahres bekam das Vertrauen der Mitarbeiter zu ihrer Präsidentin einen Knacks. Es ging um den Karneval, am Rhein gibt es kaum etwas Ernsthafteres.

Anders als früher wollte Korb die sogenannte Erstürmung des Amtes durch die Karnevalisten samt Feier in der großen Halle nicht erlauben. Korb gab Sicherheitsgründe an, die Empörung war groß, das Amt sah sich zu einer Pressemitteilung gezwungen: Im BAAINBw werde »entgegen anders lautender Medienberichte auch in diesem Jahr Karneval gefeiert«.

Es hat sich, so kann man diese kleine Geschichte deuten, offenbar einiges angestaut, an Frust und Misstrauen, vielleicht Resignation. Und es dürfte nicht besser werden in den nächsten Jahren. »Wir tun alles, um neues Personal zu gewinnen, und das gelingt uns auch«, sagt Korb. »Aber wir werden bis 2022 auch altersbedingt mehr als tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlieren. Da verabschiedet sich eine Vielzahl von hervorragenden Expertise-trägern.« Aber, sagt Korb, auch das werde man »auf der Zeitachse« schaffen.

Es ist Freitag, der letzte Tag der Woche in Koblenz. Korb sagt viele positive Dinge über das Amt und seine Mitarbeiter. Das Amt sei ein »Center of Excellence«.

Zwei Tage vorher ist bekannt geworden, dass vorerst alle Kampfhubschrauber vom Typ »Tiger« am Boden bleiben müssen. Möglicherweise hat der Hersteller fehlerhafte Titanbolzen eingebaut. Hängen bleiben dürfte es am Amt. Mal wieder.



bugatti-fashion.com

bugatti



GORDON WELTERS / DER SPIEGEL

Naturschützerin Rackete beim Klimastreik in Berlin: »Ich möchte mit niemandem reden, der meinetwegen geflogen ist.«

Kapitänin a. D.

Klimabewegung Carola Rackete wurde berühmt, weil sie Flüchtlinge rettete. Nun will sie den Planeten retten. Unterwegs mit einer Aktivistin auf der Suche nach ihrer neuen Rolle.

Am Tag ihres ersten großen Auftritts seit Monaten kommt Carola Rackete zu spät. »Fridays for Future« legt am Freitag voriger Woche das Berliner Stadtzentrum lahm, Rackete hätte schon vor mehr als einer halben Stunde reden sollen, es gab da ein Missverständnis. Am Rande der Großdemonstration eilt sie in Richtung Brandenburger Tor; begleitet von einer Sprecherin, die ihr die Organisation Sea-Watch an diesem Tag zur Seite gestellt hat. Die beiden Frauen bahnen sich den Weg zur Bühne, plötzlich steht ein Polizist im Weg.

»Das ist Carola Rackete, wir müssen schnell zur Bühne«, sagt Racketes Begleiterin.

»Ja, kenn ich«, sagt der Polizist. »Ist mir aber egal.«

»Mir auch«, ruft Rackete. Doch da ist sie schon an ihm vorbei.

Die beiden überwinden eine Absperrung, noch eine, schon steht Rackete auf der Bühne. Vor ihr ein Meer aus Menschen, erst kommen die Kinder, dann die Teenager, dahinter ragt die Siegestsäule auf. »Die Natur verhandelt nicht« steht auf einem Plakat.

»Ich bin heute nicht hier, um über die Seenotrettung zu sprechen«, sagt Rackete. »Sondern ich bin hier als Naturschutzökologin. Und auch als Bürgerin. Und auch als Teil der Natur selbst.« Tausende Gesichter schauen zu ihr auf.

Carola Rackete, 31 Jahre alt, wurde im Juni berühmt, weil sie dem damaligen italienischen Innenminister Matteo Salvini die Stirn bot. Mit 40 geretteten Flüchtlingen an Bord steuerte sie die »Sea-Watch 3« in den Hafen von Lampedusa, obwohl Salvini das zuvor verboten hatte. Rackete wurde noch im Hafen fest-

genommen, Medien auf der ganzen Welt haben darüber berichtet.

Während Salvini und seine Anhänger tobten, gingen in Deutschland Menschen mit Rackete-Bildern auf die Straße. Durch ihre Aktion drehte Rackete die Stimmung im Land. Inzwischen setzt sich sogar Bundesinnenminister Horst Seehofer zum Erstaunen vieler CSU-Parteifreunde dafür ein, dass Schiffe privater Hilfsorganisationen in italienische Häfen einlaufen dürfen.

Auf Sizilien, wo sie unter Hausarrest stand, hat ein italienischer Künstler ein Porträt von Rackete auf die Wand gesprüht. Im Arm trägt sie ein Kind mit Rettungsweste, über Racketes Rastazöpfen schwebt ein gelber Schein. Das madonnenhafte Bild trägt den Titel: »Heilige Carola, Beschützerin der Flüchtlinge«.

Der Hausarrest dauerte nur wenige Tage, ihr Ruhm hält an. Aber Flüchtlings-

retterin mag Rackete nicht mehr sein. Lieber will sie jetzt zu denen gehören, die für die Zukunft der Erde kämpfen.

Nach ihrer Freilassung auf Sizilien hat sie sich zurückgezogen. In Frankreich, an der Atlantikküste, schrieb sie an einem Buch, das Anfang November erscheinen soll. »Handeln statt hoffen – Aufruf an die letzte Generation« lautet der Titel. Nur kurz soll es in dem Buch um ihre Erlebnisse auf der »Sea-Watch 3« gehen. Im Zentrum steht das, was Rackete den »Zusammenbruch der Ökosysteme« nennt. Ihre Worte sind häufig radikal, ähnlich radikal wie die Vorstellungen der in Großbritannien gegründeten Gruppe »Extinction Rebellion«, der sie sich jetzt angeschlossen hat.

Das Buch ist Teil ihres Versuchs, sich als öffentliche Person neu zu erfinden, etwas geradzurücken, was aus ihrer Sicht überfällig war. Auch wenn sie an ihre Sea-Watch-Kontakte anknüpft – als Kapitänin ist sie außer Dienst. Während alle immer noch wissen wollen, wie es im Mittelmeer mit den Flüchtlingen war, sind ihre Themen größer, globaler geworden.

Sie verfasst Gastbeiträge, geht bei Demos auf die Bühne, setzt sich in Talkshows. Sie prangert die »Ressourcenübernutzung« an und sieht die Gesellschaft »am Abgrund«.

Gestern noch Flüchtlinge retten, morgen schon das Weltklima – woher kommt dieser Wandel, der von außen gesehen so plötzlich wirkt? Und kann Rackete, die Seenotretterin, nur wenige Monate später zu einer Anführerin im Kampf gegen den Klimawandel werden? Wie überzeugend wirkt ihre Metamorphose?

Wer Carola Rackete treffen möchte, muss erst mal eine Bedingung erfüllen. »Ich möchte mit niemandem reden, der meinerwegen geflogen ist«, sagt sie am Telefon. Das Treffen findet schließlich am Hauptbahnhof in Bremen statt, von da aus will sie nach Celle fahren, nach Hause, wo sie seit ihrer Fahrt auf der »Sea-Watch 3« kaum gewesen ist.

Gerade kommt sie mit dem Zug aus London, wo sie bei der BBC einen Auftritt in der Politiksendung »Hardtalk« hatte. Als sie dort den Zusammenbruch der Ökosysteme ansprach, einmal, zweimal, lenkte der Interviewer das Gespräch zunächst wieder auf die Seenotrettung. »Wir kommen da gleich noch zu«, sagte er. Am Ende blieben dann zwei Minuten für das Klima. Manchmal, sagt Rackete, zweifle sie, ob die Medien sie jemals aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Sie trägt an diesem Septembertag in Bremen einen Trekking-Rucksack bei sich. Alles, was sie an Kleidung besitzt, passt da hinein. Im Zug wuchtet sie den Rucksack auf die Ablage und stellt klar. »Diese Figur, Carola, die Flüchtlingsretterin, das ist überhaupt nicht mein Leben.« Sie sei damals

als Kapitänin nur eingesprungen, weil sich sonst niemand gefunden habe.

Für die Öffentlichkeit möge es eine Überraschung sein, dass sie sich nun für die Natur einsetzt. »Aber für mich war das kein Wandel. Ich bin Naturschutzökologin, habe mich schon vorher für unsere Ökosysteme eingesetzt, nur hat es niemanden interessiert.«

Carola Rackete wuchs im letzten Haus einer ruhigen Straße in Hambühren bei Celle auf. Neben dem Garten beginnt der Wald, Autos kommen hier selten vorbei. In der kleinen Stadt wohnen etwa 10 000 Menschen. Ihre Zeit auf dem Gymnasium in Celle sei nicht einfach gewesen, sagt Rackete. So von der siebten, achten Klasse an hätten ihre Klassenkameraden sie ausgegrenzt und gemobbt. Zunächst sei jemand anderes das Opfer gewesen. »Aber als die Person die Schule gewechselt hat, war ich das Opfer des allgemeinen Spotts.«

Damals habe sie gelernt, allein zu sein, sich nicht zu sehr von Gruppen beeinflussen zu lassen. »Ich habe gelernt, dass ande-

»Morgen reden wieder alle darüber, was ich an habe – um wie viel wollen wir wetten?«

re Leute falsch liegen können. Und dass man nicht immer erst seine fünf Freunde fragen muss, ob etwas cool ist.«

Nach der Schule wählte Rackete zunächst ein ungewöhnliches Studienfach. An der Hochschule Jade studierte sie Nautik, später hätte sie das Studium fast abgebrochen, weil es ihr auf den Schiffen zu langweilig wurde. Schließlich heuerte sie als Nautische Offizierin auf Forschungsschiffen an, die durchs Polarmeer führen, studierte zudem Naturschutzmanagement.

Im Polarmeer arbeitete sie mit Wissenschaftlern zusammen, die das Eis erforschten, sie sahen es bereits schwinden. Manchmal hätten sie keine Eisscholle gefunden, die dick genug gewesen sei, um die Forschungsgeräte darauf aufzustellen. Damals habe sie eine Erkenntnis gewonnen: Man könne die Erderwärmung in ihren Details noch so gründlich erforschen – wenn niemand etwas dagegen tue, helfe die Wissenschaft auch nicht weiter.

Seitdem protestiert, blockiert und setzt sie. Sie kocht möglichst vegan und steigt für Urlaubsreisen nicht ins Flugzeug. Als im vergangenen Jahr der Hambacher Forst gerodet werden sollte, saß sie im Baumhaus, ließ sich von der Polizei wegtragen. Wie fast alle Aktivisten trug sie keinen Personalausweis bei sich, um die Feststellung ihrer Identität zu erschweren. Damals half das noch, niemand kannte sie.

Heute stehen Menschen Schlange, um Carola Rackete zu sehen. Es ist Donnerstag, acht Tage vor dem großen Klimastreik, Rackete sitzt im Hinterzimmer der Kulturbrauerei, einem Veranstaltungsgelände in Berlin. Gleich soll sie auf dem Podium diskutieren, zusammen mit einem Aktivistin von »Ende Gelände« und einer Wissenschaftlerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Das Thema: »Menschenrechte in der Klimakrise«. Die linke Szene trifft sich.

Während die Leute draußen auf den Einlass warten, schaut Rackete ihre Notizen durch, formt ihre Rastazöpfe nervös zu einem Kringel. Der Veranstalter kommt herein, fragt, ob die Deutsche Presse-Agentur ein Foto machen dürfe. Rackete lehnt ab, seufzt. »Morgen reden wieder alle darüber, was ich an habe – um wie viel wollen wir wetten?« Rackete trägt eine Cargohose mit vielen Taschen, dazu ein Tanktop, man kennt das Outfit von ihren Auftritten auf Lampedusa und Sizilien.

»In Italien hat die Berlusconi-Presse Stimmung gegen mich gemacht, weil ich keinen BH trage, das geht in Italien offenbar nicht«, erklärt sie. »Und dann sind die Italienerinnen auf die Straße gegangen, ohne BHs. Und einige Männer mit.« Rackete fand die Aktion gut.

Sie schaut jetzt auf ihr Handy. Gerade kam die Eilmeldung: In London hat die Polizei Roger Hallam festgenommen, einen Mitgründer der Extinction Rebellion. Zusammen mit anderen Aktivisten wollte er in der Nähe des Flughafens Heathrow Drohnen aufsteigen lassen und so den Luftverkehr lahmlegen. Aus Protest gegen den Ausbau des Flughafens. Extinction Rebellion unterstützt die Aktion nicht, distanziert sich aber auch nicht. Rackete guckt sich das Video von Hallams Festnahme an, sieht, wie Polizisten in zivilen Hallam umringen, ihn ins Auto setzen und wegbringen. »Krass«, wisperst sie.

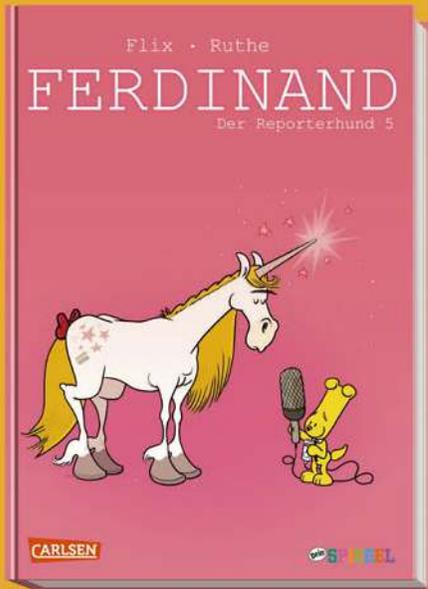
Ihre Zugehörigkeit zu Extinction Rebellion zeigt sie öffentlich, bei Auftritten trägt sie das Zeichen der Bewegung auf der Kleidung. Extinction Rebellion, kurz XR, protestiert radikaler als »Fridays for Future«, illegale Aktionen gehören zum Programm. »Aufstand oder Aussterben« lautet das Motto. Die Bewegung will den Verkehr oder die Wirtschaft lahmlegen, durch Blockaden, friedlichen zivilen Ungehorsam. Geht es nach XR, sollen Bürgerversammlungen darüber entscheiden, wie bis 2025 der CO₂-Ausstoß auf null gesenkt werden kann.

Rackete steht zu den Ideen. »In unseren Parlamenten werden Entscheidungen nicht zum Vorteil der Mehrheit des Volkes getroffen«, sagt sie auf dem Podium in der Kulturbrauerei. »Sondern zum Vorteil von kleinen Eliten, die auf die Politik auch noch Einfluss nehmen.« Nur Blockaden, die wirtschaftlichen Schaden anrichten,

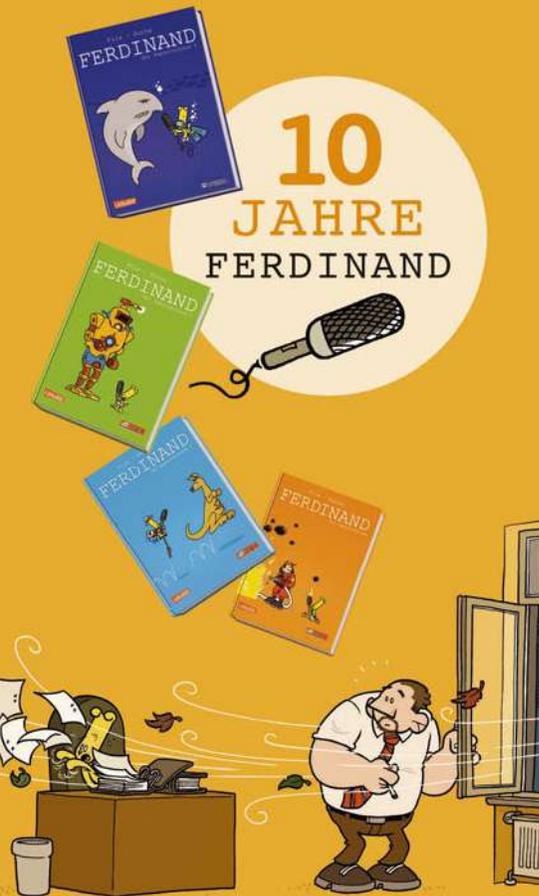
FERDINAND

Hardcover | Je 64 Seiten | 9,99 €

NEU!
Band 5



**10
JAHRE
FERDINAND**



CARLSEN
www.carlson.de

mein **SPiegel**
EINFACH MEHR WISSEN

können ihrer Meinung nach noch helfen. Versteht sie sich als Antikapitalistin? Vor allem als Wachstumskritikerin, sagt sie. Die Menschen würden zu viele Ressourcen verbrauchen. Um das zu ändern, müsse sich das System ändern.

Von den Berliner Linken gibt es dafür Beifall. Nach der Veranstaltung kommt eine junge Frau zu Rackete. »Ich find's richtig toll, was du machst«, sagt sie mit glänzenden Augen. Ob Rackete ihr vielleicht einen Rat geben könne: Seit sie sich mit dem Klimawandel beschäftige, spüre sie so unglaublich große Panik. Das sei nicht ungewöhnlich, antwortet Rackete. »Sprich mit deinen Freunden darüber«, oft helfe das schon; sonst könnte sie sich auch psychologische Hilfe suchen. »Danke schön«, sagt die junge Frau. »Es ist gut zu wissen, dass ich nicht alleine bin.«

Bis vor wenigen Monaten hätten die meisten im Land eine Klimaaktivistin wie Carola Rackete wohl als Träumerin abgetan. Aber nach dem anhaltenden Zulauf zu »Fridays for Future« könnte tatsächlich der Boden für extremere Aktionen bereitet sein. Das Klimaschutzpaket der Bundesregierung, das nicht zuletzt auf Druck

Ein gemeinsames Foto? »Nur wenn es schnell geht, sonst will gleich jeder eines.«

der Schülerbewegung zustande gekommen ist, wird von Aktivisten und Wissenschaftlern als unzureichend kritisiert.

Was soll jetzt noch kommen? Größer können die Proteste kaum werden. Aber radikaler. Ab dem 7. Oktober plant Extinction Rebellion, weltweit Metropolen lahmzulegen. Rackete wird in Berlin dabei sein.

Auf der Bühne, vor den Zehntausenden Schülern, liest Rackete am 20. September weiter ihre Rede vom Blatt ab. Eben ist noch die Band Culcha Candela aufgetreten, die Moderatoren haben gebrüllt: »Hopp, hopp, hopp – Kohlestopp!« Rackete dagegen redet abstrakt, spricht von einer »Kaskade von Kippelementen«, von der Schuld der Erwachsenen. Es ist eine traurige Rede, keine mutmachende, auf Twitter wird sie kaum jemand teilen, nicht mal Rackete selbst. In den Pausen zwischen ihren Sätzen hört man das Gemurmel der Menge, in der ersten Reihe schwindet die Aufmerksamkeit der Kinder.

Als sie von der Bühne tritt, wird Rackete gefragt, ob sie noch in der Demo mitlaufen wolle. Ein anderes Mal vielleicht, sagt sie. Dann steuert ein stämmiger Mann mit schwarzem Kapuzenpulli und Sonnenbrille auf sie zu. Er fragt nach einem Foto, sie zögert. »Nur wenn es schnell geht, sonst will

gleich jeder eines«, sagt sie schließlich. Ein zweites Selfie macht sie noch mit, ein drittes lehnt sie ab. Sie müsse an ihrem Buch schreiben.

Wenn sie es mit vielen Menschen zu tun bekommt, wird ihr die eigene Prominenz schnell lästig. Rackete kann große Städte nicht leiden, in einer Masse von Leuten fühlt sie sich unwohl, vor allem wenn sie hysterisch kreischen oder nach Selfies fragen. »In Berlin stinkt es«, sagt sie, »die Luft ist zum Kotzen.«

Rackete hat keinen festen Wohnsitz, wohnt mal hier, mal da. Auf lange Sicht wolle sie auf keinen Fall in Deutschland leben, sagt sie, zu viele Menschen auf zu engem Raum. Chile oder Kasachstan fände sie schöner. Social Media hält Rackete für Zeitverschwendung. Einen öffentlichen Twitteraccount hat sie sich erst kürzlich zugelegt. Viel postet sie nicht.

All das könnte es für sie schwierig machen, eine Protestbewegung anzuführen und Aufmerksamkeit zu wecken. Während die deutsche »Fridays for Future«-Aktivistin Luisa Neubauer ständig postet, ständig erreichbar ist, genießt Rackete die Momente, in denen sie kein Netz hat.

An der französischen Atlantikküste hat Rackete lange mit sich gerungen, ob sie sich den Stress antun möchte. Ob sie vor allem die Städte, die Menschenmassen in Kauf nehmen will, um die Leute von Extinction Rebellion zu überzeugen, um die Chance zu nutzen, die sich wegen ihrer Bekanntheit gerade bietet. Ihren Entschluss beschreibt sie so: Sie wolle sich vorsichtig herantasten, sich zwar wieder in den Mittelpunkt stellen – aber nur, solange es ihr nicht zu viel werde.

Nach ihrer Rede in Berlin schlängelt sich Rackete wieder durch die Menschenmenge, zurück in Richtung Friedrichstraße, wo sie ihr Fahrrad abgestellt hat. Auf dem Weg gerät sie in einen Demozug, für einen Moment läuft sie mit, schweigend.

Wie weit will sie gehen, wenn Extinction Rebellion den für Oktober geplanten Auftritt in Berlin hat? Eine Sitzblockade zum Beispiel wäre möglich, sagt sie. »Aber nichts, wofür man längere Zeit ins Gefängnis geht.« Sie habe ja noch das Strafverfahren in Italien, sie wisse nicht, wann die Staatsanwaltschaft entscheidet, ob sie angeklagt wird. Außerdem habe sie gerade nicht die Zeit, um sich auf riskante Aktionen angemessen vorzubereiten.

Für den Winter plant Rackete eine ganz andere Mission. Als Wissenschaftlerin will sie auf einem Forschungsschiff in die Antarktis fahren. Vielleicht könne sie vorher in Patagonien wandern, sagt sie. Und sich zumindest eine Zeit lang mal verstecken.

Steffen Lüdke

Mail: steffen.luedke@spiegel.de
Twitter: @stluedke

Fehlende Vermerke

Affären Im Skandal um die Pkw-Maut steht die Glaubwürdigkeit von Verkehrsminister Scheuer auf dem Spiel. Die Opposition bezichtigt ihn der Lüge.

Die Fragestunde im Bundestag plätscherte am Mittwoch vor sich hin, da trat gegen 15 Uhr der FDP-Abgeordnete Oliver Luksic ans Mikrophon. Der Verkehrspolitiker hatte einige Fragen zum Debakel um die Pkw-Maut an die Regierung, die wichtigste davon: Was es mit den vertraulichen Treffen des Verkehrs-

herunter. Bei dem Termin am 22. November 2018 sei es nur um die Umsetzung der Maut und organisatorische Fragen gegangen, am 19. Juni um das negative EuGH-Urteil vom Tag zuvor. Im Übrigen seien die Treffen »nicht geheim« gewesen, sondern »ganz normal«.

Das sieht die Opposition anders. In mehr als 50 Aktenordnern, die der Minister dem Verkehrsausschuss zur Verfügung stellte, konnten Grüne und FDP keine Hinweise auf die Treffen finden. Auf Anfrage räumte ein Ministeriumssprecher denn auch ein, dass zu den Treffen »weder vorbereitende noch nachbereitende Vermerke« erstellt worden seien. Der Grünenabgeordnete Sven-Christian Kindler hält die fehlende Veraktung für einen Rechtsbruch. »Für mich lässt das nur den Schluss zu, dass der Minister etwas vertuschen wollte. Zum wiederholten Male hat Andreas Scheuer den Bundestag gezielt belogen.«



CHRISTIAN DITSCH / IMAGO IMAGES

Minister Scheuer im Bundestag: Von wahltaktischen Gründen getrieben

ministers mit Managern der Betreiberfirmen Kapsch und Eventim auf sich habe, die der SPIEGEL aufgedeckt hatte.

Der Verkehrsminister ließ sich im Bundestag von einem Staatssekretär vertreten, doch der FDP gelang ein Coup: Sie überumpelte die Regierungsfractionen mit einem Antrag, dass Andreas Scheuer persönlich erscheinen müsse.

Eine halbe Stunde später tauchte der Minister sichtlich genervt im Plenum auf. Es folgte ein heftiger Schlagabtausch. Die Opposition wollte wissen, ob es tatsächlich das Angebot von Eventim gegeben habe, den Mautvertrag erst nach dem alles entscheidenden Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur deutschen Pkw-Maut zu unterzeichnen.

Scheuer verneinte – und spielte die Bedeutung der Treffen mit den Managern

Ein Untersuchungsausschuss zur Pkw-Maut wird immer wahrscheinlicher. Dort würde es zum Showdown kommen, wenn Scheuer und die Chefs der Betreiberfirmen unter Eid die Details ihrer Treffen offenlegen müssten. So würde die Frage geklärt, warum der Vertrag zur Pkw-Maut unbedingt noch 2018 unterschrieben werden musste, als der EuGH noch nicht geurteilt hatte, ob das Projekt mit europäischem Recht vereinbar ist. Mit der Entscheidung riskierte Scheuer horrend Schadensersatzzahlungen.

Beteiligte hatten berichtet, dass Scheuer auch von wahltaktischen Gründen getrieben gewesen sei. Die Maut sollte kommen, damit die CSU ihr Wahlversprechen rechtzeitig einlösen konnte. Das Ministerium hat dieser Behauptung widersprochen.

Eine weitere Entscheidung allerdings stützt die Vermutung. Es geht um ein Ver-

gabeverfahren vor der bayerischen Landtagswahl am 14. Oktober 2018, das sich aus den Akten rekonstruieren lässt.

In den Monaten vor dem Urnengang in Bayern verzögerte sich der Abschluss des Hauptvertrags zur Erhebung der Pkw-Maut. Viele Bieter sprangen ab, für die übrigen wurden Fristen verlängert.

Doch es gab noch ein zweites Vergabeverfahren, das zur »automatischen Kontrolle« der Maut. Der Auftragnehmer sollte prüfen, ob die Autofahrer auch bezahlt hatten. Die Verhandlungen zu diesem Vertrag waren im Herbst abgeschlossen. Am 10. Oktober 2018, vier Tage vor der bayerischen Landtagswahl, benachrichtigte das Ministerium die Firma Kapsch über den »erfolgreichen Ausgang des Verfahrens«. Tatsächlich war der Deal zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht wasserfest.

Aus rechtlichen Gründen müssen öffentliche Auftraggeber mindestens zehn Tage mit der Vertragsunterzeichnung warten, damit unterlegene Bieter den Zuschlag anfechten können. Das hätte auch der Minister wissen können. Eine Vorlage klärte auf: »Der früheste Termin zur Zuschlagserteilung ist der 22. Oktober 2018.«

Trotzdem preschte Scheuer offenbar vor. Am 10. Oktober suggerierte ein Artikel im »Münchner Merkur«, alles sei unter Dach und Fach. Darin wird Scheuer zitiert: »Wir haben einen Riesenschritt zur technischen und organisatorischen Umsetzung gemacht.« Die Nachricht verbreitete sich schnell über die Medien, wenige Tage vor dem Wahlgang in Bayern hatte Scheuer die gute Meldung, die er brauchte.

Insider wundern sich bis heute über den Vertragsabschluss. Scheuer habe den Auftrag für die Kontrolle der Pkw-Maut vergeben, bevor überhaupt klar war, ob sie jemals eingetrieben wird. Normalerweise sei es andersherum. Das Ministerium sagt, die Entscheidung für Kapsch sei »auf Basis des Vergabeverfahrens und nicht orientiert an Wahlterminen« erfolgt.

Acht Monate nach dem erfolgreichen Geschäft war der Höhenflug des Ministers allerdings vorbei: Am 18. Juni stoppten die Richter des EuGH das gesamte Mautprojekt. Seitdem verstrickt sich der Minister immer tiefer in Widersprüche.

Bei der Fragestunde am Mittwoch wollte der Grünenabgeordnete Matthias Gastel wissen, warum sich Scheuer in das Risiko gestürzt habe, »ohne die ganzen Warnungen zu hören«. Scheuer entgegnete, man habe das Risiko eines negativen EuGH-Urteils in »Hundertenden von Workshops« besprochen. In den Unterlagen finden sich aber nur Hinweise auf sechs »Risikoworkshops«. Auf Nachfrage sagte ein Sprecher: »Der Minister hat in diesem Fall bildhaft-umgangssprachlich gesprochen.«

Sven Becker, Gerald Traufetter

Päpstliches Geheimnis

Missbrauch Ein katholischer Pfarrer im Saarland soll sich an Messdienern vergangen haben. Der Fall zeigt die teils bizarren Regeln eines kirchenrechtlichen Strafverfahrens.

An einem Freitag Ende August bekommt Timo Ranzenberger Besuch von einem Mann der Kirche. Der katholische Geistliche aus Köln will wissen, was dem heute 35-Jährigen in seiner Zeit als Messdiener widerfahren ist. Wurde er damals sexuell missbraucht, an welche Details kann er sich erinnern? Ranzenberger ist ein wichtiger Zeuge. Als sich der Besucher nach fast sechs Stunden von ihm verabschiedet, ist es beinahe schon dunkel.

Die Ermittlungen der Kirche richten sich gegen einen der ihren, einen Priester, der sich an mehreren Kindern vergangen haben soll. Fast 28 Jahre lang hat er in Freisen, einem Ort mit rund 8000 Einwohnern im Saarland, die katholische Pfarrei geleitet, inzwischen ist er im Ruhestand. Seit dem Frühjahr 2018 läuft gegen ihn ein kirchliches Strafverfahren.

Die Kirche hat eine eigene Gerichtsbarkeit, eine Paralleljustiz, die sie unabhängig von staatlicher Strafverfolgung gegen ihren Klerus einsetzt. Diese Justiz arbeitet nach ihren eigenen Regeln, verschlossen, leise, mit viel Geheimniskrämerei. Manche Vorschriften muten altertümlich und absurd an.

Auch die Staatsanwaltschaft hat gegen den Freisener Priester schon in mehreren Fällen wegen Missbrauch ermittelt, doch fast alle Verfahren wurden eingestellt, mal reichte der Tatverdacht nicht aus, mal waren die Vorwürfe bereits verjährt. Als Timo Ranzenberger den Priester mit 22 Jahren schließlich anzeigte, sah die Staatsanwaltschaft zwar einen hinreichenden Tatverdacht, stellte die Ermittlungen aber wegen Verjährung ein.

Das Kirchenverfahren ist für Ranzenberger und andere mutmaßliche Opfer nun eine Chance, vielleicht doch noch Genugtuung zu erfahren und den Mann, den sie als Täter beschuldigen, verurteilt zu sehen. Für die Kirche geht es darum zu beweisen, dass sie tatsächlich »kompromisslos« aufklärt, wie sie es versprochen hat.

Ein Jahr ist es her, seit die deutschen katholischen Bischöfe ihre Missbrauchsstudie vorgelegt haben. Von 1670 mutmaßlichen Tätern in der Zeit zwischen 1946 und 2014 ist darin die Rede, ihre Opfer waren zur Hälfte 13 Jahre alt oder jünger, als sie zum ersten Mal missbraucht wurden. Abgeschlossen ist die Aufklärungsarbeit nicht. Nur in gut einem Drittel der Fäl-



FLORIAN GENEROTZKY / DER SPIEGEL

Ex-Messdiener Ranzenberger

le leitete die Kirche nachweisbar interne Verfahren ein. Manche Täter wurden früh-pensioniert, andere beurlaubt oder versetzt, rund sieben Prozent wurden aus dem Klerikerstand entlassen, das heißt, sie sind keine Geistlichen mehr. Ein gutes Viertel erhielt keinerlei Strafe oder Sanktion. Etliche Verfahren laufen derzeit, so wie das gegen den früheren Pfarrer von Freisen, Otmar M.

Am Tag nach seinem Treffen mit dem Kirchenjuristen aus Köln ist Timo Ranzenberger noch immer etwas aufgeregt. Er sei sehr nervös gewesen, sagt er, »ich wusste nicht: Welche Fragen kommen da auf mich zu?« Ranzenberger lebt in einer Einrichtung für Suchtkranke südlich von München. Der Raum, in dem der Richter ihn befragte, dient sonst für Therapiegespräche: Drei Holztische sind zusammengeschoben, daneben stehen grüne Metallstühle mit Stoffbezug.

Hier schilderte Ranzenberger, was ihm passiert sei, als er 15 Jahre alt war: wie Pfarrer M. ihn ins Pfarrhaus zum Übernachten eingeladen habe. Wie er ihm dort Alkohol gegeben habe. Wie er ihm unters T-Shirt gefasst habe. Wie der Pfarrer ihm, als er betrunken im Bett lag, an den Penis gegriffen und gleichzeitig Ranzenbergers Hand an seinen geführt habe.

Der Besucher aus Köln sei bei seinen Fragen sehr ins Detail gegangen, sagt Ranzenberger: »Denkt er, ich schwinde?« Der Kirchenrichter habe wissen wollen, ob das Fenster im Gästezimmer des Pfarrhauses Rollläden hatte oder Klappläden, ob der Wecker ein analoger oder digitaler war, ob über dem Bett ein Kreuz hing oder ein Bild. Und wo war die »Bar« des Pfarrers? »Der Alkohol«, sagt Ranzenberger, »stand im Unterschrank unter der Spüle: Schnaps, Wein, kleine Jägermeister.« Der Pfarrer habe ihn ermuntert zu trinken, selbst aber nur am Glas genippt. In dem Gästebett, habe der Pfarrer geprahlt, habe sogar schon mal ein Bischof geschlafen. Und über dem Bett, sagt Ranzenberger, hing das Bild eines Apostels.

Suchte sich der Priester gezielt anlehnungsbedürftige Jungen? Ranzenberger habe ihm leid getan, sagte Pfarrer M. einmal. Er wusste um die schwierigen Verhältnisse des Jugendlichen, kannte die katholische Pflegefamilie, bei der er zeitweise lebte. Seine Mutter, erzählt Ranzenberger, sei Alkoholikerin gewesen, sein Vater heroinsüchtig. Als er vier Jahre alt war, gab ihn das Jugendamt in die Obhut der Großmutter, später lebte er in einer betreuten Wohngruppe. Dort habe ein rauer Umgangston geherrscht, »Arschloch, halt's Maul«, habe es oft geheißt, er habe sich gefreut, da mal raus zu sein, wenn M. ihn abholte. Der Pfarrer, sagt Ranzenberger, sei nett gewesen, locker und kumpelhaft.

»Er war mir sofort sympathisch.« Wenn er ihn auf der Straße getroffen habe, habe er gesagt, grüß dich, Timo, wie geht's?

Warum ging er wieder mit ihm, nach dem, was ihm im Gästezimmer des Pfarrhauses widerfahren war? »Ich dachte, es war ein Ausrutscher, er wird es nicht wieder tun.«

In einem Strafverfahren nach dem Kirchenrecht wird die Kirche zum Ermittler, zum Ankläger und zum Richter. Für die Betroffenen ist es ein System, das sie nicht durchschauen, das sich abschottet und dadurch viele Merkmale einer Geheimjustiz hat. Es gibt keine öffentlichen Gerichtsverhandlungen oder Urteilsverkündungen. Die Verfahren zum sexuellen Missbrauch unterliegen dem »päpstlichen Geheimnis«, einer strengen Verschwiegenheitsregel.

Es ist eine Gerichtsbarkeit, die Rom unterworfen ist, genauer gesagt, der Glaubenskongregation, die als Nachfolgerin der Inquisitionsbehörde die »Glaubens- und



Pfarrhaus in Freisen

»Nackt unter der Höhensonne«

Sittenlehre« der katholischen Kirche schützen soll. Zwar betreiben die Bistümer bei Missbrauchshinweisen eigene Voruntersuchungen. Doch dann entscheidet die Kongregation in Rom, ob ein Verfahren eingeleitet wird. So war es auch bei Pfarrer M.: Als das zuständige Bistum Trier nach Vorermittlungen den Verdacht »in mehreren Fällen erhärtet« sah, ordnete Rom ein Gerichtsverfahren in Köln an, um die Neutralität zu wahren, und hob die Verjährung auf.

Timo Ranzenberger erhielt vor dem Termin nur diese Information: Es gehe um ein »kirchliches Strafverfahren wegen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger im Sinne des Art. 6 der Normae de gravioribus delictis«. Ranzenberger hatte keine Ahnung, was damit gemeint war.

In diesen »Normen über die schwerwiegenden Delikte« findet sich auch der Straftatbestand, nach dem das katholische Kirchenrecht sexuellen Missbrauch verfolgt. Er beruht auf einer Betrachtungs-

weise, wie sie so verquer nur in der Papstkirche akzeptabel sein kann. Die eigentliche strafbare Handlung besteht danach letztlich in der Verletzung des Zölibats: Indem ein Kleriker einen Minderjährigen sexuell missbraucht, verstößt er gegen das sechste Gebot (»Du sollst nicht ehebrechen«).

Was dem Kind angetan wird, interessiert deutlich weniger. Die kirchliche Strafnorm, sagt der Münsteraner Kirchenrechtler Klaus Lüdicke, »hat nicht den Opferschutz im Blick, sondern die Disziplinierung des Klerus«. Höchste Zeit für eine Reform, findet der Professor: »Um ihre Glaubhaftigkeit zu schützen, müsste die Kirche auch den Vertrauensschaden ahnden, den solche Taten anrichten.«

Denn viele Gläubige sind nicht nur über die Taten entsetzt, sondern ebenso über die jahrelange Vertuschung und Untätigkeit durch Kirchenoberen. Auch im Bistum Trier dauerte es fast zehn Jahre lang, bis die ersten Vorwürfe gegen Pfarrer M. ernst genommen und untersucht wurden. Ranzenbergers Fall hätten die katholischen Instanzen schon damals nachgehen müssen, nachdem er im Juli 2006 Anzeige gegen den Pfarrer erstattet hatte. Die Staatsanwaltschaft Saarbrücken informierte das Bistum nämlich über das Verfahren, als sie die Ermittlungen wegen Verjährung einstellte.

Ranzenberger wurde damals noch nicht einmal angehört, obwohl die Leitlinien der Bischofskonferenz dies seit 2002 fordern. Darin heißt es: »Mit dem (mutmaßlichen) Opfer und seinen Erziehungsberechtigten wird umgehend Kontakt aufgenommen.« Und: »Die Fürsorge der Kirche gilt zuerst dem Opfer.« Timo Ranzenberger und andere Betroffene sagen, sie hätten davon bis heute nichts gespürt.

Erst 2016, nachdem er die Vorwürfe mithilfe des Saarländischen Rundfunks öffentlich gemacht hatte und weitere mutmaßliche Opfer von Pfarrer M. sich gemeldet hatten, bemühte sich das Bistum plötzlich dringlich um ein Gespräch. Man stehe unter »hohem Druck«, räumte ein Bistumsfunktionär damals ein. Nun erst wurde eine Voruntersuchung eingeleitet.

Dabei lagen mittlerweile auch Hinweise aus den eigenen Reihen vor. Am 20. Januar 2014 hatte eine Pfarrerkonferenz des Dekanats St. Wendel über den »sehr unvorsichtigen Umgang« von Pfarrer M. mit einzelnen Jugendlichen aus seinen Pfarrgemeinden beraten und Trier informiert.

Damals habe man M. Urlaubsfahrten mit Jugendlichen »sofort untersagt«, teilte das Bistum später mit. Doch der Pfarrer blieb im Amt – und hatte weiter Kontakt mit Messdienern und Kindern, die er zur Firmung führte.

Seit rund anderthalb Jahren prüft nun das Kölner Kirchengericht die Vorwürfe,

und noch immer steckt das Verfahren in der Beweisaufnahme. Wann ist ein Urteil zu erwarten? Das sei völlig offen, so das Erzbistum Köln.

Monsignore Thomas Weitz, 57, ist der Vorsitzende Richter in dem Verfahren. Seine Zeit ist knapp, er ist auch Domkapitular in Köln, er predigt im Dom und hat seelsorgerische Aufgaben. An der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom und am Studienhaus Sankt Lambert lehrt er Kirchenrecht. In Sexualstrafsachen hat er wie alle Kirchenrichter wenig Erfahrung.

Für Richter Weitz ist der Fall ziemlich anstrengend, denn er ermittelt selbst. Um die Zeugen zu befragen, muss er manchmal lange Reisen unternehmen. Zu Timo Ranzenberger fuhr er rund 600 Kilometer mit dem Zug. »Jetzt ist ihnen offenbar kein Weg mehr zu weit«, meint Ranzenberger.

Der Richter habe sich Mühe gegeben, alles zu verstehen, sagt der frühere Messdiener, er habe sich sogar zu ihm auf den Boden gelegt, als er demonstrieren wollte, wie der Priester sich ihm im Pfarrhausbett genähert habe. Doch Ranzenberger hat Zweifel: »Ich frage mich, kann ein Richter, der selbst Priester ist, sich vorstellen, dass sein Kollege so etwas macht? Glaubst du eher mir – oder ihm?«

Mit am Tisch saß während der Befragung auch der Anwalt des beschuldigten Pfarrers, ein Kirchenjurist, der die Akten kennt und bei allen Vernehmungen dabei sein darf. Was sein Mandant M. aussagt, erfährt dagegen keines der mutmaßlichen Opfer. »Hier herrscht keine Waffengleichheit«, sagt Ranzenbergers Anwältin Rosetta Puma. Die Anhörung habe erst auf ihr Drängen hin stattgefunden, sie durfte nur unverbindlich dabei sein. Zugelassen sind in einem solchen Verfahren nur Kirchenrechtler. »Wir rechnen mit Ihrem Verständnis, dass Sie nicht als Anwältin in dem laufenden Verfahren befasst sind«, schrieb ihr das Kirchengengericht kühl.

Es gibt auch keine Nebenklage, die es Opfern wie im weltlichen Verfahren ermöglichen würde, am Prozess teilzunehmen. Deshalb bekommt Puma keine Akteneinsicht für ihren Mandanten. »Damit haben wir keine Chance, den Behauptungen des Beschuldigten etwas entgegenzuhalten«, sagt die Anwältin.

Ranzenberger und sie sollten eine Verschwiegenheitserklärung unterschreiben, dass sie nichts aus der Anhörung nach außen tragen. Sie haben abgelehnt.

Kirchenrichter Weitz hat auch mit Stefan Müller* gesprochen. Elf Jahre alt war Müller, als Pfarrer M. ihn zu Ausflügen mitgenommen habe, mal allein, mal mit anderen. So erzählt es Müller beim Interview im Mai. Schließlich habe der Pfarrer ihn

eingeladen, im Pfarrhaus zu übernachten. Er habe nicht verstanden, warum er da schlafen sollte, doch er habe auch keinen Verdacht gehegt. »Ein Pfarrer, das war für mich früher ein Mittler zwischen Himmel und Erde.«

Sie hätten Pizza gegessen, und Pfarrer M. habe ihm Wein zu trinken gegeben. Später habe er ihn in einen Raum mit einem großen Bett geführt und ihn aufgefordert, sich auszuziehen, sogar nachgeholfen, als er zögerte. Auch der Pfarrer habe sich ausgezogen, nackt hätten sie dann unter einer Höhensonne gelegen, und der Pfarrer habe angefangen zu onanieren. An das, was in der Nacht später noch passierte, habe er keine klare Erinnerung mehr, so Müller, aber am nächsten Morgen habe er Schmerzen in der Analregion gehabt.

Müller sitzt im Besucherraum einer Justizvollzugsanstalt südlich von Frankfurt. Weil er als Erwachsener selbst zum Missbrauchstäter wurde, verbüßt er derzeit eine mehrjährige Freiheitsstrafe. Hier besuchte ihn auch der Kirchenrichter, seine Anwältin durfte nicht dabei sein.

Müller ist katholisch, doch als der Kirchenrichter die Bibel hervorholte, damit er auf sie schwöre, habe er abgelehnt. Er habe keine Verschwiegenheitserklärung unterschrieben. Dieser Kirche fühle er sich nicht mehr verpflichtet, sagt Müller. Er wolle aufklären, »damit es nicht weiter passiert«. Im Mai 2016 hatte er einen Bericht über Pfarrer M. in der Zeitung gelesen und sich beim Bistum gemeldet.

In einem Brief an Bischof Stephan Ackermann schrieb er damals, wie ihn der Priester sexuell bedrängt habe. Der Bischof schrieb zurück: »Wenn es tatsächlich so passiert ist«, wäre das »ein schwerer Fall von sexuellem Missbrauch eines Kin-



des«, er sei »entsetzt«. Die Kirchenrechtler des Bistums seien ziemlich schnell bei ihm gewesen, um ihn zu befragen, sagt Müller.

Bald nach dem Vorfall im Pfarrhaus hatte er versucht, seine Mutter einzuweihen. Die 61-Jährige erinnert sich noch gut an den Moment vor rund 25 Jahren, als ihr Sohn erzählen wollte, was passiert war. »Es war auf der Fahrt nach St. Wendel, wo wir einkaufen wollten, als er plötzlich sagte: Mama, der Pfarrer hat was Komisches gemacht.«

Sie habe ihm nicht geglaubt. Sie habe ihm gesagt, er solle still sein, das könne nicht sein. Der Pfarrer habe ihn bestimmt nur testen wollen. »Heute weiß ich, was ich ihm damit angetan habe«, sagt die Mutter. Sie hat Tränen in den Augen: »Ich hab es mir einfach nicht vorstellen können, dass ein Pfarrer so was macht.«

Die Frau ist tiefgläubig. Sie sei streng katholisch erzogen, erzählt sie. Für sie sei es ganz natürlich gewesen, sich an den Pfarrer zu wenden, als sie Hilfe suchte.

Die brachte sie damals besonders dringend, denn sie wollte sich von ihrem Mann trennen, den sie als gewalttätig und alkoholkrank beschreibt. Der Pfarrer sollte ihr eine Empfehlung fürs Kirchengengericht ausstellen, damit es ihre Ehe für nichtig erklärte.

Deshalb habe sie ihren Sohn bei M. übernachten lassen. »Ich hatte ihm von unseren Schwierigkeiten zu Hause erzählt, dass Stefan besonders darunter leide. Da sagte er, ich solle ihm den Jungen mal schicken, er wolle mal sehen.« Sie packte ihm ein Köfferchen, so erinnert sie es, und lieferte ihren Sohn im Pfarrhaus ab.

Die Mutter lebt heute in Rheinland-Pfalz in einem hübschen Haus im Grünen, sie ist wieder verheiratet, arbeitet als Künstlerin, doch eine tiefe Traurigkeit umgibt sie, wenn sie von ihrem Sohn erzählt. Und dem Versagen als Mutter, das sie empfindet.

Den Brief fürs Kirchengengericht bekam sie sogar, auch wenn sie den Pfarrer mehrmals habe erinnern müssen. Er empfahl darin tatsächlich die Trennung der Eheleute und begründete dies mit »situationsbedingten Verhaltensstörungen« der Kinder, »besonders bei dem sensiblen Stefan«.

Was die Mutter über die Kirche sagt, klingt bitter. »Wenn man dem Pfarrer nicht mehr glauben kann und der Kirche nicht, wem soll man denn sonst noch glauben?«, sagt sie mit tränenerstickter Stimme. »Die katholische Kirche kann gar nicht ermesen, welchen Vertrauensschaden sie angerichtet hat.« Es sei »so besonders schlimm, wenn eine eh schon verletzte Kinderseele missbraucht wird – und zwar dort, wo ihr doch geholfen werden sollte«.

Stefan habe von allen Kindern am meisten aushalten müssen. Sein Vater habe ihn

Pfarrer M. (r.), Geistliche 2011
Großer Einfluss in der Gemeinde

* Name geändert.



Kardinal Marx: »Er hätte damals wacher sein müssen«

geschlagen, ihn die Treppe hinuntergestoßen, sagt Müller. In Pfarrer M. traf er jemanden, der sich offenkundig freute, ihn zu sehen. »Meine Situation hat er dann schamlos ausgenutzt.«

Einige Monate nachdem Timo Ranzenberger ihn 2006 angezeigt hatte, sei Pfarrer M. mit einem Messdiener über das Faschachtswochenende in den Schwarzwald gefahren. So erzählt es Manuel K., 28. Er sitzt in der Wohnung eines Freundes in der Nähe von Freisen und schildert seine Erfahrungen mit Pfarrer M.

Der Priester habe ihn getauft, zur Kommunion geführt und zur Firmung. »Er lobte mich, ich sei einer seiner besten Messdiener, ich hätte mir mal eine Belohnung verdient«, sagt Manuel K., »so überredete er mich zu diesem Wochenende.«

Weil er zunächst nicht mitfahren wollte, habe Pfarrer M. ihn und seine Mutter ins Pfarrhaus gebeten und von der Fahrt vorgeschwärmt. »Meine Mutter hat dann zugestimmt, und zum Dank hat er ihr noch eine Flasche Wein mitgegeben.«

Im Schwarzwald habe er nicht wie erwartet in der Jugendherberge übernachtet, sondern in einer Ferienwohnung, in die ihn der Pfarrer mitnahm. Eines Abends sei dieser dort in sein Zimmer gekommen, habe ihm die Hand in den Schlafanzug und die Unterhose gesteckt und ihn befummelt, dabei habe er ihm ins Ohr gestöhnt. Als der Geistliche wollte, dass er auch ihn berühre, habe er sich widersetzt, und der Pfarrer habe aufgehört. Am nächsten Tag habe er sich krank gestellt, damit er schnell nach Hause komme.

Manuel K. sucht nach Worten, das Sprechen darüber fällt ihm schwer. Doch er möchte, dass der Pfarrer zur Verantwort-

ung gezogen wird. »Er soll für das, was er mir angetan hat, bestraft werden.«

Er habe all die Jahre geschwiegen, weil der Pfarrer so großen Einfluss und hohes Ansehen in der Gemeinde hatte. Doch im Herbst 2018, nachdem er in anonymen Drohbriefen selbst des Missbrauchs beschuldigt wurde, habe er sich schließlich einem anderen Pfarrer anvertraut, der das Bistum informierte. Als nichts passierte, habe er dann Anzeige erstattet. Dass der Pfarrer »mit Jungs allein in Urlaub fährt«, sagt Manuel K., hätten in der Gemeinde viele gewusst.

Nach dem Wochenende im Schwarzwald habe ihm Pfarrer M. zu Ostern und Weihnachten Geldgeschenke zugesteckt, mal 50, mal 100 Euro oder mehr. Hat er das als Schweigegeld verstanden? »Er hat nichts dafür verlangt«, sagt Manuel K., »er hat auch nicht mehr versucht, sich mir zu nähern.«

In seinem Fall ermittelt die Staatsanwaltschaft Saarbrücken seit Anfang des Jahres. Das Bistum hat eine kirchenrechtliche Voruntersuchung eingeleitet. Kirchenrichter Weitz habe sich bei ihm bisher nicht gemeldet, sagt Manuel K.

Der Trierer Bischof Ackermann, Missbrauchsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz, räumte öffentlich erst im Frühjahr 2018 ein, »dass vonseiten des Bischofs und des Bistums mit dem bereits im Jahr 2006 gegenüber Pfarrer M. erhobenen Vorwurf des sexuellen Missbrauchs proaktiver und entschiedener hätte umgegangen werden müssen«. Ackermann setzte hinzu: »Als Bischof bin ich von Pfarrer M. enttäuscht.«

2006 hieß der Trierer Bischof Reinhard Marx, heute Kardinal, Erzbischof von

München und Freising und Vorsitzender der Bischofskonferenz. Marx wusste von den Vorwürfen, hielt es aber nicht für nötig, ihnen weiter nachzugehen. Er saß in der Runde, in der von der Einstellung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Pfarrer M. berichtet wurde. »Es plagt ihn noch immer sehr«, sagt sein Sprecher, »er sagt heute, dass er damals hätte wacher sein müssen.«

Im April 2015 wurde Pfarrer M. schließlich beurlaubt und dann feierlich in den Ruhestand verabschiedet – nicht wegen Missbrauchsvorwürfen, sondern weil er Weisungen missachtet habe, sagt das Bistum. Dabei waren längst weitere Vorwürfe bekannt geworden, und das Bistum hatte selbst Anzeige gegen ihn erstattet.

Welche der Fälle nun im Strafverfahren verhandelt werden, darüber gibt das Kirchengericht keine Auskunft, es will noch nicht einmal sagen, wie viele Betroffene es als Zeugen anhört. Zum Ende der Beweisaufnahme wird Kirchenrichter Weitz Pfarrer M. vernehmen. Der lebt jetzt an der Mosel in einem idyllischen Weinort mit Straußenwirtschaften und Schiffsanleger.

Der Priester habe die Vorwürfe bisher bestritten, so das Bistum. Wird er das auch tun, wenn Kirchenrichter Weitz ihn auf die Bibel schwören lässt? Christoph Lerg, der Anwalt von Pfarrer M., der auch Missbrauchsbeauftragter des Deutschen Ordens ist, sagt, sein Mandant wolle sich wegen des laufenden Verfahrens nicht äußern.

Wie auch immer das kirchliche Urteil über Pfarrer M. ausfällt, seine mutmaßlichen Opfer bekommen die Entscheidung nicht zu sehen. »Ich habe Zweifel«, sagt Ranzenbergers Anwältin Rosetta Puma, »dass am Ende mit der Herangehensweise des Kirchengerichts wirklich festgestellt wird: So war es gewesen.« Die Beweisaufnahme habe sie als Strafrechtlerin bisher als »wenig professionell« empfunden.

Für Pfarrer M. könnte das Urteil im schlimmsten Fall die Entlassung aus dem Klerikerstand bedeuten, es ist die härteste Strafe für solche Vergehen. Im Mai wurde sie gegen einen ehemaligen Priester am Berliner Canisius-Kolleg verhängt, dort war 2010 der erste große Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche Deutschlands öffentlich geworden.

Matthias Katsch, Sprecher der Betroffeneninitiative Eckiger Tisch, hat jahrelang für dieses Urteil gekämpft. Er war selbst von dem Jesuiten missbraucht worden. Bei allen Mängeln des Verfahrens habe er es doch als Genugtuung empfunden, sagt Katsch, »dass nun kirchenamtlich feststeht: Er war ein Täter«.

Auf diesen Satz warten jetzt die mutmaßlichen Opfer von Pfarrer M. aus Freisen. Annette Großbongardt

Mail: annette.grossbongardt@spiegel.de

Gesellschaft

»Ein Jahr, ein Mädchen, jeden Freitag eine Demo und die Welt fühlt sich komplett anders an.« ► S. 56

Quelle: Deutscher Herzbericht 2018; ausgewählte Herzkrankheiten

Früher war alles schlechter

N^o 195: Herztote

1990 starben von 100 000 Menschen in Deutschland **459** an einer Herzerkrankung.

2016 waren es **225** Menschen.

Sein Decrescendo kam zu früh. Im Februar 1911 dirigierte Gustav Mahler in der New Yorker Carnegie Hall ein Orchester, es spielte Busonis »Des Mannes Wiegenlied am Sarge seiner Mutter«, eine Uraufführung. Doch während er vor den Musikern stand, kämpfte Mahlers Körper gegen Fieber. Nach dem Konzert diagnostizierten Ärzte bei ihm eine Herzklappenentzündung. Im Mai starb Mahler. Sein Werk, das den Österreicher zu einem der bedeutendsten Komponisten aller Zeiten machte, erschuf er in nur 50 Lebensjahren. Bis heute zählen Herzkrankheiten zu den häufigsten Todesursachen weltweit. Hierzulande waren es im Jahr 2016 laut dem »Herzbericht« der Deutschen Herzstiftung insgesamt 207 032 Menschen, auf deren Totenschein eine der im Bericht

aufgeführten Herzkrankheiten als Ursache vermerkt war. Nur an Krebs starben mehr. Allerdings werden es immer weniger Herztote: Während im Jahr 1990 auf 100 000 Menschen im Schnitt ungefähr 459 kamen, waren es 2016 noch rund 225. Die Zahl hat sich mehr als halbiert. Das liegt wahrscheinlich an verbesserten Vorsorgemaßnahmen, beispielsweise der effektiven Behandlung von Begleiterkrankungen wie Bluthochdruck. Außerdem können Ärzte heute Herzerkrankungen wie eine Verengung der Kranzgefäße durch Bypassoperationen oder Stents besser bekämpfen, zudem werden Herzkrankheiten früher erkannt. Und nicht zuletzt: Der Tabakkonsum ist gesunken. Das alles trägt dazu bei, dass Menschen heute später sterben. Yannick Ramsel, gesellschaft@spiegel.de

Gefängnisse

Warum posten Häftlinge ihr Essen, Herr Feest?

Johannes Feest, 79, ist Kriminologe und Rechtssoziologe aus Bremen.

SPIEGEL: In Berliner Justizvollzugsanstalten sitzen etwa 3700 Häftlinge ein. Im vergangenen Jahr wurden mehr als tausend Handys beschlagnahmt. Wie kommen die Telefone ins Gefängnis?

Feest: Am unwahrscheinlichsten ist es, dass Gefangene, die Vollzugslockerungen haben, sie reinschmuggeln. Sie werden, wie auch Besucher, streng kontrolliert. Die Handys werden über die Gefängnismauer geworfen, oder Beamte bringen sie rein.

SPIEGEL: Die Gefangenen könnten doch über das Festnetz telefonieren?

Feest: Das geht aber nur zu einer bestimmten Zeit, und sie dürfen nicht jede

Nummer anrufen. Außerdem können die Gefängniswärter zuhören. Vor allem ist das Telefonieren mit dem Handy billiger. Die Festnetzminute im Gefängnis kostet in Berlin bis zu sieben Cent.

SPIEGEL: Die Insassen nutzen immer öfter auch soziale Medien. Auf YouTube erscheint ein Videoblog, in dem ein Mann, der in der JVA Tegel sitzt und sich mit einem Schal vermommt, über den Alltag im Gefängnis erzählt. Es gibt den Twitterkanal »jvaberlintegel leaks«. Und seit August twittern Häftlinge aus Heidering unter dem Account »Gefängniscuisine« Fotos ihres Essens: etwa vier Scheiben Brot, zwei Ecken Käse, eine Tomate. Wieso tun die Gefangenen das?

Feest: Es ist die Herstellung von Normalität. Draußen nutzt jeder Facebook und Instagram, warum

also nicht im Knast? Es hat auch eine politische Komponente: Die Insassen wollen aufklären über ihr Leben hinter Gittern.

SPIEGEL: Die JVA Moabit will einen Mobilfunkblocker einrichten. Zählt zur Freiheitsstrafe auch, den Kontakt zur Außenwelt zu begrenzen?

Feest: In den Europäischen Strafvollzugsgrundsätzen steht: »Die Freiheitsstrafe ist allein durch den Entzug der Freiheit eine Strafe.« Was das heißt, ist Auslegungssache. Ich finde es unverantwortlich, dass es für Häftlinge fast keinen Internetzugang gibt. Aber der Strafvollzug hinkt schon immer den gesellschaftlichen Entwicklungen hinterher. Als es im Gefängnis noch keine Telefonkabinen gab, mussten die Häftlinge etwa den Gefängnispfarrer fragen, ob sie seinen Anschluss benutzen dürfen. MAG



QUELLE: TWITTER

Klare Kiste

Warum ein HSV-Fan aus dem Ruhrgebiet einen Schiedsrichter anzeigte

Am Montag, dem 16. September, wurde der ehemalige Bergmann Volker Blume aus Marl bei Gelsenkirchen um 21.17 Uhr Zeuge einer möglichen Straftat. Blume schaute gerade das Fußballspiel zwischen dem FC St. Pauli und dem Hamburger Sport-Verein im Fernsehen, zweite Liga. Die Partie lief schlecht für den HSV, St. Pauli führte mit 1:0. Blume ist Fan des HSV, er ärgerte sich.

Dann kam die 45. Spielminute. Blume sah, wie der Hamburger Abwehrspieler Rick van Drongelen den Ball halbhoch zur Nummer 18 spielte, zum Mittelfeldspieler Bakery Jatta. Jatta lief dem Ball bis zur Tor-Außenlinie nach, er erreichte ihn und flankte von dort in den Strafraum – Stürmer Lukas Hinterseer lenkte den Ball ins Tor. Blume hüpfte vom Sofa und rief »Ja, ja, ja, jetzt drehen wir das Spiel!«, so berichtet er es. Dann kam die Ernüchterung. Der Schiedsrichter zeigte an, dass der Ball bereits im Aus gewesen sei, bevor Jatta ihn in den Strafraum gab. Er erkannte den Treffer nicht an, es blieb beim 0:1.

Blume fühlte Wut, er hatte auf den HSV gewettet. »Klare Kiste«, sagt er, er habe eindeutig erkennen können, dass der Ball nicht im Aus gewesen sei. An jenem Abend lief er in seinem Wohnzimmer auf und ab. Er hätte vor Ärger in den Fernseher springen können, »das war Schiebung, verdammt noch mal«. Eine knappe Stunde später hatte der HSV das Spiel mit 0:2 verloren. Blume nannte den Schiedsrichter ein Arschloch und ging zu Bett. In dieser Nacht habe er schlecht geschlafen, sagt er.

Am nächsten Morgen traf Blume einige Freunde. Sie fragten ihn, was mit seinem HSV wieder los gewesen sei. Die Fragen, fand Blume, hatten einen unschönen Unterton. »Das sind Dortmund- und Schalke-Fans«, sagt Volker Blume, »die haben gut lachen.« Borussia Dortmund und Schalke 04 spielen in der ersten Liga und häufig in europäischen Wettbewerben. Der HSV ist voriges Jahr abgestiegen, um europäische Pokale spielt er schon lange nicht mehr.

Blume, Jahrgang 1966, ist seit 42 Jahren Fan des HSV. Damals, sagt Blume, habe er sich in die Bananenflanken von Manfred Kaltz und in die Kopfbälle von Horst Hrubesch verliebt, den sie »Ungeheuer« nannten. Blume besitzt 20 Schals vom HSV und zehn Kappen, drei Sets Bettwäsche, sechs Trikots, einen Wollpullover, ein Sweatshirt, ein Paar Torwarthandschuhe und ein Frühstücksbrettchen, alles in Blau-Weiß-Schwarz, den Vereinsfarben. Die Wand über seinem Bett ziert das Vereinslogo mit der Raute – 1,80 Meter mal 1,60 Meter. »85 Prozent meines Lebens gehören dem Verein«, sagt Blume stolz. Der Rest gehöre seiner Freundin.

Seitdem der HSV nicht mehr so erfolgreich spielt, drückten ihm seine Kumpels immer nur einen rein, sagt Blume. »Ich habe in den letzten Jahren viel geblutet.«

Blume war wütend. Er mag es nicht, wenn seine Freunde sich über den HSV lustig machen. Er wollte, dass der Schiedsrichter seine Entscheidung zurücknahm und das Spiel wiederholen ließ. Er googelte nach der Telefonnummer der Deutschen Fußball Liga, die organisiert den Spielbetrieb. Eine Frau nahm ab.

»Ich sagte zu ihr, jeder konnte sehen, das Ding war nicht im Aus, mein Gott, das war ein Tor.« Er habe ihr gesagt, dass er den Schiedsrichter sprechen wolle, oder jemanden mit Verantwortung. Das Telefonat war, so wie Blume sich erinnert, ebenso emotional wie kurz. Wer er sei, habe die Frau gefragt. Blume erwähnte die 42 Jahre als HSV-Fan »und so weiter«. Die Frau sagte: »Wenn Sie ein Problem haben, gehen Sie doch zur Polizei.« Dann legte sie auf.

Als Volker Blume an diesem Abend ins Bett ging, schlief er wieder schlecht. Das Spiel ließ ihn nicht los. Am nächsten Morgen erstattete er Strafanzeige gegen den Schiedsrichter Sven Jablonski und seine Assistenten. Tatort: Millerntor-Stadion, Heiligengeistfeld, Hamburg. Mutmaßliche Tat: Betrug. Aktenzeichen 017827/2019.

Blume fährt achtmal pro Saison 330 Kilometer von Marl nach Hamburg, um Spiele seines HSV im Volksparkstadion zu sehen. Sein Lieblingsspieler ist der Stürmer Pierre-Michel Lasogga. Er war fünf Jahre lang für den HSV im Einsatz und soll dort zuletzt 3,4 Millionen Euro im Jahr verdient haben. Manchmal fuhr Lasogga vormittags in einem weißen Maserati zum Training. Volker Blume besitzt kein Auto. Er arbeitete als Bergmann in der Zeche Auguste Victoria in Marl, seitdem er 17 war. 26 Jahre lang fuhr er um halb sechs in der Früh runter auf tausend Meter Tiefe, wo er bei einer Temperatur von 35 Grad Ketten und Bänder der Bohrer wechselte. Die Arbeit war hart, sagt er. Jede Mark musste verdient werden.

Fußballspieler verdienen mehr Geld als Bergleute. Die Vereine sind Unternehmen. Sie verkaufen Trikots, Schals, Bettwäsche und Frühstücksbrettchen und werben mit Slogans wie »Die Seele brennt«, »Echte Liebe« und »Nur der HSV«. Ein Millionengeschäft, mit den Fans als Kunden. Leidenschaft ist ein perfektes Produkt. Es gibt immer Nachfrage, und man kann nahezu jeden Preis verlangen. Blume sagt, die Leidenschaft für seinen Verein bedeute ihm fast alles. Wer tausend Meter unter der Erde Ketten wechselt, braucht etwas, worauf er sich freuen kann. Wenn es am Wochenende auf dem Platz um den Sieg geht, fiebert er mit. Er ist der zwölfte Mann.

Pierre-Michel Lasogga hat Hamburg in diesem Jahr verlassen. Er spielt jetzt in Katar, dort soll er vier Millionen Euro im Jahr verdienen. Blume ist arbeitsunfähig, weil Ärzte ihm einen Magenbypass setzen mussten. Dem HSV bleibt er treu.

Der HSV-Spieler Aaron Hunt sagte nach dem Spiel gegen St. Pauli, seine Mannschaft habe verdient verloren. Der Verein wird keinen Einspruch gegen die Entscheidung des Schiedsrichters einlegen. Volker Blume sagt, er wolle weiterkämpfen. Für Gerechtigkeit. Max Polonyi



Tor nicht gegeben, Wette verloren HSV-Fan zeigt Schiedsrichter nach Derby-Pleite an

Von der Website Mopo.de

Das Mädchen mit der roten Pille

Protest Greta Thunberg ist die Symbolfigur im Kampf gegen den Klimawandel – von vielen als Erlöserin gefeiert, von anderen als Geisteskranke verspottet. Nach ihrer Rede beim Uno-Klimagipfel stellt sich die Frage: Kann es sein, dass sie in einer verrückten Welt die einzige Vernünftige ist?

Keine halbe Stunde nach ihrer Wutrede steht Greta Thunberg in einem Kellerraum des Unicef-Gebäudes in New York. Die Klimaanlage hat den Raum heruntergekühlt, sie fröstelt und zieht sich ihre blaue Hoodie-Jacke an, aber nur so halb, als ob ihr kalt ist und heiß zugleich.

Gerade hat sie bei der Eröffnungszereemonie des Uno-Klimagipfels die Staatschefs der Welt gefragt, wie sie es wagen könnten, ihr und ihrer Generation die Zukunft zu stehlen. Greta Thunberg, die sonst trotz ihrer 16 Jahre so ruhig und rational auftritt und oft wirkt wie die einzige Erwachsene im Raum – sie hatte geschrien. Das hatte sie noch nie getan.

Als sie danach den großen Versammlungssaal in dem berühmten Uno-Hauptgebäude verließ, ist sie zufällig Donald Trump begegnet. Seit knapp vier Wochen ist sie nun in den USA, in jenem Land, das sich als einziges aus dem Pariser Klimaabkommen verabschiedet hat, geführt von einem Präsidenten, der als einer von wenigen Menschen auf der Welt den menschengemachten Klimawandel für eine Erfindung der Chinesen hält. Thunberg hätte, wie so viele Klimaaktivisten, bei ihren Auftritten in den vergangenen Wochen gegen Trump wettern können. Doch sie hat ihn kein einziges Mal erwähnt. Er ist nicht das Problem. Alle sind das Problem, auch der nette Barack Obama, mit dem sich Thunberg in der Woche zuvor getroffen, oder die nette Frau Merkel, die kurz nach ihr gesprochen hatte.

Greta Thunberg ist in den Kellerraum des Unicef-Gebäudes gekommen, um bekannt zu geben, dass sie, gemeinsam mit 15 anderen Jugendlichen aus 12 Ländern, Beschwerde beim Uno-Kinderrechtsausschuss eingereicht hat gegen die nette Frau Merkel. Die Jugendlichen werfen der Bundesrepublik Deutschland, aber auch Ländern wie Argentinien, Brasilien, der Türkei und Frankreich vor, gegen die Uno-Kinderrechtskonvention zu verstoßen, weil sie nicht genügend gegen den Klimawan-

del täten und ihre Versprechen nicht einhielten. Es ist in diesem Moment nicht ganz klar, was aus diesem Verfahren folgt, es geht, so scheint es, vor allem darum, Aufmerksamkeit zu erregen. Ein Show-Act, eine Inszenierung. Um Dinge eigentlich, die eher nicht so Greta Thunbergs Ding sind.

Thunberg kommt als Letzte auf die Bühne, sie steht ganz am Rand, die blaue Jacke hängt ihr inzwischen nur noch auf den Unterarmen, unentwegt nestelt sie daran herum, das Gesicht ausdruckslos. Sie wirkt wie eine schlecht gelaunte Schülerin, die hofft, nicht drangenommen zu werden.

Eine 14-jährige Aktivistin aus New York hält die Einführungsrede, offenbar soll mal

Als wäre sie eine Komikerin oder auch nur ein Zirkuspferd, das seine Nummer aufführt.

jemand anderes im Mittelpunkt stehen. Die erste Frage geht trotzdem an sie – an wen sonst? Warum sie die Beschwerde eingereicht habe und, wenn eine zweite Frage erlaubt sei, wie sie sich jetzt fühle nach diesem emotionalen Auftritt vor der Uno.

Das ist natürlich die große Frage. Da sitzt dieses Mädchen, das zart und jung und zerbrechlich und dünn aussieht, viel jünger wirkt als ihre 16 Jahre, und hat gerade eine verstörende Rede gehalten, so zornig und verzweifelt, den Tränen nahe, dass man sich auch Sorgen machen kann um sie. How dare you! Wie könnten die Politiker es wagen, bei ihr Trost zu suchen? Mit ihren leeren Worten hätten sie Thunberg ihre Träume und ihre Kindheit gestohlen. How dare you? Weiterhin wegzusehen und hierherzukommen und zu sagen, es sei alles okay?

Nichts ist okay.

Einige ihrer Sätze sind schon jetzt, noch nicht mal eine Stunde nachdem sie gespro-

chen wurden, ikonisch. Auf Twitter und Instagram stürmen sie um die Welt. Vielleicht wird sie eines Tages als eine Schlüsselrede des frühen 21. Jahrhunderts gelten. Viereinhalb Minuten, die das Gerede von Sachzwängen, Verhandlungserfolgen, kleinen Schritten und Kompromissen als das entlarven, was es ist: Gerede. Die Rede bedeutet auch eine radikale Umkehr von der Optimismus-Rhetorik vergangener Jahrzehnte: Nach »I have a dream«, nach »Yes we can« und nach »Make America great again« markiert ihr »How dare you« das Ende von Aufbruchseuphorie, Fortschrittsglauben und Machbarkeitspathos, hin zu Besinnung, Innehalten, Umkehr. Moral statt Pragmatismus, Kontroverse statt Versöhnung.

Ihre Fahrt in die USA, in das Herz der Finsternis, dürfte sich merkwürdig anfühlen für Greta Thunberg. Es ist eine Reise in das Reich der Erwachsenen und Politiker, der Schuldigen, die für sie entweder dumm sind oder böse, wahrscheinlich beides.

Wie merkwürdig muss es sein, Barack Obama zu treffen. Ein Klimazerstörer wie alle anderen auch, aber am Ende fragt er Greta Thunberg, ob sie und er ein Team wären. Worauf ihr nichts anderes einfällt, als einfach nur »Yes« zu sagen, während der ehemalige Präsident ihr die Gettofaust entgegenstreckt. Oder mit Angela Merkel zu sprechen, die so interessiert zuhört und später von einem Weckruf der jungen Generation spricht, obwohl auch sie eher redet, statt zu handeln. Oder in der Late-Night-Talkshow von Trevor Noah aufzutreten, wo die Zuschauer über ihre Antworten lachen, als wäre sie eine Komikerin oder auch nur ein Zirkuspferd, das seine Nummer aufführt. Oder den Tweet von Donald Trump zu lesen, der sich lustig macht über das glückliche Mädchen und dessen strahlende Zukunft. Oder Applaus zu bekommen für ihre Wutrede vor der Uno von ausgerechnet denjenigen, die der Grund für ihre Wut sind. Verrücktes Amerika, verrückte Welt.

Es gibt ein Schwarz-Weiß-Foto, das Greta Thunberg vor 13 Monaten zeigt, aufge-



KENA BETANCOUR / AFP

Klimaaktivistin Thunberg vor der Pressekonferenz in New York: »Wie könnt ihr es wagen, eure Hoffnungen in mich zu setzen?«



Umweltschützerin Thunberg in New Yorker U-Bahn: »Bevor ich mit dem Schulstreik begonnen habe, hatte ich keine Energie«

nommen bei ihrer ersten Demonstration vor dem Parlament in Stockholm. Sie hat sich ein Schild gebastelt, »Skolstrejk för klimatet«. Sie sitzt dort ganz allein vor dem schönen alten Gebäude.

Am vorvergangenen Freitag waren es weltweit rund vier Millionen Menschen, die am Tag des globalen Klimastreiks demonstrierten. Vier Millionen, die alle nur gekommen waren, weil sich ein 15-jähriges Mädchen vor mehr als einem Jahr allein auf die Straße gesetzt hat. Ein Jahr, ein Mädchen, ein paar Auftritte und jeden Freitag eine Demo, und die Welt fühlt sich komplett anders an.

13 Monate haben aus einem schwedischen Teenager eine Erlöserin und Weltretterin gemacht, eine politische Weltfigur und potenzielle Friedensnobelpreis-

trägerin. Andere sehen in ihr ein nerviges, neunmalkluges Wunderkind, das Politik und Klimawandel lieber den Profis überlassen sollte. Und für manche dürfte sie auch eine Bedrohung sein: eine Apokalyptikerin, eine Angstmacherin, die einen modernen Kinderkreuzzug anführt gegen das Übel dieser Welt.

Wie auch immer: Es ist eine seltsam verstörende Geschichte. Die Frage ist nur, wer oder was genau hier verrückt ist: das Wirken dieser jungen Frau oder eine aus den Fugen geratene Welt?

Bei all den Märschen und all den Reden, bei all ihren Auftritten auf Podien und in Talkshows hat Greta Thunberg nie einen Funken Gefühl gezeigt. Man erklärt sich das mit ihrer Asperger-Erkrankung, von der sie selbst manchmal spricht, eine

Krankheit, die zum autistischen Spektrum zählt. Man stellt sich vor, dass sie wie der »Rain Man« unter einer Art Wahrnehmungsglocke steckt und deswegen die Dinge nur rational zu beurteilen vermag. Es ist nicht lange her, dass sie unter Essstörungen litt, unter Depressionen, Panikatacken, dass sie gemobbt wurde unter ihresgleichen, dass sie aufhörte zu sprechen. Ihr Vater Svante Thunberg, ein Schauspieler, gab seinen Job auf, um seiner Tochter zu helfen. Ihre Mutter, eine Opernsängerin, hat ein Buch über diese Zeit geschrieben. Die Geschichte des Buchs ist schnell erzählt: Ihre Tochter ist krank, die Schwester auch und sogar die Mutter, weil die Welt krank ist.

Insofern ist der Protest auch Therapie. In Gretas Fall sogar eine ziemlich erfolg-



JOEL MARKLUND / WITERS

reiche. Auf Twitter schrieb sie: »Bevor ich mit dem Schulstreik begonnen habe, hatte ich keine Energie, keine Freunde und habe mit niemandem gesprochen. Ich saß bloß allein zu Hause mit einer Essstörung. Alles das ist jetzt weg, seitdem ich einen Sinn gefunden habe in einer Welt, die vielen Menschen flach und bedeutungslos erscheint.«

Ihre Krankheit kann auch eine Art Schutz sein. Wer nur begrenzt erfahren kann, was um ihn herum geschieht, wer, wie Menschen mit Asperger-Syndrom, nur Schwarz und Weiß registriert und die unendlich vielen Graus unserer Realität ausschaltet, kann sich schützen vor zu viel Komplexität. Vor zu viel Aufregung. Und Chaos. Und tun, was andere 16-Jährige nicht tun: der Welt die Wahrheit sagen. In-

sofern liegt in ihrem Ausbruch etwas Befreiendes und auch Beunruhigendes zugleich.

Normalerweise hat Thunberg zu allen Themen, zu denen sie üblicherweise gefragt wird (Warum machst du das? Wir war die Überfahrt? Was ist deine Botschaft an die Politiker?) einen oder zwei Standardsätze als Antwort. Sie hat keinen Ehrgeiz, originell zu erscheinen. Es muss nur richtig sein und präzise. Auf die Frage nach der Kinderrechtsbeschwerde sagt sie an diesem Vormittag am vergangenen Montag in New York also: »Vor 30 Jahren wurde die Kinderrechtskonvention unterschrieben, und die Staatschefs haben nicht gehalten, was sie versprochen haben.« Dann schiebt sie das Mikrofon von sich weg.

Und wie fühlt sie sich persönlich nach dieser Rede?

»Ich glaube«, sagt Thunberg einer 30 Jahre älteren Journalistin, »das gehört nicht hierher.«

Kurz ist Verblüffung im Raum, dann anerkennendes Lachen, schließlich jubelnder Applaus. Richtig so! Es geht ja nicht um ihre Befindlichkeiten, es geht um nichts Geringeres als die Rettung der Welt.

Es sind Thunbergs Widersprüche, die sie so schillern lassen – aus Stärke und Verletzlichkeit, aus kindlichem Aussehen und ultraerwachsenem Verhalten, aus Schüchternheit und Furchtlosigkeit und ihrem unachgiebigen Einsatz bei gleichzeitiger Aussichtslosigkeit ihres Anliegens. Bei den Buchmachern ist sie momentan Favoritin für den Friedensnobelpreis mit einer Quote von 1,25:1. Die nächstbeste Kandidatin hat eine Quote von 11:1.

Sie wurde mit Jeanne d'Arc verglichen, der Revolutionärin, doch der Vergleich stimmt nicht. Thunberg tritt für nichts Radikales ein, im Gegenteil. Ihre Forderungen sind fast bieder. Sie verlangt, dass Verträge wie das Pariser Abkommen eingehalten werden und Zusagen gelten; dass wissenschaftliche Befunde und Projektionen ernst genommen werden.

Es gibt keine Klimadebatte. Die Projektionen unterscheiden sich in den Details ihrer Grausamkeit, aber nicht in ihrem Kern. Der Kern ist: Die Erderwärmung liegt momentan bei ungefähr einem Grad Celsius. Behalten wir den aktuellen CO₂-Ausstoß bei, ist mit einem Anstieg auf etwa zwei Grad Celsius schon bis 2050 zu rechnen. Das hätte katastrophale Folgen, steigende Meeresspiegel, steigende Temperaturen, Dürren und unkalkulierbare

Wo wir Urlaub machen, würde sie das vergiftete Meer und die steigenden Fluten erkennen.

Extremwetter, versteppende Landschaften. Im Pariser Abkommen von 2015 haben sich fast alle Staaten der Welt dazu verpflichtet, die Erderwärmung »deutlich unter zwei Grad Celsius« zu halten. Der Weltklimarat hat in einem Sonderbericht dargelegt, wie groß bereits die Veränderungen wären, wenn die globale Erwärmung mehr als 1,5 Grad erreichte. Um diesen Wert einzuhalten, müsste der CO₂-Ausstoß bis 2030 halbiert werden und bis spätestens 2055 auf null sinken.

Dass das passiert, ist nahezu ausgeschlossen.

In dieser Situation erscheint der Welt ein beschädigtes Kind. Es ist verhaltensauffällig, aber klug. Nichts von dem, was sie sagt, ist angreifbar. Es ist nur ein bisschen merkwürdig. Wenn man mit Thunberg in den USA unterwegs ist, trifft man bei allen Veranstaltungen auf ein Publikum, das einerseits zur aufgeklärten, liberalen Elite des Landes gehört und sich andererseits nicht zu schade ist, alle Hoffnungen auf Rettung in die Hände eines Kindes zu legen. Thunberg lehnt das angewidert ab. »You all come to us young people for hope? How dare you!«

Die Erlösungsgeschichte begann schon damit, dass Greta Thunberg mit dem Segelboot aus Europa kam. Der Retter, der mit dem Schiff kommt, ist eine der ältesten christlichen Erlösungslegenden. Ende August war sie in den Hafen von Manhattan eingelaufen, viele Klimaaktivisten warteten schon auf sie, und es dauerte ewig, bis das Boot schließlich anlegte. Greta und ihre Crew um den Skipper Boris Herrmann und den monegasischen Prinzen Pierre Casiraghi mussten auf den richtigen Wind warten, um endlich anzulegen. Die Einsamkeit und Abgeschiedenheit, hat Thunberg erzählt, seien toll gewesen, nur sie selbst und das Meer.

Thunberg war nun in jenem Land angekommen, das ihrem Ziel, die Welt vor der Klimakatastrophe zu bewahren, im Wege steht wie kein anderes. Der durchschnittliche Amerikaner stößt im Jahr rund 16 Tonnen Kohlendioxid aus, ein Deutscher 9, ein Schwede 4,5 und ein Bangladescher etwa 0,5.

Zwei Tage nach ihrer Ankunft ging Thunberg gleich demonstrieren, denn es war wieder Freitag. Von den zwei Freitagen auf dem Schiff abgesehen, hat sie in den vergangenen 13 Monaten keine Demo ausgelassen.

Vielleicht war die Schiffsfahrt doch kräftezehrender als angenommen, jedenfalls wirkt Thunberg apathisch. Drei Stunden lang scheint sie niemanden wahrzunehmen, spricht kein Wort. All diese Menschen sind ihretwegen gekommen, aber die Erlöserin ist nicht ansprechbar. Die amerikanischen Aktivisten versuchen das

Verhalten ihrer Anführerin zu überspielen, denn für Unpässlichkeit gibt es in der amerikanischen Leistungslogik keinen Platz. Vielleicht ist sie auch nur schockiert von dem Andrang und dem Geschubse. Überallhin folgt ihr eine »Greta«-brüllende Traube aus Kameralen und Fotografen, Bloggern und Journalisten, sodass ihre Leute eine Menschenkette um sie bilden müssen.

Fast wirkt es so, als wäre sie ein Popstar, der Amerika erobern will. »I want you to panic«, der Satz, den sie Anfang des Jahres in Davos sagte, wäre in dieser Logik ihr erste Single. »How dare you!« nun die zweite. Tatsächlich hat sie schon zusammen mit der britischen Indie-Rockband The 1975 einen Song aufgenommen, der im Juli erschienen ist. Über Synthesizer-Klängen spricht sie davon, dass es Zeit sei zu handeln: »It is time to rebel«. Die Erlöse fließen an die militanten Klimaschützer von Extinction Rebellion, die erst vorvergangene Woche bei dem Versuch scheiterten, den Flughafen London Heathrow mittels Drohnen lahmzulegen.

Natürlich ist Greta Thunberg kein Popstar, aber die Jugendlichen, die sie heute zum Vorbild erkoren haben, sind aufgewachsen mit den Superheldenfilmen des modernen Hollywood. Filmen, in denen die Welt gerettet werden muss, von unglücklichen, unerlösten Figuren, von Verehrten und Verletzten, die aber mit einer besonderen Gabe ausgestattet sind, um das Böse zu bekämpfen.

In diesem Marvel-Universum wäre Greta Thunberg »Die Seherin«, weil sie die Gabe hat, die Welt so zu sehen, wie sie ist. Wo wir uns ins Auto setzen, um in ein Restaurant zu fahren, würde sie das CO₂ und das tote Tier auf den Tellern sehen. Wo wir Urlaub machen, würde sie das vergiftete Meer und die steigenden Fluten erkennen. Die Seherin, das ist die Dialektik der Superhelden, weiß mehr als die anderen, aber sie muss den Schmerz, den dieses Wissen bedeutet, auf ihre Schultern nehmen. Der Glaube, die Wahrheit zu kennen, die von den Mächtigen unterdrückt wird und den Spießern zu unbequem ist, das ist ein altes Motiv der Genkultur.

In dem Science-Fiction-Film »Matrix«, einem Klassiker des modernen Hollywood, soll sich der Held Neo entscheiden zwischen einer roten und einer blauen Pille. Die blaue Pille würde es ihm erlauben, in seiner bequemen Wohlstandswelt zu bleiben. Die rote Pille würde ihm zeigen, wie die Welt wirklich ist. Greta Thunberg hat die rote Pille genommen.

Am dritten Freitag ihrer Amerikareise demonstriert sie in Washington vor dem Weißen Haus. Diesmal sind es nur einige Hundert Demonstranten, junge Leute, Aktivisten. Diesmal schafft sie es, ein paar

Worte durch ein Megafon an sie zu richten. Sie sagt, dass sie doch schon alles gesagt habe. Und dass sie stolz sei auf jeden, der gekommen sei. »Gebt niemals auf«, appelliert sie und setzt sich einfach hin.

Dann will sie einfach nur noch weg, aber die Leute folgen ihr, Kinder und Fotografen und Kameralen. An der Kreuzung Madison Place und Pennsylvania Avenue, auf der anderen Seite des Weißen Hauses, rennt Greta Thunberg los. Es ist eine Flucht. Sie ist plötzlich das kleine Mädchen, das einfach nur wegwill. Wie könnt ihr es wagen, eure Hoffnungen in mich zu setzen?

Ein paar Tage später soll sie vor dem Klimakrisen-Ausschuss des Repräsentantenhauses sprechen. Vor den Männern und Frauen, die die Gesetze machen. Gesetze, die bisher kaum dazu beigetragen haben, das Klima zu retten. An diesem ziemlich heißen Septembernachmittag aber sagt Greta Thunberg eigentlich: nichts.

Bill Keating heißt der Vorsitzende des Ausschusses. Er sitzt seit acht Jahren im Kapitol und ist 67 Jahre alt, er wirkt ganz sympathisch, ein Demokrat aus Massachusetts, aber er nennt sie durchgängig »Ms. Toonberry«. Als er ihr das Wort erteilt,

»Warum sollten wir für eine Zukunft lernen, die uns genommen wird?«

sagt sie, sie habe genug geredet. Stattdessen habe sie etwas mitgebracht. Die Politiker sollten nicht ihr zuhören, sondern den Wissenschaftlern.

Der Haufen Papier, den sie unter dem Arm hat, ist jener berühmte Report SR 1.5 des Weltklimarats, der vergangenes Jahr herausgekommen ist. Es ist der bisher alarmierendste Befund zur Klimalage, dessen Seriosität nicht infrage steht.

Da steht alles drin, was die Politiker wissen müssen, um zu handeln.

Keating fragt nach. Warum ist es so wichtig, auf die Wissenschaft zu hören?

Thunberg versteht nicht. Sie guckt zweifelt. Fast flehend sagt sie: »Weil es selbstverständlich sein sollte, auf die Wissenschaft zu hören! Es ist die Wissenschaft!«

Der Bericht klingt niederschmetternd. Eigentlich bedeutet er: Leute, es ist zu spät. Die Maßnahmen, die ergriffen werden müssten, wären zu krass.

»Politik ist das, was möglich ist«, das sagte Angela Merkel bei der Vorstellung ihres Klimapakets in Berlin. Was auch eine Antwort ist auf Greta Thunberg: radikale, sofortige Transformation sei, das bedeutet Merkels Satz, unpolitisch, unrealistisch, utopisch.

Aber was, wenn es genau umgekehrt wäre: wenn nicht Greta Thunberg die Träumerin und Utopistin wäre, sondern Politiker wie Merkel oder Keating, Obama oder Macron, die darauf hoffen, dass in naher oder ferner Zukunft uns schon noch etwas einfallen wird? Was, wenn in Wahrheit die Klimajugendbewegung die konservativste Rebellion gegen die Obrigkeit ist, die diese Welt je gesehen hat? Die Veränderungen, die nötig sind, um die Zukunft zu meistern, werden radikal sein müssen; dies anzuerkennen, kann man durchaus vernünftig finden. Radikal vernünftig.

Thunbergs Auftritt in Washington ist der einer Realpolitikerin. Keine Reden über vermeintliche Utopien, stattdessen versorgt sie wie eine gute Referentin die Politiker mit der notwendigen Lektüre. Mit dem Hinweis auch auf einen sehr realpolitischen Widerspruch: dass es unmöglich ist, die Klimakatastrophe zu verhindern, solange das Wirtschaftswachstum der einzige Gradmesser für menschliches Wohlergehen ist.

Thunberg kann nerven, ihr stoisches Greta-Thunberg-Gesicht, ihre etwas spätpubertär anmutende Rechthaberei, ihre skandinavische Erweckungsaura, aber sie ist auch eine unangenehme Gegnerin. Ihre Anklagen sind aggressiv formuliert, aber jeder, der versucht, sie zu stellen, erscheint als Aggressor, der ein minderjähriges Mädchen attackiert. Mal davon abgesehen, dass der asketische, auf Verzicht und minimalen Kohlendioxid-Ausstoß getrimmte Lebenswandel Thunbergs längst schon das tief schlummernde, schlechte Gewissen des aufgeklärten Großstädtlers bedient. Wer also will widersprechen, wenn sich eine 16-Jährige vom Vielflieger und SUV-Fahrer um ihre Zukunft betrogen fühlt?

Genau 57 Wochen nachdem sie sich erstmals allein mit ihrem Schild vors schwedische Parlament gesetzt hat, kauert sie in einem weißen Zelt hinter einer enormen Bühne im Battery Park an der Südspitze Manhattans. Wenn sie aus dem Zelt heraus nach oben blickt, kann sie den Turm des neuen World Trade Center sehen. Es ist ein Mahnmal, das daran erinnern soll, dass Amerika auch angesichts der größten Katastrophe nicht aufgibt, niemals.

Eine Viertelmillion Menschen, sagen die Organisatoren, stehen da draußen vor der Bühne und in den umliegenden Straßen. Angemeldet hatten sie 5000. Auf der Bühne singen die Kinder des Schauspielers und Sängers Will Smith, Jaden und Willow, ihren Hit »Summertime in Paris«, sie sind gewissermaßen das Vorprogramm für Greta. Es ist Partystimmung, obwohl ja die Welt bald untergehen wird.

In dem Zelt hinter der Bühne haben sich wie immer alle um Greta Thunberg geschart, auch ihr Vater ist da, der sie schon



STEFFEN SEIBERT / BUNDESGERICHTUNG / REUTERS



NICHOLAS KAMM / AFP



CARLO ALLEGRI / REUTERS



THE OBAMA FOUNDATION / EPA-EFE / REX

Aktivistin Thunberg mit Merkel, bei Demo vor dem Weißen Haus, in Talkshow mit Noah, bei Wutrede vor Staatsführern, mit Obama
Die Frage ist nur, wer oder was genau hier verrückt ist

JAKOB AUGSTEINS KULT- KOLUMNEN

!

JAKOB AUGSTEIN IM ZWEIFEL LINKS

Vom aufhaltsamen
Untergang des
Abendlandes



DVA

SPIEGEL
BUCHVERLAG

304 Seiten, gebunden · € 20,00 (D) · Auch als E-Book erhältlich

Jakob Augstein gehört zu den meistgelesenen und einflussreichsten Journalisten der Gegenwart.

Unter dem Motto »Im Zweifel links« hat er in seinen Kolumnen auf SPIEGEL ONLINE beinahe ein Jahrzehnt lang eine Chronik unserer Zeit verfasst.

Für dieses Buch hat er seine streitbaren Texte thematisch zusammengestellt und neu kommentiert.

DVA
www.dva.de

SPIEGEL
BUCHVERLAG

auf dem Segelboot begleitet hat. Er versucht, mit seiner Tochter zu reden. Greta macht seltsam wischende Bewegungen mit ihrer Hand, es ist nicht ganz klar, was sie meint. Als sie kurz darauf auf der Bühne steht, fragt sie: »Warum sollten wir für eine Zukunft lernen, die uns genommen wird?«

Eine große Show, ein Riesentheater. Aber irgendwie liegt ein Schleier der Vergleichenheit über dem Battery Park. Im »New Yorker« hatte der Schriftsteller Jonathan Franzen, einer der bedeutendsten Autoren Amerikas, gerade einen großen Artikel über den Klimawandel veröffentlicht. Er heißt: »Was, wenn wir aufhören, so zu tun, als ob?«

Franzen schreibt, dass der Kampf gegen den Klimawandel realistisch gesehen nicht mehr zu gewinnen, die Katastrophe nicht mehr abzuwenden sei. Und womöglich könnte es befreiend sein, so Franzen, sich dies einzugestehen und aufzuhören, so zu tun, als würde noch hart daran gearbeitet, den Klimawandel aufzuhalten. Franzens Romane haben stets einen resignativen, melancholischen Schlag, aber gute Schriftsteller haben die Gabe, die Schwingungen der Gegenwart besser zu verstehen als andere. »Man kann«, schreibt Franzen, »weiterhin hoffen, dass die Katastrophe abzuwenden ist, und dabei immer frustrierter und wütender werden über die Untätigkeit der Welt. Oder man kann akzeptieren, dass das Desaster kommen wird, und damit anfangen, neu zu überlegen, was es bedeutet, Hoffnung zu haben.«

Es ist zu spät. Es ist vorbei. Keine Chance mehr, das schreibt Franzen. Aber ist eine Gesellschaft, die nicht mehr an eine bessere Zukunft glaubt, nicht verloren?

Franzens Vorschlag, sich die kommende Ausrottung einzugestehen, scheint einer gesunden menschlichen Psyche schwer möglich. Es hieße ja auch, dass wir tatsächlich verrückt wären. Wir können es zwar denken, aber es gelangt nicht ins Bewusstsein. Weil wir, um Hoffnung zu haben, uns schützen müssen vor zu viel Wahrheit und Erkenntnis und roten Pillen.

So flüstert uns unser blaues Bewusstsein zweierlei zu, bei dem einen mehr, bei dem anderen weniger: alles kein Weltuntergang, es kommt, wie es kommt, weitermachen, es wird schon werden, solche Dinge. Und das Zweite, gewissermaßen daraus folgend: Vielleicht ist Greta Thunberg ja doch verrückt.

Lothar Gorris, Philipp Oehmke,
Tobias Rapp, Kurt Stukenberg

Video
Unterwegs mit Greta
in New York

spiegel.de/sp402019greta
oder in der App DER SPIEGEL



Wahnsinnsmaus

Leitkultur Alexander Osang über vergessene ostdeutsche Lieder

In der vorigen Woche führte ich ein Gespräch mit dem Ehepaar Friedrich, das die »Berliner Zeitung« gekauft hat. An einer Stelle sagte der Mann: »Ich bin eher Inge Pawelczik als Heidegger.« Ein Satz, der in sieben Wörtern eine deutsche Biografie beschreibt, ohne dass das Wort Deutschland überhaupt vorkommt. Ich fand ihn gut, aber er schaffte es nicht in das Interview, das ich für den SPIEGEL führte. Man hätte erklären müssen, wer Inge Pawelczik ist. Und das wäre eine ziemlich lange Erklärung geworden in einem Gespräch. Klammer auf: Inge Pawelczik ist die Heldin eines Liedes der Berliner Rockgruppe Pankow aus dem Jahr 1982. Es beschreibt den Morgen nach einem One-Night-Stand. Es gibt die Zeile »Mach's gut, Inge Pawelczik, du wilde Wahnsinnsmaus. Wir haben die ganze Nacht geliebt in deinem Hinterhaus.« Und auch die Zeilen: »Wir müssen jeder in 'ne andere Stadt, zur Arbeit gehen. Mach's gut, vielleicht werden wir uns irgendwann wiedersehen.« Das Lied hat den Realismus in die ostdeutsche Rockmusik gebracht, in der es bis dahin vor allem unbegreifbare Metaphern gegeben hatte. Rosen. Brücken. Schwäne. Asche. Drachen. Klammer zu.

Heidegger hätte man nicht erklären müssen, obwohl er viel komplizierter ist als Inge, die Wahnsinnsmaus.

Ich bin dann eine Woche lang durch Deutschland gereist, schlief jede Nacht in einer anderen Stadt, und je länger ich fuhr, desto mehr rumpelte der verlorene Satz in meinem Kopf. In meinem Hotelzimmer in Leipzig fiel mir ein, wie ich hier Ende der Achtzigerjahre den Pankow-Song »Er will anders sein« mitgebrüllt habe. Die Band spielte an einem Veranstaltungsort, der »Die Tonne« hieß. »Ihr wollt anders sein«, schrie uns der Sänger André Herzberg entgegen. In meiner Erinnerung dampfte der Saal. Natürlich wollte ich anders sein. Am nächsten Tag, im Seminar für politische Ökonomie, war ich dann wieder derselbe. Fast.

Im Sommer lief auf meinem Lieblingsradiosender eine Hitparade der 100 besten Ostsongs. Es war ein Sonntag, an dem ich von Tel Aviv nach Berlin flog. Als ich ins Flugzeug einstieg, spielten sie gerade Wolf Biermann: »Warte nicht auf bessere Zeiten«, als ich das Handy in Berlin wieder einschaltete, kam Manfred Krug. »Das war nur ein Moment.« Gewonnen hat dann City mit »Am Fenster«, ein Lied mit einem Text, den ich auch nach 40 Jahren nicht verstehe. Jeder hat seine Erinnerungen, aber die Hitparade schien mir eher für Ostler gemacht worden zu sein als von Ostlern. An anderen Sommersonntagen spielten sie die besten Sommersongs und die besten Coversongs, aber natürlich gab es nicht die besten Westsongs. Unter den zehn besten Berlinongs, die vor zwei Jahren ermittelt wurden, war keine ein-

zige Ost-Berliner Band, aber David Bowie zweimal, Iggy Pop, Leonard Cohen, Ton Steine Scherben sowie eine West-Berliner Punkband namens PVC.

Ich fuhr mit dem ICE nach Frankfurt am Main. Spätabends aß ich mit ein paar netten Menschen im Literaturhaus der Stadt. Bis auf eine Cottbuserin kamen alle aus dem Westen, über mir hing ein großes Porträt von Samuel Beckett. Er trug einen Rollkragenpullover. Draußen brannte die Welt, in London, in New York, in Teheran. Eintracht Frankfurt hatte eben gegen Arsenal verloren. Ich erzählte trotzdem von Inge Pawelczik. Wie sich herausstellte, war der Leiter des Literaturhauses in seiner Jugend ein großer Pankow-Fan. Er stammte aus Schwedt und reiste im Alter von 14 Jahren in den Westen aus. Nach Hannover. Er versuchte, seine niedersächsischen Mitschüler für die Band zu begeistern. Einmal nahm er einen Kumpel mit auf ein Fest der DKP, bei dem Pankow auftrat.

Der Junge, der gerade ausgereist war, ging zu den westdeutschen Kommunisten, um seine Band zu sehen. Der Literaturchef der »FAZ«, der auch mit am Tisch saß, sagte, dass er sich 1988, im Westen, »Aufruhr in den Augen« gekauft habe. Die vielleicht berühmteste Pankow-Platte, auf der es auch einen ihrer größten Hits gibt: »Langeweile«. Erstaunlich, dass mir das so viel bedeutete.

Dann, in Berlin, sah ich auf den Bürgersteigen rote Quadrate, die an den Herbst vor 30 Jahren erinnern sollen. Links steht »Aufbruch 1989«, rechts »Erinnern 2019«. Es gibt einen Code, den man scannen kann, um sich vorführen zu lassen, was an dieser Stelle der Stadt damals passiert ist. Es ist ein Kunstprojekt, die Quadrate heißen »Bodenzeichen«, und wenn ich nicht aufpasse, verwandle ich mich selbst in eines, dachte ich. Man braucht mich nur anzustupsen, und ich fange an, vom Osten zu erzählen.

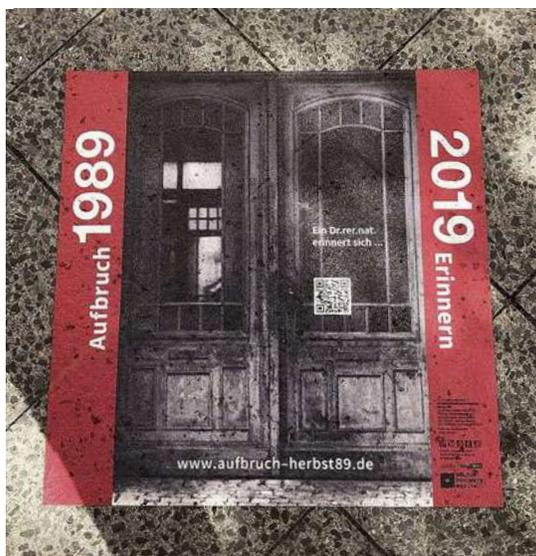
Am vorigen Wochenende traf ich den Regisseur Andreas Dresen am Rande einer Lesung nördlich von Berlin. Wie ich bemüht sich Dresen darum, die ostdeutsche Rockmusik in ganz Deutschland

bekannt zu machen. Er hat einen schönen Film über den Musiker Gerhard Gundermann gedreht, der auch im Westen Deutschlands gut ankam. Er bekam den Bundesfilmpreis in sechs Kategorien. Gundermann hat eine Entwicklung durchgemacht, er hat am Silly-Song »Die verlorenen Kinder« mitgeschrieben, vor allem aber ist er tot. Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer, meinte Generalleutnant Philip Sheridan. Auch Sigmund Jähn wurde in der vergangenen Woche mit viel gesamtdeutscher Liebe bedacht. Unser toter Kosmonaut.

Es war ein schöner Herbstabend, die Lesung fand in der Garage des Rammstein-Keyboarders Flake statt, die Texte waren alle sehr lustig, es lag eine angenehme Energie im Raum. Die meisten Gäste waren Ostler, aber kaum jemand jammerte. Ich redete mit Dresen über Israel, Amerika, sein nächstes Filmprojekt, mein letztes Buch und die neuen Besitzer der »Berliner Zeitung«. Dresen spielt in einer Hobbyband mit dem Pankow-Gitarristen Schlagzeug. Ich erzählte ihm, dass es Inge Pawelczik nicht in den SPIEGEL geschafft hat.

»Nein!«, sagte Dresen. »Die musst du wieder reinschreiben, Alexander. Unbedingt.«

Okay, Andi. Hier. ■



»Bodenzeichen« in Berlin

Wirtschaft

»Früher waren Drogen und Prostitution das große Geschäft, heute ist es der Pflegebetrug.« ▶ S. 66



Staats-IT

Krisenprojekt wird zum Fall für Scholz

Finanzministerium bekommt mehr Kompetenzen und Stellen aus dem Innenministerium.

● Die Reparaturarbeiten am gescheiterten Milliardenprojekt, die Computer und Rechenzentren von Bundesbehörden und Ministerien zu modernisieren (SPIEGEL 38/2019), sorgen für einen Macht- und Stellenzuwachs im Finanzministerium von Olaf Scholz (SPD). Es soll künftig allein dafür zuständig sein, den Wildwuchs von bundesweit rund hundert Rechenzentren und 1245 Serverräumen zusammenzuführen. Bislang lag die Gesamtprojektleitung im Bundesinnenministerium von Horst Seehofer (CSU). Im Finanzressort soll nun eine eigene Abteilung für IT eingerichtet werden, mit einem Leiter auf der Besoldungsstufe B9. Auch einige Referate aus dem Innenministerium sollen ins Finanzministerium verlagert werden. Hintergrund ist eine Kostenexplosion bei dem 2015 gestarteten und ursprünglich auf zehn Jahre angelegten Vorhaben.

Ob die Neuordnung die Probleme löst, ist ungewiss. Der Bundesrechnungshof hatte das Finanzministerium und dessen eigenen Dienstleister ITZ Bund, der nach den neuen Plänen »Generalunternehmer« werden soll, in der Vergangenheit deutlich kritisiert. In einem vertraulichen Papier heißt es, die IT-Behörde des Ministeriums sei »nicht hinreichend ertüchtigt« für das Megaprojekt, das sie nun als »zentraler Dienstleister« bewältigen soll. Das Kabinett muss der Neuordnung noch zustimmen. Digital-Staatsministerin Dorothee Bär (CSU) bezeichnete die IT-Konsolidierung des Bundes bei einer Veranstaltung in Berlin am Mittwoch als »eine Katastrophe«. »Welches Haus will sich konsolidieren lassen? Keins natürlich«, sagte sie. »Alle glauben, sie können es selber am besten. Können sie natürlich nicht.« REI, ROM

Bundeswehr

SUV, stillgestanden!

● Der wachsende Unmut über SUV-Fahrzeuge – eine Art Geländewagen – hat die Bundeswehr offenbar bewegt, vor dem Klimastreik am vorvergangenen Freitag eine Warnung an die Truppe auszugeben. In einem internen Sicherheitshin-

weis heißt es, SUV und ihre Fahrer könnten Ziel von Aktionen gewaltbereiter Gruppierungen und Einzelpersonen werden. Diese könnten die angemeldeten Demonstrationen für ihre Zwecke nutzen. Dienstliche SUV seien daher an diesem Tag »sichtgeschützt innerhalb der Liegenschaft abzustellen«. Zudem sollten für zwingend notwendige Fahrten Ersatzfahr-

zeuge eingesetzt und Innenstädte gemieden werden. Die Bundeswehr verfügt hauptsächlich über echte Geländefahrzeuge, etwa den »Wolf« auf Basis einer Mercedes-Benz G-Klasse oder den »Stier« vom Typ Nissan Pathfinder. Die Bundeswehr sagt, es seien keine relevanten Sicherheitsvorfälle mit Fahrzeugen der Bundeswehr rund um die Proteste bekannt. MUM

Dubiose Anlagefirma PIM Gold beantragt Insolvenz

● Der mutmaßliche Betrugsskandal um die hessische Edelmetall-Investmentfirma PIM Gold erreicht einen neuen Höhepunkt: PIM und die dazugehörige Vertriebsgesellschaft Premium Gold Deutschland haben beim Amtsgericht Offenbach Insolvenz beantragt (AZ: 8 IN 403/19 und 8 IN 402/19). PIM hatte in den vergangenen Jahren Anleger mit Gold-Investments gelockt. Mit den Kundengeldern will das Unternehmen 3,38 Tonnen des Edelmetalls mit einem Marktwert von derzeit etwa 150 Millionen Euro erworben haben. Die Staatsanwaltschaft Darmstadt hat indes den Verdacht, dass ein großer Teil des Goldes nicht existiert und die PIM-Manager ein Schneeballsystem betrieben haben. Sie durchsuchte Anfang September Geschäftsräume der Firma, fror PIM-Gold-Konten ein und verhaftete den Geschäftsführer. PIM war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Die Firma hatte Anlegern Renditen von drei Prozent und mehr versprochen, wenn sie das Gold einlagerten, was die meisten auch taten. Die Verzinsung sollte über Handelsgeschäfte erzielt werden. Der Vertrieb erfolgte über Kunden, die für ihre Leistung Provision kassierten. Syndikusanwalt Mirco Lehr von der Frankfurter Rechtsfragenplattform Qthority geht davon aus, dass rund 10 000 Anleger betroffen sein könnten. BAZ

Containerboom trotz Handelsflaute

● Im Exportland Deutschland steigt die Furcht vor einer Rezession, die Handelskonflikte bremsen die Weltkonjunktur – doch das Geschäft in den internationalen Seehäfen läuft erstaunlich gut. Der Containerumschlag hat laut vorläufiger Schätzung im August einen neuen Höchstwert erreicht. Das RWI-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen und das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik in Bremen ermitteln monatlich einen Index. Er bildet den Umschlag in 83 Häfen weltweit ab und gilt als verlässlicher Indikator für die globale Konjunktur. Dass der Wert deutlich von der trüben Stimmung vor allem in Deutschland abweicht, überrascht auch RWI-Konjunk-

turchef Roland Döhrn. Der Ökonom erklärt die Diskrepanz so: Die aktuelle, in vielen Ländern beobachtete Schwäche der Autoindustrie fließe nicht in den Index ein, weil Autos nicht in Containern verschifft würden. Sie werden vor allem mit der Bahn oder auf speziellen Fähren transportiert. Auch bei Schüttgütern, etwa Agrarwaren wie Soja, die mit Sanktionen belegt seien, schlage sich ein möglicher Rückgang nicht im Index nieder. Verzerrt werden könnte der Umschlagswert laut Döhrn auch dadurch, dass vermehrt Container ohne Ladung unterwegs seien, weil in den Entladehäfen weniger Waren auf den Versand warten. Gleichwohl hält der Wissenschaftler den Index weiter für »einen guten Spiegel der Globalisierung«. Belastet werde die Weltwirtschaft derzeit durch die extrem hohe Unsicherheit, die der Containerumschlag nicht abbilden kann. AJU



GETTY IMAGES

Kommentar

Gesucht: Frau mit Frusttoleranz

Schon wieder tritt ein EZB-Direktoriums-Mitglied zurück. Was sagt das aus über deutsche Notenbanker?

Der Rücktritt von Sabine Lautenschläger aus dem Direktorium der EZB markiert den Tiefpunkt einer besonderen Tradition deutscher Geldpolitik: Vier der fünf Berufungen und Kandidaturen deutscher Notenbanker für das oberste Führungsgremium der Frankfurter Zentralbank endeten vorzeitig. Als Erster verzichtete der damalige Bundesbank-Präsident Axel Weber Anfang 2011 auf seine Kandidatur für den Chefposten bei der EZB. Seine Begründung: Unzufriedenheit. Ihm passte nicht, wie sich die Eurozone entwickelte. Wenige Monate später legte EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark sein Amt nieder. Sein Motiv: Unzufriedenheit. Er war nicht einverstanden damit, wie die EZB auf die Eurokrise reagierte. Es folgte Jörg Asmussen. Sein Beweggrund: Unzufriedenheit, dieses Mal mit den Lebensumständen in Frankfurt. Nun also Lautenschläger. Ihr Anlass, man ahnt es: Unzufriedenheit. Sie kann sich, nach allem, was man weiß, nicht mit den jüngsten Beschlüssen abfinden, die Zinsen zu senken und wieder Anleihen zu kau-

fen. Trotz ihres markigen Auftretens und der harten Linie, die sie in geldpolitischen Fragen gern verfolgen, scheinen deutsche Notenbanker doch eher von weichem Naturell zu sein. Die Ausnahme: Bundesbank-Präsident Jens Weidman. Er hält eisern Kurs.

Was bedeutet das für die Suche nach einer Nachfolgerin für Lautenschläger (dass ein Mann zum Zuge kommt, gilt als ausgeschlossen)? Finanzminister Olaf Scholz (SPD) sollte nicht nur auf ökonomische Prinzipienfestigkeit achten. Ebenso wichtig wäre Frusttoleranz. Die Neue muss es aushalten können, ständig zur Minderheit zu gehören, obwohl sie sich im Besitz der besseren Argumente wähnt. Hilfreich könnte auch sein, die eigene Position nicht für den einzigen Hebel zur Rettung der Welt zu halten. Ökonomie im Allgemeinen, Geldpolitik im Besonderen, sind schließlich keine exakten Wissenschaften. Kurzum: Nützlich wäre ein Schuss Pragmatismus. Das erleichtert vieles und bewahrt vielleicht vor Rücktritten. Christian Reiermann

Der Feind an meinem Bett

Skandale Unter den häuslichen Pflegediensten gibt es etliche Betrüger. Sie setzen unqualifizierte Hilfskräfte ein, rechnen überteuerte Stundensätze ab.

Ein Milliardenbetrug an den Kassen – und ein Spiel mit dem Leben schwer kranker Menschen.

Barbara Maier* wollte alles richtig machen, als ihr Bruder vor einem Jahr aus der Klinik entlassen wurde. Auf keinen Fall wollte sie, dass er weit weg in einem Heim versorgt wird. Er sollte zu Hause leben, im thüringischen Bad Salzungen, damit schnell mal jemand aus der Familie vorbeischauen kann, um seine Hand zu halten oder ihm über die Stirn zu streicheln.

Sie machte sich auf die Suche nach einem Pflegedienst, der ihren Bruder rund um die Uhr zu Hause betreuen konnte. Nach Profis, die wissen, was zu tun ist. Etwa wenn er keine Luft mehr bekommt, weil die Kanüle in seinem Hals verstopft ist, und nur 60 Sekunden bleiben, bevor er erstickt.

Maiers Bruder Ralph*, 55, benötigt Intensivpflege, weil ihn an einem Sommertag vor drei Jahren eine Wespe in den Arm gestochen hat. Er war Bademeister und stand am Beckenrand des Freibads, als ihm schwindlig und schlecht wurde. Ein Kollege fand ihn später zusammengebrochen auf der Toilette. Der Notarzt reanimierte ihn. Ein allergischer Schock hatte sein Herz stillstehen lassen, das Gehirn wurde dabei geschädigt. Seitdem kann er sich nicht mehr bewegen, nicht mehr sprechen, nicht mehr selbstständig essen.

Barbara Maier fand schließlich einen Anbieter aus Erfurt: Nemo-pflege. Vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) hatte die Intensivpflegefirma die Note 1,3 bekommen, so stand es im öffentlichen Transparenzbericht im Internet. »Darauf habe ich mich verlassen«, sagt Maier.

Sie ahnte nicht, an wen sie da geraten war. Das Unternehmen schickte ihr zwei rumänische Pflegerinnen, die kaum Deutsch sprachen. Im Ernstfall einen Notarzt rufen? »Das hätten beide nicht gekonnt«, sagt Maier. Je mehr sie erfuhr, desto gruseliger wurde es: Für den lebensgefährlichen Umgang mit der Kanüle im Hals waren die angeblichen Profis nicht ausgebildet.

Dabei bezahlte die Unfallkasse rund 29 Euro pro Stunde für vermeintlich qua-

lifizierte Pflegefachkräfte. Insgesamt knapp 20 000 Euro im Monat.

Inzwischen weiß Maier, dass Nemo-pflege auch an anderer Stelle auffällig geworden ist: Seit Ende Februar ist die Firma ein Fall für die Staatsanwaltschaft Meiningen. Sie ermittelt wegen des Verdachts auf Abrechnungsbetrug. Die AOK Plus in Thüringen und Sachsen hatte Anzeige erstattet.

Der Vorwurf: Der Pflegedienst habe bei den Krankenkassen teure Pflegefachkräfte abgerechnet, tatsächlich aber lediglich billiges Hilfspersonal eingesetzt, dem es an der nötigen fachlichen und sprachlichen Kompetenz fehlte. Auch andere Kassen

heimen – ein dankbares Feld: Klare Regeln gibt es kaum, noch weniger Kontrollen, dafür umso mehr Geld. Der Markt für ambulante Pflege hat sich in den vergangenen zehn Jahren auf 20 Milliarden Euro pro Jahr verdoppelt. Einen großen Anteil hat die Intensivpflege lebensbedrohlich Kranker in sogenannten Pflege-WGs oder zu Hause. Für diese Patienten zahlen Kassen monatlich bis zu 30 000 Euro. Abgezockt, so will es die Logik des Marktes, wird deshalb am ehesten dort, wo Menschenleben in Gefahr sind.

In allen Bereichen der ambulanten Pflege ergaunern Betrüger schätzungsweise zwei Milliarden Euro jedes Jahr. Insgesamt schätzt Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU), ziehen Kriminelle jährlich 14 Milliarden Euro aus dem Gesundheitswesen ab.

Wer der Frage nachspürt, warum es Betrügern so einfach gemacht wird, obwohl es um die Würde der schwächsten Mitglieder der Gesellschaft geht, der bekommt tiefe Einblicke in ein System, in dem sich die Beteiligten willfährig ausnehmen lassen oder selbst mitspielen.

Da schieben Krankenkassen selbst Diensten, die wegen Betrug verurteilt wurden, weiter Patienten zu – weil sie keine anderen Anbieter finden. Da lassen Angehörige ihre Pflegefirma gewähren, aus Angst, plötzlich ganz ohne Hilfe dazustehen. Da fehlt es Behörden, Staatsanwälten und Ermittlern an Ressourcen und Kompetenz, um sich durch den Pflege-

dschungel zu kämpfen. Es gibt Pflegefirmen, die zu tricksen beginnen, weil sie kein qualifiziertes Personal mehr bekommen, sosehr sie sich auch mühen. Und solche, die gewissenlos auf Kosten des Gemeinwesens ein Millionenvermögen anhäufen.

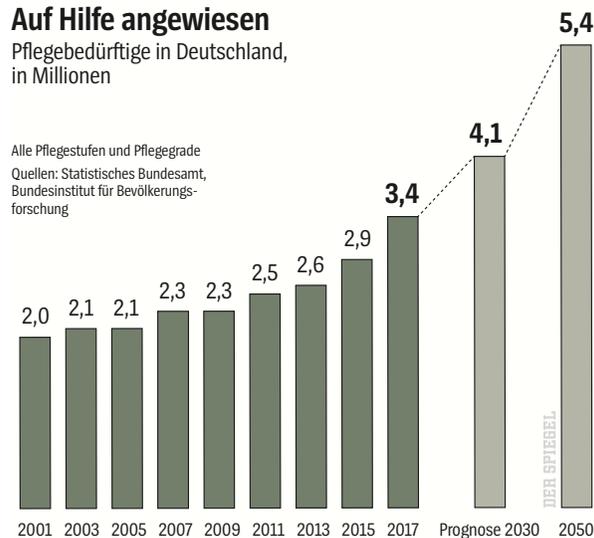
Der Pflegenotstand verschärft das Problem: Bundesweit werden im Jahr 2030 rund 130 000 Fachkräfte fehlen, davon allein 30 000 in der häuslichen Pflege. Wer als Angehöriger nach einem Pflegedienst sucht, ist oft froh, überhaupt jemanden gefunden zu haben, der Opa, Bruder, Mutter betreut. Der Mangel macht Familien und Kassen erpressbar.

2016 ließen Ermittler in Düsseldorf eine russisch-ukrainische Pflegemafia auf-

Auf Hilfe angewiesen

Pflegebedürftige in Deutschland, in Millionen

Alle Pflegestufen und Pflegegrade
Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung



soll Nemo offenbar auf die gleiche Tour geschröpft haben.

Der Betrug von Pflegefirmen an hilflosen Patienten ist eine Massenerscheinung. Gegen 35 der 120 Intensivpflegedienste, mit denen allein die AOK Bayern zusammenarbeitet, ermitteln die Staatsanwälte. Bei der Hälfte der Anbieter hat die AOK Hinweise auf Auffälligkeiten bei der Abrechnung. Auch in Nordrhein-Westfalen, Berlin und Niedersachsen häufen sich die Fälle. »Früher waren Drogen und Prostitution das große Geschäft, heute ist es der Pflegebetrug«, sagt Staatsanwältin Ina Kinder, die in Berlin für Pflegekriminalität zuständig ist.

Für Betrüger ist vor allem die ambulante Versorgung – also außerhalb von Pflege-

* Name geändert.



Der Mangel an Pflegekräften hat ein neues Raubrittertum hervorgebracht.

fliegen, die mit falschen Abrechnungen mindestens 4,7 Millionen Euro erbeutet hatte. Es folgten Ankündigungen des damaligen Bundesgesundheitsministers Hermann Gröhe (CDU): Die Politik werde die Gesetze verschärfen und mehr Ressourcen bereitstellen, um der Kriminalität in der Pflege mit aller Macht beizukommen.

Doch den großen Wurf ist die Politik bis heute schuldig geblieben. Zwar prüft seit 2016 der Medizinische Dienst der Krankenkassen die Abrechnungen der Pflegeeinrichtungen. Aber mehr als einen Anfangsverdacht konnten die MDK-Prüfer bislang selten liefern, wenn überhaupt. Systematischen Betrug entlarven sie fast nie.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat das Thema nun für sich entdeckt – er will »Fehlalarme und Missbrauchsmöglichkeiten« beseitigen. Spahns Vorschlag: Intensivpflegepatienten sollen künftig nicht mehr zu Hause, sondern in der Regel stationär oder in WGs untergebracht werden, weil sich die Qualität dort besser kontrollieren lasse. Das klingt nicht nach einer Lösung, sondern nach Kapitulation.

Der Fall Nemopflege

Ein Nachmittag im November 2018. Ralph Maier liegt in seinem Spezialrollstuhl im Wohnzimmer seines Elternhauses. An der Wand über dem Sofa hängen Fotos aus unbeschwerter Tagen. Sein Motorboot. Die Tochter, als Baby auf seinem Schoß. Seine Frau im Brautkleid, er trägt sie auf den Armen.

Immer wieder verschluckt er sich, ringt nach Luft. Seine Schwester streichelt ihm über den Kopf, hält seine Hand, damit er sich beruhigt. »Atmen, Ralph, ruhig atmen«, sagt sie. In seinem Hals steckt die Kanüle, durch die er Luft bekommt.

An diesem Nachmittag hat Monika Dienst. Die Rumänin trägt ein türkisfarbenes Hemd, darauf lächelt ein kleiner »Nemo«-Fisch. Ihre Haare hat die Pflegerin zum Pferdeschwanz gebunden. Sie ist müde, dabei liegt ihre Nachtschicht an diesem Tag noch vor ihr.

Einige Monate hat sie Ralph Maier da bereits gepflegt. Und doch weiß sie: Sie dürfte bei einem Intensivpatienten wie ihm eigentlich nicht arbeiten, dafür fehlt ihr die nötige Anerkennung als Fachkraft.

Nemo versorgt rund 280 Patienten in ganz Thüringen, mit ebenso vielen Mitarbeitern. In Rumänien suchte der Pflegedienst in der Vergangenheit gezielt nach neuem Personal. Auf Facebook etwa lockte Nemo mit Videos, in denen Mitarbeiterinnen auf Rumänisch erzählen, wie gut die Firma bezahle, wie familienfreundlich die Arbeitszeiten seien, wie seriös die Weiterbildung. Auch an der Krankenpflege-

schule nahe Timișoara, an der Monika ihren Abschluss gemacht hatte, warb ein Nemo-Mitarbeiter für die Firma.

Monika vertraute den Deutschen. Sie sollte einen Sprachkurs erhalten, um ihre B2-Sprachprüfung abzulegen – die Bedingung, um hier überhaupt als Fachkraft arbeiten zu dürfen. Daraus wurde allerdings nie etwas. Es sei dafür gerade keine Zeit, hätten die Chefs ihr immer wieder gesagt. Monika selbst spricht zwar holprig, aber verständlich Deutsch. Viele ihrer rumänischen Kolleginnen hätten das nicht geachtet, sagt sie. Im Ernstfall, sei ihnen gesagt worden, sollten sie einen Nemo-Mitarbeiter auf dem Handy anrufen, der mit dem Notarzt reden könne. Von der Chefin hätten sie ein paar wichtige Worte gelernt: Schlaganfall, Herzinfarkt, Atemnot, so etwas.

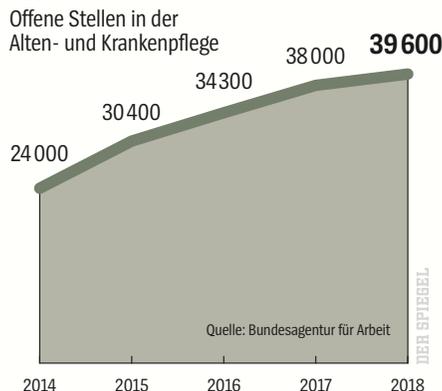
In manchen Monaten kam Monika auf eine Arbeitszeit von 285 Stunden. Ihr Vertrag als Krankenpflegehelferin sah 80 Stunden pro Monat vor, für einen Bruttolohn von 11 Euro je Stunde. Bei der Kasse rechnete Nemo für Monikas Arbeit rund 29 Euro pro Stunde ab – so viel wird eigentlich nur für geschulte Fachkräfte bezahlt.

Den Wechsel der Kanüle habe sie nur in der Theorie gelernt, sagt Monika, ein paarmal habe eine leitende Kraft von Nemo sie zuschauen lassen. Das war's – für ein potenziell lebensbedrohliches Manöver. Ihrer Chefin habe sie gesagt, dass sie so nicht mehr weiterarbeiten mag. »Wir haben Menschenleben in der Hand. Das ist sehr, sehr traurig.«

Ein paar Monate später wird Monika ihren Job bei Nemo kündigen – sie kann nicht mehr.

Nemo weist die Vorwürfe als »haltlos und unbegründet« zurück. Die rumänischen Pflegekräfte hätten in ihrem Heimatland eine Ausbildung zur Krankenschwester absolviert, sie seien Fachkräfte und ihre Abschlüsse in Deutschland laut Gesetz anerkannt. Einen Nachweis, dass die zuständigen Behörden die Abschlüsse auch wirklich anerkannt haben, liefert Nemo nicht.

Mehrbedarf



Für den Einsatz in der Intensivpflege würden sie über einen Zeitraum von vier Monaten geschult und weitergebildet. Mit allen könne man sich »tadellos auf Deutsch« verständigen.

Dass die Pflegefirma aber offenbar regelmäßig die Kassen hinterging, belegt ein internes Gutachten, das die Prüfer des MDK Thüringen im vergangenen Sommer anfertigten. Bei den acht geprüften Patienten beanstandeten sie mehrfach, dass Nemo »nicht vertragskonformes Personal« einsetze, Hilfskräfte statt der vorgesehenen Fachkräfte arbeiten lasse, die Patienten »nicht sachgerecht« versorgt würden. In den meisten Abrechnungen fanden die Prüfer Fehler.

Zu den Absurditäten des deutschen Pflegesystems gehört, dass der MDK trotz der schweren Vorwürfe in dem internen Papier gleichzeitig jenen »Transparenzbericht« veröffentlichte, auf den sich auch Barbara Maier verließ und der Nemo die Qualitätsnote 1,3 verlieh. Obwohl das Papier auf derselben Prüfung beruht, ist von Mängeln darin kaum die Rede. Viele Prüfkriterien, die intern wichtig sind, tauchen im öffentlichen Teil nicht auf – so wollen es die Regeln. Von Transparenz keine Spur.

Auch die Krankenkassen nahmen das Verhalten von Nemo offenbar lange hin, trotz des MDK-Gutachtens erstattete etwa die AOK Plus erst im Februar Anzeige gegen den Pflegedienst. Dabei war Nemo schon früher auffällig geworden: Im vergangenen Oktober schloss die Firma eine Intensivpflege-WG in Erfurt, nachdem Kassen und Heimaufsicht festgestellt hatten, dass das Unternehmen ausländische Mitarbeiter ohne Anerkennung als Pflegefachkraft beschäftigte. Dieselbe Masche also.

Barbara Maier war bereits nach wenigen Tagen klar, dass sie ihren Bruder mit den vermeintlichen Pflegeprofis nicht allein lassen durfte. Die 48-Jährige kündigte deshalb ihren Job. »Er selbst kann sich doch nicht wehren«, sagt sie. Schon in den ersten Tagen hatte sich die Haut ihres Bruders entzündet, dort, wo die Ernährungssonde durch die Bauchdecke führt. Maier vermutet, dass die Pflegekräfte das Handdesinfektionsmittel auf die empfindliche Wunde gegeben hatten. Vielleicht weil sie nicht lesen konnten, was auf der Flasche stand.

Maier selbst ging einen fragwürdigen Deal ein. Nemo stellte sie an, weil sie sich ja ohnehin um ihren Bruder kümmerte. Sie übernahm Schichten im Dienstplan, in denen sie mit ihrem Bruder allein war. Dabei fehlte ihr die nötige Ausbildung. Sie weiß das. Doch sie sah keinen Ausweg. Warum nicht wenigstens ein bisschen Geld bekommen für die Mühe, die Müdigkeit, die Hilflosigkeit?



Der monströse Papierwust erstickt den Enthusiasmus der Kontrolleure.

Nemo verweist darauf, dass die Unfallkasse von der Anstellung wusste. Tatsächlich war man dort informiert. Die Kasse zahlte sogar 26 Euro pro Stunde für Maiers Einsatz – dass sie nicht qualifiziert war, kümmerte die Kasse nicht. Überhaupt: Einen »Pflegebetrug« durch Nemo könne man nicht feststellen. Was eine Fachkraft ausmache, hält man bei der Unfallkasse für eine »Ermessensfrage«.

Maier hat inzwischen einen anderen Pflegedienst, mit dem sie zufrieden ist. Und sie hat ihren alten Beruf wieder aufgenommen.

Kaum mehr Regeln als im Imbiss

Rund 2,6 Millionen Menschen werden in Deutschland zu Hause gepflegt – gut eine Million mehr als vor zehn Jahren. Viele von ihnen sind auf Pflegedienste angewiesen. Der Bedarf steigt unaufhörlich und hat einen nie da gewesenen Boom ausgelöst: Die Zahl der Pflegedienste ist explodiert, auf 14 000. Rund 390 000 Mitarbeiter beschäftigt die Branche – viel zu wenige.

Vor allem Krankenpflegekräfte mit Examen fehlen, warnt die Bundesagentur für Arbeit. Auf 100 freie Stellen kommen nur 41 verfügbare Fachkräfte, vor fast zehn Jahren waren es mehr als doppelt so viele.

Pflegefirmen suchen daher im Schnitt 154 Tage nach solchen Mitarbeitern, um freie Stellen zu besetzen – 36 Prozent mehr als im Durchschnitt aller Berufe. Und die Suche dauert von Jahr zu Jahr länger.

Viele Pflegekräfte reizt der tiefe Sinn ihrer Arbeit. Anderen zu helfen erfüllt sie. Und doch wenden sich immer mehr Menschen von dem Beruf ab. Der Personalmangel macht die Arbeit für die übrigen Kollegen belastender, viele geben frustriert auf oder flüchten erschöpft in Teilzeit.

Der Mangel hat eine neue Form des Raubrittertums hervorgebracht: Pflegefirmen können die Bedingungen diktieren, unter denen sie arbeiten wollen.

Ein Pflegedienst wird heute so schnell genehmigt wie ein Wurststand. Einen Vertrag erhält eigentlich jeder, die Zulassung nach minimalen Kriterien dürfen die Kassen den Pflegefirmen im Prinzip nicht verweigern. Eine angestellte Pflegeleitung reicht. Eindeutige Gesetze für die nötige Qualifikation der Pflegekräfte existieren nicht. »Im Prinzip kann jeder einen Intensivpflegedienst aufmachen. Da gehört nicht viel dazu«, sagt der Pflegeexperte Christoph Jaschke, der als Krankenpfleger begann und jahrelang selbst eine Heimbeatmungsfirma führte. Heute kämpft er für den Ruf seiner Branche. Jaschke fordert klare Vorgaben. »Ein großer Teil der

Intensivpflegefirmen würde solche Kriterien derzeit nicht erfüllen«, sagt er.

Statt klare Regeln vorzugeben, wälze der Staat die Aufgabe, für Qualität und Ordnung in dem wild wuchernden Gewerbe zu sorgen, auf den MDK ab.

Der Medizinische Dienst entscheidet nicht nur darüber, welche Pflegegrade Versicherte bekommen und wie viel finanzielle Unterstützung, sondern überwacht auch die Qualität von Pflegediensten. Seit 2016 müssen die Kontrolleure zudem einmal im Jahr eine Abrechnungsprüfung durchführen.

Doch das Gesetz macht ihnen diese Arbeit beinahe unmöglich. Denn die Patienten müssen ihr Einverständnis für eine Prüfung geben. Weil der MDK seinen Besuch zudem einen Tag vorher ankündigen muss, bleibt den Pflegediensten im Zweifel genug Zeit, um Patienten so unter Druck zu setzen, dass sie die Prüfung verweigern.

Manche Anbieter lassen ihre Kunden von vornherein unterschreiben, dass sie Prüfungen grundsätzlich ablehnen. »Es gibt Pflegedienste, deren Abrechnungen jahrelang nicht geprüft werden, weil die Patienten nicht einwilligen«, sagt Johanna Sell, stellvertretende Geschäftsführerin des MDK Bayern.

Hinzu kommt: Beim Thema Pflege herrscht in Deutschland vertraglicher Irrsinn. Jede Kasse kann mit jedem einzelnen

Pflegedienst individuelle Verträge abschließen. Dort werden die Bedingungen festgesetzt – von Ausnahme- bis hin zu Zusatzvereinbarungen. Was Betrug ist und was nicht, können die Ermittler nur beurteilen, wenn sie die Verträge kennen. Manche Kassen aber schreiben darin nur fest, das Pflegepersonal müsse »geeignet« sein. Andere definieren nicht einmal, was als Intensivpflege eigentlich zu leisten ist. Wie soll man da einen Betrug nachweisen?

Kriminellen spielt auch in die Hände, dass die Pflege noch immer ein ziemlich analoges Geschäft ist. Während jeder Paketbote seit Jahren digital scant, sobald er eine Sendung zugestellt hat, kleben die Pflegedienste am Papier. Leistungsnachweise werden oft mit unlesbaren Namenskürzeln abgezeichnet. Pflegekräfte sind nicht einmal verpflichtet zu notieren, wann ihr Einsatz bei einem Patienten begann und wann er endete. Bei einer digitalen Zeit- und Leistungserfassung wäre leicht zu entlarven, wenn eine Pflegekraft bei einem zu Betreuenden im Dienst ist und zur selben Zeit, viele Kilometer entfernt, schon die Arbeit beim nächsten abrechnet.

So aber erstickt der monströse Papierwust oft jeden Enthusiasmus der Kontrolleure. Buchhaltung in Schuhschachteln, Loseblattsammlungen – bei mancher Durchsuchung schleppen Polizeiermittler wäschekorbweise Papier in ihre Dienststellen. Um die Zettelwirtschaft zu ordnen, braucht es Ressourcen und Kompetenz. Wo beides fehlt, bleiben die Unterlagen unangetastet liegen, bisweilen über Jahre.

Die erschöpften Ermittler

Die Maschen der Betrüger sind oft erschreckend simpel. Ein Computer und ein guter Drucker reichen schon. Über Jahre ergaunerte ein Pflegedienst mit gefälschten Ausbildungsnachweisen seiner Mitarbeiter mehr als eine Million Euro.

Die 63-jährige Betreiberin der Firma warb unqualifizierte Pflegekräfte aus Bosnien, Slowenien und Rumänien an. Deren Namen wurden in die Urkunden gut ausgebildeter Mitarbeiter hineinkopiert – aus einer Laborangestellten wurde so auf dem Papier eine qualifizierte Pflegerin, für die sich entsprechend hohe Stundenlöhne bei der Krankenkasse abrechnen ließen.

Schon vor gut zehn Jahren war die Pflegeunternehmerin in Nordrhein-Westfalen wegen Abrechnungsbetrug verurteilt worden. Doch sie wich auf andere Bundesländer aus und machte einfach weiter, zuletzt vermittelte sie Mitarbeiter an diverse Pflegefirmen. Bei den Kassen fiel das niemandem auf. Erst ein Zufall führte dazu, dass die Frau Mitte Mai aufflog. Ein Zeuge verriet Ermittlern des LKA Berlin, wie Kraftfahrer und Putzhilfen mit gefälschten Urkunden zu fachkundigen In-

tensivpflegekräften wurden. Die LKA-Leute ließen die Zertifikate bei den Landesbehörden überprüfen, die für die Anerkennung der Ausbildung zuständig sind.

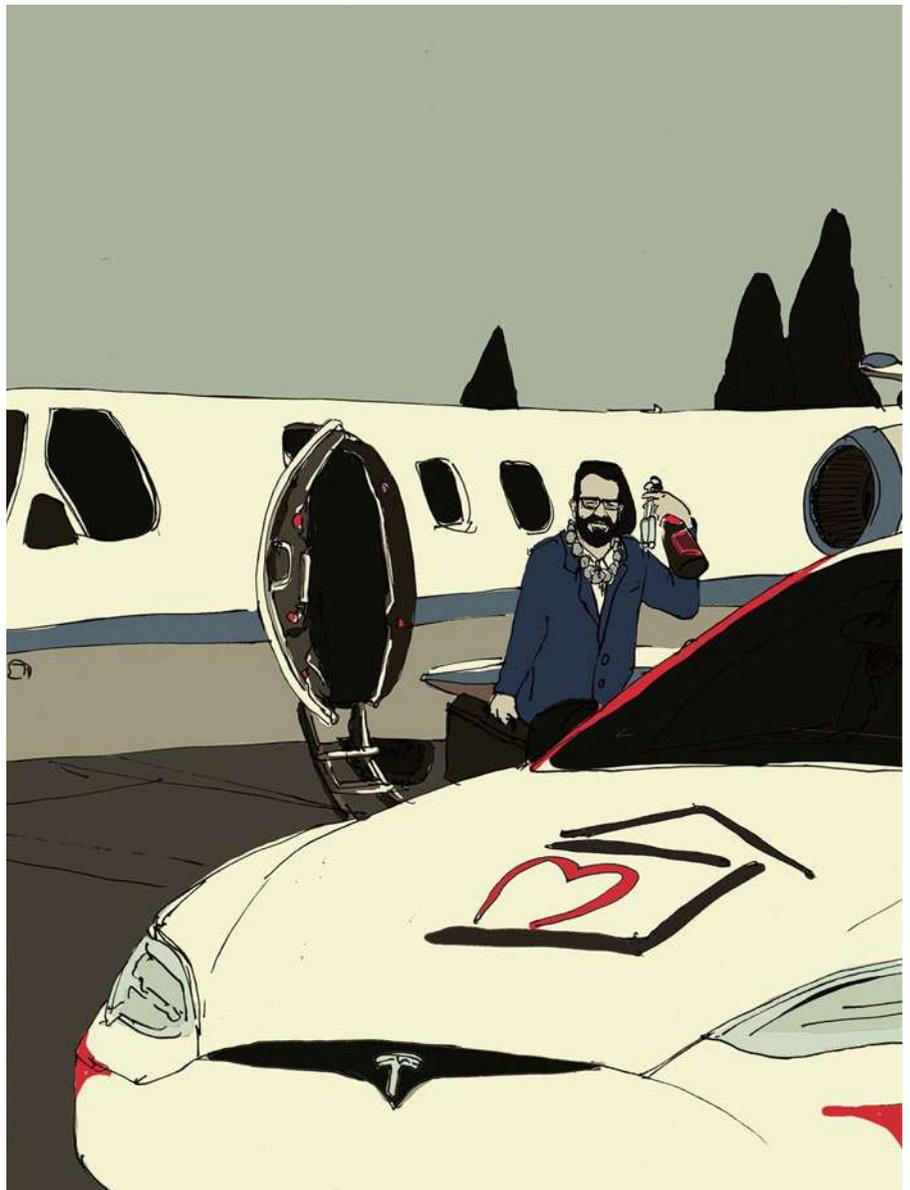
Es folgte eine Razzia mit 130 Polizisten in Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein. Insgesamt zwölf Beschuldigte sind in den Fall verwickelt, die Pflegedienstbetreiberin sitzt in Untersuchungshaft. Die Anklage beziffert den Schaden auf 1,4 Millionen Euro, die Ermittler gehen eher von 10 Millionen Euro aus. Das Geld ist verloren, die Firma insolvent.

Die Berliner Staatsanwältin Ina Kinder ist ernüchtert, trotz des Ermittlungserfolgs. Schon 2016 hatte sie die Räume der Firma durchsuchen lassen, doch die Papiere blieben unangerührt liegen. Weil Kinder in Berlin lange allein dafür zuständig war,

Pflegebetrüger nachzuspüren – neben ihrer Arbeit an anderen Delikten. Zeitweilig bekam sie Unterstützung durch einen zweiten Staatsanwalt, seit September ermitteln sie zu dritt – drei Jahre nach der Ankündigung des damaligen Ministers Gröhe. »Seither hat sich nicht viel getan«, sagt Kinder.

Auch in den Landeskriminalämtern und Polizeidienststellen sieht es nicht viel besser aus: Die deutschen Ermittlungsbehörden sind ausgedünnt, kaputtgespart und deshalb kaum arbeitsfähig.

Vor gut einem Jahr trat Karsten Fischer sein Amt an. Der Kriminalhauptkommissar hat es bis heute nicht geschafft, in seinem Berliner Büro – blauer Linoleumfußboden, gelbliche Wände, Neonlicht – ein paar Bilder an die Wände zu hängen. Ihm fehlt dafür die Zeit. Fischer leitet die Er-



Er habe sich ein »Imperium auf dem Rücken der Allgemeinheit geschaffen«.

mittlungsgruppe, die Betrug in der Pflege, bei Apotheken und im weiteren Gesundheitswesen nachgeht.

Als 2016 eine russische Pflegebande in Berlin ausgehoben wurde – der Fall »Ariadne« gehört bis heute zu den spektakulärsten Ermittlungserfolgen – wurde die damals eingesetzte Truppe von Sonderermittlern in ein Kommissariat beim LKA überführt und Fischer zu ihrem Leiter erkoren. Das klang nach einem ernsthaften Angang, nach Kompetenz und Kontinuität. Seht her, so das Signal, die Politik holt zum großen Schlag aus.

Doch wenn man Fischer heute fragt, wie viele Leute er zur Verfügung hat, wird es unübersichtlich. Von den Kollegen, die im Fall »Ariadne« dabei waren, wurden viele inzwischen wieder versetzt. Ein paar Kolleginnen sind schwanger geworden, für sie fand sich kein Ersatz. Übrig sind noch eine Handvoll Ermittler, die Fischer in das frustrierende Klein-Klein der Pflegeabrechnungen einweihen muss: frisierte Leistungsnachweise, Abrechnungen für längst verstorbene Patienten. Handkürzel auf den täglichen Tourenzetteln müssen mit Dienstplänen verglichen, die Qualifikation von Pflegekräften muss mit ihren Aufgaben abgeglichen werden. In 40 möglichen Betrugsfällen ermittelte sein Team im vergangenen Jahr, in diesem Jahr werden es deutlich mehr sein.

Die einzelnen Beträge sind oft klein: Wurde nur die »Teilwäsche« für 8,60 Euro gemacht oder tatsächlich die »Ganzkörperwäsche« für 13,65 Euro? Wurden die Thrombosestrümpfe wirklich angezogen oder die 2,47 Euro je Strumpf bloß abgerechnet? Passt die höhere Fahrtpauschale von 6,46 Euro nach 20 Uhr zur Dienstzeit, oder wären bloß 4,52 Euro erlaubt gewesen? Die Preise unterscheiden sich noch dazu von Kasse zu Kasse und von Bundesland zu Bundesland.

Insgesamt bringen es Betrüger mit solchen Kleinstbeträgen auf beträchtliche Summen. Die müssen allerdings im Detail nachgewiesen werden. Fällt die Schadenssumme zu niedrig aus, werden die überlasteten Staatsanwälte und Gerichte gar nicht erst tätig. Dann war alles umsonst.

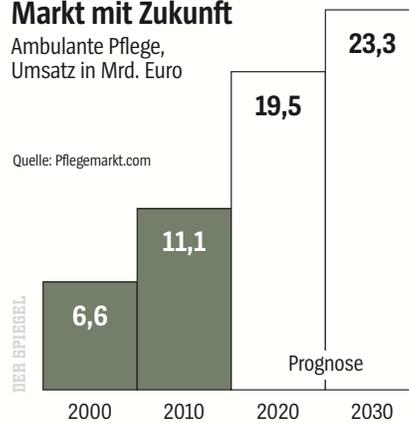
»Wir können nur hoffen, mit unseren Verfahren und Urteilen Achtungserfolge zu erzielen, die wenigstens abschreckend wirken«, sagt Fischer. »Dafür brauchen wir Verfahren mit guten Erfolgchancen.« Einfach belegbare Fälle, damit die Gerichte durchsteigen und es nicht ewig dauert, bis einem Pflegedienst mal der Prozess gemacht wird.

Selbst in Bundesländern, die die Kriminalität am Pflegebett beherzt bekämpfen, wie Bayern, kommen die Behörden kaum hinterher. In Hessen haben sie gleich ganz aufgegeben. »Pflegetdienstverfahren bearbeiten wir nicht mehr«, sagt Alexander Badle, der bei der Frankfurter General-

Markt mit Zukunft

Ambulante Pflege,
Umsatz in Mrd. Euro

Quelle: Pflegemarkt.com



staatsanwaltschaft die Zentralstelle zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen leitet. »Wir können nicht mit zwei Staatsanwaltschaften auch noch hessenweit die Betrugsverfahren in der ambulanten Pflege bearbeiten.« Dort plagen sich nun die örtlichen Staatsanwaltschaften mit dem Thema ab.

Ein Tesla für den Pflegedienst

Gökhan Altincik ist Eigentümer eines der größten Intensivpflegedienste in Bayern. Seine Firmen versorgen mit rund 1100 Mitarbeitern fast 200 Patienten, vor allem Wachkoma- und Intensivpatienten zu Hause. Im Internet postet Altincik gern Fotos von seinen Dienstautos, darunter ein Tesla Model S, beklebt mit dem Logo seiner Firma. Altinciks Ambulante Intensivpflege Bayern (AIB) ist eine große Nummer in der Branche.

Im September vergangenen Jahres glänzte der 44-Jährige im »Handelsblatt« als Familienunternehmer des Tages. Wie er vom Kind mit Sprachfehler und Hauptschulabschluss zum »mehrfachen Millionär« wurde – ganz redlich. Viele Pflegedienste, klagte Altincik, wollten mit Hochrisikopatienten Kasse machen. Es werde »beschissen auf Teufel komm raus«. Deshalb habe er den Intensivpflegeverband Deutschland mit ins Leben gerufen, um sich für bundesweite Qualitätsrichtlinien in der ambulanten Intensivpflege starkzumachen.

Einen Monat später pustete eine Richterin am Amtsgericht Kelheim die Schaumschlägerei weg. Sie verurteilte den gelernten Krankenpfleger wegen Abrechnungsbetrug in 48 Fällen. Altincik attestiert sie in dem Urteil »erhöhte kriminelle Energie«. Er habe »sich durch die Taten in erheblichem Umfang bereichert«, schreibt die Richterin, ein »Imperium auf dem Rücken der Allgemeinheit geschaffen«.

Altinciks Firma rechnete, so steht es in dem Urteil, bei den Krankenkassen rund 6000 Arbeitsstunden ihrer Pflegekräfte ab, die so nie geleistet wurden. Den Scha-

den bezifferte das Gericht auf 183 000 Euro, tatsächlich dürfte er weit größer sein. Die Anklage bezog sich lediglich auf Abrechnungen für drei Patienten und einen Zeitraum von gut anderthalb Jahren.

Manchmal waren die notierten Stunden schlicht erfunden. Oft arbeiteten statt des abgerechneten Fachpersonals unqualifizierte Angehörige. Die spielten mit, auch aus Angst, dass Altincik sie sitzenlässt, wenn sie auspacken. Der Unternehmer, urteilte die Richterin, habe die Angehörigen, »in seine Machenschaften mit hineingezogen« und ihre Notlage ausgenutzt.

Sie hielten auch deshalb still, weil Altincik sie mit Bargeld und »Geschenken« bedachte: einem 2228 Euro teuren Kaminofen für die Ehefrau eines Pflegebedürftigen, 223 Euro für einen Besuch im »Hundeparadies«. Ein Seitenschrank, vom Schreiner angefertigt für 3075 Euro, und eine 8900 Euro teure Quelle-Küche fanden die Ermittler in den Belegen. Der Lebensgefährte einer Patientin bekam 10 Euro, wenn er eine Pflegestunde übernahm – bei der Kasse rechnete Altincik 27,50 Euro ab. 17,50 Euro pro Stunde blieben bei ihm hängen, für nicht geleistete Arbeit. Auch Mitarbeiter bezahlte er mitunter in Sachleistungen, um Sozialbeiträge zu sparen. Selbst habe er jeden Monat ein Gehalt von netto 15 000 Euro kassiert.

Altincik hat gestanden und entging damit wohl dem Gefängnis. Er kam mit zwei Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung davon und musste 180 000 Euro Strafe zahlen. Den Schaden bei den Kassen hat er gutgemacht. Er soll auch Sozialabgaben unterschlagen haben, laut Anklage der Staatsanwaltschaft Regensburg in 647 Fällen. Der Schaden hier: 470 000 Euro. Altincik steht auch dafür vor Gericht.

Doch Altinciks Firmen dürfen weiter Patienten pflegen, als wäre nichts gewesen. Sein Fall zeigt, wie schwer sich Krankenkassen damit tun, fragwürdige Dienstleister auszusortieren, wenn sie erst einmal groß geworden sind.

Zwei, die das beharrlich versuchen, sind Dominik Schirmer und Frank Ledermann. Die beiden könnten als bissiges Fahnderteam im »Tatort« durchgehen. Schirmer ist Chefermittler der AOK Bayern. Ledermann, bei der AOK auf »Fehlverhaltensbekämpfung« in der Pflege spezialisiert, ist Schirmers bester Mann. Er hat beinahe jede Woche auffällige Abrechnungen auf dem Tisch. Meist geht es um ein paar Tausend Euro, manchmal um Millionen.

Wo ein Betrug erwiesen ist, versucht er, das Geld zurückzuholen. Ledermann plädiert in der eigenen Kasse für eine härtere Gangart gegenüber Betrügern. »Wir müssen als Kasse klar sagen: Wer betrügt, muss mit Vertragskündigung rechnen.«

Das klingt selbstverständlich und ist dennoch fast unmöglich. Selbst verurteilte

Pflegeanbieter können sich im Gesundheitssystem festkrallen. Schuld daran ist ein Gestrüpp interner Kassenzwänge und gesetzlicher Lücken.

Hinweise, dass Altinciks AIB falsch abrechnet, hatte die AOK Bayern offenbar schon 2014. Sie erstattete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft in Regensburg. Es folgten Durchsuchungen, ein Prozess und schließlich ein Urteil. So weit, so nutzlos.

Denn würde die Kasse der Firma kündigen, müsste allein die AOK Bayern 35 lebensbedrohlich erkrankte Patienten von einem anderen Pflegedienst versorgen lassen – sie ist gesetzlich dazu verpflichtet, jedem ihrer Versicherten einen Platz anzubieten.

Doch in einem Markt, in dem der Mangel regiert, ist das nicht mal eben möglich. Ledermann, so erzählt der Vertreter einer anderen Kasse, habe sich sowohl innerhalb der AOK als auch bei anderen Kassen dafür starkgemacht, Altincik die Verträge zu kündigen. Und dabei immer wieder zu hören bekommen: »Die Patienten kriegen wir gar nicht alle woanders unter.«

Selbst die Juristen der Kassen sahen keine Chance, Altinciks Firmen rauszuwerfen – trotz des rechtskräftigen Urteils. Mittlerweile rechnet er Pflegeleistungen über Tochterunternehmen ab. Gegen die haben die Kassen formal nichts in der Hand. Seine Posten als Geschäftsführer hat Altincik dort niedergelegt. Die AOK möchte zu dem Fall nichts sagen – über einzelne Vertragspartner äußere man sich grundsätzlich nicht. Auch Altincik will sich in der Sache nicht äußern.

Oft reicht ein Umzug in ein anderes Bundesland oder eine Umfirmierung, um als Pflegedienst neu anfangen zu können. Eine länderübergreifende Datenbank für Pflegebetrüger gibt es nicht. Ohnehin könnten die Kassen eine neue Zulassung nicht verhindern, selbst verurteilte Betrüger dürfen einen Pflegedienst gründen, sofern sie nur eine leitende Kraft mit sauberm Führungszeugnis einstellen.

Allzu weit reicht der gemeinsame Wille der Kassen ohnehin nicht. Gegen einheitliche Qualitätsstandards sträuben sie sich nach wie vor. Lieber wollen sie den Pflegefirmen eigene Konditionen und Preise vorgeben – um im Wettbewerb der Kassen gut dazustehen. Wer am wenigsten Geld ausgibt, kann am Jahresende die Beiträge stabil halten. Dieses Preisdumping aber lockt Betrüger an, die mit unqualifiziertem und schlecht bezahltem Personal Konkurrenten ausstechen – bis sie so groß werden, dass an ihnen keiner mehr vorbeikommt, auch die Kasse nicht. Ein Teufelskreis.

Bei AIB war es ausgerechnet die AOK Bayern, die den Pflegedienst mit niedrigen Stundensätzen abspelte. Aus dem Urteil gegen Altincik wird die Diskrepanz deut-

lich: Ende 2013 zahlte die BKK Mobil der Firma 32,50 Euro je Pflegestunde beim Intensivpatienten, die Audi BKK 30,50 Euro. Die AOK Bayern nur noch 27,50 Euro. Die Allgemeinen Ortskrankenkassen sind bekannt dafür, ihre Marktmacht auszuspielen – keine Kassenart in Deutschland hat mehr Versicherte. Für Intensivpflege zahlen sie teils zwei bis vier Euro pro Stunde weniger als andere. »Die Kasse nimmt damit den Betrug bewusst in Kauf«, sagt ein Pflegeexperte.

Das Versagen der Politik

Pflege in Deutschland ist ein perfektes Zusammenspiel aus Marktversagen und staatlicher Unfähigkeit. Das Ergebnis: ein System, das Redlichkeit nicht belohnt, sondern Betrug selbst heranzüchtet – und zur leichten Beute für Gier und Raffsucht geworden ist.

Man kann Jens Spahn nicht vorwerfen, dass er die Probleme und Nöte in der Pflege ignoriere. Kaum ein Monat vergeht, in dem der Bundesgesundheitsminister nicht neue Initiativen und Gesetze ankündigt. Spahn kämpft vor allem gegen den Personalnotstand in der Branche, aber auch gegen den Betrug im System.

Doch die Regierung scheut seit Jahren klare Regeln. Pflegeexperten fordern schon lange ein Zulassungsverbot für Inhaber betrügerischer Pflegedienste. Sie fordern einheitliche Verträge der Kassen mit Pflegefirmen. Doch absehbar ist davon nichts. »Die politischen Beschlüsse gegen den Betrug in der Pflege bleiben an der Oberfläche. Das ist purer Aktionismus«, sagt AOK-Ermittler Schirmer.

Auch bei den digitalen Leistungsnachweisen, die Kassen und Staatsanwälten die Kontrolle erleichtern würden, hakt es. Im Juni stellten Spahn und seine Ministerkollegen die »Konzertierte Aktion Pflege« vor. Danach sollen ambulante Pflegedienste binnen der nächsten drei bis vier Jahre ihre Leistungen komplett digital erfassen und abrechnen. Pflegekräf-

te sollen dadurch effizienter arbeiten und mehr Zeit für ihre Patienten gewinnen, so Spahns Ziel. Mit bis zu 12 000 Euro hilft der Staat jedem Pflegedienst bei der Umstellung.

Die Chance, dabei auch gegen Betrüger vorzugehen, verpasste Jens Spahn. Dazu hätte es einer gesetzlichen Vorgabe bedurft, welche Daten digital erfasst werden müssen.

Das auszuhandeln blieb den Kassen und Pflegefirmen überlassen. Die aber konnten sich schon bisher nicht auf gemeinsame Standards einigen. »Die Pflegedienste sperren sich. Sie wollen partout nicht übermitteln, wann ein Pflegeeinsatz begann und endete«, klagt Schirmer. »So wird das nichts mit der Betrugsabwehr.«

Immerhin dürfen seit diesem Frühjahr die Betrugsermittler in den Krankenkassen ihre eigenen Kollegen vor verdächtigen Anbietern warnen. Bisher war nicht einmal das erlaubt, aus Datenschutzgründen. Die eine Abteilung ermittelte wegen Betrug, die andere überwies weiter munter Geld und Patienten.

Mit Verweis auf den Datenschutz konnten sich Pflegedienste bisher auch weigern, den Kassen Auskunft über die genaue Zahl ihrer Mitarbeiter und deren Qualifikation zu geben. Auch die Gesundheitsämter in Bayern, die diese Informationen vorliegen haben, geben sie oft nicht preis.

Eine Datenbank für auffällig gewordene Pflegeanbieter bleibt erst einmal ein Wunschtraum der Fahnder. Ihnen graut schon davor, dass künftig noch mehr Pflegekräfte aus dem Ausland angeworben werden könnten, um den Personalmangel zu lindern. »Wer soll denn kontrollieren, ob ihre Qualifikation ausreicht und korrekt ist?«, fragt Staatsanwältin Kinder. »Das ist jetzt schon nicht zu schaffen.«

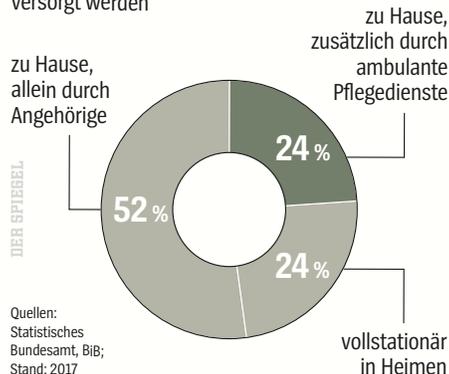
Der Fall Glaß

Der Mann von Elisabeth Glaß starb am 17. Juni 2017, einem Samstag, knapp sechs Wochen nachdem er als Intensivpflegefall aus dem Krankenhaus nach Hause verlegt worden war. Der Speditionsunternehmer hatte beim Beladen seines Lastwagens in Altötting einen Herzinfarkt erlitten, 20 Minuten blieb sein Gehirn ohne Sauerstoff. Im Klinikum wurde der Mann ins künstliche Koma versetzt, er musste künstlich ernährt und über eine Trachealkanüle im Hals beatmet werden. Elisabeth Glaß wollte, dass ihr Mann zu Hause gepflegt wird. In der Klinik, sagt sie, habe sich niemand richtig um ihn gekümmert.

Die AOK Bayern half ihr bei der Suche nach einem Pflegedienst, die Firma Lifeline bekam schließlich den Vertrag. Der erste Eindruck war gut, die Pflegekräfte waren zuverlässig. Bis Lifeline eine Urlaubsvertretung schickte. Eine junge Tsche-

Eigenes Bett, fremde Hilfe

Wie Pflegebedürftige in Deutschland versorgt werden





»Sie haben ihn mir umgebracht.«

chin, die bei Günther Glaß zwei Tage eingearbeitet werden sollte, bevor sie dort allein Schichten übernehmen würde, wie Lifeline versprach. Glaß protestierte: »Ich brauche eine Intensivpflegerin, jemanden, der weiß, was er tut.«

Ihr wurde versichert, die Frau habe die nötige Qualifikation, sei Intensivpflegerin und spreche Deutsch. Zudem habe man derzeit keine andere Pflegerin. Einen deutschen Satz habe sie von der Frau de facto nie gehört, nur »ja, ja«, sagt Glaß. Andere Lifeline-Mitarbeiter hätten ihr berichtet, die Tschechin habe in einer Intensiv-WG zuvor leichte Pflegearbeiten ausgeführt – und geputzt.

Für den Montag, an dem Liba zum ersten Mal allein kam, war bei Günther Glaß ein Wechsel der Kanüle im Hals vorgesehen. Weil die Tschechin das allein nicht hätte durchführen dürfen und noch nie gemacht hatte, sollte der Wechsel verscho-

ben werden. So war es in den Pflegedokumenten schriftlich festgehalten.

Elisabeth Glaß war an dem Tag zu Hause. Sie telefonierte im Nebenraum. Als sie das Zimmer ihres Mannes betrat, war sein Hals voller Blut gelaufen. Liba habe gesagt: »Kanüle gewechselt« und »ging schlecht raus«. Die neu eingesetzte Kanüle war noch dazu die falsche. Liba habe geweint und geschrien. Glaß dachte nur: Ich muss sofort die Pflegeleiterin anrufen.

Die kam dann auch und setzte eine neue Kanüle ein. Die blutgetränkte Bettwäsche wechselte sie nicht. Auch Elisabeth Glaß wagte das nicht, weil ihr Mann beim Um-drehen immer wieder anfang zu bluten.

Bis zum Morgen war beim Absaugen immer wieder Blut im Schlauch. Die Pflegeleitung von Lifeline habe sie beruhigt, sagt Glaß: Ihr Mann erhalte ja Blutverdünner, da sei das ganz normal. In den kommenden Tagen werde man die Kanüle

sonst noch einmal wechseln. »Ich habe gedacht, die haben das im Griff, die werden eine solche Situation ja schon häufiger erlebt haben«, erinnert sich Glaß.

Tatsächlich verschlechterte sich der Zustand ihres Mannes in den Tagen danach zusehends. Als er bei einem Hustenanfall keine Luft mehr bekam und auch das Absaugen nicht mehr gelang, rief Glaß den Notarzt. Der versuchte, ihren Mann mit Herzmassage am Leben zu halten, ohne Erfolg. Als Todesursache notierte der Mediziner: Herzstillstand.

»Sie haben ihn mir umgebracht«, sagt Glaß. Sie erstattete Anzeige wegen fahrlässiger Tötung, doch im Januar dieses Jahres stellte die Staatsanwaltschaft Hof das Verfahren ein. Es sei nicht eindeutig festzustellen, ob der Kanülenwechsel wirklich falsch durchgeführt wurde, und wenn, ob dies auch zum Tod geführt habe. Es sei »rechtlich ohne Belang«, ob die Pflegerin berechtigt gewesen sei, die Kanüle zu wechseln oder nicht.

Der MDK führte kurz nach dem Tod von Günther Glaß eine Sonderprüfung bei Lifeline durch. In den Dokumenten fanden die Prüfer Notizen, dass die Tschechin bis dahin »nur als 2. Pflegekraft zugeschaut« hatte. Der Pflegedienst selbst hatte notiert: »Gespräch nicht möglich. Sprachschwierigkeiten«. Lifeline, so bemerkten die Prüfer, beschäftige darüber hinaus weitere ausländische Pflegekräfte in der 1:1-Intensivpflege, die nicht über die nötige Anerkennung in Deutschland verfügten.

Aus der Personalakte der Pflegerin, die Glaß inzwischen einsehen konnte, geht hervor, dass die Tschechin erst ein Jahr nach dem Tod von Günther Glaß ihre Prüfungen zur Intensivpflegerin ablegte. Lifeline teilte auf Anfrage nur mit, man weise die Vorwürfe zurück.

Die Staatsanwaltschaft München ermittelt nun wegen Abrechnungsbetrug – vor wenigen Monaten wurden die Räume des Pflegedienstes durchsucht und Dokumente sichergestellt. Man kooperiere mit den Ermittlungsbehörden, heißt es dazu von Lifeline.

Elisabeth Glaß hat sich einen anderen Anwalt genommen und will Lifeline womöglich auch zivilrechtlich verklagen. Sie will verhindern, dass andere erliden müssen, was ihr und ihrem Mann passiert ist. »Es kann jeden Tag wieder geschehen«, sagt sie. »Und keiner tut was.«

Kristina Gnirke, Isabell Hülsen
Mail: kristina.gnirke@spiegel.de

Video
Das kaputte System

spiegel.de/sp402019pflege
oder in der App DER SPIEGEL



Die stille Macht

Volkswagen Aufsichtsratschef Hans Dieter Pötsch war von Beginn an umstritten, nun klagen ihn die Staatsanwälte auch noch in der Dieselfaffäre an. Der Autokonzern hält trotzdem an ihm fest – aus Angst.

Am Mittwochnachmittag gegen 14.20 Uhr versammelten sich die Aufsichtsräte des Volkswagen-Konzerns zu einer ungewöhnlichen Sitzung. Die Tagesordnung bestand aus einem einzigen Punkt: Anklage wegen Marktmanipulation.

Alle Kontrolleure kamen zu dem eilig einberufenen Treffen nach Wolfsburg, bis auf einen: Hans Dieter Pötsch, 68, Vorsitzender des Gremiums. Ausgerechnet der Chefaufseher durfte an der wohl wichtigsten Sitzung des Jahres nicht teilnehmen, wegen Befangenheit. Denn zu den Angeklagten gehört auch Pötsch selbst.

Die Staatsanwaltschaft Braunschweig erhebt schwere Vorwürfe gegen ihn: Pötsch, über viele Jahre Finanzvorstand bei VW, soll den Aktionären zu lange verschwiegen haben, dass dem Konzern 2015 in den USA Milliardenstrafen wegen manipulierter Dieselmotoren drohten. Er habe damit »rechtswidrig Einfluss auf den Börsenkurs des Unternehmens genommen«, so die Staatsanwaltschaft, die ihre Vorwürfe am Dienstagnachmittag publik machte. Ebenfalls angeklagt wurden VW-Chef Herbert Diess und dessen Vorgänger Martin Winterkorn. Alle Beschuldigten weisen die Vorwürfe zurück.

Trotz aller Anschuldigungen stand die Entscheidung des Aufsichtsrats schon vor der Sitzung fest: Pötsch soll im Amt bleiben, genau wie Diess. Das hatten die wichtigsten Entscheidungsträger im Konzern, allen voran die Eigentümerfamilien Porsche und Piëch, bereits in den Monaten vor der Anklage durchblicken lassen. Die Vorwürfe seien vollkommen haltlos. Das Votum der Anwesenden fiel nach nur einer Stunde – einstimmig.

Warum kettet sich der VW-Konzern so bedingungslos an seinen Aufsichtsratschef? Gemeinhin gelten Kontrolleure als leicht ersetzbar. Sie führen die Geschäfte nicht, müssen das Unternehmen nicht zwingend in- und auswendig kennen, frischer Wind im Kontrollgremium ist oft sogar eher hilfreich.

Doch Pötsch, ein 1,90-Meter-Mann mit festem Händedruck, gilt bei VW als unersetzlich. In dem sonst so zerklüfteten Konzern wird er von allen maßgeblichen Kräften geschätzt: den Eigentümerclans Porsche und Piëch, dem Vorstand, dem Betriebsrat, dem Land Niedersachsen. Ohne ihn, so die Angst, zerbricht die fragile Gewaltenteilung in Wolfsburg.

Andererseits: Wie soll ein Neuanfang gelingen, wenn VW an Spitzenkräften festhält, die selbst im Dieselskandal belastet werden? Pötschs erzwungenes Fernbleiben von der Aufsichtsratsitzung am Mittwoch verdeutlicht den eklatanten Interessenkonflikt, in dem er seit seinem Amtsantritt im Herbst 2015 steckt.

Als Aufsichtsratschef ist es eine seiner wichtigsten Aufgaben, den Dieselskandal aufzuarbeiten und dafür zu sorgen, dass sich Derartiges nicht wiederholt. Als früherer Finanzvorstand aber war Pötsch jahrelang Teil des alten Systems, das den Skandal verursachte. Pötschs einstige und seine aktuelle Rolle stehen damit in unlöslichem Widerspruch: Im Dieselskandal müsste Pötsch gegen Pötsch ermitteln, womöglich sogar Schadensersatz von sich selbst verlangen.

Längst ist der VW-Chefaufseher zum Intimfeind der Aktionärsschützer geworden. »VW sollte sich endlich von Leuten, die mit der Dieselfaffäre in Verbindung stehen, befreien«, sagt Christian Strenger, Ex-Chef der Fondsgesellschaft DWS und heu-

te Experte für gute Unternehmensführung. Es gibt Spitzenpolitiker, die Pötsch für nicht tragbar halten. Doch öffentlich äußern mögen sich bisher die wenigsten. Nur Jörg Bode (FDP), Ex-Wirtschaftsminister Niedersachsens, forderte Pötsch auf, sein Amt ruhen zu lassen, wenn die Anklage tatsächlich zugelassen wird.

Der Aufsichtsratschef ist solche Kritik mittlerweile gewohnt, schon vor seinem Amtsantritt stand er unter Beschuss. Einzelne Mitglieder des Aufsichtsrats hatten erhebliche Zweifel, ob Pötsch für das Amt der Richtige sei. Über die Frage gab es hitzige Diskussionen.

Am Ende bekam er den machtvollen Job, vor allem auf Wunsch der Familieneigner. Das Land Niedersachsen und die anfangs skeptischen Arbeitnehmer zogen mit. Pötsch wechselte direkt aus dem Vorstand an die Aufsichtsratsspitze. Sein Antritt war begleitet von Patzern.

Für Ärger sorgte schon die Vereinbarung mit VW, wonach Pötsch trotz des Wechsels in das Kontrollgremium weiter Gehalt aus seinem laufenden Vorstandsvertrag beziehen sollte. Ein Tabubruch, wie Aktionärsschützer Strenger befand: Schließlich steckte VW damals in einer Situation, die Pötsch selbst als existenzielle Bedrohung bezeichnete. Während der Aufsichtsratschef Millionen kassierte, sollten Stellen gestrichen werden.

Zudem basierten Pötschs üppige Bezüge laut Strenger auf den glänzenden Zahlen des Rekordjahres 2014. Doch schon 2015 habe sich gezeigt, dass die Gewinne nicht nachhaltig waren: Der Dieselskandal trug VW einen Milliardenverlust ein. Strenger traf sich damals mit Pötsch und polterte los: »Das geht so nicht.« Der sonst so höfliche Pötsch reagierte dünnhäutig, das Gespräch war rasch beendet. Seither herrscht Eiszeit zwischen dem Aufsichtsratschef und dem Aktionärsvertreter. Erst später verzichtete Pötsch auf Teile seiner Bezüge und änderte die Vergütungsregeln im Konzern. Sein eigenes Gehalt wurde auf 400 000 Euro gedeckelt.

Auch als Aufklärer machte Pötsch keine glückliche Figur. Im Herbst 2015, kurz nachdem der Dieselskandal aufgefliegen war, hatte Pötsch noch Transparenz versprochen: »Alles kommt auf den Tisch, nichts wird unter den Teppich gekehrt.« Der Chefaufseher wollte einen umfassenden Ermittlungsbericht veröffentlichen. Eine Internetseite und eine Pressekonferenz waren bereits geplant.

Doch im letzten Moment ließ sich Pötsch von den VW-Anwälten zurückpfeifen. Eine Veröffentlichung schien zu riskant, die zusammengetragenen Fakten wären eine Steilvorlage für Aktionärskläger gewesen, die von VW Schadensersatz in Milliardenhöhe verlangen. Pötsch muss sich seither von Aktionären vorhalten las-

Vertrauen verspielt

VW-Vorzugsaktie seit der Abgasaffäre





ODD ANDERSEN / AFP

VW-Oberaufseher Pötsch, Vorstandschef Diess: »Nichts wird unter den Teppich gekehrt«

sen, entgegen seinem Versprechen Dinge unter den Teppich zu kehren.

Zumal seine eigene Rolle im Dieselskandal nicht aufgeklärt ist. Als Finanzchef schien sich Pötsch zunächst nicht recht für das Thema zu interessieren. Der damalige Leiter der Rechtsabteilung habe einmal versucht, sich Gehör bei ihm zu verschaffen, sagte ein Mitarbeiter aus. Pötsch aber habe sich lieber mit seinem Chef Winterkorn über Fußball unterhalten. Die Herren hätten diskutiert, wie ein Wechsel von Kevin De Bruyne, damals Offensivspieler beim VfL Wolfsburg, zu verhindern sei.

Ein weiterer Mitarbeiter aus der Rechtsabteilung will Pötsch Ende Juni 2015 vor drohenden Milliardenstrafen in den USA gewarnt haben. VW, Pötsch und andere bestreiten die Darstellung. Doch der Zeuge steht zu seinen Aussagen, die Staatsanwaltschaft hält ihn für glaubwürdig.

Wirklich geschadet hat Pötsch das nie. Während die Kritik von außen zunahm, baute er seine Macht nach innen sogar aus. Für die Entscheidungsträger bei VW ist Pötschs Vergangenheit kein Makel, im Gegenteil: Als frühere Nummer zwei hinter Winterkorn kenne er den Konzern wie kaum ein anderer, sei bestens verdrahtet und komme mit allen gut aus.

Die eigentümliche Loyalität hängt damit zusammen, dass der Aufsichtsratschef allen Kräften im Haus das Gefühl gibt, sie zu unterstützen, ohne sich je komplett auf eine Seite zu schlagen. Dadurch genießt er fast überall Vertrauen – und hält so die komplizierten Machtstrukturen bei Volkswagen in der Balance. Pötsch ist eher ein Versöhner, kein Spalter wie sein Amtsvorgänger Ferdinand Piëch, der ge-

zielt gegen seine Führungskräfte intrigieren konnte.

Pötschs meist gutes Benehmen ist keine Selbstverständlichkeit in einem Konzern, der von schroff auftretenden Alphanimierten geprägt ist. Seine Höflichkeit ist bisweilen fast unterwürfig. Taucht auf einer Automesse ein Mitglied der Familie Porsche oder Piëch auf, springt der Chefaufseher prompt auf, um seinen Stuhl anzubieten.

Vielen gilt Pötsch zudem als idealer Gegenpart zum umtriebigen VW-Chef. Er unterstützt dessen radikalen Reformkurs – weg von den Benzin- und Dieselmotoren, hin zur E-Mobilität – und überzeugt die skeptischen Familieneigner von den nötigen Milliardeninvestitionen. Gleichzeitig empfängt Pötsch frustrierte Führungskräfte, wenn sie sich über die Alleingänge ihres machtbewussten CEO beklagen wollen. »Ohne Pötsch würde VW die Integrationskraft fehlen«, heißt es aus dem Umfeld eines Großaktionärs.

Gibt es Probleme, grätscht der Oberaufseher beherzt dazwischen. So wie in diesem Frühjahr, als der Vorstandschef neue Sparpläne verkündete, ohne zuvor den Aufsichtsrat zu informieren. Im latenten Dauerclinch zwischen Diess und Betriebsratschef Bernd Osterloh kommt Pötsch die Rolle des Friedensengels zu.

Dass seine lasche Aufklärungsarbeit im Dieselskandal ihn bisher nicht beschädigt hat, liegt vor allem daran, dass sie im besten Interesse von VW ist. Der Konzern kann kein Interesse an lückenloser Aufklärung haben: Jede Spur, die an die Spitze des Unternehmens führt, birgt das Risiko weiterer Milliardenzahlungen an die vielen Zivilkläger. Allein schon deshalb wird

das Unternehmen an Pötsch festhalten, bis es nicht mehr anders geht. Ein vorzeitiger Rückzug, warnen VW-Anwälte, gleiche einem Schuldeingeständnis.

Viele Aktionäre sehen das anders, gerade weil es bei den Vorwürfen gegen Diess und Pötsch um Marktmanipulation geht. Im Zuge des Dieselskandals könnten ständig neue Probleme auftauchen, die VW an die Anleger vermelden müsse, sagt Ingo Speich, Leiter Nachhaltigkeit und gute Unternehmensführung bei der Fondsgesellschaft Deka Investment. Das Management um Diess müsse daher besonders eng durch den Aufsichtsrat kontrolliert werden: »Herr Pötsch als selbst Angeklagter kann das aus offensichtlichen Gründen nicht leisten. Wir sind daher der Ansicht, dass er sein Amt niederlegen sollte.«

Die Zeit spielt indes für Pötsch. Das Aufsichtsratsgremium will die Lage neu bewerten, wenn das Landgericht Braunschweig darüber entschieden hat, ob die Hauptverhandlung eröffnet wird. Erst wenn Pötsch wirklich vor Gericht erscheinen muss, dürfte es eng werden für ihn. Ein Aufsichtsratschef, der an einem Tag auf der Anklagebank sitzt, tags darauf auf der Hauptversammlung den Aktionären Rede und Antwort stehen muss, wäre der Öffentlichkeit schwer zu vermitteln.

Noch stärker gefährdet wäre laut Insidern jedoch VW-Chef Diess: Die drohenden Präsenztermine vor Gericht wären mit seinem engen Zeitplan als Vorstandschef kaum zu vereinbaren.

Der Prozess wird zum Risiko, auch weil darin ein mögliches Kontrollversagen von Pötsch und Diess aufliegen könnte. Selbst wenn die Staatsanwaltschaft dem Spitzenduo keine vorsätzliche Kursmanipulation nachweisen kann, droht ihnen womöglich eine Geldbuße wegen Fahrlässigkeit.

Mit einer baldigen Prozessöffnung aber rechnet bei VW derzeit niemand. Die Konzernjuristen vermuten, dass die Justiz zunächst den eigentlichen Dieselskandal verhandeln will, in dem weder Pötsch noch Diess als Beschuldigte geführt werden. Bis zur Hauptverhandlung wegen Marktmanipulation, so das Kalkül, könnten anderthalb bis zwei Jahre verstreichen.

Die Chancen stehen also nicht schlecht, dass Pötsch bis zum Ende seiner Amtszeit bei VW bleiben kann: Die läuft noch bis zum Frühjahr 2021.

Simon Hage, Martin Hesse
Mail: simon.hage@spiegel.de

Soloflug der Tochter

Insolvenzen Die deutsche Charterlinie Condor hat sich von Thomas Cook losgerissen und braucht nun einen Käufer. Interessenten gibt es einige.

Ralf Teckentrup, 61, hat die Condor schon einmal gerettet. Vor 15 Jahren war das. Damals lag der Charterflieger seinen Muttergesellschaften, der Lufthansa und dem Karstadt-Konzern, schwer auf der Tasche.

Nun wiederholt sich die Geschichte, nur unter umgekehrten Vorzeichen. Condor gehört mittlerweile zu Thomas Cook. Der insolvente Reiseriese hätte seine Flugtochter diese Woche beinahe in den Abwärtsstrudel gezogen.

Um den deutschen Ferienflieger zu retten, hat Condor-Chef Teckentrup eine in der deutschen Luftfahrt ungewöhnliche und riskante Operation gestartet: Er will Condor von Thomas Cook abtrennen, einen Käufer suchen und so einen Neustart wagen. Was ihm noch fehlt, ist ein Investor.

Der erste Schritt immerhin verlief erfolgreich: Am Mittwoch beantragte Condor das sogenannte Schutzschirmverfahren, eine Art schonende Insolvenz in Eigenverwaltung. Damit kann das Management um Teckentrup erst einmal weitermachen, assistiert von dem gerichtlich bestellten Sachwalter Lucas Flöther, der bereits die Air-Berlin-Pleite betreut.

Der Bund und das Land Hessen sicherten den Plan mit einem Überbrückungskredit von 380 Millionen Euro ab. Die Politiker rückten das Geld so bereitwillig heraus, weil sie wie die Condor-Führung fest davon ausgehen, dass sich ein Investor findet, der die Fluglinie in den kommenden Monaten kauft. Mit dem Kaufpreis ließe sich das staatliche Darlehen zurückzahlen – das allerdings muss binnen sechs Monaten geschehen.

Zu den Interessenten, so heißt es im Bundeswirtschaftsministerium, zähle eine ausländische Airline. Der US-Investor Indigo Partners, der bereits mehrere Fluglinien besitzt, soll ebenfalls interessiert sein. Gehandelt wird zudem der europäische Finanzinvestor Triton, der erst kürzlich zwei Reiseveranstalter in den Beneluxstaaten aufkaufte.

Auch Thomas-Cook-Konkurrent TUI und die Lufthansa tauchen immer wieder als potenzielle Interessenten auf, sie müssten aber mit kartellrechtlichen Auflagen rechnen. Beide Unternehmen haben erst einmal abgewartet, doch das muss nichts heißen, derlei Bluffs gehören beim Übernahmepoker dazu.

Die Lufthansa soll bereits im Frühjahr knapp 200 Millionen Euro für Condor geboten haben, als Thomas Cook seine Fluglinien verkaufen wollte. Nun müsste ein Erwerber fast das Doppelte aufbringen, schon allein, damit der Überbrückungskredit zurückgezahlt werden kann.

Bei Condor gibt man sich selbstbewusst, eine solche Summe auch wert zu sein. Das Unternehmen sei mit dem Schutzschirmverfahren schließlich seine kostspieligen Verpflichtungen gegenüber der insolventen Mutter losgeworden und damit deutlich wertvoller als vorher.

Falsch ist das nicht. Wie bei den meisten Großunternehmen war auch Condor bei

Mit dem eingeleiteten Schutzschirmverfahren ist Condor vor dem direkten Zugriff aus London erst einmal sicher. Auch ein weiteres Problem ist fürs Erste gelöst. Ein Großteil der Vermögenswerte von Thomas Cook steckt in den Töchtern. Deshalb haften diese für Kredite und Anleihen mit, über die sich der Mutterkonzern in der Vergangenheit frisches Geld besorgte. Ohne die Insolvenz in Eigenverwaltung wäre das deutsche Staatsgeld womöglich gleich an britische Banken und Anleihegläubiger durchgereicht worden.

Ein großer Teil der Schulden stammt aus der Ära, als Thomas Cook noch zum Kaufhauskonzern Arcandor gehörte. Vorstandschef war damals Thomas Middelhoff. Der versuchte, den Aktienkurs der Tourismustochter auch durch schuldenfinanzierte Anteilsrückkäufe in die Höhe zu treiben.

Zudem schleppt Condor Pensionszusagen gegenüber den eigenen Mitarbeitern in Höhe von fast einer halben Milliarde Euro mit sich herum. Auch diese Verpflichtung

könnte das Unternehmen nun zunächst elegant loswerden. Das Insolvenzrecht erlaubt es, sie an den Pensionsversicherungsverein abzutreten. Er wird von allen Firmen in Deutschland finanziert, die ihren Angestellten Betriebsrenten zugesichert haben. Der Verein muss in einer Situation, wie sie bei Condor eingetreten ist, erst einmal einspringen.

Aus Großbritannien blickt man eher bitter auf den deutschen Alleingang, der die Gläubiger des Mutterkonzerns viel Geld kostet. Auch die dortigen Mitarbeiter fühlen sich benachteiligt. Ausbaden muss das Teckentrups Kollege Christoph Debus. Der frühere Air-Berlin-Manager ist im Thomas-Cook-Konzern für alle Fluglinien zuständig. Eigentlich hatte Debus sie alle retten wollen, weil jede von ihnen Geld verdient.

Er war gerade bei Condor in Frankfurt, als am Dienstagabend der Übergangskredit durch die Bundesregierung bewilligt wurde. Die Condor-Mitarbeiter feierten die Geschäftsführung, die den Deal eingefädelt hatte, mit Applaus. Einer filmte die Szene und stellte sie ins Netz. Debus geriet mit aufs Bild, was in London nicht gut ankam.

Die dortige Fluggesellschaft war tags zuvor trotz seiner Rettungsversuche pleitegegangen. Die Beschäftigten verloren ihre Jobs, während sich ihr Boss in Deutschland über den Erhalt der Condor-Arbeitsplätze freute. Über Debus brach ein Shitstorm herein, den er nur abmildern konnte, indem er Zerknirschung zeigte und sich via Twitter entschuldigte.

Dinah Deckstein, Martin U. Müller
Mail: dinah.deckstein@spiegel.de



Condor-Flugzeuge

Sicher vor dem Zugriff aus London

Thomas Cook in ein sogenanntes Cash-Pooling-System eingebunden. Die liquiden Mittel flossen dorthin, wo sie gerade gebraucht wurden. Im Idealfall ist das ein Geben und Nehmen, mal zahlt der eine ein, mal der andere. Der Condor-Geschäftsführung war allerdings schon im Frühjahr aufgefallen, dass sie selbst nur noch einzahlte und Mutter und Schwestern sich kräftig bedienten. Deshalb hielten »Tecke«, wie er bei Condor genannt wird, und seine Kollegen Teile des Geldes zurück, als Vorsorge für den nachfrageschwachen Winter.

Die Konzernführung in London forderte hartnäckig den Solidarbeitrag der Deutschen ein. Doch die verwiesen auf ihre Vermögensbetreuungspflicht als Geschäftsführer der Condor Flugdienst GmbH. Offenbar ahnten sie schon, dass es mit Thomas Cook kein gutes Ende nehmen würde.

€ 150,- Belohnung!

SICHERN SIE SICH IHREN GUTSCHEIN FÜR EINEN NEUEN SPIEGEL-LESER.



€ 150,- DriversChoice-Tankgutschein

Benzingeld für Sie: Der Tankgutschein ist deutschlandweit bei über 8500 Tankstellen gültig. Gute Fahrt!

€ 150,- BestChoice-Universalgutschein

Machen Sie sich eine Freude! Über 200 Händler mit über 25.000 Filialen oder Online-Shops stehen zur Auswahl.



Ja, ich möchte eine Prämie für einen neuen Leser!



- ✓ Wertvolle Wunschprämie für den Werber.
- ✓ Der Werber muss selbst kein SPIEGEL-Leser sein.
- ✓ Der neue Abonnent liest den SPIEGEL zwei Jahre für zzt. € 5,10 pro Ausgabe statt ~~€ 5,30~~ im Einzelkauf, danach jederzeit kündbar.
- ✓ Auf Wunsch das Digital-Upgrade für nur € 0,70 je Ausgabe inkl. SPIEGEL-E-Books.

Einfach jetzt anfordern:

 abo.spiegel.de/150

 **040 3007-2700**
(SP19-102)



Anti-Brexit-Demonstrantin in London

HENRY NICHOLS / REUTERS

»Jetzt nicht die Nerven verlieren«

Brexit Europa sollte London bei den Verhandlungen entgegenkommen, sagt der Handelsökonom Gabriel Felbermayr. Sein Vorschlag: ein Zollverein zwischen Großbritannien und der EU.

SPIEGEL: Herr Felbermayr, trinken Sie gern schottischen Whisky?

Felbermayr: Sehr selten. Aber ich habe einige Flaschen im Haus, falls mal Gäste kommen.

SPIEGEL: Denken Sie darüber nach, auf andere Marken umzuschwenken, wenn es zum Brexit kommen sollte?

Felbermayr: Das kommt darauf an, ob Europa einen Zoll erhebt. Nach jetzigem Stand ist das eher unwahrscheinlich. Und wenn dann noch das Pfund abwertet, womit im Brexit-Fall zu rechnen wäre, könnte Scotch sogar billiger werden. Dann würde ich ihn natürlich weiter kaufen.

SPIEGEL: Die jüngste Niederlage von Premier Boris Johnson vor dem Obersten Gericht stärkt aber seine Gegner im Unterhaus, die einen EU-Austritt ohne Abkommen verhindern wollen. Ist der sogenannte harte Brexit damit vom Tisch?



STEFFEN ROTH / DER SPIEGEL

Felbermayr, 43, ist im österreichischen Steyr geboren. Vor seinem Wechsel an die Spitze des Kieler Instituts für Weltwirtschaft war der Volkswirtschaftsprofessor am Ifo-Institut in München tätig.

Felbermayr: Keineswegs. Johnson hat immer gesagt, dass er zur Not auch ohne Deal aus der EU ausscheiden will.

SPIEGEL: Aber genau das hat das Unterhaus doch per Gesetz ausgeschlossen.

Felbermayr: Nein. Das Unterhaus hat Boris Johnson gezwungen, die EU um eine Verlängerung der Verhandlungen zu bitten. Dieser Bitte wird er wohl nachkommen. Damit wäre zwar ein harter Brexit Ende Oktober verhindert, danach aber kann es jederzeit dazu kommen. Johnson drängt auf Neuwahlen. Weil er in den Umfragen gut dasteht, ist seine Position besser, als es viele in Deutschland wahrhaben wollen.

SPIEGEL: Und dann könnte es zu jenem unregelmäßigem Austritt kommen, vor dem sich Europa fürchtet. Ist die Angst berechtigt?

Felbermayr: Das hängt von den Reaktionen in London und Brüssel ab. Beide Sei-

ten haben die klare Absicht, nach dem Brexit ein Handelsabkommen abzuschließen. In diesem Fall, so sehen es die Regeln der Welthandelsorganisation vor, können die Regierungen darauf verzichten, Zölle zu erheben. Die Briten haben diese Variante auch bereits ins Spiel gebracht.

SPIEGEL: Und Brüssel sollte da mitziehen?

Felbermayr: Ja. In Europa gibt es allerdings viele, die an Großbritannien ein Exempel statuieren wollen. Sie wollen das Land bestrafen, nach dem Motto: Schaut her, so geht es allen, die unseren Klub verlassen.

SPIEGEL: Dafür gibt es auch gute Gründe. Seit drei Jahren wird nun schon über den Brexit gesprochen. Wird es nicht Zeit, dass Brüssel sagt: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende?

Felbermayr: Ich kann nachvollziehen, dass viele Europäer angesichts des politischen Chaos in London angesäuert sind. Trotzdem sollten sie sich von diesen Gefühlen nicht hinreißen lassen. Versetzen wir uns doch mal in die Köpfe der britischen Unterhausabgeordneten: Sie wollen einen harten Brexit verhindern, haben aber den Vertrag von Theresa May dreimal abgeschmettert. Und ehrlich gesagt: Ich kann das verstehen.

SPIEGEL: Das müssen Sie erklären.

Felbermayr: Der Vertrag sieht vor, dass London umgehend die ausstehenden EU-Beiträge von mehr als 35 Milliarden Euro begleichen und in jedem Fall in der Zollunion mit Europa verbleiben muss – wenn nicht einvernehmlich etwas anderes vereinbart wird. Damit gibt London praktisch alle Trümpfe aus der Hand, ohne zu wissen, was bei den Gesprächen über ein künftiges Handelsabkommen herauskommt. Das ist kein guter Deal.

SPIEGEL: Aber London hat ihn unterschrieben.

Felbermayr: Das stimmt. Doch wenn die Parlamentarier im Bundestag oder in der französischen Nationalversammlung ehrlich wären, würden sie zugeben: Sie hätten ihre Regierung bei einem solchen Verhandlungsergebnis ebenfalls nach Hause gejagt.

SPIEGEL: Nun rasen beide Seiten auf den Abgrund zu. Was schlagen Sie vor?

Felbermayr: Ich hielte es für sinnvoll, wenn die Europäer den Briten in einigen ausgewählten Punkten entgegenkämen.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

Felbermayr: Nehmen Sie die umstrittene Backstop-Regelung, die den bedingungslosen Verbleib Großbritanniens in der Zollunion festschreibt. Hier könnten die Europäer London ein außerordentliches Kündigungsrecht nach zwei Jahren einräumen. Dann müssten die Briten nicht mehr das Gefühl haben, sich in völlige Abhängigkeit der EU zu begeben. Und die Europäer hätten London eine Brücke gebaut, ohne dabei viel zu verlieren.

SPIEGEL: Eine solche Regelung würde aber die Gefahr erhöhen, dass eine harte



www.spiegel-geschichte.de

► Auch als App für iPad, Android sowie für PC/Mac. Hier testen: geschichte.spiegel.de/digital

Lesen Sie in diesem Heft:

Friedrich der Große
Preußens geheime Diplomaten

Liebspione
Die Masche der DDR-Späher

Erinnerungen
Ein Ex-Agent über seine Arbeit

Grenze in Irland entsteht. Gerade das wollen die Europäer doch verhindern.

Felbermayr: Falsch. Wenn es zum harten Brexit kommt, gibt es in jedem Fall eine harte Grenze zwischen Irland und Nordirland. Die Europäer würden herbeiführen, was sie abwenden wollen. Das erscheint mir nicht wirklich durchdacht. Es stimmt, dass auch die anhaltende Unsicherheit Kosten verursacht. Trotzdem dürfen wir jetzt nicht die Nerven verlieren. Kommt es zu einem ungeordneten Brexit, der hart durchgezogen wird, sind die Kosten mit Sicherheit höher.

SPIEGEL: Großbritannien hätte darunter aber mehr zu leiden als die Europäische Union. Sitzt Brüssel am längeren Hebel?

Felbermayr: Da wäre ich mir nicht so sicher. Wenn wir das Thema aus einer globalen Perspektive betrachten, sind die Europäer gut beraten, wenn sie die Briten so eng an ihren Staatenbund andocken, wie es nur irgend geht.

SPIEGEL: Warum?

Felbermayr: In einer Welt, in der die USA und China unverhohlen auf das Recht des Stärkeren setzen, zählt nichts so sehr wie die Größe des eigenen Marktes. Und Großbritannien ist nun mal die zweitgrößte Volkswirtschaft Europas. Verlässt das Land die EU, verliert diese 15 Prozent ihres Marktes. Das dürfen die Europäer aus wohlverstandener Eigeninteresse nicht zulassen. Deshalb sollten wir den Briten bei der Ausgestaltung eines künftigen Handelsabkommens entgegenkommen. Zum Beispiel durch die Bildung eines gemeinsamen Zollvereins, wie er im 19. Jahrhundert vor der Gründung des Deutschen Reiches zwischen Ländern und Fürstentümern geschaffen wurde.

SPIEGEL: Wie würde das funktionieren?

Felbermayr: Großbritannien und die EU würden weiter als gemeinsamer Wirtschaftsraum für den größten Teil der Güter und manche Dienstleistungen aufreten. Zugleich bekämen die Briten ein Mitspracherecht bei künftigen Zollabkommen. Von einem solchen Deal würden beide Seiten profitieren.

SPIEGEL: Das Problem ist nur, dass Johnson lieber eigene Handelsabkommen mit Staaten in aller Welt abschließen möchte.

Felbermayr: Schauen Sie sich die Verträge an, die US-Präsident Trump jüngst mit Korea oder seinen Nafta-Partnern Mexiko und Kanada abgeschlossen hat. Das sind America-first-Abkommen, bei denen das Weiße Haus mehr oder weniger die Bedingungen diktiert hat. Und warum ist das so? Weil Kanada nur etwa ein Zehntel des Marktvolumens der USA aufbieten kann.

SPIEGEL: Johnson setzt aber auf die ideologische Nähe zu Trump. Und auf dessen Interesse, die EU zu schwächen.

Felbermayr: Sicher, Trump hofiert Johnson, um Merkel zu ärgern. Aber das heißt

noch lange nicht, dass er bereit wäre, deshalb auf Handelsvorteile zu verzichten. So naiv können nicht einmal die Brexiteers sein, dass sie glauben, Trump würde ihnen aus philanthropischen Gründen bessere Bedingungen zugestehen. Außerdem zeigen viele Studien: Wenn eine große Nation mit einer kleineren verhandelt, setzt sich in der Regel die größere durch.

SPIEGEL: Die Briten planen aber nicht nur Handelsverträge. Sie wollen auch zum »Singapur an der Themse« werden, also Unternehmen aus aller Welt mit günstigen Steuern und laxen Regeln ins Land locken.

Felbermayr: Das ist eine Strategie, die schon eher aufgehen könnte. Wenn sich Großbritannien zur Steueroase des Kontinents entwickeln will, wären die Europäer kaum in der Lage, das zu verhindern. Sie müssten sonst den Kanaltunnel zumauern, damit kein Spanien oder Frankreich mehr mit dem Geldkoffer nach London reisen kann. Und sie müssten den Kapitalverkehr

Mehr oder weniger abhängig

Exporte in die EU, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, in Prozent

Großbritannien

12

Frankreich

17

Deutschland

27

Österreich

39

Niederlande

71

Tschechien

Quellen: Eurostat, IfW Kiel

78

scharf kontrollieren. Beides werden sie nicht tun. Umso wichtiger wäre es, mit den Briten zu einem möglichst umfassenden Handelsvertrag zu kommen, der diesen Unterbietungswettbewerb ausschließt.

SPIEGEL: Sind an der Brexit-Misere womöglich nicht nur die Briten schuld?

Felbermayr: In der Tat. Die Briten sind derzeit politisch handlungsunfähig. Das ist schlimm genug. Aber auch die Europäer gehen in vielerlei Hinsicht von falschen Voraussetzungen aus.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Felbermayr: In Brüssel glauben manche noch immer, die Briten komplett in der EU halten zu können. Das ist aber angesichts des Resultats beim Referendum eine Illusion. Ebenso war es ein Fehler, zunächst den Austritt und erst später das Handelsabkommen unter Dach und Fach bringen zu wollen. Das hat die Gesprächsthemen unnötig beschränkt. Das größte Versäumnis freilich liegt darin, dass die

EU kein Konzept für ihre künftigen Beziehungen mit London hat. Brüssel tut so, als hätte es bei einem EU-Austritt der Briten nichts zu verlieren. Das ist aber falsch.

SPIEGEL: Die Europäer wollen eben verhindern, dass andere Länder dem britischen Beispiel folgen und ebenfalls Sonderrechte verlangen.

Felbermayr: Das ist zu kurz gedacht. Großbritannien ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU. Punkt. Das Land hat deshalb eine andere Verhandlungsmacht als beispielsweise Dänemark oder Österreich. Ein Austritt dieser Länder hätte für die EU kaum Nachteile, für sie selbst aber wäre es eine Katastrophe. Viele ökonomische Analysen zeigen: Bei einem Land wie Tschechien machen Exporte in EU-Staaten fast 80 Prozent der Wirtschaftsleistung aus. Beim Vereinigten Königreich sind es dagegen nicht mal 12 Prozent.

SPIEGEL: In der EU haben nun mal alle Staaten die gleichen Rechte.

Felbermayr: Das stimmt, aber ich argumentiere hier nicht als Politiker, sondern als Ökonom. Und wer über Handelsfragen diskutiert, sollte die grundlegenden wirtschaftlichen Interessen nicht völlig außer Acht lassen. Ich bin gegen ein Europa à la Carte, bei dem sich jeder aus einer langen Liste der Möglichkeiten herauspicken kann, was ihm am besten schmeckt. Ein Europa der zwei oder drei Geschwindigkeiten wäre dagegen ein großer Fortschritt. **SPIEGEL:** Aber es würde die Integrität des Binnenmarktes zerstören.

Felbermayr: Das glaube ich nicht. Es gibt nun mal Länder, die wirtschaftlich mit der EU verbunden sein wollen, aber keine enge politische Union wünschen. Für diese Länder haben die Europäer kein Angebot. Stattdessen verhandelt Brüssel nach dem Motto »Friss oder stirb«: entweder die volle Mitgliedschaft oder ein Abkommen wie mit Südkorea. Das ist aus der Sicht von Bürokraten verständlich, aber nicht klug.

SPIEGEL: Deutschland ist weit stärker an der Mitgliedschaft Großbritanniens interessiert als Frankreich. Müsste die Kanzlerin dies deutlicher zur Geltung bringen?

Felbermayr: Ja. Frankreich ist traditionell stärker am eigenen Markt orientiert als die Exportnation Deutschland. Berlin hat sich früher gern hinter London versteckt, wenn es in Wirtschafts- und Handelsfragen Konflikte mit Frankreich gab. Dass Europa besser fährt, wenn Deutschland diese Differenzen künftig selbst austragen muss, möchte ich bezweifeln. Auch deshalb hat Berlin ein elementares Interesse, die Briten aufs Engste an Europa zu binden.

Interview: Michael Sauga

► Lesen Sie auch auf Seite 86

Wie es nach Johnsons Niederlage in London weitergeht

WIRTSCHAFT AUS ERSTER HAND

AUFSTEIGER

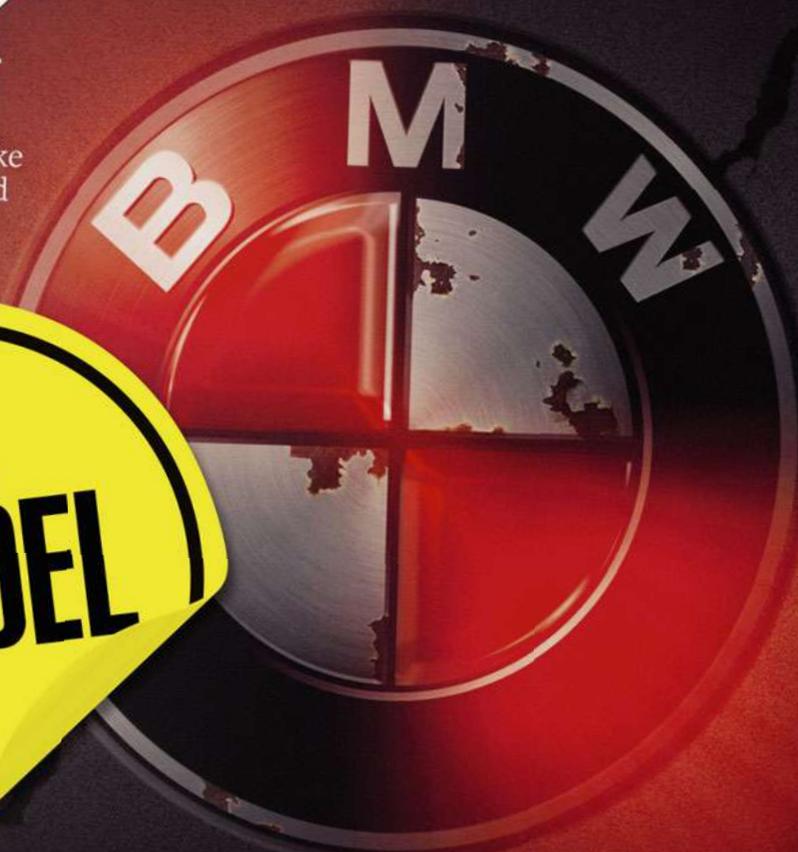
Migranten
möbeln die
deutsche
Wirtschaft auf

10/2019



OKTOBERFEST

Wie die
Milliardenmarke
gemanagt wird



Deutsche Telekom

Machtkampf
im Konzern

Disney

Großangriff
auf Netflix
und Amazon



Der **Systemabsturz**

Falscher Chef, Intrigen im Vorstand –
warum BMW aus der Erfolgsspur gefallen ist

oder digital auf manager-magazin.de/premium



LUCY NICHOLSON / REUTERS

Tabakhändler in Los Angeles: »Sieht aus wie Tech, wirkt wie Gift«

Verdampfte Hoffnung

Konzerne Die Tabakindustrie wollte mit E-Zigaretten ihr Milliarden-geschäft retten. Doch die Debatte um seltsame Todesfälle und vorläufige Verkaufsverbote stürzt vor allem Marktführer Juul in die Krise.

Im Tabakshop von Tareq Alabsi an der Polk Street in San Francisco ist die Krise der E-Zigaretten längst angekommen. In den vergangenen Jahren seien geschätzte 70 Prozent seiner Kundschaft auf das Dampfrauchen umgestiegen, sagt Alabsi, 45. Nun aber wolle »jeder Zweite, der in den Laden tritt, von mir wissen, ob das Zeug gefährlich ist oder nicht«.

Alabsis Umsatz ist eingebrochen. Zwar fragen ihn nun wieder mehr Raucher nach klassischen Zigaretten statt nach den Kartuschen von Juul und Geräten anderer Hersteller. »Mein Minus aber kann das nicht wettmachen«, sagt er.

Die Debatte um tödliche Risiken des Dampfens und ein angekündigtes Verbot aromatisierter E-Zigaretten in den USA schütteln die Tabakindustrie gerade ordentlich durch. Die Hoffnung der Branche, das schwächelnde Geschäft mit herkömmlichen Zigaretten durch die elektrischen Produkte auszugleichen, ist in den vergangenen Monaten schwer erschüttert worden. In den USA starben neun Menschen offenbar nach dem Konsum von E-Zigaretten, Hunderte wurden in Krankenhäuser eingeliefert.

In Verdacht geraten sind zwar vor allem selbst gebraute Dampfflüssigkeiten (»li-

quids«), etwa solche, denen der Haschisch-wirkstoff THC beigemischt wurde.

Trotzdem trifft die Debatte vor allem den US-Marktführer Juul hart: Am vergangenen Mittwoch trat Firmenchef Kevin Burns zurück. Ausgerechnet ein Manager des Tabakkonzerns Altria Group übernahm seinen Posten. Der Marlboro-Hersteller hatte vor neun Monaten 35 Prozent der Juul-Anteile gekauft. Geplatzt ist auch der geplante Zusammenschluss von Altria mit dem Branchengiganten Philip Morris International. Die Fusionsverhandlungen seien abgebrochen worden, verkündeten beide Unternehmen am Mittwoch. Der Traum vom großen Zukunftsgeschäft: vorerst verdampft.

Das Hauptquartier von Juul Labs liegt an der Pier 70, einem alten Hafengelände in San Francisco. Wo früher die Schwerindustrie saß, logieren heute elegante Tech-Firmen. Die ehemaligen Schiffswerften werden gerade abgerissen, Bagger schieben Schutt herum. Juul und seine schlanken Geräte galten bisher als cool.

Doch der Abgang des Chefs ist nur der Höhepunkt einer langen Reihe von Hiobsbotschaften aus den vergangenen Monaten. Es begann damit, dass US-Gesundheitsbehörden Hunderte Fälle einer mys-

teriösen Lungenkrankheit prüfen, die im Verdacht steht, sie werde durch den Konsum von E-Zigaretten verursacht.

Es folgte die Nachricht aus Washington, dass die Trump-Regierung ein Verbot aromatisierter E-Zigaretten plant, um Jugendliche vor ihrem Konsum zu schützen. Dann untersagte die indische Regierung das Dampfen – ein Milliardenmarkt fällt damit weg. Die US-Bundesstaaten Michigan und New York sprachen ein Verkaufsverbot aus. Die Warenhauskette Walmart hat den Verkauf gestoppt. Und führende US-Medienkonzerne wollen keine Vaping-Werbung mehr zeigen.

Einer von Juuls eher unbekanntem, aber mächtigen Gegenspielern sitzt im prachtvollen Rathaus von San Francisco. Dennis Herrera trägt den Titel City Attorney, eine Art Staatsanwalt für städtische Belange. Es war Herrera, 56, der schon im Juni gegen den Verkauf von E-Zigaretten vorging und damit den Reigen von Anti-Vaping-Maßnahmen eröffnete.

Seine Entscheidung begründete er damit, dass Juul und andere Hersteller es nicht für nötig befunden hatten, vor dem Verkaufsstart ihrer Produkte eine Genehmigung der FDA, der amerikanischen Behörde für Lebens- und Arzneimittel, einzuholen. Er habe sich in den vergangenen Tagen gefreut »zu sehen, dass andere Städte, Bundesstaaten und Länder unserem Beispiel folgen«, sagt Herrera am Telefon.

Man hört die Empörung in seiner Stimme, wenn er sagt, dass es heute in der Wirtschaft »offenbar überall nur um Disruption« gehe: »Diese Firmen bitten lieber im Nachhinein um Verzeihung als rechtzeitig um Erlaubnis.« Herrera spielt damit auf die Überfalltaktik vieler Tech-Konzerne wie Uber, Airbnb oder die E-Scooter-Firmen Bird und Lime an. Sie legen oft los, ohne sich vorher lange um die rechtlichen Bedingungen zu kümmern oder gesellschaftliche Konsequenzen zu bedenken.

Die neue Härte der Politik gegenüber der E-Zigaretten-Branche und ihrem amerikanischen Marktführer Juul – einer Firma, die von zwei Stanford-Studenten gegründet wurde – erklärt sich auch aus der Wut auf die Arroganz des Silicon Valley. Eine Gesundheitskampagne des Staates Kalifornien, die sich gegen die E-Zigaretten richtet, trägt denn auch den Slogan: »Sieht aus wie Tech, wirkt wie Gift«.

Laut einer US-Studie hat 2019 mehr als jeder vierte amerikanische Highschool-Schüler im vorangegangenen Monat »gejuult« – »juulen« ist längst ein stehender Begriff geworden. 2017 war es noch jeder achte. Weil die Firma ihre Werbung anfangs stark auf Jugendliche ausrichtete, erntete Juul harsche Kritik. Der Bundesstaat North Carolina hat Juul sogar verklagt und wirft dem Konzern illegale Praktiken vor, die darauf abzielten, Jugendliche

zu verführen, Juul weist das zurück. Doch die Angriffe wirken. Die Firma will nun ihre aktuelle Werbekampagne mit dem Slogan »Make the Switch« (»Steig um«) stoppen. Sie war von der FDA gerügt worden, weil sie E-Zigaretten als sicherere Alternative zum Rauchen anpries.

Es wirkt zynisch, dass eine Firma, die mit dem Versprechen angetreten ist, den Konsum herkömmlicher Zigaretten einzudämmen und damit die Risiken des Rauchens zu mindern, nun womöglich dazu beigetragen hat, eine neue Generation zur Nikotinsucht zu verführen.

In den letzten Wochen konnte man dem nun abgetretenen Chef der Firma dabei zusehen, wie er in Fernsehinterviews potenzielle Kunden fast abwimmelte, vor allem Jugendliche. An Nichtraucher gewandt, sagte er: »Inhalieren Sie nicht. Benutzen Sie Juul nicht. Sie sind nicht unser Zielkonsument.«

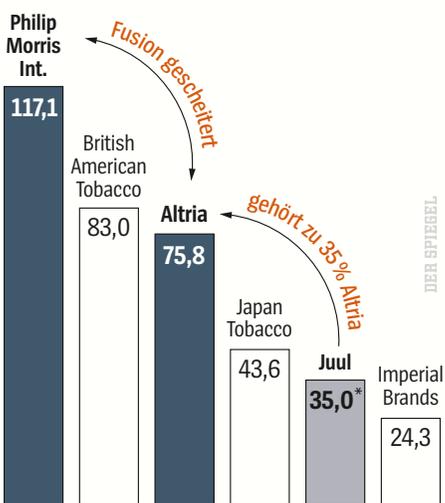
Zur Glaubwürdigkeit von Juul trägt der recht neue Miteigner Altria nicht gerade bei. Die Umarmung durch den Tabakriesen machte deutlich, dass die traditionelle Industrie, deren Produkt Juul doch »eliminieren« will, mitkassieren möchte, wenn ihre Kunden zu Dampfrauchern werden.

Die Strategie schien logisch, ging aber erst mal nach hinten los: Seit die FDA im April eine Untersuchung der gesundheitlichen Risiken von E-Zigaretten lancierte, sank Altrias Börsenbewertung um rund 30 Milliarden Dollar, mehr als ein Viertel des gesamten Marktwerts der Firma.

Branchenanalysten hatten den jetzt geplanten Zusammenschluss von Altria und Philip Morris International schon eine Weile skeptisch kommentiert. Die Perspektiven für Altria seien durch die Juul-Beteiligung »fundamental getrübt«, schrieb Vivien Azer von der Investmentfirma Cowen.

Das Geschäft mit dem Nikotin

Wert großer Tabakkonzerne und E-Zigaretten-Anbieter in Milliarden Dollar



Philip Morris könne deshalb kein Interesse an einer Fusion haben.

Die abgesagte Hochzeit wäre eine Neuverbindung zweier Konzerne gewesen, die einst zusammengehörten: Altria ist nur ein neuer Name, unter dem die alte Mutterfirma Philip Morris seit 2003 auftritt. 2008 wiederum hatte Altria sein internationales Geschäft abgespalten und sich von Philip Morris International getrennt. Mit der Wiedervereinigung, so war es geplant, wollten die Firmen ihre Kräfte bei alternativen Raucherprodukten bündeln.

Ärger hat Juul mittlerweile auch in Deutschland. Erst Ende 2018 waren die Amerikaner hier angetreten. Sie vermarktet ihre Trend-Dampfer in bewährter Manier, adressierten ein hipbes Publikum und verdrängten Konkurrenzprodukte von den besten Plätzen in den Regalen der Händler. Doch vergangene Woche ordnete das Landgericht Düsseldorf per einstweiliger Verfügung an, dass Juul seine Kartuschen in Deutschland vorläufig nicht mehr vertreiben darf – wenn der Nikotingehalt von dem auf der Verpackung angegebenen um mehr als ein Milligramm abweicht oder wenn auf der Kartusche die durchgestrichene Mülltonne fehlt, das Symbol für die Entsorgung von Elektroschrott.

Der Wettbewerber Niko Liquids hatte die fehlenden oder falschen Kennzeichnungen moniert, für Juul bedeutet dies zumindest einen weiteren Reputationschaden. Zwar bestreitet Juul die Vorwürfe und hat die Verfügung zum Mülltonnensymbol angefochten. Am 8. Oktober entscheidet das Gericht darüber. Doch vorerst kann die Firma ihre Händler nicht weiter beliefern, die Umstellung der Produktion soll drei bis fünf Wochen in Anspruch nehmen.

Wie geht es weiter? Womöglich profitiert Altria von einem geschwächten amerikanischen E-Zigaretten-Markt sogar, weil Raucher, die aufs Dampfen umgestiegen waren, ihren Nikotinbedarf wieder mit traditionellen Zigaretten stillen werden.

Selbst bei Juul am Pier 70 müssen die Lichter nicht ausgehen. Wenn der Vaping-Markt vor einer Bereinigung steht, die nur die Großen überleben, könnte für Juul gar »ein größeres Stück eines kleineren Marktes« übrig bleiben, sagt Scott Gottlieb, Ex-Chef der US-Gesundheitsbehörde FDA.

Die Hoffnungen von Philip Morris für den US-Markt ruhen nun vorerst auf dem Tabakerhitzer Iqos, den der Konzern im Rest der Welt mit großem Erfolg vermarktet. Anders als bei Juul liegt für den auch eine Genehmigung der FDA vor.

Der einzige stabile Faktor in dieser Situation ist die Nikotinsucht der Kundschaft: Wer abhängig ist, muss kaufen. Was auch immer. Martin Hesse, Guido Mingels

Mail: guido.mingels@spiegel.de



DER SCHUH ZUM WOHLFÜHLEN

MODELL
ELPASO



- AUSGEZEICHNETE PASSFORM
- SUPERBEQUEM-FUSSBETT
- OPTIMALE AUFTRITTSDÄMPFUNG
- GEEIGNET FÜR INDIVIDUELLE EINLAGEN

FinnComfort Postfach
97433 Haßfurt/Main

Katalog/Händler:
www.finncomfort.de



Ausland

»Bring die Polizei dazu, dich zu schlagen.« ► S. 90



PAULA BRONSTEIN / GETTY IMAGES

Nur unter schwerer Bewachung können afghanische Bürger Wahlkundgebungen wie diese besuchen. Der Urnen-gang am Samstag steht im Zeichen von Terror durch die Taliban. Diese haben vor 18 Jahren die gigantische Buddhastatue in der Felsnische gesprengt, heute zünden sie Bomben bei Auftritten der Präsidentschaftskan-didaten. US-Präsident Donald Trump hat Gespräche mit den Kämpfern unlängst abgebrochen.

Analyse

Trotziger Wille

Iran kommt mit seiner Politik der militärischen Provokationen davon.

Der selbst ernannte große »Deal-maker«, US-Präsident Donald Trump, wäre in dieser Woche beim Uno-Gipfel in New York gefordert gewesen. Er hätte mit Irans Präsident Hassan Rohani über die Chancen eines neuen Atomabkommens sprechen müssen. Vielleicht hätte das die Eskalation am Persischen Golf bremsen können. Doch es kam nicht dazu. Iran zeigt keinerlei Verhandlungsbereitschaft und demonstriert einen trotzigen Willen durchzuhalten. Wie groß Irans Beitrag zum Schlag auf das Herz der saudi-arabischen Ölproduktion in Abkaik und Khurais vor zwei Wochen tatsächlich war, lässt sich womöglich niemals ganz aufklären. Dass Iran mitwirkte, etwa mit Waffentechnologie und Satellitenaufklärung, darf aber als gesichert gelten. Eine solche Präzisionsattacke gegen mehr als 20 Ziele können wohl nur moderne Armeen leisten.

Der Angriff barg ein hohes Risiko. Er hätte die ganze Region in Brand stecken, sogar einen amerikanischen Gegenangriff pro-

vozieren können. Aber Teherans Kalkül ging auf: Iran versetzte seinem größten Feind in der Region, dem Rivalen Saudi-Arabien, der zugleich Amerikas wichtigster Verbündeter am Golf ist, einen schweren Schlag. Das Regime in Teheran hat gezeigt, dass es sich nicht in die Knie zwingen lässt, weder durch Sanktionen noch durch diplomatischen Druck. Es scheint seine Strategie fortsetzen zu wollen, mit militärischen Nadelstichen sein politisches Gewicht in der Region zu demonstrieren.

Der Angriff auf das Königreich legte offen: Der Ölstaat Saudi-Arabien ist schwach, und die USA agieren unentschlossen. Ohne die amerikanische Schutzmacht ist Riad kaum in der Lage, sich zu wehren, schon gar nicht militärisch. Iran dürfte deshalb mit seiner »Kriegshandlung«, wie Trumps Außenminister Mike Pompeo den Angriff richtig genannt hat, einfach davonkommen.

Susanne Koelbl

Polen

»Die bösen Jungs tun das Richtige«

Der Weltbank-Ökonom Marcin Piątkowski über das polnische Wirtschaftswunder und die sozialen Versprechen der nationalkonservativen PiS-Regierung

SPIEGEL: Herr Piątkowski, die Arbeitslosenquote ist mit rund drei Prozent so niedrig wie nie seit der Wende, das Wirtschaftswachstum liegt mit 4,5 Prozent gleichzeitig auf Rekordhoch. Wie kann man das polnische Wirtschaftswunder erklären?

Piātkowski: Polen ist wie ein Alkoholiker, der plötzlich aufgestanden ist und dann gleich einen Marathon gewonnen hat. Jahrhundertlang war das Land beherrscht von Eliten, die den Fortschritt hemmten. Das endete 1989. Dann kamen radikale Reformen, die Privatisierung in den Neunzigerjahren. Und der dritte Faktor ist die Aufnahme in die EU. Sie bewirkte, dass Institutionen und Rechtsstaat sehr schnell aufgebaut wurden – Polen hat in 10 Jahren einen Rückstand wettgemacht, Fortschritte, für die der Westen 500 Jahre gebraucht hat.

SPIEGEL: PiS sagt aber, der Prozess sei ungerecht verlaufen. Stimmt das?

Piātkowski: Polen hat sein Pro-Kopf-Einkommen in den vergangenen 30 Jahren fast verdreifacht. Auch die Ärmsten wurden reicher, aber lange nicht so wie der Rest. PiS-Chef Jarosław Kaczyński hat das als politische Herausforderung angenommen – im Gegensatz zu den Eliten in vielen anderen Ländern.

SPIEGEL: Die Partei steuert bei der Wahl im Oktober auf einen Sieg hin. Sie macht vor allem soziale Versprechen: Kindergeld, höhere Mindestlöhne. Kann Polen sich das leisten?

Piātkowski: Es ist gut, die Früchte des Booms an die Bedürftigeren zu verteilen. Ich muss zugeben: Die bösen Jungs tun das Richtige. Schade, dass diese Politik von einer Regierung geführt wird, die den Rechtsstaat aushöhlt.

SPIEGEL: Hält die Wirtschaft das aus?

Piātkowski: In den vergangenen vier Jahren unter PiS hat Polen weiter hohes Wachstum gehabt – obwohl die Wirtschaft im Rest Europas nicht gerade einen Boom erlebt hat. Polens Verschuldung ist heute geringer als vor vier Jahren. Aber auf Dauer reicht es nicht, nur Geld zu überweisen. Polen braucht Investitionen in Ausbildung und Forschung. Lehrer verdienen schlecht, und eine Universität wie Harvard haben wir auch noch nicht wirklich. JPU

Indonesien

Knast für Sex

● Drakonische Vorschriften aus der Scharia könnten in Indonesien bald fest im Strafrecht verankert sein. Ein neuer Entwurf des Gesetzbuches besagt, dass das islamische Recht in Teilen als offizielles Strafgesetz anerkannt werden soll. In Indonesien leben rund 227 Millionen Muslime, es ist weltweit das Land mit den meisten muslimischen Bewohnern. Die Scharia wird an einigen Orten Indonesiens praktiziert, etwa in der Provinz Aceh. Der Entwurf sieht unter anderem Gefängnis vor für vorehelichen und gleichgeschlechtlichen Sex, Abtreibungen oder für die Aufklärung über Verhütungsmittel. Statt bisher bei 10 soll es nun bei 37 Anklagepunkten möglich sein, die Todesstrafe auszusprechen. Dieser »Entwurf ist nicht nur ein Desaster für Frauen, religiöse und Genderminderheiten, sondern für alle Indonesier«, sagt Andreas Harsono von Human Rights Watch. Das bisherige Strafgesetz stamme aus der niederländischen Kolonialzeit und müsse tatsächlich überholt werden, jedoch nicht so: Einige der neuen Artikel verstießen gegen internationales Recht. Der von einer parlamentarischen Arbeitsgruppe erarbeitete



Öffentliche Bestrafung in Aceh

Vorschlag stellt Staatspräsident Joko Widodo vor ein Dilemma: Eigentlich gilt er als liberal, ist aber auf Unterstützung konservativer Kreise angewiesen. Nach Protesten von Menschenrechtsorganisationen und einer Petition hat Widodo die für diese Woche geplante Verabschiedung des Entwurfs erst mal verschoben.

Indonesien galt lange als Vorbild für einen toleranten Islam. In den vergangenen Jahren haben konservative Kräfte aber immer größeren Einfluss gewonnen. So trat Widodo bei der Wahl im April gemeinsam mit einem islamischen Kleriker als Vizepräsidentenskandidat an. Vielen Wählern war er während seiner ersten Amtsperiode offenbar nicht radikal genug. ANS

Türkei

Flüchtlingzzahlen hochgerechnet

● Wenn Recep Tayyip Erdoğan prahlen will, nennt er eine Zahl: 3,6 Millionen. So viele syrische Flüchtlinge, behauptet der türkische Präsident, habe sein Land seit Kriegsbeginn 2011 aufgenommen. Erdoğan macht mit dieser Zahl im In- und Ausland Politik. Auch die EU, die mit der Türkei 2016 ein Flüchtlingsabkommen schloss, stützt sich auf diese Angabe. Nun stellt sich heraus, dass

die Zahl an Flüchtlingen, die die Türkei tatsächlich beherbergt, deutlich niedriger sein könnte. Franck Düvell, Experte am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung in Berlin, hat in einer bislang unveröffentlichten Studie, die dem SPIEGEL vorliegt, Statistiken ausgewertet, unter anderem des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) und der türkischen Migrationsbehörde (DGMM). Er kommt zu dem Ergebnis, dass wohl eher 2,7 bis 3 Millionen Flüchtlinge in der Türkei leben.

Zwar hat die DGMM noch im August die Zahl der syrischen Flüchtlinge in der

Türkei auf 3,6 Millionen beziffert. Die Behörde habe jedoch versäumt, jene Syrer, die sich nicht mehr im Land aufhalten, etwa weil sie nach Syrien zurückgekehrt oder nach Europa weitergezogen seien, aus der Rechnung zu nehmen, schreibt Düvell. Zum Teil seien Binnenmigranten auch doppelt gezählt worden. »Es scheint, als wären die von türkischen Quellen oder internationalen Organisationen verbreiteten Zahlen grob irreführend«, bilanziert Düvell. POP



Erdoğan-Plakat in Flüchtlingscamp

Er ist das Volk

Großbritannien Premierminister Boris Johnson lässt im Kampf um den Brexit alle Hemmungen fallen. Mit seiner Hassrhetorik sucht er einen Pakt mit den Wählern und lässt dabei Geister aus der Flasche, die womöglich nicht mehr einzufangen sind.



JACK HILL / DDP IMAGES

Regierungschef Johnson: Destruktive Logik

Da wird also der Regierungschef einer Musterdemokratie vom Obersten Gericht schuldig gesprochen, das Gesetz gebrochen und das Parlament seiner Rechte beraubt zu haben.

Und was macht dieser Regierungschef? Gibt er klein bei? Tritt er zurück? Entschuldigt er sich wenigstens?

Nicht, wenn er Boris Johnson heißt.

Es ist der Mittwochabend einer weiteren irrsinnigen Brexit-Woche, als Großbritanniens Premier Johnson in London vor rund 600 Abgeordnete tritt, die nach seinem Willen eigentlich zur Untätigkeit verdammt sein müssten. Aber nachdem der Supreme Court die Zwangspause des Unterhauses für nichtig erklärt hat, drängen sich alle wieder auf den viel zu schmalen Bänken im Palast von Westminster. Und sollte jemand gehofft haben, dass der 55-Jährige jetzt, nachdem er höchststrichlerlich verurteilt wurde, endlich zur Raison komme, sieht er sich bereits nach wenigen Sätzen getäuscht.

»Das Gericht hat unrecht«, poltert Johnson und hebt an zu einer wütenden Attacke: gegen Politiker, die die britischen Wähler »als Geiseln nehmen« und aus lauter »Feigheit« zu Richtern rennen, statt sich einem ehrlichen Kampf zu stellen; gegen die Verräter in allen Parteien, die ihm ein »Kapitulationsgesetz« aufgezwungen haben; gegen all jene dunklen »Kräfte« im Land, die das einzig gültige Urteil mit Füßen treten – »das Urteil des Volkes«. »Komm schon, Mann!«, ruft er dann noch hinüber zu Labourchef Jeremy Corbyn, als wollte er die Sache jetzt und hier und ein für alle Mal klären.

Es ist ein Auftritt, wie ihn auch das leidgeprüfte Unterhaus noch nicht erlebt hat. Abgeordnete schreien auf. Abgeordnete kämpfen mit den Tränen. Abgeordnete, auch aus den Reihen der Tory-Partei, versuchen den Irrwisch da unten in der Arena zu bremsen. Aber Johnson lässt sich nicht mehr bremsen.

Alle da draußen sollen sehen, wie zornig er ist. Boris Johnson, den viele Briten noch immer für einen gemäßigten Konservativen halten, schwingt sich in diesen Minuten endgültig zum Volkstribun auf. Er reißt erneut Brücken, die zu einem Brexit-Kompromiss führen könnten, mutwillig ein. In einem Land, das längst aus der Fassung ist, schürt er vom höchsten Regierungsamt aus weiter die Wut auf die da oben.

Er ist das Volk.

Und er tut das alles nicht im Affekt, nicht in der Hitze des Gefechts – sondern ganz offensichtlich aus kaltem Kalkül.

Boris Johnson, der den Brexit immer für einen Klacks hielt, wenn er vom Richtigen – ihm – gesteuert werde, hat sich in gerade einmal zwei Monaten im Amt in eine verzweifelte Lage manövriert. Er

weiß, dass er Neuwahlen, die früher oder später kommen werden, nur gewinnen kann, wenn er die frustrierten, die erbiterten, die ungehaltenen Briten auf seine Seite zieht. Mehr als drei Jahre nach dem Brexit-Referendum gibt es immer mehr davon. Aber Johnson muss sie loseisen vom Original-Wutprediger Nigel Farage. Der Chef der Brexit-Partei hat Johnsons Tories bei der jüngsten Europawahl im Mai beinahe atomisiert und gedroht, das bei nächster Gelegenheit wieder zu tun.

Johnson will sich immunisieren gegen diese Gefahr von rechts, und das tut er, indem er Farage immer ähnlicher wird. Er zwingt »eine einst liberale konservative Partei mehr und mehr in eine populistische Richtung«, sagt der Extremismusexperte Matthew Goodwin von der University of Kent. Aber niemand kann vorhersagen, ob diese hochriskante Taktik aufgehen wird. Und ob die Geister, die Johnson ruft, je wieder zurückgedrängt werden können in die Flasche.

Johnsons Spiel auf der populistischen Klaviatur begann unmittelbar, nachdem er von den konservativen Parteimitgliedern ins Amt gehievt worden war: Mitte

In einem Land, das längst aus der Fassung ist, schürt er weiter die Wut auf die da oben.

August beschuldigte er Abgeordnete, auch Parteifreunde, die einen vertragslosen Bruch mit der EU am 31. Oktober verhindern wollen, einer »schrecklichen Art von Kollaboration«. Das Volk gegen die Volksvertreter, das ist die Frontlinie, die er zog – und auf welcher Seite er sich sieht, daran ließ er nie einen Zweifel.

Dass er es auf Neuwahlen anlege, wies er lange weit von sich; »es ist das Letzte, was ich will«. Tatsächlich aber haben sich die Downing-Street-Strategen offenbar von Anfang an auf einen Urnengang vorbereitet. Sie nehmen an, dass die prekären Mehrheitsverhältnisse im Parlament praktisch keinen Spielraum für einen wie auch immer gearteten Brexit-Ausgang lassen.

Um Labour-Wähler zu umgarnen, versprach Johnson Milliardengeschenke für den nationalen Gesundheitsdienst NHS und für vernachlässigte Kommunen. Anhänger der Brexit-Partei köderte er mit der Aussicht auf 20 000 zusätzliche Stellen bei der Polizei. Sein zentrales Versprechen aber lautete, das Land am 31. Oktober »unter allen Umständen« aus der EU zu führen, und sei es mit einem harten Schnitt.

Damit aber war klar, dass er sehr bald Wahlen brauchen würde. In die zöge er als der Mann, der den Brexit um jeden

Preis will. Mit komfortabler Mehrheit könnte er, falls der Plan aufgeht, entweder noch einen Last-Minute-Deal mit Brüssel schließen und durchs Parlament peitschen – oder die EU groß- und vertragslos verlassen. Und der erfolgversprechendste Weg zu Neuwahlen wäre unter diesen Umständen, wenn ihn die »Kollaborateure« im Parlament per Misstrauensvotum stürzten. Das ließe sich in einem Populistenwahlkampf wunderbar ausschlichten.

Zusehends verschärfte Johnson in den vergangenen Wochen seine Rhetorik gegen die gewählten Volksvertreter und alle, die ihn auf dem Weg zum wahren Brexit hindern wollen. Neben der wöchentlichen Fragestunde für die Abgeordneten im Parlament hält er neuerdings über Facebook eine »Volksfragestunde« ab, in der sich die Wähler direkt an ihn wenden können.

Fast täglich tauchen vor dem Westminsterpalast Claqueure auf, die auf riesigen Schildern die »Verräter« im Unterhaus anprangern und versprechen: »Wir werden niemals kapitulieren«. Auffällig dabei: Während den Pro-EU-Demonstranten zu Theresa Mays Zeiten immer Menschen gegenüberstanden, die für irgendeine Form des Brexits stritten, dominieren unter Johnson jene die StraÙe, die den harten Bruch wollen. Ihr Motto: »No Deal is Ideal«.

Dann, Ende August, kündigte der Regierungschef den nächsten Eskalationsschritt an: Er werde Mitte September den Parlamentsbetrieb schließen, um ein neues Regierungsprogramm für seine Amtszeit zu erarbeiten. Dieses Prorogation (Vertagung) genannte Verfahren ist durchaus üblich, es dauert für gewöhnlich aber nur vier bis sechs Tage – und nicht, wie von Johnson geplant, fünf Wochen.

Die Abgeordneten schäumten. Der Verdacht liegt nahe, dass Johnson sie mit dem provokativen Schritt zwingen wollte, ein Misstrauensvotum gegen ihn einzuleiten. Wäre ein solches Votum erfolgreich und gelänge es daraufhin keiner anderen Partei, eine Mehrheit im Unterhaus zu organisieren, gäbe es automatisch Neuwahlen – aber den Termin würde Johnson festsetzen. Und niemand könnte ihn dann noch hindern, den 31. Oktober untätig verstreichen zu lassen, um anschließend als No-Deal-Triumphator in den Wahlkampf zu ziehen.

Statt in diese Falle zu tappen, nutzten die Parlamentarier die wenigen Tage bis zur Zwangspause, um im Eilverfahren ein Gesetz zu verabschieden, das Johnson empfindlich traf. Er muss nun bis zum EU-Gipfel Mitte Oktober ein Austrittsabkommen mit Brüssel schließen oder dort um eine Verlängerung der Brexit-Frist über Halloween hinaus bitten. Johnson hat das ausgeschlossen, er würde, so sagt er, »lieber tot im Graben liegen«.

Dutzende Abgeordnete hatten zudem Klage gegen die Zwangspause des Parla-

Europa Bei den Brexit-Verhandlungen drängt Boris Johnson überraschend auf ein Abkommen mit der EU. Gelingt ein Deal in letzter Minute?

Alternative Arrangements

Wenn Michel Barnier, der Brexit-Unterhändler der Europäischen Union, in diesen Tagen öffentlich auftritt, legt er häufig seine Stirn in Falten. »Wir sind offen für die Ideen und Vorschläge des Vereinigten Königreichs«, sagte der Franzose etwa beim Treffen deutscher Zeitungsverleger am Dienstag in Berlin. Von einem Durchbruch allerdings könne keine Rede sein. »Ich sehe keinen besonderen Grund für Optimismus.«

Im kleinen Kreis allerdings hört sich der Brexit-Diplomat etwas anders an. Bis zum Ende des Parteitags der britischen Tories Anfang Oktober werde sich bei den Verhandlungen wenig tun, sagte Barnier im Gespräch mit Parlamentariern unlängst in Straßburg. »Aber danach öffnet sich ein kurzes Fenster der Gelegenheit.«

Die Brexit-Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU mögen festgefahren sein. Dennoch verdichten sich die Hinweise, dass es beide Seiten vor dem EU-Gipfel Mitte Oktober noch einmal mit einer Einigung versuchen wollen. Die Zeit drängt, denn nach heutigem Stand treten die Briten am 31. Oktober aus der EU aus.

In den vergangenen Tagen schickten die Briten mehrfach Papiere mit der Überschrift »Property of Her Majesty's

Government« nach Brüssel. Darin enthalten sind Ideen, wie eine harte Grenze in Nordirland vermieden werden kann, auch wenn die dafür bereits vereinbarte Notfallregel (»Backstop«) wegfallen würde. Premier Boris Johnson lehnt den Backstop kategorisch ab, es ist der Kern des Konflikts bei den Verhandlungen.

Noch zeigen sich die EU-Beamten unbeeindruckt. »Die Vorschläge sind nicht geeignet, den Backstop zu ersetzen«, heißt es. Doch das könnte sich ändern. Der Grund: Wie Barnier streben drei weitere entscheidende Akteure im Brexit-Drama ein Abkommen an – wenngleich aus unterschiedlichen Gründen.

Johnson will die nächsten Unterhauswahlen gewinnen, die vermutlich nach dem Brexit-Datum stattfinden. Um die Brexit-Partei in Schach zu halten und seine Tory-Anhänger zu begeistern, muss er sein großes Versprechen halten und Großbritannien pünktlich aus der EU führen, allerdings ohne das Chaos, das mit einem Ausstieg ohne Abkommen folgen würde.

Angela Merkel drängt ebenfalls auf einen Deal. Die Bundeskanzlerin fürchtet, dass die wirtschaftliche Flaute in Deutschland schnell in eine ausgewachsene Rezession münden könnte, wenn es nach

einem Austritt der Briten ohne Vertrag zu wirtschaftlichen Einbrüchen käme.

Auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron will möglichst ein Abkommen. Er beobachtet mit Sorge, wie der Brexit-Virus die EU zu schwächen droht, ausgerechnet in Zeiten, in denen die Union vor großen Problemen steht: mauer Wirtschaftswachstum, grassierender Populismus, ungelöste Migrationsfragen. Macron will das Brexit-Thema vom Tisch haben.

Als Einfallstor für ihr Werben haben die Briten Berlin ausgemacht. »Die deutsche Regierung ist pragmatischer, was einen Kompromiss angeht«, sagt der Tory-Abgeordnete Greg Hands. Der ehemalige britische Handelsminister hat zusammen mit einer Kommission ein Papier zu den »alternativen Arrangements« erarbeitet, die den Backstop ersetzen sollen. Derzeit tingelt er damit durch die Hauptstädte der EU.

Die bisherige Linie der EU, das Austrittsabkommen auf keinen Fall mehr zu verändern, könnte bröckeln – wenn die Briten endlich rechtlich verbindliche Vorschläge vorlegen. Präzise Eingriffe in das sogenannte Protokoll zu Irland, das den Backstop enthält, gelten in Brüssel als machbar. Sogar Irlands Premier Leo Varadkar scheint offen dafür. Denkbar ist zum Beispiel, nicht ganz Großbritannien in einer Zollunion mit der EU zu belassen, sondern den Backstop auf seinen eigentlichen Anwendungsfall Nordirland zu reduzieren. Der Rest Großbritanniens könnte dann eigene Handelsabkommen abschließen, ein sehnlicher Wunsch der Brexiteers.

Johnson seinerseits hat bereits zu erkennen gegeben, dass Vieh und Lebensmittel in Nordirland künftig weiterhin nach EU-Regeln behandelt werden könnten. Das wäre ein wichtiger Schritt, denn Agrarprodukte machen etwa ein Drittel des inneririschen Handels aus. Die EU drängt nun auf eine Lösung für alle Waren. Sie will verhindern, dass Produkte, die nicht den EU-Standards entsprechen, nach dem Brexit über den Schleichweg einer irischen EU-Außengrenze ohne Kontrollen in den Binnenmarkt gelangen.

Die »alternativen Arrangements«, mit denen London das Problem lösen will, überzeugen die EU-Beamten bislang nicht, etwa der Vorschlag, ein Verzeichnis vertrauenswürdiger Spediteure aufzubauen, die beim Grenzübertritt nicht mehr kontrolliert werden müssten.

In Brüssel wächst die Sorge, dass die Zeit für eine Einigung knapp wird und Johnson am Ende ohnehin die Mehrheit fehlt. Am liebsten sähe man es daher, wenn die Briten für den Notfall schon mal den offiziellen Brief vorbereiten würden, mit dem sie um eine Verlängerung der Brexit-Frist bitten.

Markus Becker, Peter Müller,
Christoph Schult



Politiker Merkel, Macron: Unterschiedliche Interessen, gleiches Ziel



Parlamentarier, Redner Johnson bei Schlagabtausch im britischen Unterhaus: Wie ein Schulhohrüpel

ments eingelegt. Am Dienstag nun gaben die elf Richter des Supreme Court ihnen einstimmig recht: Die fünfwöchige Prorogation habe »extreme« Auswirkungen auf die Fundamente der britischen Demokratie, die Regierung habe dafür aber keine Begründung vorgelegt. Die Zwangspause sei daher »gesetzeswidrig und nichtig«.

Härter und eindeutiger hätte das Urteil nicht ausfallen können. Aber mit Demut oder gar Schuldeingeständnissen hielten sich Johnsons Vasallen gar nicht erst auf. Stattdessen weiteten sie ihre Strategie aus, jeden zu verdammen, der sich der reinen Brexit-Lehre in den Weg stellt. Von einem »verfassungsrechtlichen Putsch« soll Kabinettsmitglied Jacob Rees-Mogg in einer internen Besprechung schwadroniert haben, andere Tories drohten, den Supreme Court abzuschaffen. Die höchsten Richter im Land sind nun in den Augen der Brextremisten, was die Opposition, gemäßigte Tories, die Bank of England, Wirtschaftsverbände und Millionen britische EU-Freunde schon lange sind: Feinde des Volkes.

In der destruktiven Logik des Downing-Street-Chefstrategen Dominic Cummings könnte das Urteil seinem Chef Johnson sogar nutzen. Laut britischen Medien soll Cummings erst jüngst intern geprahlt haben, wie wenig die britischen EU-Freunde sein Spiel begriffen: Jeder Schlag gegen Johnson stärke in Wahrheit dessen Position beim Wahlvolk – die Gegenseite verstehe nicht, wie sehr das Land dieses Parlament hasse.

Damit dieses zynische Spiel aufgeht, braucht Johnson schleunigst Wahlen. Aber genau die verweigert ihm das seit Mittwoch wieder tagende Parlament weiter. Erst wenn gesichert sei, dass Johnson das

Land nicht mit einem vertragslosen Crashkurs aus der EU steuere, werde er ein Misstrauensvotum stellen, ließ Labour-Chef Jeremy Corbyn wissen.

Johnson ist damit fürs Erste eingemauert. Im Wesentlichen bleiben ihm zwei Optionen: Er könnte noch einen Vertrag mit der EU aushandeln, der angesichts der verbleibenden Zeit dem so verhassten Scheidungsabkommen seiner Vorgängerin wohl sehr ähnlich sähe. Oder er muss all seine Schwüre zurücknehmen und doch eine Verlängerung der Frist über den 31. Oktober hinaus beantragen. In beiden Fällen stünde die Brexit-Partei bereit, über Johnson und die Tories herzufallen. Die »Verräter« wären dann sie. »Johnson ist sehr verletzlich«, sagt der Politologe und EU-Experte Anand Menon vom King's College London. »Es ist fraglich, ob sein Versuch, einen Pakt mit dem Volk zu schließen, aufgehen wird.«

Dass Johnson den einmal eingeschlagenen Weg jedoch unbedingt weitergehen will, machte er am Mittwoch überdeutlich. Wie ein Schulhohrüpel schleuderte er seine Beleidigungen in Richtung Labour, als könnte er damit ein Ad-hoc-Misstrauensvotum provozieren. Fast manisch wiederholte er seine Worte von der »Kapitulation«, vom »Verrat« und von der »Feigheit« seiner Gegner, sich Wahlen zu stellen.

Emotional vorgebrachte Bitten von Abgeordneten, verbal abzurüsten, begegnete Johnson mit Hohn. Wiederholt erinnerten Parlamentarier aller Parteien Johnson an das Schicksal der Labour-Politikerin Jo Cox, die 2016, eine Woche vor dem Brexit-Referendum, von einem Rechtsextremisten erstochen worden war. Im Verhör hatte der Täter gesagt: »Mein Name ist ›Tod den Verrätern, Freiheit für Großbritannien.«

»Bitte mäßigen Sie Ihre Sprache«, rief die Labour-Abgeordnete Paula Sherriff am Mittwoch Johnson zu. Sie und andere würden permanent von Brexit-Anhängern attackiert, »und die Menschen nutzen dabei Ihre Worte«. Johnsons Antwort: »Ich habe selten größeren Humbug gehört.«

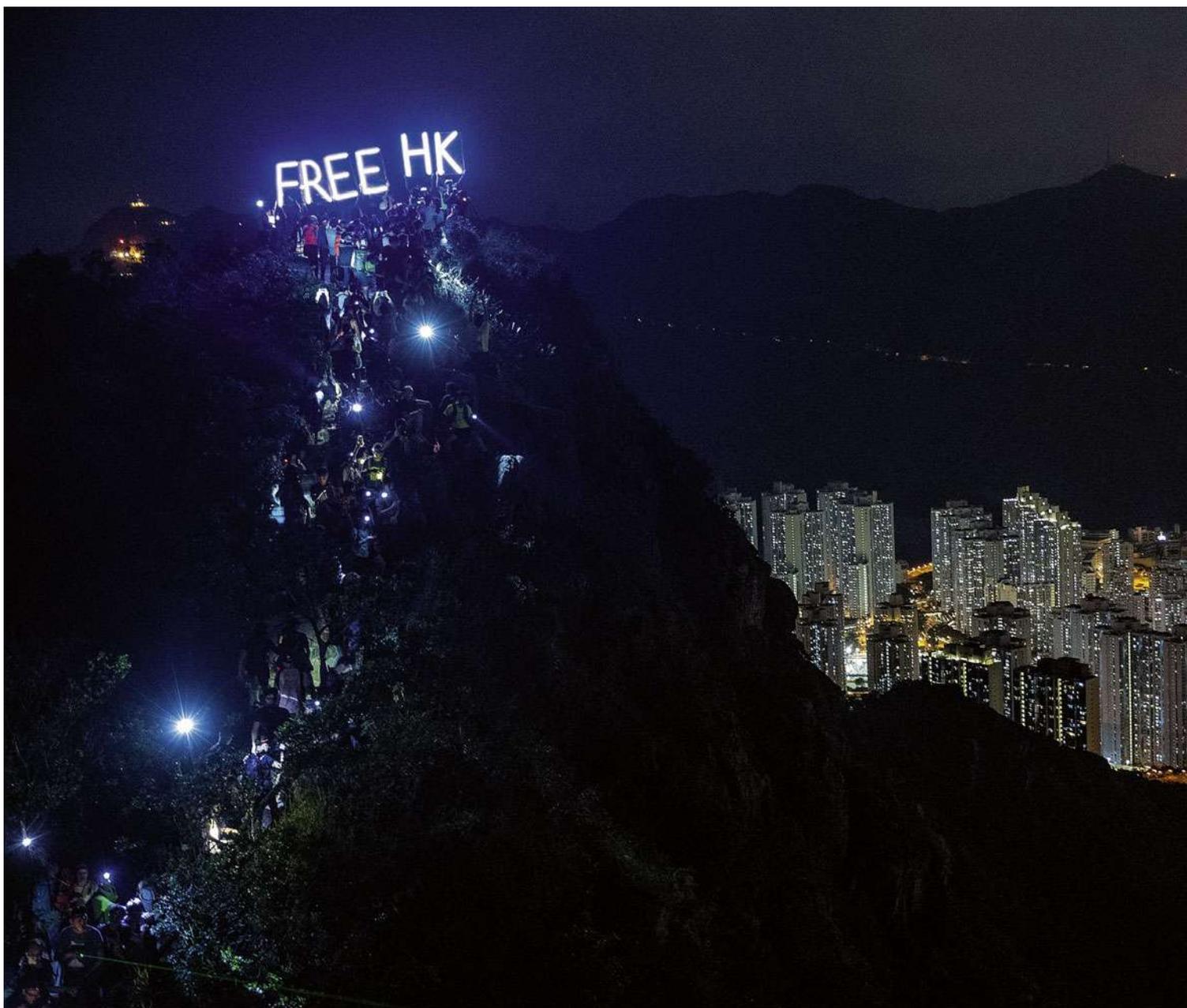
Dabei ist unstrittig, dass britische Parlamentarier in Brexit-Britannien immer häufiger beleidigt, bedroht und attackiert werden. Schon Mitte des Jahres schlug die Metropolitan Police Alarm, nachdem sie in den ersten fünf Monaten des Jahres mehr als 750 derartige Übergriffe registriert hatte. Diese Zahlen seien »beispiellos«. In vielen Abgeordnetenwohnungen wurden inzwischen Panikknöpfe installiert. Das Präsidium des Unterhauses hat Abgeordneten geraten, das Parlament insbesondere spätabends möglichst nicht allein zu verlassen.

Am Morgen nach Johnsons Tiraden veröffentlichte eine weitere Abgeordnete, die Labour-Frau Jess Phillips, den Wortlaut einer Drohung, die sie vor Kurzem erhalten hat. Der Absender schreibt darin, Johnsons Formulierung »tot im Graben« sei beinahe prophetisch gewesen: »Das wird jenen passieren, die sich weigern, den Brexit umzusetzen.«

Einer von Phillips initiierten Debatte über aufwieglerische Sprache blieb Boris Johnson am Donnerstag natürlich fern. Seine Parteifreunde informierte er, dass er nichts zurückzunehmen habe. Wieso auch, fragt sich Phillips, die von einer »durchdachten Strategie« ausgeht, »in unserem Land Hass zu säen«. Außerdem ließ sie wissen: »Ich habe keine Angst vor Wahlen, sondern davor, ermordet zu werden.«

Jörg Schindler

Mail: joerg.schindler@spiegel.de



Nächtliche Demonstration Mitte September: »Ideal wäre es, wenn Hongkong von China unabhängig werden könnte«

Preis des Widerstands

Hongkong 1400 Festnahmen, 2300 Patronen Tränengas, Hunderte Molotowcocktails: Seit mehr als drei Monaten protestiert eine Stadt gegen Pekings Übermacht. Die Geschichte eines Konflikts, der sich in diesen Tagen weiter zuspitzen könnte. *Von Bernhard Zand*

Anfang 2018 reisen zwei junge Leute aus Hongkong für ein paar Tage nach Taiwan. Poon Hiu-wing, 19, und ihr Freund Chan Tong-kai, 20, arbeiten in derselben Firma, seit einem halben Jahr sind sie ein Paar. Ein stark retouchiertes Selfie auf einer Facebook-Seite zeigt einen Jungen und ein Mädchen wie

aus einem Manga: große Augen, schmales Kinn, Kussmünder auf den Wangen. Sie wollen in Taipeh Valentinstag feiern.

In der Nacht zum 17. Februar kommt es zwischen den beiden zu einem tödlich endenden Streit. Seine Freundin, behauptet Chan später gegenüber der Polizei, habe ihn provoziert. Er schlägt ihren Kopf gegen

die Wand des Hotelzimmers, sie landen auf dem Boden, er erwürgt sie und legt ihre Leiche am nächsten Morgen in einem Koffer am Stadtrand ab. Am Abend fliegt er nach Hongkong zurück, wo er mit der Geldkarte des Opfers mehrere Tausend Dollar abhebt. Gut drei Wochen später wird Poon Hiu-wings Leiche gefunden.



ATHIT PERRAWONGMEHA / REUTERS

Dieses Verbrechen steht am Beginn einer Ereigniskette, welche die frühere britische Kronkolonie Hongkong in eine tiefe Krise stürzt, ihre Bevölkerung entzweit und ihre Wirtschaft bedroht. Hongkongs Bedeutung als drittgrößter Börsenplatz der Welt und sein exponierter Status als Sonderverwaltungsregion der Volksrepublik China zwingt Regierungen von London über Berlin bis Washington, in dem Konflikt Stellung zu beziehen.

Die Ereignisse, die mit dem Tod von Poon beginnen, erwecken eine Protestbewegung wieder, die nach dem Scheitern der Regenschirm-Proteste 2014 am Ende schien, nun aber mit einem solchen Wuch zurückschlägt, dass sie die Führung der Supermacht China herausfordert.

Wie ist es zu dieser Krise gekommen? Was waren die Szenen und Entscheidungen,

die sie vorantrieben, was die verpassten Chancen, sie zu entschärfen? Der SPIEGEL hat den Konflikt seit Monaten beobachtet, von friedlichen und gewalttätigen Demonstrationen berichtet, mit zahlreichen Vertretern beider Lager gesprochen, aber auch mit Menschen, die zwischen diesen Lagern stehen.

Es ist zu früh, die Geschichte des turbulenten Sommers von Hongkong abschließend zu beschreiben. Doch nach mehr als 100 Tagen des Protests ist es Zeit, sich ein möglichst umfassendes Bild zu machen.

An diesem Samstag jährt sich zum fünften Mal der Beginn der Hongkonger Regenschirm-Proteste von 2014. Am kommenden Dienstag begeht die Volksrepublik China den 70. Jahrestag ihrer Gründung, mit einer großen Militärparade im Zentrum von Peking. Tatsächlich werden die Blicke der meisten Beobachter am 1. Oktober nicht auf den Platz des Himmlichen Friedens gerichtet sein, sondern auf die Entwicklung in Hongkong.

Nach dem Tod von Poon Hiu-wing dauert es Monate, bis der Fall Schlagzeilen macht. Der Grund ist ein juristischer: Zwischen Hongkong und Taiwan besteht kein Auslieferungsabkommen. Chan hat zwar gestanden, seine Freundin getötet zu haben, doch die Justiz kann ihn nicht nach Taipeh überstellen. Stattdessen wird er im Juni 2018 angeklagt und zu 29 Monaten Haft verurteilt – aber nur wegen Geldwäsche, dem einzigen Vergehen, das ihm in Hongkong nachzuweisen ist.

Sie verstehe die Frustration, sagt die Richterin in ihrer Urteilsbegründung, dass »das Geständnis eines Angeklagten, jemanden außerhalb dieser Gerichtsbarkeit getötet zu haben, keine Grundlage für eine Mord- oder Totschlagsanklage in Hongkong« biete. Doch Hongkong sei ein Rechtsstaat. Unter Anrechnung der Untersuchungshaft könnte Chan schon im Oktober 2019 wieder auf freiem Fuß sein.

Während Chans Prozess läuft, schreiben die Eltern des Opfers fünf um Hilfe bittende Briefe an die Frau, die zur Schlüsselfigur der Krise von 2019 werden soll: Carrie Lam, 62, seit 2017 Regierungschefin von Hongkong.

Lam ist eine Karrierebeamtin. Ihr Fleiß, ihr Ehrgeiz und ihre Durchsetzungsfähigkeit haben sie in das höchste Amt der Stadt gebracht. Sie ist bekannt dafür, dass

sie auch private Petitionen liest und sich ihrer persönlich annimmt.

Den Fall Poon nimmt sie zum Anlass, eine massive Gesetzesänderung einzubringen: Sie will Hongkongs Auslieferungsabkommen nicht nur auf Taiwan, sondern auch auf das chinesische Festland ausweiten – wo praktisch jede Anklage zu einer Verurteilung führt und Angeklagte kein faires Verfahren erwarten können.

Die Frage, was Carrie Lam zu diesem verhängnisvollen Schritt bewegt, trägt entscheidend zum Ausbruch der Krise bei, ist aber bis heute umstritten. Politische Gegner unterstellen ihr, sie habe auf Pekings Anweisung gehandelt. Lam bestreitet das, und vieles deutet darauf hin, dass sie tatsächlich selbst die Initiative ergriffen hat. Jedenfalls setzt sie sich von Anfang an entschieden und ungeduldig für die Novelle ein, ohne sich mit der Opposition zu beraten: »Wir haben keine Zeit zu verlieren. Wir müssen uns bemühen, das Gesetz im Parlamentsjahr 2018/19 einzubringen – das heißt, noch diesen Sommer. Seit dem Mordfall in Taiwan tickt die Uhr. Wir wollen nicht, dass der Verdächtige entwischt.«

Anfang Februar wird die Staranwältin Margaret Ng, 71, auf das neue Gesetz aufmerksam. Sein Inhalt kommt ihr merkwürdig bekannt vor. Ng saß nach der Rückgabe Hongkongs an China 1997 im Parlament und erinnert sich, dass schon damals darüber debattiert wurde, ob man Verdächtige an China ausliefern solle. Aus Sorge, ein solcher Schritt könne das Vertrauen internationaler Investoren in Hongkongs Rechtsstaatlichkeit erschüttern, wurde der Plan verworfen. Nun hat ihn Lam wieder aufs Tapet gebracht.

»Also nahm ich meine Unterlagen aus der Zeit damals unter den Arm, ging zu einer Zeitung und erzählte, was ich wusste«, sagt Ng. Ihre Warnung, ein Auslieferungsabkommen mit China bedrohe nicht nur Investoren und Geschäftsleute, sondern jeden Hongkonger,

alarmiert eine breite Öffentlichkeit. Der Widerstand gegen Lams Gesetz, bislang auf wenige Experten beschränkt, zieht Kreise. Langsam kommt eine Protestbewegung in Gang.

Am 27. März trifft sich der Demokratieaktivist Joshua Wong, 22, mit dem SPIEGEL zu einem Interview. Es geht um die Bemühungen Pekings, Hongkong politisch, rechtlich und wirtschaftlich immer enger an das Festland zu binden, zuletzt mit einem Plan, die großen Städte des Perlfloss-



Paar Chan, Poon um 2017

Ein Mord als Auslöser

deltas zu einer einzigen Megacity zusammenzufassen, darunter auch die Sonderverwaltungsregionen Hongkong und Macau.

Das neue Auslieferungsgesetz, sagt Wong damals, sei ein besonders grober Verstoß gegen das »hohe Maß an Autonomie«, das Hongkong einst versprochen wurde. Doch er hat Zweifel, dass es der Opposition gelingen werde, noch einmal so viele Menschen auf die Straße zu bringen wie während der prodemokratischen Regenschirm-Proteste 2014. »Vor fünf Jahren war es leicht, 100 000 Menschen zu mobilisieren«, sagt er. »Heute sind wir darauf nicht vorbereitet, denn heute wissen die Menschen, welchen Preis sie für zivilen Widerstand zahlen müssen.«

Fast alle führenden Köpfe der Regenschirm-Bewegung sind seit 2014 vor Gericht gestellt, manche zu langen Haftstrafen verurteilt worden. Wong schaut während des Interviews immer wieder auf sein Handy: Er hat am Tag darauf einen Prozesstermin, ihm droht erneut die Verhaftung. Er ist nicht zuversichtlich, was seine eigene und die Zukunft der Opposition betrifft; für viele junge Hongkonger sei die Regenschirm-Bewegung bereits ein Stück Geschichte, sagt er. »Ich fürchte, in zehn Jahren bin auch ich für sie nur mehr eine historische Figur.«

Noch etwas anderes mache ihm Sorgen, sagt Joshua Wong, bevor er zu seinem nächsten Anwaltstermin aufbricht: dass er wegen seiner Haftstrafe den Kinostart des Science-Fiction-Films »Avengers: Endgame« versäumen könnte. Wie die meisten Hongkonger seiner Generation ist Wong leidenschaftlicher »Avenger«-Fan. Er ist gespannt darauf, wie deren Abrechnung mit Thanos endet, dem Superschurken aus dem Marvel-Universum.

Vier Wochen später hat die Stimmung in Hongkong gedreht. Täglich berichten die Medien über den Streit um das Auslieferungsgesetz. 12 000 Demonstranten sind Ende März auf die Straße gegangen, 130 000 am 28. April – viele Studierende, aber auch Arbeiter, Angestellte, Geschäftsleute. Es ist die größte Demonstration seit dem Ende der Regenschirm-Bewegung.

Weitere Proteste und Onlinepetitionen folgen im Mai, doch niemand rechnet damit, was am 9. Juni passiert: Hunderttausende, nach Angaben der Organisatoren mehr als eine Million Menschen zwingen

sich durch Hongkongs Straßen und verlangen die Rücknahme des Gesetzes.

Regierungschefin Lam hat Korrekturen an ihrem Entwurf vorgenommen, aber denkt nicht daran, ihn zurückzuziehen. Noch am Abend der Massendemo lässt sie erklären: Das Gesetz werde wie geplant drei Tage später vorgelegt. Da das Regierungslager im nur zur Hälfte demokratisch gewählten Parlament eine Mehrheit hat, steht praktisch fest, dass das Gesetz beschlossen wird. Selbst ein Millionenmarsch in dieser Siebenmillionenstadt reicht nicht aus, um die Regierung zum Einlenken zu bewegen – mit dieser bitteren Erkenntnis gehen die Demonstranten nach Hause.

Am 12. Juni kommen sie zurück. Dieser Tag wird zum Wendepunkt der Krise. Tausende blockieren den Legislativrat, um den Abgeordneten den Zutritt zu verwehren und eine Abstimmung zu verhindern. Die Wut der Demonstranten ist so groß, dass sie das Gelände des Parlaments stürmen. Die Polizei reagiert mit Festnahmen, Pfefferspray und Tränengas. Zum ersten Mal steigen Rauchwolken brennender Barrikaden über der Innenstadt auf.

Drei Tage später suspendiert Lam das Gesetz, das sie monatelang ohne Rücksicht auf die Opposition vorangetrieben hat. Noch nimmt sie es nicht endgültig zurück. Doch Zuversicht und Resignation haben die Seiten gewechselt.

»Wenn diese Stadt je einen eigenen Feiertag bekommt, dann müsste es dieser 12. Juni sein«, sagt die Anwältin Ng. »An diesem Tag haben die Protestierenden ihre Regierung in die Knie gezwungen. Ob es eine gute Idee war, das Parlament zu stürmen, sei dahingestellt. Doch ich bezweifle, dass das Gesetz anders zu verhindern gewesen wäre.«

Vom 12. Juni an liegt das Momentum bei der Protestbewegung. Sie entfaltet über die nun folgenden Monate eine gesellschaftliche Kraft und internationale Sichtbarkeit, die selbst im historischen Vergleich ähnlicher Bewegungen bemerkenswert ist. Das verdankt sie drei Faktoren: dem Zorn und der Kreativität der Protestierenden, der Plumpheit der Regierung und der oft exzessiven Gewalt der Polizei.

Von Woche zu Woche überraschen die Demonstranten ihre Gegner mit immer neuen Aktionen. Sie protestieren im Regierungsviertel und in Wohnbezirken, besetzen Shoppingmalls und rufen Schul-

streiks aus, demonstrieren vor Polizeiwachen und demolieren U-Bahn-Stationen. Sie wechseln zwischen großen, friedlichen Demonstrationen und kleinen Flashmob-Attacken, die oft mit Tränengas und Bildern prügelnder Polizisten enden.

Im Kern der Bewegung etabliert sich eine digital versierte, hoch mobile Stadtguerilla, die sich über Chatgruppen in Netzwerken wie LIHKG und Telegram verständigt. »Guardians of Hong Kong« heißt eine der Gruppen, in Anspielung auf eine Serie der Marvel-Comics.

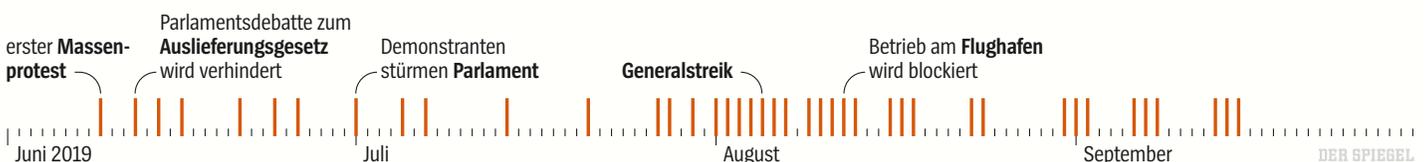
Wenn die Polizei die Protestierenden an einem Ende der Stadt stellen will, sind die sogenannten Frontliner oft längst schon auf dem Weg ans andere. Sie haben ihre »Avengers«-artigen schwarzen Uniformen, Gasmasken und Knieschützer gegen Jeans und T-Shirts getauscht, um im Stadtbild unterzutauchen. In der Regel hat die Polizei das Nachsehen.

Die Bewegung legt Wert darauf, amorph und führerlos zu bleiben. Das ist eine der Lehren aus den gescheiterten Regenschirm-Protesten, deren prominenteste Vertreter fast alle vor Gericht gelandet sind. Sie erscheinen der neuen Protestgeneration naiv und ungeschickt.

Joshua Wong hat Mitte Mai seine Haftstrafe angetreten und verfolgt die ersten Massenproteste staunend im Gefängnis. Als er am 17. Juni entlassen wird und gleich zu einer Blockade des Polizeihauptquartiers aufruft, wird er in den sozialen Netzwerken scharf zurückgepfiffen: wie er auf die Idee komme, eigenmächtige Kommandos zu erteilen? Solche Entscheidungen werden in der neuen Protestbewegung nicht von Einzelnen getroffen, sondern von allen, die an den betreffenden Chatgruppen beteiligt sind und dann darüber abstimmen.

Der Einfallsreichtum der Bewegung könnte professionelle PR-Agenturen inspirieren. Im Juni bereits erscheinen erste, per Crowdfunding finanzierte Anzeigen in führenden europäischen und amerikanischen Medien – es dauert Wochen, bis die Regierung mit einer eigenen Kampagne nachzieht. Mitte August, als Protestierende am Flughafen einen chinesischen Journalisten verprügeln und international Kritik laut wird, entschuldigt sich die Bewegung. Ende August stellt sie eine Protesthymne ins Internet, »Glory to Hong Kong« genannt. Sie

Im Ausnahmezustand Massenproteste in Hongkong





CHRIS MCGRATH / GETTY IMAGES

Brennende Barrikade im Stadtteil Mong Kok am Sonntag: »Sie haben sich geopfert«

wird fortan jeden Abend an öffentlichen Plätzen gesungen. Zum Mondfest steigen Tausende auf den Victoria Peak und den Lion Rock, beides Stadtberge Hongkongs, und leuchten mit Laserpointern auf die Wolkenkratzer hinunter.

Schwerfällig und wie von der Wirklichkeit überholt nimmt sich neben diesem Feuerwerk an Aktionen die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung aus. Formelhaft beschwört Carrie Lam über Wochen den Zusammenhalt der Stadt und greift zu Vergleichen, die die Protestierenden erst recht provozieren: Sie sei eine Mutter, sagt sie am 12. Juni. Wenn sie den »Launen« ihres Sohnes nachgebe, werde er eines Tages fragen: »Mama, warum hast du mich damals nicht zurückgehalten?«

Noch fragwürdiger sind Äußerungen anderer Politiker: Die Lam-Beraterin Fanny Law behauptet Anfang September, junge Mädchen böten männlichen Frontline-Demonstranten »Gratissex« an. Halbherzig verurteilt die Regierung brutale Übergriffe, die vermutlich kriminelle Gangs seit Ende Juli auf Demonstranten und Unbeteiligte verüben. Standhaft verteidigt sie fast jede Aktion der Polizei, selbst gefährliche Einsätze in der Enge von U-Bahn-Stationen.

Dieser Korpsgeist spiegelt sich aber, mit Ausnahme des Zwischenfalls am Flughafen, auch im Lager der Regierungsgegner.

Selbst wenn einzelne Protestierende zu weit gehen mögen, niemand will den Konsens aufbrechen. Die zunehmende Härte der Polizei stärkt diese Geschlossenheit.

Am 30. Juni erscheint in der »New York Times« der Essay eines Demonstranten namens Fred Chan Ho-fai, der die Taktik der Bewegung umreißt. Sein Titel lautet: »Bring die Polizei dazu, dich zu schlagen«. Ziel sei es, schreibt Chan, »die aggressivsten gewaltlosen Mittel einzusetzen, um die Polizei und die Regierung an ihre Grenzen zu bringen. Solche Aktionen machen Lärm und erzeugen Aufmerksamkeit.« Gelingen es, die Polizei dazu zu bringen, »unnötige Kraft einzusetzen, dann wird die Öffentlichkeit Missfallen und Abscheu gegenüber den Behörden empfinden.«

Einen Tag später, am 1. Juli, stürmen radikale Demonstranten zum zweiten Mal das Parlament. Diesmal besetzen und verwüsten sie den Sitzungssaal, beschmieren Wände und schlagen Scheiben ein. Obwohl zuvor mehrere Oppositionspolitiker auf Knien versucht haben, die Demonstranten aufzuhalten, kritisiert im Nachhinein keiner von ihnen die Aktion.

Selbst der Verfassungsrechtler Benny Tai, 55, Initiator der Regenschirm-Proteste und ein entschiedener Verfechter gewaltlosen Widerstands, kann sich nicht durch-

ringen, den zweiten Sturm aufs Parlament zu verurteilen. Er sitzt am 1. Juli im Gefängnis und hört im Radio von den Ereignissen. »Unzivilisiert« sei gewesen, was die Protestierenden getan hätten, das räumt er ein. »Aber die Wahrheit ist: Ich habe geweint«, sagt er, Anfang September, seit ein paar Tagen wieder auf freiem Fuß.

Ein paar Dutzend Demonstranten sind an jenem Abend in den Sitzungssaal vorgedrungen. Bevor sie dort die zentralen Forderungen der Protestbewegung verkünden, halten sie einen Augenblick lang inne: Ein solcher Akt könnte für alle Anwesenden hohe Gefängnisstrafen bedeuten. »Gut 20 von ihnen sind erst einmal rausgegangen«, sagt Tai. »Doch dann sind sie zurückgekommen. Sie wollten die anderen nicht alleinlassen. Sie haben sich geopfert. Vielleicht ist das der höchste Grad gewaltlosen Widerstands, den wir in Hongkong gesehen haben.«

Erst Anfang September zieht Carrie Lam das Auslieferungsgesetz formell zurück und kündigt an, »mit allen Betroffenen« reden zu wollen. Für einen Augenblick zieht die Hongkonger Börse an, aber Lams Zugeständnis verpufft. Mitte September sind mehr als 1400 Protestierende festgenommen, angeklagt und auf Kaution wieder freigelassen worden, Hunderte Molotowcocktails geworfen und gut



Demonstranten am 15. September: Wer hat die Autorität, einen Kompromiss zu schließen?

2300 Tränengaspatronen abgefeuert worden. Die Bewegung hat sich radikalisiert und ist längst über das Auslieferungsgesetz und vage Dialogangebote hinweg.

Inzwischen prügeln nicht mehr nur Polizei und Protestierende aufeinander ein, sondern auch Demonstranten unterschiedlicher Fraktionen. In der Gloucester Road kommt es zu einer brutalen Szene. Regierungsgegner schlagen einen Mann, bis er auf den Knien liegt, dann treten sie auf ihn ein, bis er sich nicht mehr rührt. Der Mann, offenbar ein Sympathisant der Regierung, ist in kritischem Zustand, als er im Krankenhaus eintrifft.

»Ich hätte auch zugeschlagen«, sagt ein junger Demonstrant, der sich Fong nennt. Er nahm an diesem Nachmittag an einem anderen Protest teil, war aber schnell über den Fall in der Gloucester Road informiert. »Der Mann hatte einen von uns angegriffen.« Das sei auf dem sozialen Netzwerk LIHKG gemeldet worden. Die Nachrichten dort seien alle verifiziert. »Das Ziel war, ihm eine Lektion zu erteilen. Solche Leute hören nicht auf Vernunft. Die verstehen nur die Sprache der Gewalt.« Fong hat seit dem 9. Juni an fast allen Demonstrationen teilgenommen, im Juli wurde er mit ein paar Freunden aus seiner Mittelschule zum »Frontliner«.

Fong ist 17 Jahre alt und lebt mit seinen Eltern und zwei Schwestern in einer Zweizimmerwohnung im Viertel Tseung Kwan O. Sein Vater ist Bauarbeiter und ein Gegner der Protestbewegung. »Er findet, wir sollen gehorchen«, sagt Fong, »aber meine Schwestern und ich wollen Demokratie.« Das sei ganz typisch für Familien, in denen die Eltern jenseits der 50 sind.

»Ideal wäre es, wenn Hongkong ganz von China unabhängig werden könnte«, sagt Fong, »aber das ist vielleicht nicht realistisch.« Er will, dass die Regierung bis Januar die restlichen vier Forderungen erfüllt, die die Protestierenden zuvor vorgetragen haben: eine unabhängige Untersuchung der Polizeigewalt, die Nichtanwendung des mit hohen Strafen bewehrten Aufruhrparagrafen, die Rücknahme aller bereits erhobenen Anklagen – und direkte, freie Wahlen, sowohl des Parlaments als auch des nächsten Regierungschefs.

Die Erfolge der Protestbewegung, ihre bemerkenswerte Geschlossenheit, auch die Bestätigung, die sie international erfährt, haben enorme Erwartungen geweckt. Doch ihre führerlose, von sozialen Medien geprägte Struktur, die Schwäche der Hongkonger und die Stärke der Pekinger Regierung haben eine fast ausweglose Lage geschaffen. Wenn dieser Konflikt friedlich gelöst werden soll – wer hat die Autorität, einen Kompromiss zu schließen?

»Es stimmt, eines Tages werden wir mit der Regierung reden müssen«, sagt Fred Chan Ho-fai, drei Monate nachdem er in der »New York

Times« zum ersten Mal über die Taktik der Bewegung geschrieben hat. »Aber von diesem Schritt sind wir noch weit entfernt. Das werden wir erst tun, wenn die Regierung unsere Forderungen akzeptiert hat.«

Chan sieht kein Problem darin, Vertreter zu finden, die im Namen der Bewegung verhandeln könnten. Ihre Autorität werde sich aus den sozialen Netzwerken speisen, in denen schon heute über jede Aktion der Protestierenden abgestimmt werde. »Die Rolle der sozialen Medien in dieser Bewegung geht weit über die in früheren Kon-

Laut **Organisatoren** nahmen am 16. Juni

2 Mio.

Menschen an den Protesten teil.

Die **Polizei** sprach von

338 000

Demonstranten.

Quelle: SCMP

flikten wie etwa im Arabischen Frühling hinaus«, sagt Chan. Die Algorithmen seien schneller und leistungsfähiger. Es ließen sich heute viel effizienter gemeinsame, verhandlungsfähige Positionen bestimmen als in den »Facebook-Revolutionen« vergangener Jahre.

Doch Chinas Führung ist so wenig mit den Regimen des Arabischen Frühlings zu vergleichen wie die Protestbewegung in Hongkong mit den Aufständischen in Tunis, Kairo und Tripolis.

Hongkong ist für Peking kein existenzielles, aber nach dem Sommer 2019 ein zunehmend ernstes Problem. Die Gefahr, dass Chinas Führung es gewaltsam löst, ist nach wie vor gegeben. Es liegt auch in der Hand der Protestbewegung, dass es dazu nicht kommt.

Die Regierungsgegner seien, sagt Chan, noch nicht am Ende ihrer Möglichkeiten: »Wir haben uns seit den Sechzigerjahren daran gewöhnt, an Martin Luther King zu denken, wenn von Bürgerrechtsbewegungen die Rede ist. Nur wenige erinnern sich an die wichtige Rolle, die Malcolm X und seine radikalen Aktionen spielten.« Man könne den Anteil an Radikalität erhöhen.

Die Bewegung scheint sich nach mehr als 100 Tagen des Protests ihrer Sache ähnlich sicher zu sein wie Carrie Lam am Vorabend des 12. Juni.

Die Regierungschefin hat inzwischen selbst den Rest an Glaubwürdigkeit verloren, den sie zu Beginn des Sommers noch hatte. Sie hat zu viele Fehler gemacht und zu viele Chancen verpasst, als dass sie bei der Lösung des Konflikts noch eine zentrale Rolle spielen könnte.

Es sei schwierig, beklagte Lam vor vier Wochen in einem vertraulichen Gespräch mit Unternehmern, Dienerin »zweier Herren« zu sein – der Bevölkerung Hongkongs und der Zentralregierung in Peking. Alles deutet darauf hin, dass sie inzwischen nur mehr einem Herrn dient, nämlich Peking – und auch nur als Platzhalter für jemanden, der nach ihr kommen wird. Wer das ist, wird Peking entscheiden.

Chinas Führung hält merkwürdig still, nachdem sie im August Einheiten der bewaffneten Volkspolizei an der Grenze zu Hongkong stationiert hat. Seit dem Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang September hat sich kein führender chinesischer Politiker mehr zu Hongkong geäußert. Das kann, muss aber nicht ein gutes Zeichen sein.

Twitter: @bzand

Video
Auf der Straße mit den Demonstranten

spiegel.de/sp402019hongkong
oder in der App DER SPIEGEL



DER SPIEGEL im Gespräch Der Osten verändert die Republik – Wie rechts ist Deutschland?



Gesine Schwan

Heike Kleffner

Werner J. Patzelt

Brandenburg und Sachsen haben ihren jeweiligen Landtag gewählt, die Wahl in Thüringen steht unmittelbar bevor.

Lässt sich aus dem Wahlergebnis der AfD eine Tendenz für ganz Deutschland ableiten?

Was bedeutet diese Entwicklung für das Parteiensystem und die Demokratie?

Wie sehr rückt Deutschland nach rechts?

Und haben die etablierten Parteien die richtigen Ideen, um diesen Trend zu stoppen?

Darüber diskutieren Gesine Schwan, Vorsitzende der Grundwertekommission der SPD, Heike Kleffner, Autorin, und Werner J. Patzelt, Politikwissenschaftler.

Moderation: Melanie Amann, Leiterin SPIEGEL-Hauptstadtbüro

**Montag, 30. September 2019, 19 Uhr, Clärchens Ballhaus – Spiegelsaal,
Auguststraße 24, 10117 Berlin**

Karten im Vorverkauf, an der Abendkasse und unter www.spiegel-live.de.

Eintritt: 15 Euro, ermäßigt 12 Euro, Abonnenten 12 Euro zzgl. Gebühren.

Einlass ab 18 Uhr. Änderungen vorbehalten.

Verpassen Sie keine Veranstaltung mehr, und melden Sie sich für unseren Newsletter unter spiegel-live.de an.



Provinz Kocaeli: Quecksilber in der Muttermilch

Dicke Luft

Türkei Internationale Industrie-konzerne richten in der Provinz Kocaeli ein Umweltdesaster an. Viele Bewohner erkrankten an Krebs und Asthma.

Seitdem Sevgi Cebeci vor neun Jahren an Krebs erkrankt ist, führt sie zwei Kämpfe: einen gegen die Krankheit, den anderen gegen den türkischen Staat.

Cebeci, 50 Jahre alt, lebt in der Stadt Dilovası in der Provinz Kocaeli, etwa 45 Kilometer östlich von Istanbul – und genau das, sagt sie, sei der Grund für ihren Lymphdrüsenkrebs.

Kocaeli war einmal ein idyllischer Landstrich zwischen Marmarameer und Schwarzem Meer, die Bewohner bauten Wein und Pfirsiche an. Heute ist von der Idylle nicht mehr viel übrig. Mehr als 2000 Industrieunternehmen haben sich in der Region in den vergangenen Jahrzehnten angesiedelt – etwa jedes achte kommt aus dem Ausland, viele aus Deutschland, darunter Konzerne wie Bayer und Siemens.

Die Industrialisierung hat Kocaeli Wohlstand beschert. In keiner anderen türkischen Provinz, Istanbul ausgenommen, ist das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf höher. Sie hat die Bewohner jedoch auch krank gemacht, wie Recherchen des SPIEGEL und des Journalistennetzwerks European Investigative Collaboration (EIC) zeigen.

In kaum einer anderen Region ist die Luft so sehr verschmutzt wie in Kocaeli. Die Flüsse und Böden sind kontaminiert, unter anderem weil manche Betriebe Schrott unkontrolliert entsorgen. Wasserproben, die EIC aus dem Fluss in Dilovası entnommen und einem Universitätslabor in Istanbul vorgelegt hat, wiesen hohe Werte unter anderem an Eisen, Nickel, Phosphor auf.

Onur Hamzaoğlu, ehemals Medizinprofessor an der Universität Kocaeli, zeigte bereits 2005 anhand einer Langzeituntersuchung, dass das Risiko, in seinem Heimatort an den Folgen einer Krebserkrankung zu sterben, mehr als zweimal so hoch ist wie im Rest des Landes. Laut einer weiteren Studie von Hamzaoğlu und seinen Kollegen ist die Muttermilch von Frauen in Dilovası mit Spuren von Aluminium und Quecksilber durchsetzt. Das türkische Parlament empfahl 2007 in einem Kommissionsbericht, Dilovası zum »Gesundheitskatastrophengebiet« zu erklären. Trotzdem hat die Regierung unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan die Provinz weiter für die Industrie erschlossen.

Sevgi Cebeci sitzt auf einem Plastikstuhl vor ihrem Haus in den Hügeln von Dilovası. Das Reden fällt ihr schwer, ihr Mann



Ahmet hält ihre Hand. Die Cebecis haben den türkischen Staat auf den symbolischen Wert von einer Lira verklagt, das Gesundheitsministerium, so sagen sie, habe Warnungen vor der Umweltverschmutzung in ihrer Heimatstadt ignoriert. Ein Gericht lehnte die Klage ab.

Cebeci blickt auf das Industriegebiet im Tal, wo Schnellstraßen durch Hochhaus-siedlungen schneiden. Aus Schloten steigt dichter Rauch in den Himmel. Kocaelis Bewohner müssen die schlechte Luft in ihrer Heimat jeden Tag atmen.

Ismail Sami empfängt im Zentrum von Dilovası in den Büroräumen der Nichtregierungsorganisation Ekos-Der, die er gegründet hat. Wie viele Menschen in der Stadt leidet Sami unter Atembeschwerden. Mit seiner NGO klärt er die Öffentlichkeit über Umweltvergehen der Unternehmen

auf, organisiert Demonstrationen. »Wir sind wie ein Dritte-Welt-Land«, sagt er. »Jeder kann hierherkommen und auf unsere Kosten produzieren.«

Die ersten Firmen ließen sich ab den Sechzigerjahren in Kocaeli nieder, sie schätzten die Nähe zu Istanbul und den Zugang zu Seewegen nach Europa. Aber mit der Machtübernahme Erdogans 2003 nahm die Industrialisierung Fahrt auf. Wälder und Weiden mussten Fabriken und Deponien weichen. Erdoğan ließ Firmen, die sich in Kocaeli ansiedeln, im vergangenen Jahrzehnt Milliarden Euro Steuererleichterungen zukommen.

Inzwischen hat die Regierung in Kocaeli 13 »organisierte Industriezonen« ausgewiesen, in denen nicht nur Steuervergünstigungen gelten, sondern auch Umweltsünder lascher verfolgt werden als anderswo. Kaum ein Konzern wird für Verstöße gegen Umweltauflagen bestraft.

Nicht nur Bayer und Siemens, auch BASF, Thyssenkrupp und der Industriegasekonzern Linde unterhalten Werke in Kocaeli. Organisationen wie die Weltbankgruppe und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung unterstützen sie mit Millionen Euro. Nach den Folgen für die Menschen in Kocaeli fragt kaum jemand, schon gar nicht in Europa.

BASF und Siemens erklärten, dass ihre Standorte in Kocaeli nach globalen Umweltstandards zertifiziert seien und regelmäßig Inspektionen unterzogen würden. Thyssenkrupp bezeichnete die eigene Anlage als »relativ neu und sauber«, da sie erst im vergangenen Jahr erbaut wurde.

Die Menschen in Kocaeli fühlen sich im Stich gelassen von ihrer Regierung und der EU gleichermaßen. »Die Luft ist so schlecht, dass alle krank werden, Kinder, Alte«, berichtet ein Arzt aus Dilovası, der aus Angst um seinen Job nicht namentlich genannt werden möchte. »Stellt euch vor, wir würden in eure Länder einfallen, Fabriken hochziehen, die Luft verpesten. Ihr würdet das niemals erlauben«, sagt Hayriye Ödemiş, eine junge Mutter, die an Asthma erkrankt ist.

Umweltproteste in Kocaeli werden von der Erdoğan-Regierung regelmäßig niedergeschlagen. Der Aktivist Sami hat Mühe, überhaupt noch Mitstreiter für Demonstrationen zu finden.

Die Ausbeutung der Natur schreitet unterdessen weiter voran. Heidelberg-Cement ist im Begriff, in Kocaeli ein Zementwerk zu errichten. Sami versucht, den Bau durch Verfahrenstricks zu behindern. Doch auch er weiß: Er kann die Zerstörung seiner Heimat bestenfalls verzögern, nicht verhindern.

Mina Eroğlu, Maximilian Popp, Craig Shaw, Zeynep Şentek

Twitter: @maximilian_popp



WELT AM SONNTAG

Schlaun an
jedem Tag

UNSERE EXPERTEN SCHREIBEN
FÜR SIE IM WISSENSTEIL.
JETZT 4 AUSGABEN GRATIS LESEN.

[WAMS.DE/LESEN](https://www.wams.de/lesen)



LAURA PANNACK / DER SPIEGEL

Khashoggi-Verlobte Cengiz in London

»Wenn ich aufhöre, über Jamal zu sprechen, wird sein Tod von der Agenda verschwinden«

Zwei Leben

Schicksale Vor knapp einem Jahr wurde Jamal Khashoggi im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul ermordet, während seine Verlobte Hatice Cengiz vor der Tür wartete.

Seitdem kämpft sie um ein normales Leben – und um Gerechtigkeit. *Von Alexandra Rojkov*

Sie hatten begonnen, ihre Wohnung einzurichten. 160 Quadratmeter, vier Zimmer, in Istanbul. Das Holzbett war schon gekauft, auch der Fernsehsessel aus schwarzem Leder, den Jamal Khashoggi sich gewünscht hatte. An einem Nachmittag im Oktober 2018 wollten Khashoggi und seine Verlobte Hatice Cengiz die Waschmaschine und einen Herd aussuchen. Doch vorher hatte Khashoggi noch einen Termin.

»Wo?«, fragte Cengiz ihren zukünftigen Mann. »Im Konsulat«, sagte Khashoggi. Das Paar wollte so bald wie möglich heiraten, aber dazu fehlte ein Dokument. Eine Bescheinigung, dass Khashoggi ledig war. Dieses Papier konnte nur eine Behörde seines Heimatlandes ausstellen. Khashoggi wurde in Saudi-Arabien geboren; Cengiz, seine Verlobte, stammt aus der Türkei.

Um zehn Uhr rief Khashoggi das saudi-arabische Konsulat an, um seinen Besuch anzukündigen. Man bat ihn, in drei Stunden vorbeizukommen. »Sie hatten genug Zeit, um alles vorzubereiten«, sagt Cengiz. »Und dann haben sie ihn umgebracht.«

Cengiz, 37 Jahre alt, sitzt auf der Terrasse eines Cafés in London, wo sie inzwischen lebt. Sie presst die Lippen aufeinander. Sie hat die Hände vor der Brust verschränkt, ihr Körper spannt sich, als müsste sie einem Angriff standhalten. Cengiz will nicht von dem Tag erzählen, an dem Jamal Khashoggi getötet wurde. Sie will vergessen, was geschah, will ein neues Leben beginnen. Doch sie kann es nicht.

»Wenn ich aufhöre, über Jamal zu sprechen, wird sein Tod von der Agenda verschwinden«, sagt Cengiz. Deshalb spricht sie, mehrere Tage lang. Sie zittert vor Anspannung, manchmal laufen Cengiz Tränen über das Gesicht. Aber sie weigert sich, das Gespräch abubrechen. »Ich tue das für Jamal«, sagt Cengiz.

Jamal Khashoggi war einer der bekanntesten Journalisten des Nahen Ostens. Am 2. Oktober 2018 betrat er das saudi-arabische Konsulat in Istanbul, um jene Papiere abzuholen, die er für die Hochzeit mit Cengiz brauchte. Khashoggi kam nicht lebend heraus. Die Ermittler gehen davon aus, dass er von einem saudi-arabischen Spe-

zialkommando erstickt und anschließend zerstückelt wurde.

Der Tod des Journalisten war so brutal, dass kaum ein Staat ihn ignorieren konnte. Die USA erließen Sanktionen gegen 18 saudi-arabische Bürger. Deutschland, Frankreich und Großbritannien verhängten Einreiseverbote gegen die Tatverdächtigen. Berlin genehmigte keine weiteren Rüstungsexporte an Riad. Kronprinz Mohammed bin Salman schien isoliert.

Knapp ein Jahr ist seither vergangen. Bis heute wurde niemand für den Mord verurteilt – es ist nicht einmal klar, wo Khashog-

lange ihre Englischkenntnisse verbessern. Aber vor allem wollte sie fliehen. »Hier weiß niemand, wer ich bin«, sagt sie.

In Istanbul kennt jeder ihr Gesicht, selbst für Fremde ist sie »die Verlobte von Khashoggi«. In ihrer Klasse ist sie einfach Hatice, eine Englischschülerin, die sich manchmal mit der Aussprache schwertut.

Doch Cengiz kann das vergangene Jahr nicht ungeschehen machen. Die Stunden vor dem Gebäude, das Khashoggi verschluckt zu haben schien. Die Tage danach, als sie im Bett die sozialen Medien verfolgte, noch immer hoffend, dass ihr Verlobter auftauchen würde. Die Wochen, nachdem Saudi-Arabien Khashoggis Tod eingestanden hatte und Cengiz in einen Dämmerzustand verfiel, ohne den Willen, weiterzuleben.

Manchmal trifft sich Cengiz mit Journalisten und erzählt von ihrem Leben und dem Tod ihres Verlobten. Sie hadert vor jedem Gespräch. In den Nächten vor den Interviews schläft sie nicht, danach kommt sie schwerer zur Ruhe. »Ich möchte von Jamal berichten, ich empfinde es als meine Verantwortung«, sagt Cengiz. »Aber diese Verantwortung erdrückt mich manchmal.«

Cengiz kannte Jamal Khashoggi, bevor er sie kannte. Seit Langem interessiert sich Cengiz für die arabische Welt: Mit Anfang zwanzig besuchte sie einen Sprachkurs in Kairo,

seitdem verfolgt sie die Geschehnisse in der Region. Als der Arabische Frühling Ende 2010 begann, stellte Cengiz sich einen Fernseher ins Zimmer, um keine Meldung zu verpassen.

»Irgendwann sah ich auf dem Bildschirm Jamal.« Khashoggi lebte damals noch in Saudi-Arabien. Oft kommentierte er für den Sender Al Jazeera aktuelle Entwicklungen. »Was er sagte, hatte Weitsicht und Tiefe«, sagt Cengiz. Sie legte sich einen Twitter-Account an, nur um zu lesen, was Khashoggi dort schrieb.

Mehrere Jahre lang verfolgte Cengiz die Arbeit von Khashoggi. Sie blieb ihm auch treu, als er Saudi-Arabien 2017 auf eine Warnung hin verließ und in die USA zog. Der Kronprinz Mohammed bin Salman hatte damals die Macht de facto übernommen. Einerseits leitete MbS,



Journalist Khashoggi in Istanbul im Oktober 2018*

Der Aufschrei verhallte rasch

gis Leiche liegt. Und Saudi-Arabien gehört wieder zum Kreis der Mächtigen.

Cengiz will das nicht hinnehmen. Deshalb führt sie einen Kampf, den sie nicht gewinnen kann: Sie will Gerechtigkeit für ihren toten Verlobten. Sie hat vor den Vereinten Nationen in Genf gesprochen und trat im Europaparlament auf.

Es ist ein warmer Julitag in London. Männer in Anzug eilen zur Arbeit, Frauen ziehen Kinder hinter sich her. Auch Cengiz hat es eilig. Ihr Kurs beginnt bald.

Cengiz hat einen Bachelor-Abschluss in Religionswissenschaften und einen Master in Nahoststudien; sie spricht fließend Arabisch. Nun lernt sie 15 Stunden pro Woche in einer Kleingruppe mit neun anderen Schülern Englisch. Cengiz wollte schon

* Vor dem saudi-arabischen Konsulat.

wie er genannt wird, Reformen ein und erlaubte Frauen das Autofahren. Andererseits duldete er keine Kritik. Khashoggi, der sich für mehr Demokratie im Land aussprach, fürchtete, verhaftet zu werden.

»Von da an las ich erst recht alles, was er schrieb«, sagt Cengiz.

Khashoggi verfasste eine Kolumne in der »Washington Post« und war ein gefragter Redner und Kommentator. Im Mai 2018 begegneten er und Cengiz sich zum ersten Mal. Beide besuchten eine Konferenz in Istanbul. »Wir standen am Büfett, und plötzlich sah ich ihn aus dem Augenwinkel«, erinnert sich Cengiz. »Den Mann, dem ich so lange gefolgt war.«

Cengiz bat Khashoggi um ein kurzes Interview. Ihr Interesse, darauf besteht sie, war damals rein akademischer Natur. »Ich fand seine Ansichten klug, aber da war nichts Persönliches«, sagt Cengiz. Sie sprachen 27 Minuten lang. Cengiz war so zurückhaltend, dass sie Khashoggi nicht einmal nach einer Visitenkarte fragte.

Doch am selben Tag erhielt sie eine Nachricht von ihm. »Ich werde bald wieder in der Türkei sein, und ich möchte Sie gern wiedersehen.«

Aus dem Austausch wurde eine Freundschaft. Bald telefonierten sie jede Nacht: Wenn Khashoggi nach einem Arbeitstag zurück in seine Wohnung kam, rief er Cengiz an. Cengiz war damals 36 Jahre alt – Khashoggi fast 60. »Er war ein alter Mann!«, sagt sie. »Ich dachte: Wie soll ich das jemals meinen Eltern erklären?«

Aber sie hatten eine Verbindung, trotz des Altersunterschieds. Cengiz, die schon als Teenager Tolstoi und Dostojewski gelesen hatte, liebte Bücher und interessierte sich für internationale Politik. Khashoggi suchte eine Gefährtin, die ihm ebenbürtig war. »Wenn es ihm nur um mein Alter gegangen wäre, hätte er sich eine andere Frau ausgesucht«, sagt Cengiz.

Anfang August, wenige Wochen nach ihrem ersten Treffen, bat Khashoggi darum, Cengiz zur Frau nehmen zu dürfen. »Mein Vater hat mich nur angestarrt, als ich es ihm sagte«, erinnert sie sich. »Er unterstützte diese Ehe nicht. Aber er wollte auch kein Hindernis sein.« Die einzige Bedingung: Cengiz dürfe nicht dauerhaft zu Khashoggi in die USA ziehen.

Als Cengiz über diese Zeit des Kennenlernens spricht, wird sie ruhiger. Sie lächelt wie ein verliebter Teenager, zeigt Fotos von Khashoggi, die auf ihrem Handy gespeichert sind. Doch plötzlich verändert sich ihr Gesichtsausdruck. Cengiz erstarrt, bricht mitten im Satz ab. »Können wir bitte nach drinnen gehen?«, fragt sie.

Am Nebentisch haben zwei Männer Platz genommen. »Aus Saudi-Arabien«, flüstert Cengiz. Erschrocken flüchtet sie ins Innere des Cafés.

Nach Khashoggis Tod verbreiten pro-saudische Medien Gerüchte über Cengiz. Sie sei eine türkische Agentin und habe Verbindungen zu Islamisten. Sie habe eine Beziehung zu einem Iraner gehabt. Teheran gilt als Erzfeind Saudi-Arabiens. Cengiz bekam Personenschutz. »Früher habe ich die Konflikte des Nahen Ostens nur studiert«, sagt sie. »Jetzt stecke ich mittendrin.«

In der Nacht auf den 20. Oktober – mehr als drei Wochen nach Khashoggis Verschwinden – gab Riad bekannt, dass der Journalist im Konsulat getötet worden war. Cengiz las die Meldung am nächsten Morgen, als sie zum Gebet aufstand. Sie erinnert sich, wie sie ihr Handy anstarrte und sich dann, von der Trauer überwältigt, ins Bett warf.

Cengiz begann eine Therapie. Ein Psychiater verschrieb ihr Antidepressiva. Als



Paar Khashoggi, Cengiz 2018
Verbindung trotz Altersunterschied

die Schwere langsam wich, versuchte Cengiz, sich zu erinnern, wer sie vor Khashoggis Tod gewesen war. »Eine junge Frau, die ihr Studium fortführen wollte.«

Sie schrieb sich an der Universität in Istanbul ein, doch hielt es nur eine Woche aus. »Es war, als würden die Wände auf mich zukommen«, sagt sie.

Die ganze Stadt schien auf sie hereinzubrechen. Istanbul war gefüllt mit Erinnerungen: die Uferpromenade, an der sie mit Khashoggi spazieren gegangen war, die Restaurants, die sie besucht hatten, das Hotel, in dem sie hatten heiraten wollen.

Das alles ertrug Cengiz nicht mehr. Im April 2019 zog sie nach London.

Der Radius ihres Lebens führt von ihrer Dreizimmerwohnung über ihre Sprachschule zu einem palästinensisch-libanesischen Restaurant, wo Cengiz manchmal zu Mittag isst und mit den Kellnern Arabisch spricht.

Sie könnte beschließen, nur noch dieses eine Leben in London zu führen, als Hatice, die Studentin, von der niemand genau weiß, was sie nach England getrieben hat. Sie könnte den Journalisten absagen und Khashoggis Foto, das noch immer auf ihrem Bildschirm prangt, ersetzen. »Aber mit jemandem zusammen zu sein bedeutet, für ihn einzustehen«, sagt Cengiz.

An einem Mittwoch im September ist sie auf dem Weg zu einem Interview mit dem britischen Sender Channel 4. Cengiz ist so müde, dass sie den Englischunterricht am Morgen versäumt hat.

Trotzdem sitzt sie kurze Zeit später vor drei Fernsehkameras und beantwortet Fragen zu ihrem toten Verlobten. Der Reporter, der sie interviewt, hat Cengiz schon mehrfach getroffen. »Ich weiß nicht, ob wir sie quälen oder ihr helfen«, sagt er vor dem Interview.

Würde der Mord an ihrem Verlobten verfolgt, würde sich Cengiz alldem nicht aussetzen. Saudi-Arabien hat elf Männer wegen des Mordes an Khashoggi vor Gericht gestellt, fünf von ihnen könnten zum Tode verurteilt werden. »Die wahren Verantwortlichen kommen davon«, sagt sie.

Die Uno hat den Mord an Khashoggi untersuchen lassen. Der Bericht, der im Juni 2019 erschien, nennt nicht ausdrücklich, wer den Mord an Khashoggi in Auftrag gegeben hat. Aber er empfiehlt Ermittlungen gegen hochrangige saudi-arabische Beamte – einschließlich Kronprinz Mohammed bin Salman.

MbS gilt als jähzornig, möglicherweise wollte er sich für Khashoggis kritische Kommentare rächen. »Selbst wenn Jamals Kolumne schlechte Presse für Saudi-Arabien war – sein Tod war es noch viel mehr«, sagt Cengiz.

Doch der Aufschrei verhallte rasch. Saudi-Arabien ist wegen seines Ölreichtums zu bedeutend, um es auszugrenzen.

Um auf dieses Unrecht aufmerksam zu machen, will Cengiz am 2. Oktober, dem Todestag von Jamal Khashoggi, zum saudi-arabischen Konsulat in Istanbul zurückkehren. Cengiz möchte dort eine Rede halten, an jenem Ort, an dem sie vor einem Jahr vergebens auf ihren Verlobten wartete. »Ich werde sagen: Damals war ich eine Frau, die heiraten wollte. Heute stehe ich hier als Teil einer Welt, die es nicht geschafft hat, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.«

Kürzlich hat Cengiz einen kleinen Schritt in ihr normales Leben gemacht. Zum ersten Mal nach Khashoggis Tod hat sie sich ein Paar Schuhe bestellt; pink-orange Sneakers mit profilierter Sohle. Sie hat eine Karte dazugeschrieben, an sich selbst. »Alles Gute zum Jahrestag, Hatice.«

Mail: alexandra.rojkov@spiegel.de

**Kinostart am
10. Oktober**

GEWINNER
GOLDENER LÖWE
BESTER FILM

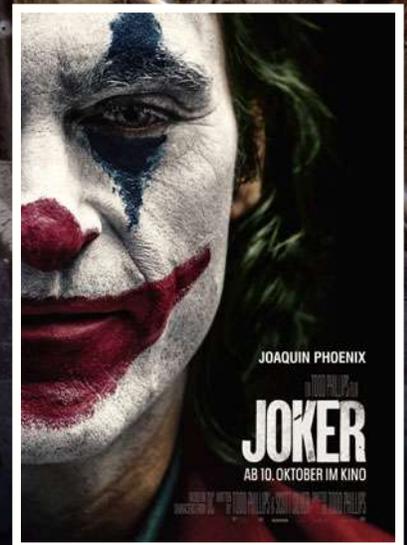


VENICE FILM FESTIVAL

DER SPIEGEL lädt ins Kino ein!

Verlosung von 250 x 2 Freikarten.

DER SPIEGEL – das deutsche Nachrichten-Magazin.



JOKER

In **JOKER** kämpft Arthur Fleck darum, seinen Weg in Gothams zerrütteter Gesellschaft zu finden. Doch während er die verrußten Straßen durchstreift und mit den graffitiverschmierten Zügen des Transitverkehrs durch eine feindselige Stadt voller Spaltung und Unzufriedenheit fährt, trägt Arthur zwei Masken. Die eine malt er sich täglich für seine Arbeit als Clown auf. Die andere kann er niemals ablegen; sie ist die Verkleidung, die er in seinem vergeblichen Versuch trägt, sich als Teil der Welt um ihn herum zu fühlen und nicht wie der missverständene Mann, den das Leben immer wieder niederstreckt. Eine düstere Charakterstudie, in der Arthur – gefangen in einer Abwärtsspirale aus Gleichgültigkeit und Grausamkeit – eine Fehlentscheidung trifft, die zu einer Kettenreaktion von eskalierenden Ereignissen führt.

Regisseur Todd Phillips' **JOKER** bietet einen mutigen, nie zuvor gesehenen Blick auf den ikonischen Erzfeind und wurde bereits bei den Filmfestspielen von Venedig mit Standing Ovation gefeiert. Phillips' Studie über Arthur Fleck wird unvergesslich von dem dreimal für einen Oscar® nominierten Joaquin Phoenix (»The Master«, »Walk the Line«, »Gladiator«) porträtiert. An der Seite von Phoenix spielt der Oscar®-Preisträger Robert De Niro (»Wie ein wilder Stier«, »Der Pate: Teil II«).



QR-Code scannen
und online registrieren.

Registrieren Sie sich mit Ihrem Namen und Ihrer Adresse unter:

www.spiegel.de/kartenverlosung

Einsendeschluss ist der 4.10.2019, 24 Uhr. Die Gewinner erhalten die Kinokarten per Post, hierfür sind Ihr Name und Ihre Adresse notwendig. Die Freikarten sind in allen Kinos einlösbar, in denen der Film in Deutschland gezeigt wird. Es gelten die aktuellen Datenschutzbestimmungen, insbesondere werden die Adressen der Gewinnspielteilnehmer nicht an Dritte weitergegeben. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Missbrauch wird zur Anzeige gebracht.

Frankfurter Allgemeine

Freiheit beginnt mit

Freiheit hat viele Seiten.

Mehr erfahren auf freiheitimkopf.de

Seit 70 Jahren steht die Frankfurter Allgemeine für die Freiheit im Denken. —
Sie steht für die Vielfalt der Perspektiven. Für die Kraft der Fakten. Mit Tiefe und Intelligenz,
mit sachlichem Blick und besonnenem Stil analysiert die Frankfurter Allgemeine das Geschehen
und ordnet es ein. Demokratie beruht auf Freiheit. — Freiheit beginnt im Kopf.

Sport

Große Sportereignisse sind seit je Ergebnisse eines vielschichtigen Interessengemauschels. ► S. 106

Turnelemente, die nach deutschen Sportlern benannt sind seit 2011

● Teilnahme bei der WM 2019

● keine Teilnahme bei der WM 2019



DER SPIEGEL

»Seitz«
Stufenbarren
Aufschwung nach
Elisabeth Seitz

»Eichorn«
Pauschenpferd
Drehbewegung nach
Waldemar Eichorn

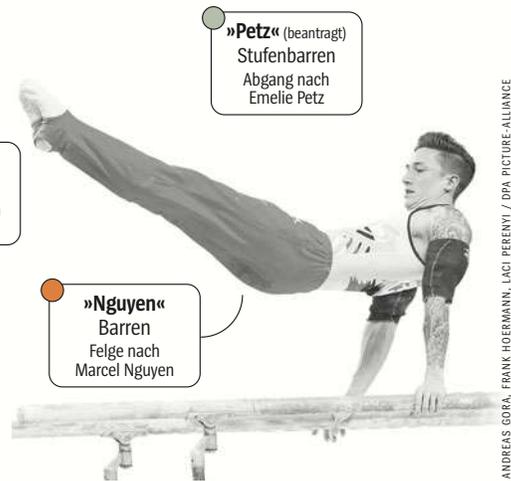


»Schäfer-Salto«
Schwebebalken
Seitwärtssalto nach
Pauline Schäfer

Ersatzturnerin - kann noch bei der WM zum Einsatz kommen

»Dauser«
Barren
Riesenfelge nach
Lukas Dauser

»Bretschneider«
Reck
Doppelsalto nach
Andreas Bretschneider



»Petz« (beantragt)
Stufenbarren
Abgang nach
Emelie Petz

»Nguyen«
Barren
Felge nach
Marcel Nguyen

ANDREAS GORA, FRANK HOERMANN, LACI PERENYI / DPA PICTURE-ALLIANCE

»Neue Zeichen setzen«, so lautet das Motto der Weltmeisterschaft im Turnen, die ab kommenden Freitag in Stuttgart stattfindet. Die deutschen Athleten haben dabei nur geringe Chancen auf die Medaillentränge. Lukas Dauser und Elisabeth Seitz gehören zu den wenigen, die eine Finalchance besitzen. Allerdings

hat die deutsche Riege das Turnen in den vergangenen Jahren mitgeprägt: durch bis dahin nie gezeigte Übungsteile. Um in den Code de Pointage, der so etwas wie die Bibel der Turner ist, aufgenommen zu werden, müssen die neuen Elemente von einem internationalen Kampfrichter bestätigt werden.

Magische Momente

»Was Geileres gibt es nicht«

Golfprofi Caroline Masson, 30, über ihren Erfolg beim Solheim Cup



JAMIE SQUIRE / GETTY IMAGES

SPIEGEL: Frau Masson, der Solheim Cup ist das weibliche Pendant zum Ryder Cup. Welche Bedeutung hat er für Ihre Sportart?

Masson: Golf ist ja eigentlich eine Individualsportart, doch der Solheim Cup ist ein internationales Teamevent. Das Ganze gleicht somit dem Finale einer WM im Fußball. Zwei Teams mit je zwölf Spielerinnen stehen sich dabei in unterschiedlichen Konstellationen eine Woche lang gegenüber. Am Ende geht es dann eins gegen eins. Das ist unglaublich emotional.

SPIEGEL: Sie waren in diesem Jahr in Schottland die einzige Deutsche im Team Europa. Wie qualifiziert man sich dafür?

Masson: Dabei sind die fünf besten Europäerinnen der Weltrangliste, die drei Besten der europäischen Rangliste, und dann darf die Kapitänin noch vier Spielerinnen auswählen.

SPIEGEL: Erst sah es so aus, als würden Ihre Gegnerinnen aus den USA gewinnen.

Masson: Kurzzeitig, ich hatte mein Match leider verloren, und auch die zwei Mädels vor mir haben am 18. Loch die Punkte nicht so richtig mitgenommen. Aber dann stellte sich heraus, dass wir siegen könnten, wenn wir die letzten beiden Spiele gewinnen.

SPIEGEL: Wie ging es weiter?

Masson: Meine Teamkollegin Bronte Law aus England gewann ihr Match,



DAVID CANNON / GETTY IMAGES

Masson im September in Schottland

sodass es auf den letzten Putt von Suzann Pettersen aus Norwegen ankam. Wir saßen alle auf einem kleinen Hügel am 18. Loch und haben mitgefiebert. Es war klar: Geht der rein, haben wir gewonnen. Die letzten 20 Sekunden waren nervenaufreibend.

SPIEGEL: Letzter Tag, letzte Spielerin, letztes Loch, letzter Putt. Das klingt nach dem perfekten Drehbuch.

Masson: Absolut. Der Jubel war riesig. Wir sind alle aufs Green gerannt und haben uns umarmt. Ich bin völlig überzeugt, dass jeder, egal ob Golfer oder Nichtgolfer, der diese letzten zwei Minuten gesehen hätte, sagen würde: Boah, was Geileres gibt es nicht.

SPIEGEL: Sie spielen seit Jahren in den USA. Was hat Sie dazu bewogen?

Masson: Dort gibt es die beste Liga der Welt und damit die Konkurrenz, die man braucht, um sich zu verbessern. Und die Preisgelder sind häufig zehnmal so hoch wie in Europa.

SPIEGEL: Auf welchem Platz in Deutschland spielen Sie am liebsten?

Masson: Ich fand immer den Hamburger Golf-Club Falkenstein toll. Das ist ein schöner, alter Platz, sehr eng, mit vielen Bäumen. WIN

König der Athleten

Leichtathletik Der Franzose Kevin Mayer ist der weltbeste Zehnkämpfer. Doch kaum einer kennt ihn. Warum eigentlich nicht?



DAVID MARQUIER / DER SPIEGEL

Ausnahmesportler Mayer an der französischen Atlantikküste: »Unglaubliche Leistungen«

Manchmal taucht er einfach ab, verschwindet in den Tiefen des Meeres, mit einem Speer in der Hand. Bis zu 17 Meter unter der Wasseroberfläche jagt er dann Fische, solange die Luft in seinen Lungen reicht. Danach ruhe er in sich, fühle sich unantastbar, sagt Kevin Mayer. Ein mentaler Zustand – unbezahlbar für einen Zehnkämpfer.

Mayer, 27, erzählt dies an einem frühen Morgen Ende August an der französischen Atlantikküste. Mit zerzaustem Haar und noch etwas verschlafenen Blick sitzt er an einem Picknicktisch in einem Pinienwald. Er trägt eine kurze Hose und Badelatschen. Ein nahe gelegener Parkplatz füllt sich langsam mit Surfern. Die Wellen sollen gut sein an diesem Morgen, deshalb ist auch Mayer früh aufgestanden.

Er hat sechs Tage am Stück frei, eine Seltenheit. Und wie so oft zieht es ihn dann in die Natur. Das Meer, die Berge, die Flüsse – hier sammelt der Zehnkämpfer Energie, um wieder in den Stadien dieser Welt neue Bestleistungen abzuliefern.

9126 Punkte. Seit vergangenem September ist dieser Weltrekord mit dem Franzosen verbunden. Erst zwei Athleten vor ihm haben es geschafft, die magische 9000-Punkte-Marke zu knacken, der Amerikaner Ashton Eaton mit 9045 Punkten und der Tscheche Roman Šebrle mit 9026 Punkten (siehe Grafik Seite 106).

Und Mayer sagt: »Ich habe das Gefühl, dass ich erst am Anfang dessen stehe, was ich leisten kann.« Seine Worte klingen nicht überheblich, vielmehr so, als staunte er über sich selbst.

Breite Schultern, ein starker Rumpf, kräftige Beine. Kevin Mayer, geboren im nordfranzösischen Argenteuil, ist der wohl kompletteste Athlet aller Zeiten. Für sein Talent und seine Leistung finden Konkurrenten und Fachleute nur Superlative. »An ihm kommt keiner vorbei«, attestierte etwa der ehemalige Zehnkämpfer Frank Busemann. Mayer liefere »un glaubliche Leistungen«, sagte Eaton. Immer wieder fällt dieses Wort: »Wahnsinn.«

Obwohl Mayer absolute Weltklasse ist, eines ist er nicht: weltberühmt. Höchstens in Frankreich erkennt ihn der eine oder andere auf der Straße, anhand seiner Statur und der blonden Locken.

Dafür gibt es Gründe. Von Jahr zu Jahr verliert die Leichtathletik an Bedeutung, obwohl sie die Kernsportart der Olympischen Spiele ist. Die öffentlichen Fernsehsender übertragen nur noch die großen Wettbewerbe, wie derzeit die Weltmeisterschaft in Katar. Das sind zehn Tage im Jahr. Die restliche Zeit dominiert der Fußball das Sportprogramm.

Und selbst jemand wie Mayer schafft es nicht, dies zu ändern. Zumindest bislang nicht. Dabei bringt er alles mit, was einen

Superstar ausmacht: Er ist jung, sieht gut aus und ist extrem erfolgreich.

Mayer sagt, dass der Sprinter Usain Bolt der Leichtathletik fehle: »Er war sehr hilfreich für unseren Sport. Denn insgesamt liefern wir viel zu wenig Show ab. Wir müssen weg davon, alles immer nur an der Performance zu orientieren. Wir müssen vielmehr Geschichten erzählen.«

So wie er es wenige Tage zuvor getan hat, beim Diamond-League-Meeting der Leichtathleten in Paris. Statt die Zuschauer mit einem Zehnkampf zu überfrachten, traten die Athleten für einen Dreikampf an. Mayer lieferte dabei zwei persönliche Bestleistungen: 17,08 Meter im Kugelstoßen, 13,55 Sekunden über 110 Meter Hürden. Die Zuschauer waren begeistert. Sie bekamen ein attraktives, dichtes Event, das bei dem einen oder anderen vielleicht auch mal die Lust auf einen Zehnkampf weckt. So zumindest der Plan.

Für Kevin Mayer sind es die richtigen Schritte, um seinen Sport wieder prominenter zu machen. »Ich bin zuversichtlich, dass andere Meetings bald nachziehen«, sagt er.

Die Geschichte des Zehnkämpfers Kevin Mayer beginnt im Alter von 14 Jahren. Seine Eltern sind Sportlehrer. Deshalb hat er viel ausprobiert, darunter Tennis, Rugby und Handball. Doch alles war ihm zu eintönig. Er langweilte sich schnell, sagt Mayer.

Beim Zehnkampf fühlte er sich herausgefordert. »Der Schlüssel war, dass ich Leute um mich hatte, die mein Potenzial erkannt und mir schnell zu Fortschritten verholfen haben«, sagt er. Sein Trainer, sein Physiotherapeut und sein Fitnesscoach würden ihm helfen, das Beste aus sich herauszuholen.

Mayer schlingt nun die Arme um seinen Brustkorb. Die Sonne schafft es nicht durch die Bäume. Ein kühler Wind weht durch den Pinienwald. Sein Bruder Thomas reicht ihm einen grünen Pullover. Der 29-Jährige begleitet ihn auf vielen Reisen, als Manager und Freund.

Kevin Mayer denkt einen Moment lang darüber nach, was ihn so gut macht. »Der Sport ist meine Leidenschaft«, erklärt er dann. Darüber hinaus habe er die nötige Disziplin. »Ich habe mein ganzes Leben dem Zehnkampf unterworfen.«

Er achtet auf ausreichend Schlaf, isst nur einmal, maximal zweimal am Tag, Gemüse und Fleisch, trinkt dazu sechs Liter Wasser. Alkohol? Partys? »Sehr, sehr selten.« Mayer lacht.

Seine Tage beginnen zwischen sieben und acht Uhr. Um neun steht er im Fitnessstudio, dann geht er ins Stadion, übt sich in zwei, drei Disziplinen, am Nachmittag kommen noch mal zwei Stunden Fitnesstraining dazu. Kaum Gewichte, dafür viel aktives Stretchen.

»Ich versuche bei allem, meinen Körper zu fordern und zugleich zu schützen«, sagt



GLADYS CHAI V. D. LAAGE / PICTURE ALLIANCE



BEAUTIFUL SPORTS / IMAGO SPORT



IMAGO SPORT



SHUTTERSTOCK EDITORIAL



SHUTTERSTOCK EDITORIAL



ABACA PRESS / DDP IMAGES

Zehnkämpfer Mayer

»Spezialist in allen Disziplinen«

Mayer. »Ich kann nicht zehnmal so viel trainieren wie die Spezialisten. Deshalb muss ich sehr effizient sein.«

Einen Großteil seines Trainings machen deshalb auch Analysen aus. Ob Hürdenlauf, Stabhochsprung oder Diskuswerfen, »viele, viele Stunden«, sagt er, würde er Videos von den Spezialisten in den Einzeldisziplinen studieren. Auf der Suche nach der perfekten Bewegung, die er dann kopieren kann. Mayer lacht wieder. »Mein Erfolg ist eigentlich nur geklaut.«

So oft wie möglich trainiert er auch mit den besten Leichtathleten seines Landes, holt sich Ratschläge. »Ich will kein Zehnkämpfer sein. Ich will ein Spezialist sein, aber eben in zehn Disziplinen.«

Das ist eine gigantische Herausforderung. Aber womöglich braucht Mayer genau die. Denn seit seinem Weltrekord vor gut einem Jahr hat er ein Problem – und das ist er selbst. Seit Ashton Eaton seine Karriere beendete, gibt es keine wirkliche Konkurrenz mehr für Mayer. Die Bestmarken der deutschen Zehnkämpfer Niklas Kaul, Kai Kazmirek oder Tim Nowak liegen bei rund 8500 Punkten. Der Einzige, der ihm gefährlich werden könnte, ist der Kanadier Damian Warner – aber auch nur dann, wenn sich Mayer verletzt oder patzt.

Allroundsportler

Zehnkampfweltrekorde seit 1984

Quelle: IAAF

Athlet		Jahr	Punkte
Kevin Mayer	Frankreich	2018	9126
Ashton Eaton	USA	2015	9045
		2012	9039
Roman Šebrle	Tschechien	2001	9026
Tomáš Dvořák	Tschechien	1999	8994
Dan O'Brien	USA	1992	8891
Daley Thompson	Großbritannien	1984	8847
Jürgen Hingsen	Deutschland	1984	8832

So wie bei der EM in Berlin im Sommer 2018: Mit drei ungültigen Versuchen im Weitsprung hatte er sich dort um den nahezu sicheren Europameistertitel gebracht. »Ich habe zu viel gewollt, die Medaille verschenkt«, sagt er. »Dafür hätten mir vermutlich 6,80 Meter gereicht. Aber ich wollte 8 Meter weit springen, schon da den Weltrekord holen.« Der Ulmer Arthur Abele gewann. Er ist verletzt, tritt in Doha nicht an. »Danach war ich einen halben Tag lang depressiv, aber dann ging es weiter«, sagt Mayer. Sechs Wochen später erkämpfte er sich den Weltrekord.

Mayers nächstes großes Ziel: Gold bei Olympia in Tokio, das sei ein Kindheitstraum. Seine größte Motivation im Alltag ziehe er daraus, sich selbst zu bezwingen, körperlich etwas zu empfinden, das so noch nicht da gewesen sei. Die neue Dimension eines Gefühls.

Ein Zehnkampf bedeutet, sich zehnmal zu fokussieren. »Ich habe die Fähigkeit, einen Schalter umzulegen, und dann bin ich da«, sagt Mayer über sich. Nichtsdestotrotz sei auch er manchmal aufgeregt, zittere, wenn er an der Reihe sei. Doch dann macht er es wie beim Speerfischen. Er hält die Luft an, etwa eine Minute lang, beruhigt damit seinen Herzschlag und die flatternden Nerven. »So habe ich am Ende den Weltrekord geholt.«

Bei jenem Wettkampf war für Mayer fast alles perfekt gelaufen. Doch dann standen die 1500 Meter an. »Meine Beine waren so schwer, ich wusste nicht, wie ich das durchstehen sollte. All das gepaart mit der Angst, dass ich mich verletzen könnte, dann den Rekord doch nicht hätte.« Wie Mayer davon erzählt, hört es sich an, als wäre es die schwerste Stunde seiner Karriere gewesen, nicht sein größter Triumph.

Dabei wirkt im Stadion kaum jemand so souverän wie Mayer. Er brüllt, dass die Adern an seinem Hals heraustreten, ballt die Fäuste. Darauf angesprochen, erklärt er: »Ich liebe es, in der Menge zu performen, aber eigentlich bin ich während eines Wettkampfs alles andere als selbstbewusst.«

Mayer macht sich aber nicht nur viele Gedanken, die seinen Sport betreffen. Die Wissenschaft fasziniert ihn, sagt er, der Klimawandel sorge ihn sehr. Aus politischen Gründen reise er mit einem unguuten Gefühl nach Doha. »Was die humanitären und die Frauenrechte dort angeht, finde ich es eigentlich nicht vertretbar«, sagt er. »Ich fühle mich deshalb total egoistisch und schlecht. Andererseits ist es so, dass ich an zwei Tagen im Jahr meine größte Leidenschaft ausüben kann. Am Ende hatte ich nicht den Mut, es abzusagen.« Er zuckt mit den Achseln, eine entschuldigende Geste.

Und dann sind da noch die Erwartungen der anderen, die nicht kleiner werden, wenn man erst einmal der König der Athleten geworden ist. »Als Favorit erwarten die Leute von dir, dass du gewinnst, nicht hinter deiner Bestleistung zurückbleibst.« Und das verlange er natürlich auch von sich: »Ich denke, ich kann meinen Weltrekord in Doha noch einmal brechen.«

Diesen auch selbst gemachten Druck auszuhalten koste ihn oft den Schlaf. Dann liege er da, und die Gedanken kreisten. Wird der Druck zu groß, setzt er sich ans Klavier, schnappt sich seine Gitarre oder studiert die Sterne. »Immerzu geht es nur um mich. Im Training, in den Gesprächen mit meiner Familie, den Freunden, den Medien«, sagt er, »im Universum bin ich weniger als eine Ameise. Diese Perspektive einzunehmen ist sehr erleichternd.«

Antje Windmann

Marathon um Mitternacht

Verbände Warum findet die WM ausgerechnet in Katar statt? Auch diesmal könnte Korruption eine Rolle spielen.

Doha, Katar, 23.59 Uhr. Startschuss für den Marathon der Frauen. In die Nacht zwischen dem ersten und zweiten Tag der Leichtathletik-Weltmeisterschaft haben die Organisatoren ein mehr als zweistündiges Rennen gelegt. Die Läuferinnen kämpfen um die ersten Medaillen. Tagsüber hätte die Gefahr gedroht, dass die Sportlerinnen in der Wüstenhitze kollabieren.

Von diesem Wochenende an treten die besten Leichtathleten der Welt gegeneinander an. Das Stadion, das laut Hilfsorganisationen unter Ausbeutung Tausender Arbeiter gebaut worden ist, wird für die WM künstlich heruntergekühlt. Einige Wettbewerbe finden trotzdem erst nach Mitternacht statt. Dabei hat der Internationale Leichtathletik-Verband IAAF das Event sogar schon vom sonst üblichen Termin im Juli auf den milderen Frühherbst verschoben. Die Folge: Die WM läuft nun in Konkurrenz zu den Spielen der Fußballbundesliga, der Champions League und der American-Football-Saison.

Wie konnte es überhaupt so weit kommen, dass Katar, ein Land ohne Leichtathletikgeschichte und geeignete Wettkampfbedingungen, die WM ausrichten darf?

Große Sportereignisse sind seit je Ergebnisse eines vielschichtigen Interessengemischels. Auf der einen Seite stehen vorwiegend autoritäre Staaten, die alles dafür tun, ihr Image aufzupolieren – auf der anderen Seite Funktionäre, die alles dafür tun, sich ihre Abstimmungsmacht vergolden zu lassen.

An der Spitze dieser Clique stand lange der Senegalese Lamine Diack, 86, Politiker, Funktionär, langjähriger IAAF-Präsident, im November 2015 von der französischen Justiz angeklagt, wohnhaft in Paris – und unter Hausarrest. Ihm und seinem Sohn Papa Massata Diack werden Korruption, Geldwäsche und bandenmäßige Kriminalität vorgeworfen. Im Januar soll der Prozess in Paris gegen sie beginnen, dabei wird es wohl auch um die WM-Vergabe nach Katar gehen.

Im Juni hat ein Untersuchungsrichter Nasser Al-Khelaifi verhört, den einflussreichsten Sportfunktionär Katars. Der 45-Jährige ist Minister in Katar und Präsident des Fußballvereins Paris Saint-Ger-



FRANCOIS NEL / GETTY IMAGES

IAAF-Event im Khalifa-Stadion in Doha im Mai: Künstlich heruntergekühlt

main. Das Protokoll der Vernehmung konnten das französische Portal Mediapart, der »Guardian« sowie der SPIEGEL einsehen. Es ist ein einseitiges Gespräch: Zu Beginn erklärt Khelaifi, dass er großen Respekt vor der Arbeit der Ermittler habe. Danach kommen ihm nur noch sehr wenige Worte über die Lippen, zumeist die gleichen: Ich berufe mich auf mein Recht zu schweigen.

Die Ermittler stellen Khelaifi ausführliche Fragen: Als 2011 die Vergabe der WM 2017 angestanden habe, habe Papa Massata Diack, der damalige Marketingberater der IAAF, in einer Mail fünf Millionen Dollar aus Katar verlangt. Hat Khelaifi davon gewusst? Khelaifi beruft sich auf sein Recht zu schweigen.

Eine Firma, die Khelaifi und seinem Bruder gehöre, habe daraufhin Millionenbeträge an Diacks Firma überwiesen – einige Zahlungen seien nur Tage vor der WM-Vergabe auf dem Konto eingegangen. Den Zuschlag für die WM 2017 bekam Katar allerdings nicht. Seien die Gelder etwa umsonst geflossen? Khelaifi beruft sich auf sein Recht zu schweigen.

Der Katarer schweigt auch zur schließlich erfolgreichen Bewerbung für die WM 2019. Die Ermittler zitieren aus einem Vertragsentwurf, den das katarische Organisationskomitee und eine Firma namens The Sporting Age (TSA) unterschreiben sollten. Für angebliche Vermarktungsrechte der WM sollten die katarischen Organisatoren 4,5 Millionen Dollar zahlen, TSA sei Papa Massata Diack, dem Sohn des Verbandspräsidenten, zuzurechnen.

Dieser Vertragsentwurf könnte ein wichtiges Puzzleteil für die Ermittler sein. Denn es erscheint unlogisch, dass die Katarer die Sponsorenrechte von

TSA kaufen sollten, weil eigentlich schon zwei andere Agenturen mit der Vermarktung beauftragt waren. Wieso also war dann noch Diacks Firma dazwischengeschaltet? Verbirgt sich dahinter eine Schmiergeldzahlung an Diack junior, damit er mit seinem Vater die WM in den Wüstenstaat bringt?

Am 18. November 2014, dem Tag der Entscheidung für Doha, stellte das Organisationskomitee dem IAAF-Präsidenten Diack einen Brief zu, in dem der Wert des Sponsorenvertrags von 2 Millionen auf 4,5 Millionen Dollar angehoben wurde. Auf Anfrage erklärt der IAAF, der finale Vertrag sei erst dieses Jahr unterzeichnet worden, das Geld sei an die wahren Vermarkter gegangen – nicht an TSA. Wie entscheidend der Vertragsentwurf für die Wahl Dohas war und warum sein Wert kurz vor der Wahl mehr als verdoppelt wurde, kommentiert der Verband nicht.

Lamine Diack und Khelaifi wollten sich auf Anfrage nicht äußern. Der damalige Chef des katarischen Organisationskomitees war bis August Botschafter des Emirats in Berlin. Eine Botschaftssprecherin erklärte auf Anfrage, man werde sich melden, sobald ein neuer Diplomat im Amt sei.

Die Doha-Ermittlungen passen zu den Mauseheleien, die den Diacks bereits bei der Vergabe zahlreicher anderer Sportwettbewerbe zugeschrieben wurden. Neben den Olympischen Spielen 2016 in Rio de Janeiro und der Leichtathletik-WM 2015 in Peking steht auch die Abstimmung für Tokio als Olympiaort 2020 im Fokus. Der Chef des japanischen Olympischen Komitees musste wegen Korruptionsvorwürfen zurücktreten. Auch hier geht es um Überweisungen an eine Firma, die offenbar Diack junior zuzuschreiben ist.



CLAUDE PARIS / PICTURE ALLIANCE

**Funktionär
Lamine Diack**
Prozess im Januar

Papa Massata Diack taucht bei den Strafermittlungen immer wieder als Strippenzieher auf. Seit 2016 wird er von Interpol gesucht, offenbar hält er sich im Senegal auf und wird nicht ausgeliefert. Nun interveniert offenbar das Internationale Olympische Komitee: Ein IOC-Sprecher erklärte, man habe den senegalesischen Präsidenten Macky Sall um Unterstützung der Ermittlungen gebeten. Sall habe eingewilligt.

Diack junior antwortet mit mehreren E-Mails auf eine Bitte um Stellungnahme. Darin erklärt er unter anderem, die französischen Behörden seien überhaupt nicht für die fraglichen Verträge zuständig. Der Untersuchungsrichter, so glaubt Diack, sei ein voreingenommener »fucking racist bastard«. Die aktuelle IAAF-Führung solle »die Eier haben«, ihn zu verklagen, wenn sie Beweise für Fehlverhalten habe. Er habe nie Geld kassiert, das dem Verband zugestanden habe.

Ein Lausub oder Schurke, ein »filou« sei dieser Diack, sagt ein deutscher Ex-Funktionär, der ihn gut kennt: Helmut Digel. Der frühere Chef des Deutschen Leichtathletik-Verbands hat Lamine Diack bis 2007 acht Jahre lang als IAAF-Vizepräsident vertreten. Digel war beim Verband für Marketing zuständig und hatte immer wieder mit Diacks Sohn zu tun.

Für die französischen Untersuchungsrichter ist der 75-Jährige darum ein wichtiger Zeuge. Bei einem Verhör blieb Digel jedoch vage. Ja, er habe immer wieder Probleme mit Papa Massata Diack gehabt. Die endgültigen Verträge habe er aber nie gesehen, obwohl er als Marketingchef die Verhandlungen dazu »vorbereitet und geführt« habe.

Auf SPIEGEL-Anfrage antwortet Digel, er sei auf einer Auslandsreise und könne den Sachverhalt nicht kommentieren. Das Protokoll seiner Zeugenaussage passt zu seinen bisherigen Einlassungen über die Diacks, die erstaunlich naiv anmuten: nichts gehaut, nichts mitbekommen. Dabei war der Deutsche selbst einmal anwesend, als Papa Massata Diack 2006 von der Stuttgarter Messegesellschaft Schmiergeld für die Ausrichtung eines IAAF-Weltfinals verlangte. Digel meldete den Vorgang anschließend seinem Verband.

Im Verhör erzählt er, dass Vater Lamine Diack sich später bei einem Treffen mit seinem Sohn, Digel und dem damaligen IAAF-Generalsekretär »schockiert und genervt« gezeigt und seinem Filius einen Einlauf verpasst habe: Wenn der Vorgang öffentlich würde, wäre er als IAAF-Präsident erledigt.

Dieser Einlauf hat offenbar wenig bewirkt.

Rafael Buschmann, Christoph Winterbach, Michael Wulzinger

Wissenschaft+Technik

»Man muss das CO₂ als Rohstoff begreifen und damit etwas Vernünftiges anstellen.« ▶ S. 113



ESA / A. ROMEO

Sechs Raumfahrer aus aller Welt üben auf einer abenteuerlichen Exkursion das heikle Zusammenleben auf der Internationalen Raumstation (ganz rechts: der deutsche Astronaut Alexander Gerst). In der zerklüfteten Felslandschaft des slowenischen Karst-Plateaus durchlaufen sie derzeit ein dreiwöchiges Trainingsprogramm der Europäischen Weltraumagentur Esa. Diverse Missionen stehen auf dem Plan: Die Himmelsstürmer streifen durch Höhlen, sie erforschen unterirdische Seen – und trainieren dabei, wie man im Team Probleme löst.

Drogen

Tobsüchtig durch Teufelswurz

Warum kannten die sagenhaften Berserker des Mittelalters keinerlei Furcht in der Schlacht? Zeitgenössischen Berichten zufolge stürzten sich diese nordischen Elitekämpfer in jedes Gemetzel, schrecklich heulend, blind vor Raserei – und kaum mehr imstande, Freund von Feind zu unterscheiden. Die Forschung sucht schon lange nach einer Erklärung für den speziellen Ausnahmezustand der Kampfmaschinen: Die Berserker schlotterten vor Kälte, hieß es; ihre Zähne klapperten; wie



im Rausch bissen sie in ihre Schilde. Die Gesichter der wunderlichen Krieger waren rot und geschwollen.

Vielfach wurde als Ursache der berausende Genuss von Fliegenpilzen vermutet. Das erkläre aber nicht die aggressive Tobsucht der Berserker, glaubt der slowenische Botaniker Karsten Fatur. Er sieht im Schwarzen Bilsenkraut, *Hyoscyamus niger*, einen weit besseren Kandidaten. Dieses giftige Nachtschattengewächs, heute nicht mehr in Gebrauch, war früher auch als Hexenkraut oder Teufelswurz bekannt. Es dämpft das Schmerzempfinden und ruft starke Wahnbilder hervor. MDW

Fußnote

2-fache

Schallgeschwindigkeit kann das gepresste Kohlendioxid erreichen, das beim Entkorken von Champagner durch den Flaschenhals entweicht – wenn auch nur für Sekundenbruchteile. Direkt über der Öffnung entstehen dabei Stoßwellen, wie sie auch im Düsenstrahl von Überschallflugzeugen auftreten. Das haben französische Forscher mithilfe einer Hochgeschwindigkeitskamera entdeckt, die 12 000 Aufnahmen pro Sekunde macht.

COLOURBOX.COM

»Beschimpft, gequält, gedemütigt«



Die Münchner Pädagogin Anke Elisabeth Ballmann, 50, leitet seit vielen Jahren Fortbildungen für Erzieherinnen und Erzieher. Am Montag erscheint ihr Buch über psychische Gewalt in Kitas.

SPIEGEL: Frau Ballmann, Ihre Berichte dürften für Entsetzen bei Eltern sorgen. In vielen Kitas, behaupten Sie, würden Kinder seelisch misshandelt. Ist das nicht maßlos übertrieben?

Ballmann: Das hätte ich anfangs auch gedacht. Ich war aber in den vergangenen zehn Jahren in mehr als 500 Kitas, vorwiegend in Bayern. Ich habe dort Prüfungen abgenommen oder Entwicklungsprozesse begleitet. Daneben hatte ich mit Hunderten Erzieherinnen persönlichen Kontakt im Rahmen von Fortbildungen. Nach und nach ist mir dann klar geworden: Dass Kinder in Kitas beschimpft, gedemütigt und geradezu gequält werden, ist keine Ausnahme. Es ist die Regel.

SPIEGEL: Was genau meinen Sie mit Gewalt?

Ballmann: Wenn Kinder von Erzieherinnen am Stuhl festgebunden oder am Arm herumgezerrt werden, dann ist die Gewalt offensichtlich. Es ist aber auch erniedrigend, wenn ein Kind sich vor seiner Gruppe umziehen muss, weil es in die Hose gemacht hat. Oder wenn es gezwungen

wird, seinem Tischnachbarn die Hand zu geben, obwohl es sich vor dem Rotz ekelt, der daran klebt. Oder wenn es mit einer Unterhose auf dem Kopf in den Garten gehen muss, weil es seine Kappe nicht finden kann.

SPIEGEL: All das haben Sie erlebt?

Ballmann: Das meiste. Manches haben mir Erzieherinnen auch während ihrer Fortbildungen berichtet. Ich saß daneben, als ein kleiner Junge einen Bogen Tonpapier ganz nass geweint hat, weil er noch nicht gut schneiden konnte. Die Erzieherin wollte aber, dass er das lernt, und begleitete seine Versuche mit einer Tirade darüber, dass er so nicht in die Schule könne, er würde schlechte Noten bekommen, er sei eben zu blöd und könne es nicht. Ich war auch selbst dabei, als eine Erzieherin ein sehr kleines Kind gefüttert hat, das furchtbar geschrien hat. Jedes Mal, wenn der Mund aufging, hat sie wieder einen Löffel hineingeschoben.

SPIEGEL: Sind Sie nicht eingeschritten?

Ballmann: In diesem Fall habe ich die laufende Prüfung abgebrochen und gesagt, dass das so nicht geht. Die Antwort war, wie man es denn sonst machen solle, das Kind müsse schließlich essen. Ich habe das Buch geschrieben, weil ich das Gefühl hatte, wenn ich zu diesen Erlebnissen schweige, mache ich mich mitschuldig.

SPIEGEL: Die Kinder müssten so etwas doch ihren Eltern berichten...

Ballmann: Das tun einige auch. Aber die ganz Kleinen können es noch nicht. Und auch Vierjährige berichten oft zeitversetzt. Andere wollen unbewusst ihre Eltern schützen. Wieder anderen glauben die Eltern nicht.

SPIEGEL: Können wir unsere Kinder noch guten Gewissens in eine Kita geben?

Ballmann: Natürlich. Mir geht es nicht darum, Kitas schlechtzumachen oder Erzieherinnen an den Pranger zu stellen. Wenn Sie sich als Eltern selbst wohlfühlen in einer Einrichtung, wenn dort gelacht und getobt wird, wenn auch die Erzieherinnen untereinander mal Quatsch machen, dann geht es meist auch den Kindern gut. Wir müssen aber sensibler gegenüber psychischer Gewalt werden. Sie kann lebenslange Spuren hinterlassen. JKO

Anke Elisabeth Ballmann: »Seelenprügel. Was Kindern in Kitas wirklich passiert und was wir dagegen tun können«. Kösel; 288 Seiten; 20 Euro.



Mädchen in Kita

Einwurf

Weltrettung mit dem Ökoklo

Die beste Nachhaltigkeitsstrategie ist der Verzicht – das gilt jetzt sogar beim Toilettenkauf.

In seltener Allianz rechnen uns Umweltschützer und Marketingexperten immer öfter vor, wie ökologisch Konsumgüter angeblich sind. Plastik- oder Papiertüte? Glas- oder PET-Flasche? Elektroauto oder Benziner? Flugreise oder Bahnfahrt? Und was bringt ein neuer, stromsparender Kühlschrank wirklich? Entscheidungshilfe gibt jeweils die Ökobilanz. Nun wird sogar fürs Klosett mit Nachhaltigkeit geworben. Wer sich auf einem modernen sogenannten Dusch-WC erleichtert, darf sich nicht nur über einen warmen Massagestrahl freuen; zudem wärmt die Klobrille den Hintern. Und es kommt noch besser: Die Smart-Toilette soll sogar umweltfreundlicher sein als herkömmliche WCs.

Zwar erfordert der Betrieb des Dusch-WCs ebenso Strom wie die aufwendige Herstellung. Im Gegenzug senkt das Hightech-Klo aber den Papierverbrauch. Allein in Deutschland werden jedes Jahr 800 Millionen Kilogramm Toilettenpapier

verkauft. Was für eine Ersparnis, wenn jeder Bundesbürger ein Dusch-WC hätte! Beim Toilettengang die Welt retten – kann das wahr sein?

Wohl kaum. Ökobilanzen täuschen über die umweltfreundlichste aller Konsumvarianten hinweg: den Verzicht. Wer auf die schönen Ökobilanzen der Firmen hereinfällt, betreibt eine Art Greenwashing im eigenen Kopf. Mit Absolution nämlich lässt es sich fortan umso ausgelassener konsumieren. Die Einspareffekte umweltverträglicher Produkte lösen sich dabei in Wohlgefallen auf, weil man schlicht mehr davon kauft. Experten sprechen vom »Rebound-Effekt«. Am besten ist es für die Umwelt, wenn das Produkt, das so ökologisch sein soll, gar nicht erst produziert wird.

Kurzum: Etwas nicht zu kaufen ist an Nachhaltigkeit nicht zu überbieten. Das gilt für Autos, Handys, Computer, Plastiktüten und eben auch für WCs: Die alte Kloschüssel hält mit Sicherheit noch ein paar Jahrzehnte durch. Philip Bethge

Der Doktor als Dealer

Medizin Ärzte verordnen Schmerzmittel, die abhängig machen können, obwohl dies in vielen Fällen gar nicht nötig wäre. Droht auch in Deutschland eine Opioid-Epidemie wie in den USA, wo jedes Jahr Zehntausende an den Folgen einer Überdosis sterben?



Kurz nach Beginn ihres Studiums im niederländischen Leeuwarden traf sie ein Hexenschuss. Es geschah, als sie beim Umzug die Waschmaschine anhub. Der plötzliche Schmerz im Rücken war so heftig, dass ihr schwarz vor Augen wurde.

Das war vor zehn Jahren. Judith Diehl* ist heute 32 alt. Sie raucht viel, am Hals kann man sehen, wie sich die Wirbelsäule unter ihrer Haut abzeichnet, so dünn ist sie.

Nach dem Bandscheibenvorfall, erzählt Diehl, sei sie zu einem Orthopäden in Deutschland gegangen, den sie von einer früheren Behandlung kannte. Der Arzt verschrieb ihr Tramadol-Tropfen. Dieses Medikament ist ein sogenanntes Opioid, ein Schmerzmittel, das im Körper an den gleichen Rezeptoren andockt wie Morphin oder Heroin. Seine Wirkung ist allerdings weniger stark, deshalb fällt es nicht unter das Betäubungsmittelgesetz. 64,2 Millionen Tagesdosen wurden in Deutschland im vergangenen Jahr verordnet.

Tramadol kann abhängig machen, wie alle Opiode. Besonders bei Tropfen besteht diese Gefahr, weil sie den Wirkstoff schnell ins Gehirn fluten lassen. »Nur für kurze Zeit einnehmen«, riet ihr deshalb der Orthopäde.

Judith Diehl merkte sofort, dass Tramadol anders war als gewöhnliche Schmerzmittel wie Acetylsalicylsäure oder Paracetamol. »Bei Tramadol fühlt man sich super«, erzählt sie. »So super, dass man irgendwie alles kann.«

Als die Frau von ihrem Orthopäden keine Tropfen mehr verschrieben bekam, holte sie sich ein Rezept bei einem Schmerztherapeuten. Die empfohlenen dreimal 20 Tropfen täglich, mit denen sie anfangs, halfen bald kaum noch. Sie steigerte die Dosis auf 30 Tropfen, dann auf 40, 50, 70 und 80. Sie brauchte immer mehr Tramadol, um die angenehme Wirkung, die sie so schätzte, zu erzielen. Irgendwann, sagt sie, hielt die 100-Milliliter-Flasche, die anfangs für einen ganzen Monat reichte, weniger als zehn Tage.

Im zweiten Jahr ihres Studiums wurde ihr klar: Mit den Schmerzen, die sie immer noch hatte, hatte ihr Tramadol-Verbrauch kaum noch etwas zu tun.

Für Diehl wurde es immer schwerer, an ausreichend Tramadol zu kommen. Viele Mediziner wollten ihr kein Rezept mehr ausstellen, also betrieb sie »Ärzte-Hopping«, immer auf der Suche nach jemandem, der ihr das Mittel doch noch verschaffte – bis sie niemanden mehr fand.

Die Frau hätte sich Tramadol auf illegalem Weg besorgen können, etwa bei Straßendealern. Das Medikament gehört zu den am häufigsten beschlagnahmten Opioiden auf dem Schwarzmarkt. Laut ak-

tuellem Europäischen Drogenbericht wurden 2017 fast 119 Millionen Tabletten in Europa sichergestellt.

Doch Diehl ging nicht zum Dealer, sondern fing an zu trinken. Der Alkohol betäubte die Symptome des Schmerzmittelentzugs. Aus ein, zwei Gläsern Wein am Abend wurde hochprozentiger Alkohol, literweise.

Am Ende war Judith Diehl schwer depressiv und körperlich ein Wrack. Eines Abends leerte sie ihren Medikamentenschrank und spülte den gesamten Inhalt mit einer Flasche Wodka hinunter.

Sie wollte nur noch sterben.

Der Fall zeigt in krasser Weise, wohin Schmerzmittelmissbrauch führen kann.

Laut aktuellem Epidemiologischen Suchtsurvey nehmen schätzungsweise 1,9 Millionen Deutsche zwischen 16 und 64 Jahren täglich schmerzstillende Medikamente ein, meist rezeptfreie Präparate wie Acetylsalicylsäure, Diclofenac und Ibuprofen, deren Verkauf zwischen 2008 und 2017 von rund 30 Millionen auf mehr als 50 Millionen Packungen pro Jahr stieg.

Im Mai warnte ein Bericht der OECD davor, dass auch in Teilen Europas eine Opioidkrise wie in den Vereinigten Staaten drohen könnte, wo Millionen Menschen diese Medikamente missbräuchlich einnehmen. 2016 überstieg dort die Zahl der Opioidtoten (42 249), die an einer Überdosis starben, erstmals die Zahl der Straßenverkehrstoten.

Auch in Schweden, Norwegen, England, Irland und Wales, so der OECD-Bericht, seien die Todeszahlen durch Opiode zwischen 2011 und 2016 gestiegen. Doch auch in Deutschland werden diese Wirkstoffe in großer Menge eingenommen.

Die soeben vorgestellten Zahlen sind besorgniserregend. Wie sich aus dem diese Woche vorgestellten Arzneiverordnungs-Report ergibt, wurden 2018 insgesamt 422 Millionen Tagesdosen Opioidanalgetika verordnet.

»Der neue Arzneiverordnungs-Report zeigt eindeutig, dass die Schmerzbehandlung in Deutschland nicht den gültigen Leitlinien folgt«, urteilt der Heidelberger Pharmakologe Ulrich Schwabe, der den

Bericht herausgegeben hat. Die Behandlung der Patienten sei zu sehr beeinflusst vom Marketing der Pharmaindustrie, kritisiert Schwabe. Dies führe zu unnötigen Kosten, gefährlichen Nebenwirkungen – und mehr Abhängigen.

In den Neunzigerjahren begann sich die Einstellung der Ärzte zu den Opioiden grundlegend zu verändern. Wurde vor 30 Jahren häufig sogar bei Krebspatienten im Endstadium an diesen hochwirksamen Schmerzmitteln gespart, was sicher ein Fehler war, haben sich die Verschreibungen allein zwischen 2000 und 2018 mehr als verdoppelt. Inzwischen werden rund 80 Prozent der Opiode an Patienten verschrieben, die nicht an einem fortgeschrittenen Tumor leiden.

Eine folgenschwere Entwicklung. Denn bei chronischen Schmerzen, etwa am Rücken, die nicht auf eine Krebserkrankung zurückzuführen sind, ist es meist ein komplexes Zusammenspiel aus biologischen und psychosozialen Faktoren, das die Menschen krank macht. Opiode helfen da oft nicht besonders gut. So spricht Studien zufolge nur rund ein Drittel bis die Hälfte der chronischen Rückenschmerz- und Arthrosepatienten bei einer Langzeittherapie auf diese Medikamente an.

Ein direkter Vergleich mit anderen Schmerzmitteln bei chronischen Rücken-, Hüft- und Knieschmerzen zeigt: Die vermeintlich stärkeren Opiode bringen den Patienten im Durchschnitt nicht mehr Linderung.

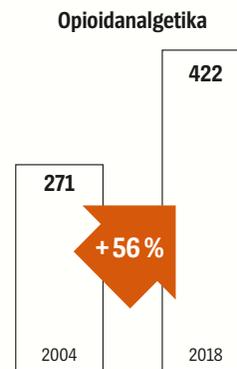
»Opiode sind bei chronischen Schmerzen nicht die erste Wahl«,

sagt Frank Petzke, Geschäftsfeldleiter Schmerzmedizin an der Universitätsmedizin Göttingen. »Wenn man sie einsetzt, sollte man darauf achten, dass der Patient wirklich mehr Nutzen als Schaden davon hat.«

Einige Ärzte fordern nach den verheerenden Erfahrungen aus den USA inzwischen, bei chronischen Schmerzen möglichst ganz auf Opiode zu verzichten. Johannes Lutz, Chefarzt des Zentrums für interdisziplinäre Schmerztherapie in Bad Berka, setzt auf eine psychosoziale Behandlung, die sogenannte interdisziplinäre multimodale Schmerztherapie: viel Bewe-

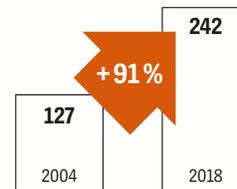
Schmerzstiller

In Deutschland verschriebene Tagesdosen, in Mio.



Fast 60% des Verordnungsvolumens von Opioidanalgetika entfielen 2018 auf nur zwei schwach wirksame Opioidanalgetika, darunter **Tramadol**.

Nicht opioide Analgetika



Quelle: Arzneiverordnungs-Reporte

DER SPIEGEL

* Name geändert.

gung, gezielte Gespräche, Entspannungsübungen, Ablenkung und Lebensveränderung – immer mit dem Ziel, zu lernen, mit dem Schmerz zu leben und ihm aktiv etwas entgegenzusetzen.

In einer Vergleichsstudie ist der Mediziner zu einem erstaunlich klaren Befund gekommen: Jene Patienten, die ihre Opioide absetzten, hatten schon kurze Zeit später weniger Schmerzen, weniger Angst und waren weniger depressiv als solche Patienten, die diese Mittel weiter einnahmen. »Früher als Anästhesist war ich ein Fan von Opiaten«, gibt Lutz zu. »Aber dann musste ich feststellen, dass die Situation bei chronischen Schmerzpatienten völlig anders ist.«

Häufig sind es aber die Patienten selbst, die von den Ärzten verlangen, ihre Schmerzen möglichst schnell mit irgendwelchen Mitteln zu beseitigen – und die Mediziner machen mit. »Unser Problem«, sagt Annette Becker, Allgemeinärztin aus Wettengel und Professorin für Allgemeinmedizin an der Philipps-Universität Marburg, »ist, dass wir immer denken, Schmerzen müssten auf null gebracht werden.« Viele Ärzte würden die Schmerztherapie als eine Art Kampf sehen – und Opioide als »starke Waffe« oder »Pfeile im Köcher«, wie eine Marburger Studie zeigte.

Auch die Pharmaindustrie hat es geschickt verstanden, die Idee, der Schmerz müsse vollständig beseitigt werden, in den Köpfen von Ärzten und Patienten zu verankern. Die Firma Mundipharma beispielsweise sponserte Aktionen wie das »Schmerzfremde Krankenhaus« oder das »Aktionsbündnis Schmerzfremde Stadt Münster«.

Christoph Stein, Direktor des Arbeitsbereichs Experimentelle Anästhesie an der Berliner Charité, hält die dadurch transportierte Botschaft für »hochgefährlich«: »Schmerzfremde kann für chronische Schmerzpatienten nicht das Therapieziel sein.« Mundipharma sagte in einer Stellungnahme, Ziel der Projekte sei es gewesen, »Wissens- und Versorgungslücken an den Schnittstellen zu erkennen und zu schließen«.

Doch es gibt noch weitere Forschungsprojekte, die die Sorge erwecken, es könne sich um subtiles Marketing handeln. Das Epilepsie-Medikament Pregabalin beispielsweise hilft gegen sogenannte neuropathische Schmerzen, die durch Nervenschädigungen verursacht werden, etwa bei einer Gürtelrose. Der Hersteller Pfizer unterstützte die Entwicklung eines Schmerzfragebogens, mit dessen Hilfe Ärzte eine »neuropathische Schmerzkomponente« zum Beispiel auch bei Patienten mit der Volkskrankheit chronischer Rückenschmerz erkennen sollten. Seit der Zulassung vor 15 Jahren, so der Arznei-



ALEXANDER EPP / DER SPIEGEL

Opioidopfer Diehl

Am Ende wollte sie nur noch sterben

verordnungs-Report, stiegen die Verordnungszahlen an.

Pfizer sagt in einer Stellungnahme, die Firma habe keinen Einfluss auf die inhaltliche Entwicklung des Fragebogens genommen; das Programm gebe zudem keine Therapieempfehlungen.

Dabei warnte schon die Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft 2011 davor, dass Pregabalin möglicherweise abhängig machen könne. Von Drogen-

abhängigen wird Pregabalin genutzt, um sich eine zusätzliche euphorisierende Wirkung zu verschaffen.

Vor allem aber bei den Opioiden wurde lange unterschätzt, wie groß die Suchtgefahr ist. Jahrelang vertraten Ärzte und Pharmakonzerne das Dogma, Schmerzpatienten könnten von diesen Mitteln gar nicht abhängig werden. Wegen der verharmlosenden Vermarktung der Opioide musste der US-Konzern Purdue hohe Strafzahlungen leisten und hat inzwischen Insolvenz beantragt.

Als Beleg für die angebliche Unbedenklichkeit wurde in der wissenschaftlichen Literatur oft nur eine einzige, elf Zeilen lange und inzwischen fast 40 Jahre alte Veröffentlichung aus dem »New England Journal of Medicine« zitiert, in der behauptet wurde, von knapp 12 000 mit Opioiden behandelten Krankenhauspatienten hätten laut einer Beobachtungsstudie nur vier Betroffene eine Medikamentensucht entwickelt. Erst 2017 räumte das medizinische Fachmagazin ein, die uralte Arbeit habe in den USA entscheidend zum sorglosen Umgang mit den Opioiden beigetragen. »Die Elf-Zeilen-Notiz hat durchaus auch deutsche Ärzte beeinflusst«, sagt Anästhesist Stein.

Die Wahrheit ist: Wie häufig Opioidpatienten tatsächlich eine Sucht entwickeln, ist in medizinischen Studien bislang kaum untersucht worden. Eine der wenigen durchgeführten Berechnungen ergab, dass Opioidmissbrauch und -abhängigkeit während einer Langzeittherapie chronischer nicht tumorbedingter Schmerzen bei 3,27 Prozent der Patienten vorkommen.

Im Fall von Judith Diehl besteht kein Zweifel, dass die Opioide sie an den Rand des Todes gebracht haben. Ihr Suizidversuch scheiterte nur deshalb, weil ihr Körper so sehr an die Medikamente und den Alkohol gewöhnt waren, dass die Dosis sie nicht umbrachte. Ihre Eltern sorgten dafür, dass sie umgehend in eine Entzugsklinik eingeliefert wurde.

Seit fast drei Jahren, erzählt Judith Diehl, sei sie jetzt trocken und nehme auch keine Opioide mehr. Derzeit lässt sie sich zur Kauffrau im Groß- und Einzelhandel umschulen. Vor Kurzem hat sie eine Selbsthilfegruppe gegründet.

»Ich glaube«, sagt Diehl, »es ist wirklich ein Problem, dass viele Betroffene eine Medikamentenabhängigkeit gar nicht als Sucht sehen. Das Mittel hat der Arzt verschrieben. Also muss ja alles richtig so sein.«

Alexander Epp, Veronika Hackenbroch

Gelindertes Leid

Tramadol (Opioid)

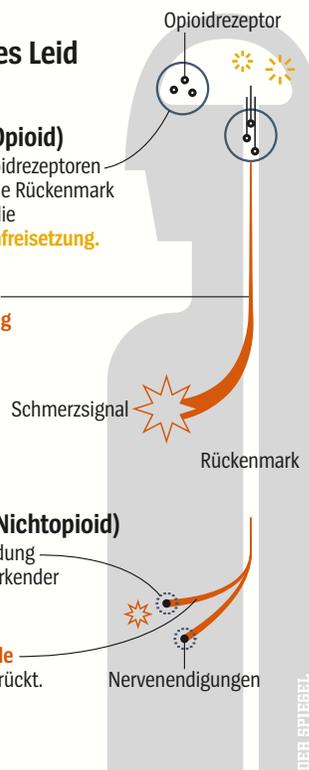
bindet an Opioidrezeptoren im Gehirn sowie Rückenmark und verstärkt die Glückshormonfreisetzung.

Hemmung der Schmerzleitung

Ibuprofen (Nichtopioid)

hemmt die Bildung schmerzverstärkender Substanzen.

Schmerzsignale werden unterdrückt.



DER SPIEGEL

Animation
Wie Schmerzmittel im Körper wirken

spiegel.de/sp402019schmerzmittel
oder in der App DER SPIEGEL



»Viel Zeit verloren«

Klima Der Meteorologe Mojib Latif erklärt, wie die globale Erwärmung auf die Ozeane wirkt – und wodurch der Anstieg des Meeresspiegels außer Kontrolle geraten könnte.



Latif, 64, leitet die Forschungseinheit Maritime Meteorologie am Geomar Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel.

SPIEGEL: Herr Latif, der diese Woche vorgestellte Sonderbericht des Weltklimarates sagt vermehrte Hitzewellen in den Meeren voraus. Wie kommt es dazu?

Latif: Die Ozeane nehmen viel Wärme aus der Atmosphäre auf. 90 Prozent der durch Treibhausgase bedingten Wärme sind bislang in die Meere gewandert, bis in 2000 Meter Tiefe. Deshalb messen wir dort unten häufiger Hitzewellen. Es sind doppelt so viele wie noch vor 35 Jahren, und ihre Zahl wird weiter steigen.

SPIEGEL: Was bedeutet das für die Ökosysteme unter Wasser?

Latif: Wir beobachten zum Beispiel immer häufiger die gefürchtete Korallenbleiche. Der Report warnt davor, dass selbst bei einer Erwärmung um nur 1,5 Grad Celsius tropische Korallenriffe schwer geschädigt werden – bis hin zu ihrem Untergang.

SPIEGEL: Dazu trägt auch die zunehmende Versauerung der Ozeane bei. Wie kommt es dazu?

Latif: Die Meere nehmen Kohlendioxid in großen Mengen aus der Atmosphäre auf – ungefähr ein Viertel dessen, was die Menschheit derzeit ausstößt. Das Wasser wird dadurch saurer, sein pH-Wert sinkt. Das ist ein weiterer Sargnagel für die marinen Ökosysteme. Viele Lebewesen – vor allem solche mit Skeletten und Schalen aus Kalk – tun sich dann schwer. Die meisten von ihnen stehen am Anfang der Nahrungskette: Muscheln, kleine Krebse, darunter der enorm wichtige Krill. Wenn diese Organismen verschwinden, wird das gravierende Folgen für alle Meeresbewohner haben. Selbst wenn sich die Meere gar nicht erwärmen würden: Allein die Versauerung wäre ein guter Grund, möglichst bald kein CO₂ mehr auszustoßen.

SPIEGEL: Gegen den Anstieg des Meeresspiegels kann der Mensch sich ja immerhin noch schützen, indem er zum Beispiel die Deiche erhöht. Gibt es ähnliche Abhilfen gegen die Versauerung?

Latif: Das sehe ich nicht, jedenfalls nicht großflächig. Aber auch ein höherer Wasserstand wirft erhebliche Probleme auf. Obwohl der Meeresspiegel in den letzten

100 Jahren erst um durchschnittlich rund 20 Zentimeter angestiegen ist, leiden bereits sehr viele Regionen darunter – und nicht nur die tropischen Inseln. Denken Sie an die Ostküste der USA. Die Leute in Miami wissen oft nicht mehr, wie sie zur Arbeit kommen sollen, weil andauernd irgendwelche Straßen überflutet sind.

SPIEGEL: Wie stark könnte aus heutiger Sicht der Meeresspiegel ansteigen?

Latif: Maximal um mehr als einen Meter bis zum Ende des Jahrhunderts, wenn alles so weiterläuft wie bisher. Aber es könnten auch anderthalb Meter oder mehr sein. Viel hängt vom Verhalten der gewaltigen Eisschilde auf dem Festland ab, auf Grön-



Gletscherschmelze in Norwegen: »Sargnagel für marine Ökosysteme«

land und in der Antarktis. Diese kilometerdicken Eispanser verstehen wir noch nicht gut genug. Das sind dynamische Systeme, die unter ihrem eigenen Gewicht zerfließen. Die äußeren Eismassen schwimmen teilweise vor der Küste auf dem Meer auf. Dieses sogenannte Schelfeis hält die dahinterliegenden Gletscherströme zurück, die langsam zum Meer hin drängen. Wenn es aber von unten antaut und abbricht, können große Teile des Inlandseises nachrutschen. Dann würde in relativ kurzer Zeit der Meeresspiegel stark ansteigen. Das wäre nicht das erste Mal in der Erdgeschichte.

SPIEGEL: Wann ist das schon geschehen?

Latif: Mehrmals nach der letzten Eiszeit. Vor rund 20 000 Jahren lag der Meeresspiegel um etwa 120 Meter niedriger als

heute. Der Anstieg auf das heutige Niveau vollzog sich nicht gleichmäßig, sondern in Schüben – immer dann, wenn große Bruchstücke ins Meer glitten.

SPIEGEL: Kann das heute auch passieren?
Latif: Das ist die große Frage. Falls es so weit kommt, könnte der Wasserspiegel binnen eines Jahrhunderts um bis zu zwei Meter ansteigen.

SPIEGEL: Was bedeutet eine Erhöhung des Meeresspiegels für Deutschlands Küsten?

Latif: Einen Meter Anstieg können wir vielleicht auffangen, indem wir die Deiche aufstocken – höher geht es aber nicht. Dann wären große Landflächen verloren.

SPIEGEL: Wird sich das Klima erholen, wenn die Menschheit eines Tages keine Treibhausgase mehr in die Luft bläst?

Latif: Nur langsam. Wir kriegen das CO₂ ja nicht mehr so schnell aus der Atmosphäre. Der bedeutendste Abfluss ist das Meer. Das Gas wird in den oberen Wasserschichten aufgenommen, aber von dort gelangt es nur mit großer Verzögerung hinab in die Tiefe. Es gibt zu wenig Austausch zwischen den warmen, oberflächennahen

Schichten und der kalten Tiefsee darunter. Deshalb wird es Jahrtausende dauern, bis sich die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre normalisiert hat – und das auch nur um den Preis der weiteren Versauerung des Meerwassers.

SPIEGEL: Was sollte die Politik jetzt tun?

Latif: Wir haben schon viel Zeit verloren. Deshalb werden wir nicht umhinkommen, das Treibhausgas technisch aus der Luft zu entfernen. Man muss das CO₂ als Rohstoff begreifen und damit etwas Vernünftiges anstellen. Pilotprojekte gibt es schon. Die Lufthansa zum Beispiel will ein Verfahren entwickeln, aus CO₂ synthetische Kraftstoffe herzustellen. Das ist die Richtung, die wir einschlagen müssen.

Interview: Manfred Dworschak

10 Prämien zur Wahl!

JETZT LESER WERBEN – SIE MÜSSEN SELBST NICHT ABONNENT SEIN.



Kärcher-Hochdruckreiniger K2

Modell »Full Control Home« mit gezielter Druckregulierung. Ideal für größere Flächen rund ums Haus. Ohne Zuzahlung.



bonvelo BLIZZ Singlespeed Bike

Stabiler Stahlrahmen, Flip-Flop-Nabe für Freilauf und Fixed-Gear. 8 Farben und 4 Größen zur Wahl. Zuzahlung: €199,-.



Artemide Tolomeo Micro Tavolo

Zeitlos schöne Alu-Tischleuchte, Leuchtkörper in alle Richtungen verstellbar. Länge: ca. 73 cm. Zuzahlung €29,-.



Polar A370 Fitness-Tracker

Schlankes Design. Mit 24/7-Pulsmessung, Activity Tracking, Schlafanalyse, GPS, Smart Notifications u. a. Ohne Zuzahlung.



Gartenliege Ipanema

Mit bequemer Wendeauflage in Grün/Beige oder Rot/Beige. Aufstellmaße: ca. 178 x 54 x 70 cm. Ohne Zuzahlung.



Wagenfeld-Tischleuchte WG 24

Der Bauhaus-Klassiker! Aus vernickeltem Metall, Klarglas und Opalglas. Nummeriert. Höhe: ca. 36 cm. Zuzahlung: €179,-.



Teasi ONE⁴ Outdoor-Navi

Für Rad, Wandern, Ski und Boot. Mit Reiseführer, Gratiskarten, 3-D-Kompass und 8,8-cm-Display. Ohne Zuzahlung.



KitchenAid-Küchenmaschine

Küchenhelfer mit Knethaken, Flachrührer, Schneebesen und 4,28-Liter-Schüssel. Maße: 35 x 35 x 22 cm. Zuzahlung: €199,-.



Thule Revolve 55-cm-Bordtrolley

Hartschalen-Handgepäckkoffer mit TSA-Schlössern. In Schwarz. Maße: 55 x 35 x 23 cm. Ohne Zuzahlung.

Unter Strom

Mobilität Wissenschaftler und Start-ups forschen an der Superbatterie der Zukunft, um erneuerbaren Energien und Elektroautos zum Durchbruch zu verhelfen.

Während der Applaus verebbt, bleiben die Preisträger noch minutenlang im Scheinwerferlicht stehen. Von einer Jury sind sie zu den weltweit bedeutendsten Erfindern unter 35 Jahren gewählt worden; für viele ist es die wichtigste Auszeichnung in ihrer jungen Forscherkarriere. Während die anderen noch Selfies machen, eilt einer der Gewinner schon von der Bühne. »Kommen Sie«, sagt Qichao Hu, 33 Jahre, »ich zeige Ihnen etwas.«

In eine Ecke des Festsaals am MIT in Cambridge hat er seinen Rucksack auf einen Stuhl gestellt, sodass er ihn im Blick behalten kann. »Dort drin«, erklärt er stolz, »befinden sich unsere Batteriezellen.« Dann kramt er eine Box mit drei roten Kästen heraus, jede etwa so groß wie ein Backstein, aber so leicht wie ein Paket Butter.

Doppelt so viel Energieinhalt bei gleichem Gewicht – das hat er geschafft. Seine Zellen machen Hu, Gründer der US-Firma SolidEnergy, zum jüngsten Star der weltweiten Batterieforschung.

Doch er bewegt sich in einem hart umkämpften Feld. Aus der Suche nach dem neuen Superakku ist ein weltweiter Wettlauf geworden. Laut der Unternehmensberatung McKinsey haben Automobilfirmen, Risikokapitalgeber und Philanthropen Start-up-Firmen seit dem Jahr 2010 mit mehr als 14 Milliarden Dollar ausgestattet – in den USA, in China, Israel, aber auch in Deutschland.

Gegenseitig überbieten sie sich in ihren Versprechen. Erst vor einigen Monaten veröffentlichte die deutsch-schweizerische Firma Innolith eine spektakuläre Meldung: Sie entwickelte die erste wiederaufladbare Batterie mit einer Energiedichte von 1000 Wattstunden pro Kilogramm – ein unfassbar hoher Wert, weit entfernt von allem, was bisher machbar schien.

Bei der Akkuforschung geht es um eine Schlüsseltechnologie

der Energiewende. Leistungsfähigere Batterien sind eine Voraussetzung, um Strom aus Sonne und Wind zu speichern, vor allem aber um der Elektromobilität zum Durchbruch zu verhelfen. Ein Akku für E-Autos gilt als Königsdisziplin, er soll nicht nur möglichst viel Strom speichern, sondern auch sicher sein und eine lange Lebensdauer haben. Forscher wie Qichao Hu sagen, sie stünden kurz vor dem Ziel.

Der Physiker wurde in Zentralchina geboren. Als er zwölf Jahre alt war, zogen seine Eltern, der Vater Ingenieur, die Mutter Ärztin, mit ihm nach New York. Ihr großer Wunsch: dass ihr Sohn es auf eine der amerikanischen Eliteuniversitäten

schafft. Der junge Qichao arbeitete hart, war bald der Beste in seiner Klasse. »Ich habe früh begriffen«, sagt er, »welches Opfer meine Eltern für mich gebracht haben.«

Schon für seine Doktorarbeit forschte er am MIT an neuen Batteriezelltechnologien. Anfangs hatten die Prototypen aber einen gravierenden Mangel: Fiel die Temperatur auf unter 85 Grad Celsius, funktionierten sie nicht mehr. Mithilfe von flüssigen Salzlösungen gelang es ihm, die Betriebstemperatur immer weiter abzusinken.

Batterien sind eigentlich simpel aufgebaute Geräte. Sie bestehen aus zwei Elektroden, die durch einen sogenannten Elektrolyten voneinander getrennt sind. Wird eine geladene Batterie an einen Stromkreis angeschlossen, geben die Atome in der negativ geladenen Elektrode Elektronen ab, die dann zur positiven Elektrode wandern – auf diese Weise fließt Strom, der Handys oder Motoren antreibt (siehe Grafik).

Für die Komponenten steht eine riesige Auswahl an Materialien zur Verfügung. Ingenieure experimentieren mit Natrium,

Magnesium und Schwefel, mit Zink, Eisen und Blei, mit festen und flüssigen Elektrolyten. Jede Variante wirkt sich auf die Energiedichte der Batterie aus, die Lebensdauer, die Sicherheit und die Kosten. Die Kunst besteht darin, die Energie zu erhöhen, ohne dadurch große Einbußen bei den anderen Eigenschaften zu erleiden.

Die letzte Innovation auf dem Gebiet der Akkus liegt fast drei Jahrzehnte zurück. 1991 brachte der japanische Sony-Konzern die erste aufladbare Lithium-Ionen-Batterie auf den Markt. Diese Akkus stecken heute in jedem Handy, in jedem elektrischen Rasenmäher und E-Auto. Doch seit der Serienreife hat sich ihre Energiedichte gerade einmal verdoppelt.

Bei Lithium-Ionen-Akkus werden die Lithiumatome in dem Elektrodenmaterial eingelagert wie Bücher in einem Regal. Wenn Forscher ein anderes Material wählen, können sie mehr Platz im Regal schaffen: also mehr Lithiumatome, das bedeutet mehr gespeicherte Energie. Manche Forscher hoffen, dass sie die Energiedichte von Lithium-Ionen-Batterien so mit Mühe um die Hälfte oder sogar noch mehr hochschrauben können. Doch in einem sind sie sich einig: Mit dieser Technologie wird ein Auto



PATRICK JUNKER / DER SPIEGEL

Innolith-Geschäftsführer Borck
Geheimes Rezept

ohne Zwischenstopp niemals 1000 Kilometer weit fahren.

Um noch mehr Lithium in ihrer Elektrode, dem Bücherregal, unterbringen zu können, bedienen sich Forscher wie Hu deshalb eines Tricks: Sie bauen das Regal selbst aus Lithium. Im Vergleich zu den derzeit besten Akkus ließe sich die Energiedichte dadurch vervielfachen – und damit die Reichweite eines E-Autos.

Die Idee einer solchen Lithium-Metall-Batterie ist nicht neu. Bisher scheiterten Ingenieure jedoch an den Tücken der Chemie: Lithium ist hochreaktiv. Kommt es mit dem Elektrolyten direkt in Berührung, entlädt sich der Akku selbst. Auch besteht die Gefahr, dass es zu Kurzschlüssen kommt und der Akku sogar explodiert.

Qichao Hu ist allerdings davon überzeugt, dass er den schwierigen Stoff immer besser in den Griff bekommt. Die Zentrale seiner Firma liegt in einem Flachbau im Industriegebiet der Stadt Woburn, einige Kilometer nördlich von Boston. Im dortigen Labor tüftelte Hu an einer speziellen Schutzschicht für die Lithiumelektrode. Vor allem aber feilte er mit seinen Mitarbeitern jahrelang an der richtigen Rezeptur des Elektrolyten. Inzwischen ist er sicher, die Zauberformel gefunden zu haben.

Der Physiker Hu scheint stets in Eile zu sein. Er spricht mit einer Geschwindigkeit, als wollte er auch dabei einen Rekord aufstellen. Seine Frau und sein Kind sieht er im Moment nur am Wochenende, sie leben mehrere Autostunden von Woburn entfernt. Und zur Preisfeier nach Cambridge brachte Hu seine Batterien deshalb mit, weil er von dort direkt weiter nach China flog. In der Technologiestadt Shenzhen baute er seine Batterien in eine Drohne ein und präsentierte sie potenziellen Kunden. »Mit unseren Zellen können wir die Flugzeit von Drohnen auf eine Stunde steigern«, sagt er.

In China lässt Hu derzeit auch eine Fabrik für die Serienproduktion seiner Batterien errichten, zunächst für den Drohneneinsatz. Bereits Ende des Jahres sollen die ersten Zellen in Shanghai vom Band laufen. »Wir liefern die leichtesten aufladbaren Akkus der Welt«, sagt Hu.

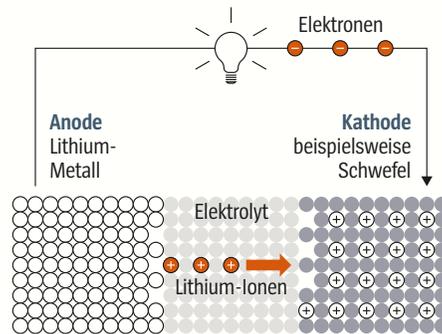
Für jede Anwendung muss die Zellchemie indes neu justiert werden. Während die Batterien für Drohnen vor allem leicht sein müssen, ist beim E-Auto die Lebensdauer wichtiger. Im Laborversuch ist es bereits gelungen, die Zahl der Ladezyklen auf 600 zu erhöhen. In den kommenden zwei bis drei Jahren sollen bis zu 1000 Ladezyklen erreicht werden. »Das ist auf der technologischen Seite unsere größte Herausforderung«, gibt Hu zu.

Ob sie diese Hürde meistern, entscheidet über das Schicksal der Firma. »Unternehmen wie unseres sind fragil«, räumt Hu ein. »Die einen starten durch, die anderen scheitern.«

Energie in Schichten Funktionsweise der Lithium-Metall-Batterie

1 Entladen

Die Lithium-Atome geben Elektronen ab. Diese treiben einen Verbraucher an. Die positiven Lithium-Ionen wandern von der Anode durch eine Trennschicht, den Elektrolyten, zur Kathode.

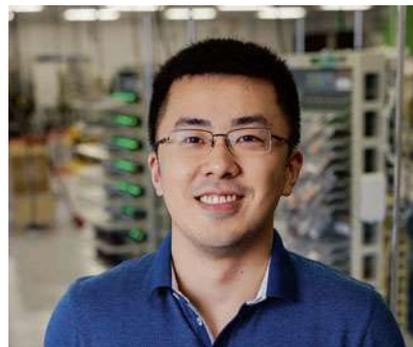


Die Szene der Batterie-Start-ups ist schnelllebig. Allein in Woburn, wo die Raummiete günstig und die nächste Autobahn nah ist, haben sich etliche Unternehmen angesiedelt. Neben SolidEnergy sitzen hier Ionic Materials, das an einem Feststoff-Elektrolyten arbeitet, und Pellion Technologies. Vor einem Jahr schrieb ein Onlinemagazin über Pellion, eine »große Innovation könnte bevorstehen«.

Auch Pellion setzte auf Lithium-Metall-Batterien. Doch wer heute am Firmengebäude vorbeifährt, findet die Halle verlassen vor. Im Eingangsbereich stapeln sich Briefe und Kataloge. Das Telefon hebt niemand ab, E-Mails an die Firmengründer bleiben unbeantwortet. Was aus dem Unternehmen geworden ist: unklar.

Markus Borck weiß, wie schwierig es ist, in der Batteriebranche Erfolg zu haben. Er musste schon zweimal wieder von vorn anfangen. Borck ist Chef der Firma Innolith Science & Technology – jenes Batterie-Start-ups aus dem baden-württembergischen Bruchsal, das die revolutionäre Batterie mit 1000 Wattstunden pro Kilogramm angekündigt hat.

Anders als Hu ist Borck ein bedächtiger Redner. In den Neunzigerjahren studierte er in Karlsruhe Elektrotechnik. Er

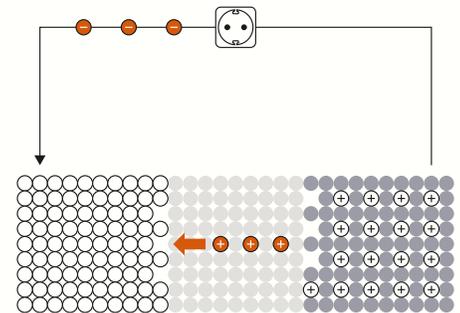


Physiker Hu

»Wir liefern die leichtesten Akkus der Welt«

2 Aufladen

Die Lithium-Ionen wandern durch den Elektrolyten zurück, um wieder die Elektronen zu binden, die von einer externen Stromquelle zurück befördert werden.



trägt die langen Haare zusammengebunden, um den Arm Lederbändchen. In seiner Freizeit spielt er E-Bass – »über Kopfhörer, um meine Partnerin nicht zu nerven«.

Seine letzte Insolvenz erlitt Borck mit seinem Vorgängerunternehmen Alevio. Er sagt, an der Technologie habe es nicht gelegen. Doch die Investoren hätten zu schnell auf Massenfertigung gedrängt: »Im Rückblick muss man sagen: Das war zu hoch gesprungen.«

Borck sagt, er habe aus dem Fehler gelernt. Auch die Wissenschaftler von Innolith arbeiten wie SolidEnergy an Lithium-Metall-Batterien, setzen aber auf ein völlig anderes und natürlich geheimes Rezept für den Elektrolyten. In einem Großspeicher kommt er schon zum Einsatz. Borck verrät nur so viel: Die Flüssigkeit enthalte keine Kohlenwasserstoffe und damit »nichts, was sich entzünden lässt«.

In einem Laborraum zeigt er eine luftdicht verschlossene Box. Darin führen die Forscher die Komponenten ihres Akkus zusammen. »Als wir zum ersten Mal die darin gespeicherte Energie gemessen haben, wich das Ergebnis weit von unseren Erwartungen ab – nach oben.«

Noch funktioniert die Wunderbatterie nur im Reagenzglas. Ein unabhängiges Prüflabor, versichert der Ingenieur, habe aber die sagenhafte Energiedichte bescheinigt.

Die Firma hat sich die Rezeptur patentieren lassen, in drei bis fünf Jahren soll der Wunderakku marktreif sein. Aber so lange muss die Firma erst einmal durchhalten. Der Vorstandsvorsitzende von Innolith sagt, das Unternehmen sei solide mit Geld ausgestattet, dank einer privaten Vermögensgesellschaft mit Sitz in Monaco. Ein weiteres Mal, sagt Borck, möchte er keinen Insolvenzverwalter treffen.

Martin Schlak

Mission Atombunker

Geschichte Ein Historiker hat eine der bedeutendsten Bibliotheken Europas aus dem Vatikan zurückgewonnen. Sie war vor 400 Jahren auf Geheiß von Papst Gregor XV. aus Heidelberg gestohlen worden.

Alles begann mit einem Brief, der nie beantwortet wurde. Denn nur selten reagiert der Vatikan auf das Schreiben eines Normalsterblichen – selbst wenn es sich bei dem Absender um den Direktor der Universitätsbibliothek Heidelberg handelt.

Zwölf Jahre später sitzt Veit Probst in seinem Büro, einem historischen Studierzimmer in bester Altstadtlage, und erzählt die Geschichte; er wirkt dabei heiter und entspannt. Der Historiker kann sich erlauben, von dem Geschehen mit ironischer Distanz zu berichten. Auch nach dem unbeantwortet gebliebenen Bettelbrief ließ er nicht locker. Von der Öffentlichkeit unbemerkt ist ihm so am Ende doch noch ein wissenschaftlicher Coup gelungen, der seinen kühnen Vorstoß im Nachhinein recht-

fertigt: Probst hat mit der »Bibliotheca Palatina« die mit 3500 Handschriften und 12 000 Drucken wohl kostbarste Schriftenammlung zurück nach Heidelberg geholt, die sich je auf deutschem Boden befand.

»Mutter aller Bibliotheken« wird der Bücherschatz von Fachleuten genannt. Und das nicht nur wegen seines Reichtums an Literatur, sondern auch wegen des damals modernen Ansatzes, den Lesestoff Studierenden und Lehrenden öffentlich zugänglich zu machen. Mittelalterliche Handschriften und frühe Buchdrucke, zusammengeklaubt aus den Nachlässen diverser Professoren, bildeten Mitte des 16. Jahrhunderts das Fundament dieser sagenhaften Sammlung.

Hinzu kamen bibliophile Kostbarkeiten von Sammlern, darunter von Ulrich Fugger, dem Spross der europaweit operierenden

Kaufmannsfamilie aus Augsburg. Bücherwurm Ulrich war für den Geschäftsbetrieb gänzlich ungeeignet. Für den Ankauf von Büchern verschuldete er sich derart, dass er in Haft geriet; zeitweilig drohte dem Sammelwütigen sogar die Entmündigung.

Für die Universität Heidelberg hingegen erwies sich Fuggers pathologischer Leseeifer als Segen. Die Stadt bot ihm Zuflucht und erbte nach seinem Tod 1584 die wertvollen Bände, die der Kaufmannssohn angehäuft hatte. Doch dann, im Dreißigjährigen Krieg, wurde die »Bibliotheca Palatina« mit Gewalt aus Heidelberg entwendet.

Auftraggeber des Gaunerstücks war kein Geringerer als der damalige Papst Gregor XV. Auch der Vatikan hatte den ungeheuren Wert der Sammlung erkannt – obgleich die Bibliothek wegen der zahlreichen protestantischen Schriften als Hort der Ketzerei galt.

So erinnert der historische Raub an den Mittelalterkrimi »Der Name der Rose« von Umberto Eco, in dem die kostbare Bibliothek einer Benediktinerabtei verbrannt wird, damit die Mönche nicht durch ein geheim gehaltenes Werk des griechischen Philosophen Aristoteles mit dem Gift der Komödie infiziert werden.



Mitarbeiterin bei Digitalisierung der »Bibliotheca Palatina«: Besonders in China sind die betagten Schriften sehr gefragt

Die »Bibliotheca Palatina« wurde gottlob nicht verbrannt; sie verschwand aber auf Nimmerwiedersehen in den Katakomben des Vatikanstaats. Historiker gehen inzwischen davon aus, dass der päpstliche Diebstahl die historische Sammlung sogar vor dem sicheren Untergang im Feuer rettete. Denn 1693 – rund 70 Jahre nach dem päpstlich angeordneten Diebstahl – brannten französische Truppen im Pfälzischen Erbfolgekrieg Heidelberg nahezu vollständig nieder.

Abfinden mochte man sich mit dem Verlust auf deutscher Seite dennoch nie. Schon auf dem Wiener Kongress 1814/15, als die Staatenlenker nach dem Ende des napoleonischen Reichs über die Neuordnung Europas verhandelten, wurde die Rückführung eines kleinen Teils der »Bibliotheca Palatina« nach Heidelberg beschlossen.

Und als die Universität 1986 aus Anlass ihres 600-jährigen Bestehens eine große Ausstellung organisierte, ließ der Vatikan mehrere Kisten mit 400 Bänden der ruhmreichen Bibliothek aus Rom einfliegen – als Leihgabe.

Manch Gelehrter, so erzählt Probst, spielte damals mit einer abenteuerlichen Idee: »Was, wenn die Universität einfach behalten würde, was ohnehin einmal ihr gehört hat?« Doch dieser Plan wurde nicht in die Tat umgesetzt – aus heutiger Sicht zum Glück.

Gut 30 Jahre später hat der Historiker den Konflikt nun auf überaus diplomatische Weise entschärft, wie es in den fernen Achtzigern schon aus technischen Gründen gar nicht möglich gewesen wäre – die Bibliothek ist tatsächlich zurückgekehrt, jedoch auf virtuelle Weise.

Wer einen Internetzugang besitzt, kann seit Kurzem von überall auf der Welt auf bereits 90 Prozent der Werke der »Bibliotheca Palatina« zugreifen, die inzwischen fast vollständig digitalisiert auf einem Server der Universität Heidelberg archiviert ist – darunter Predigttexte Martin Luthers, astronomisch-medizinische Abhandlungen oder ein Werk von Kaiser Friedrich II. über Vogelkunde, das der Staufer zwischen 1241 und 1248 geschrieben hat.

Inzwischen verzeichnet die Heidelberger Universitätsbibliothek durchschnittlich tausend Zugriffe täglich. Besonders in China sind die betagten Schriften sehr gefragt. An manchen Tagen kollabiert der Server unter dem Ansturm. Das hat sicher damit zu tun, dass die Universität Heidelberg Wissenschaftler die digitalen Dokumente kostenlos nutzen lässt. »Wir wollen einen freien Zugang für jedermann«, sagt Probst. »Der Imagegewinn für unsere Universität ist unbezahlbar.«

Dass die alten Schriften nun für jedermann zugänglich sind, nachdem sie beinahe 400 Jahre lang in den Gewölben der



Historische Buchsammlung im Vatikan: Hort der Ketzerei

Vatikanischen Bibliothek weggesperrt waren, grenzt an ein Wunder. Möglich wurde es, weil Probst dank einflussreicher Fürsprecher schließlich doch noch Zugang fand zu Monsignor Cesare Pasini, dem Präfekten der Bibliotheca Apostolica Vaticana.

Der Historiker aus Heidelberg wurde höflich empfangen und durfte im Vatikan seine Idee vortragen. Er traf auf Reformen, die in seinem Vorhaben eine Chance sahen, die Vatikanische Bibliothek an die Moderne heranzuführen. Nicht minder stark waren nach seiner Wahrnehmung jedoch die Stimmen der Konservativen, die mit Argwohn über ihr Herrschaftswissen wachten und seinen Wunsch mit Skepsis beäugten.

Auf welch verschlungenen Pfaden schließlich die Entscheidung zu seinen Gunsten zustande kam, hat Probst nie im Detail erfahren. Er erhielt jedoch schließlich die Zusage, die »Bibliotheca Palatina« digitalisieren zu dürfen. Was dann folgte, war eine Lehrstunde in Machtausübung: Die Anwälte des Vatikans hatten einen 20 Seiten umfassenden Vertrag aufgesetzt – einzeilig bedruckt – und ihm zur Unterschrift vorgelegt. »Da wird einem klar: Diesen Apparat gibt es auch deshalb so lange, weil die handelnden Personen mit allen Wassern gewaschen sind«, sagt Probst.

Seine Schilderungen lassen erahnen, dass es für beide Parteien eine Begegnung der unheimlichen Art gewesen sein musste, als Probst mit seinen Kollegen anrückte. Die Verantwortlichen der Vatikanbibliothek hatten für ihn und seine Mitarbeiter vereinbarungsgemäß ein Studio freigeräumt – und waren anfangs schockiert, welch schweres Gerät der Heidelberger

Forschertrupp in die heiligen Hallen der theologischen Literatur schleppte.

Die Digitalisierung der uralten Schriften erfolgte mit wuchtigen Metallkonstruktionen, sogenannten Grazer Büchertischen. Probst und sein Team erhielten durch ihre Arbeit Einlass in eine fremde Welt, in die bis dahin kaum Wissenschaftler vorgelassen worden waren. In einem gigantischen Atombunker, der unter dem Vatikanstaat liegt, lagern »Milliardenwerte«, so Probst – die gesamten Buchbestände des Heiligen Stuhls. Inmitten dieser Fülle geschichtlich einzigartiger Quellen kam sich der Historiker vor wie ein Sechsjähriger in einer Schokoladenfabrik.

Die Ironie der Geschichte: Vor 400 Jahren hatten Maultiere die »Bibliotheca Palatina« in 192 Holzkisten mühsam über die Alpen bugsiert. Ein halbes Jahr lang dauerte der Transport, ehe die Fracht im August 1623 in Rom angekommen war. Die digitale Rückführung der Werke kostete weit weniger Kraft, zog sich aber über Jahre hin und ist nun fast abgeschlossen.

Noch kurz vor Beginn der Digitalisierung hatten Probst und seine Mitarbeiter eine Schrecksekunde zu überstehen. Der Vatikan wollte nun plötzlich die Nutzung der digitalisierten Bestände nur für den internen Gebrauch in der Universität gestatten, den Zugriff von außen jedoch untersagen.

Probst jedoch behielt die Nerven und blieb bei seiner Strategie, die sich bis dahin im Umgang mit der übermächtigen Institution bewährt hatte. Er schwiag und ließ den Dingen ihren Lauf.

Und das Wunder geschah: Der Vatikan gab seinen Widerstand gegen eine Veröffentlichung im Internet auf.

Frank Thaddeus

Kultur

Der moderne Mensch ist der Autor seines Körpers. ► S. 130



Deichkind-Musiker, Eidinger (nackt hinten)

TIM BRUENING

Musik

Deichzitronen

● Irgendwann steckt sich Lars Eidinger zwei kleine Maiskolben in die Nase und einen Oktopus in den Mund, lässt die Tentakeln baumeln und stiert in die Kamera wie ein Monster von H. P. Lovecraft – ein Cthulhu des Konsums. Auf den Clip zu »Richtig gutes Zeug« folgt nun mit »Wer sagt denn das?« das siebte

Album von Deichkind, Spaßguerilla und Künstlerkollektiv aus Hamburg. Ihr Elektropunk ruft »Party!« und erinnert an Scooter, ihre Texte rufen »Revolution!« und erinnern an die Goldenen Zitronen. Es geht um Fake News, Binge Watching, Algorithmen und autonomes Fahren. Zu den Gästen zählen Jan Böhmermann und Olli Schulz, deren Beitrag man aber kaum erkennt. Dafür klingt »1000 Jahre Bier«, als wäre es von Rammstein – ist aber ohne Till Lindemann entstanden. Der Humor von Deichkind ist eben nicht jedermanns Sache. FRA

Kino

Diabolisch schön

● In einem verwunschenen Garten mit Zauberwald und Giftpilzen steht das prächtige Herrenhaus, das die beiden jungen Heldinnen in dem Film »We Have Always Lived in the Castle« fast allein bewohnen – bis ein strahlend gut aussehender Schönling sich zwischen die beiden Schwestern drängt. Die Schauerromane der US-amerikanischen, 1965 im Alter von 48 Jahren gestorbenen Autorin Shirley Jackson werden von Schriftstellerkollegen wie Stephen King schon lange verehrt und kamen in jüngster Zeit durch die auf einer Jackson-Vorlage beruhenden

den Netflix-Serie »Spuk in Hill House« zu neuem Ruhm. Nun hat die Regisseurin Stacie Passon einen wunderbar altmodischen und diabolisch schönen Mystery-



Farmiga in »We Have Always Lived ...«

film aus Jacksons Klassiker »We Have Always Lived in the Castle« gemacht. Die 18-jährige Merricat (mit Greta-Thunberg-Grimmigkeit: Taissa Farmiga) und ihre wenig ältere Schwester Constance (Alexandra Daddario) werden von den Bewohnern einer amerikanischen Kleinstadt schief angesehen, weil man sie verdächtigt, ihren tyrannischen Vater per Giftmischerei entsorgt zu haben. Die Regisseurin Passon zeigt in tückisch ruhigen, präzise komponierten Bildern, wie die Spießergemeinschaft und ein plötzlich auftauchender Cousin (Sebastian Stan) den Schwesternbund attackieren – und feiert die Verteidigungsschlacht der Frauen mit surrealem Witz. HÖB

Fotografie

»Bilder im Schwarm«

Die Kunsthistorikerin Kerstin Schankweiler, 43, hat ein Buch über Bildproteste geschrieben. Darin geht es um die revolutionäre Macht von Bildern und Videos im Zeitalter von sozialen Medien.

SPIEGEL: Wieso leben wir in einer Ära der Bildproteste?

Schankweiler: Die Allgegenwart der Handykamera, die zum vielleicht wichtigsten Protestwerkzeug avanciert ist, hat zu einer neuen Form des Bildaktivismus geführt. Mein Buch legt den Schwerpunkt auf Fotos und Handyvideos, die als Bildzeugnisse mit enormer politischer Sprengkraft in Umlauf gebracht werden.

SPIEGEL: Wie entwickelt sich diese Sprengkraft?

Schankweiler: Bilder verbinden Menschen zu Affektgemeinschaften und vermitteln eine geteilte Gegenwärtigkeit, Bewegtheit und Aufregung. Außerdem vernetzen sich nicht nur Menschen, sondern auch Bilder werden immer stärker durch soziale Netzwerke vernetzt und stehen nicht mehr als Einzelbilder oder Bilderserien, sondern als Bildnetzwerke da.

SPIEGEL: Protestikonen, wie das Bild des nackten Mädchens aus Vietnam, gibt es doch schon länger.

Schankweiler: Ja, aber heute werden Ikonen des Protests im Netz geprägt. Politische Bewegungen als auch Bilder funktionieren allerdings heute im Schwarm – oft ohne Anführer und sehr kleinteilig –, sodass sie nur noch im Verhältnis zueinander wahrnehmbar sind.

Das führt dazu, dass das Einzelbild keine große Relevanz mehr hat. Die Ära der singulären Medienikonen, wie in der Zeit des Fotojournalismus, ist zu Ende.

SPIEGEL: Gibt es auch eine negative Seite von Bildprotesten?

Schankweiler: Bildproteste sind politisch ambivalent. Sie können sich auch gegen die Personen richten, die die Bilder in Umlauf gebracht haben, und werden außerdem von allen politischen Lagern eingesetzt.

SPIEGEL: Meinen Sie, in Ländern wie Iran, wo die Pressefreiheit eingeschränkt ist, haben Bildproteste eine Chance?

Schankweiler: Gerade in repressiven Staaten ist die Möglichkeit, Bilder über soziale Netzwerke zu teilen, ein wichtiges Instrument. Digitalisierte Protestformate, wie zum Beispiel Selfie-Proteste, haben besonders in Ländern Konjunktur, in denen das öffentliche Demonstrieren im Stadtraum verboten ist. Menschen posten Bilder dann aus ihrem heimischen Wohnzimmer und können so Protestbewegungen mit anderen Mitteln aufrechterhalten. RED



Michelle Obama 2014

Elke Schmitter **Besser weiß ich es nicht**

Kein Vergleich



Um zu illustrieren, was ein Mensch vermag – ein einzelner, noch dazu ohne Macht, Geld oder Würden –, genügt ein Name, noch dazu ein Vorname: Greta. Ein gutes

Jahr, und aus einer schwedischen Schülerin ist ein Engel des Weltgewissens geworden. Dabei sprechen wir über Aufmerksamkeit, auch Resonanz; das Handeln, das sogenannte Klimapaket der Bundesregierung zum Beispiel ist davon nicht genug berührt. Und die indigenen Völker im Amazonasgebiet kämpfen nach wie vor, unter mäßiger Anteilnahme der Weltöffentlichkeit, für ihr genügsames Überleben.

Vor 79 Jahren, im September 1940, ließ sich der polnische Untergrundkämpfer Witold Pilecki unter einem Tarnnamen verhaften, um herauszufinden, was in Auschwitz, damals noch politisches Straflager, vor sich ging. Während der zweieinhalb Jahre, die er dort überlebte, protokollierte er Folter und Tod; auch den Aufbau und effizienten Betrieb des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Pilecki wollte einen Aufstand im Lager mit einem Angriff des polnischen Widerstands koordinieren, aber seine Leute draußen reagierten nicht. Er floh im April 1943, um die Welt zu informieren. Pilecki scheiterte nicht als Einziger daran, die entscheidenden Personen zu erschüttern; Berichte von Zeugen erschienen seit 1942 auch in der Presse, hatten aber, wie bekannt, kaum unmittelbare Folgen. Die Bekämpfung des Holocaust wurde nicht Kriegsziel der Alliierten.

Wissen, Begreifen, Handeln, das ist eine logische, aber keine automatische Verkettung; sie ist nicht einmal die Regel. Im nun eröffneten Berliner Pilecki-Institut kann man eine Ausstellung zu Pilecki besuchen. Der katholische Offizier kämpfte ab Kriegsende im Untergrund gegen die sowjetische Besatzung und wurde im März 1948 nach Folter und einem Schauprozess wegen »Spionage« hingerichtet. Sein Biograf, der britische Journalist Jack Fairweather, stieß auf Pileckis Geschichte, nachdem er aus dem Krieg im Irak und in Afghanistan berichtet hatte und sich damit herumschlug, aus dem gerade Erlebten irgendeinen Sinn zu destillieren. Je länger er forschte, um so rätselhafter wurde ihm, wie und warum Pilecki scheiterte.

An dieser Stelle schreiben Elke Schmitter und Nils Minkmar im Wechsel.

Bücher

Therapeutisches Schreiben

● Als Jim Sams eines Morgens nach unruhigen Träumen aufwacht, findet er sich in ein riesiges Wesen verwandelt. Klingt irgendwie bekannt? Der englische Schriftsteller Ian McEwan hat sich von Franz Kafka inspirieren lassen. »The Cockroach« heißt das Buch, es erscheint in diesen Tagen in Großbritannien, und es ist als satirischer Kommentar McEwans zum Brexit zu lesen. Die Verwandlung ereignet sich in dem Buch allerdings – anders als bei Kafka – vom Tier zum Menschen: Das riesige Wesen war am Tag zuvor noch eine harmlose Kakerlake, die Angst hatte, von Demonstranten in der Downing Street zertrampelt zu werden, die sich an Polizeistiefeln vorbei in ein Wohnhaus flüchtete, bis zum zweiten Stock krabbelte und dort unter ein Kis-



sen kroch. Am nächsten Morgen erwacht es als Jim Sams, als Premierminister von England. Nach Lektüre eines ersten Teils von »The Cockroach« erscheint die Konstruktion des Roman als gewagt und etwas angestrengt. Doch beim Verfassen dieses Buchs wird McEwan womöglich weniger an seine Leser gedacht haben als an sich selbst. Der politisch interessierte Schriftsteller zeigte sich bei einer Begegnung im April in London geradezu verzweifelt angesichts des Brexits: »Das ganze Drama bricht mir das Herz.« Manche Passagen von »The Cockroach« lesen sich so, als ob das Schreiben für McEwan eine erleichternde Wirkung gehabt haben könnte. Lustig ist zum Beispiel das Erschrecken Jim Sams', als er zum ersten Mal sein Gesicht im Spiegel sieht, »das auf einem dicken, rosigen Halsstängel wackelte«. »Die Kakerlake« erscheint Ende November auf Deutsch bei Diogenes. CLV

Die Welt von oben

Bücher Norwegen ist das Gastland der kommenden Buchmesse. Seine Autoren schreiben eine politische, selbstbewusste Weltliteratur. Eine Reise in ein fantastisches Land – bevor seine Schriftsteller mit einem Sonderzug nach Frankfurt aufbrechen. *Von Volker Weidermann*

Wenn im Oktober die norwegische Literatur im Zug nach Frankfurt reist, ist der Mann in den Sandalen nicht dabei. Tomas Espedal, 57, einer der besten norwegischen Schriftsteller unserer Zeit, sitzt hier in Bergen in seinem kleinen Reihenhaushaus mit Blick über den Fjord und auf die Berge ringsum und erzählt, wie er vor Kurzem seine Prinzessin vor den Kopf gestoßen hat.

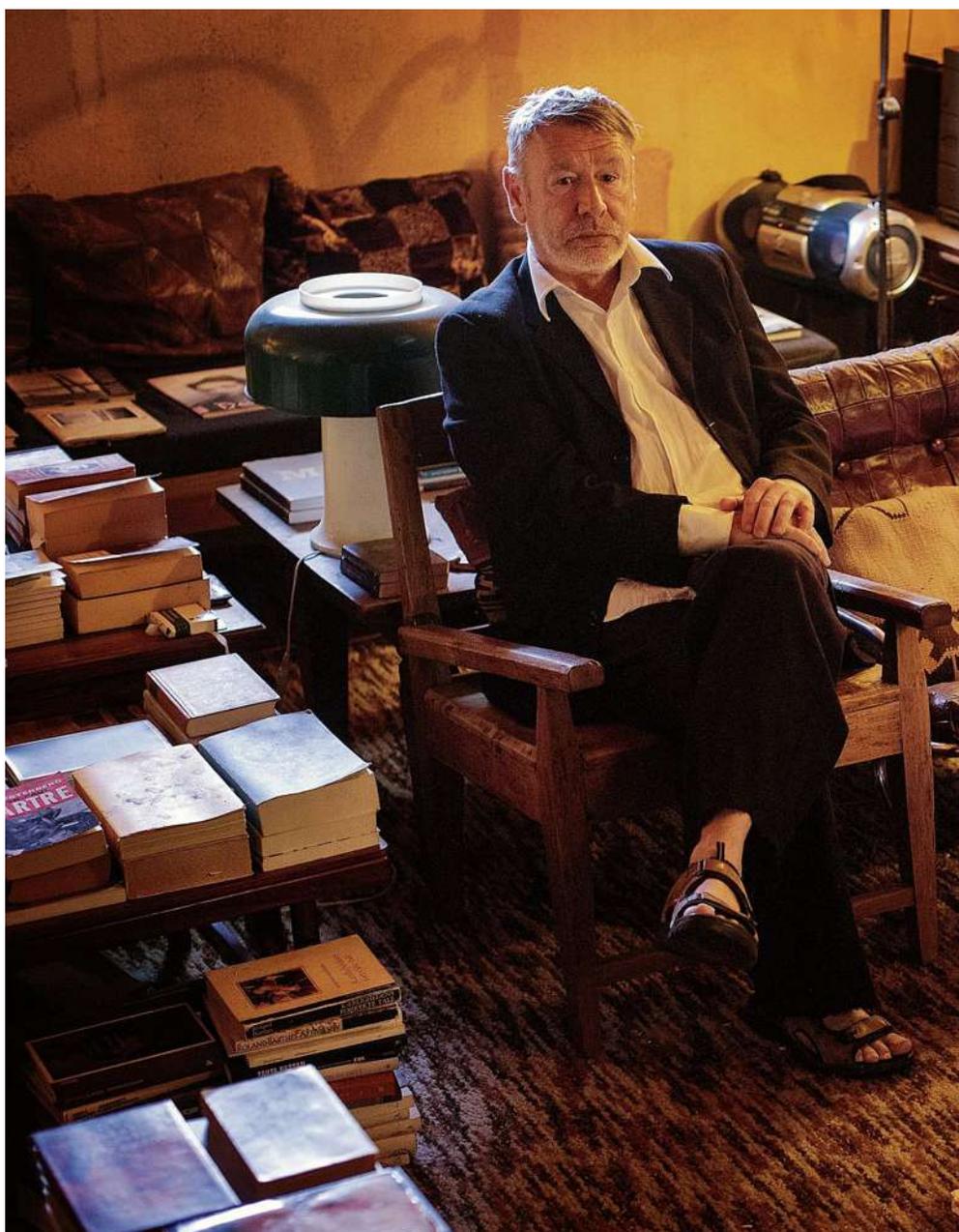
Im Herbst werden sie alle nach Deutschland kommen, zur Buchmesse in Frankfurt, die vom 16. bis zum 20. Oktober stattfindet und wo Norwegen dieses Jahr das sogenannte Gastland ist. Gastlandauftritte sind stets großzügig alimentierte, mitunter quälend peinliche nationale Showveranstaltungen. Dieses Jahr könnte es aber erstens lustig und zweitens interessant werden. Denn Karl Ove Knausgård, so etwas wie der aktuelle König der norwegischen Literatur, hatte zusammen mit der echten Kronprinzessin Mette-Marit – Norwegen ist eine Monarchie – die Idee, die gesamte norwegische Literatur mit einem Sonderzug in Frankfurt einfahren zu lassen. So wird es wohl auch kommen. Ungefähr 75 Dichterinnen und Dichter werden in diesem norwegischen Literaturzug anreisen. Sie steigen zwar nicht in Norwegen ein, sondern in Köln. Aber immerhin. Die Geste zählt. Ein Land. Eine Literatur. Ein Auftritt.

Norwegen ist eines der literarischen Kraftzentren unserer Zeit. Mit so unterschiedlichen Welterfolgsautoren wie Karl Ove Knausgård und seiner epochalen Ich-Untersuchungs-Romanserie »Mein Kampf«, Krimiautor Jo Nesbø und Philosophie-Erklärer Jostein Gaarder – aber vor allem einer großen Zahl an ideenreichen und kraftvollen Dichtern, die noch zu entdecken sind. Weil sie noch nicht auf der Weltrakete des Erfolgs um den Planeten rasen. Oder die das, wie unser Mann hier in den Sandalen ohne Strümpfe, mit weitem Hemd und offenem Blick, auch gar nicht wollen.

Espedal kommt auch nach Frankfurt. Aber im Dichterzug fährt er nicht. Es ist bislang die einzige Absage, von der zu hören ist. Und wenn er erzählt, wie es dazu kam, dann versteht man ein wenig mehr von diesem nicht sehr bevölkerungs-

reichen, politisch weitgehend autonomen Land, in dem Literatur eine große Bedeutung hat. Ein weites Land mit enger Gemeinschaft. Vor einer Weile rief bei Espedal in Bergen ein Sekretär der Kronprinzessin an. Das war nicht ganz leicht,

Festnetz hat er nicht, das Handy hat er meist versteckt. Dieser Herr der Krone rief also an, erzählt Espedal, berichtete von dem Zug und sagte, dass Espedal mitfahren müsse, weil alle mitfahren und weil Karl Ove das auch wolle. Espedal



»... wir sind die neuen Träumer wir sind die

lehnte ab. Dann rief Prinzessin Mette-Marit selbst an. Espedal blieb standhaft. Das sei nichts für ihn.

Doch Mette-Marit, lange schon eine große Förderin norwegischer Literatur, die zur Messe auch einen Band norwegischer Erzählungen auf Deutsch herausgibt, ließ nicht locker. Ob sie zu ihm zum Frühstück kommen könne, habe sie gefragt. Espedal, höflicher Untertan, lud sie in sein Reihenhaus ein, hier in Bergen am Hang. Die Königsfamilie residiert in Oslo. Mette-Marit kam, große Sonnenbrille, tuchverhüllt, von drei Sicherheitsmännern begleitet, frühstückte, bat Espedal erneut und nachdrücklich in ihren Dichterzug. Aber vergebens. Espedal kommt allein. Die Prinzessin mit den anderen Dichtern.

Wie er das hier erzählt, auf seinem Stuhl, mit dem Rücken zum Fenster und dem Fjord, klingt das mitnichten so, als ob hier ein großwahn sinniger Angeberschriftsteller sich eine tolle Geschichte über sich selbst ausgedacht haben könnte. Ausschließen können wir es natürlich nicht, Mette-Marit war für den SPIEGEL nicht erreichbar. Aber Espedal ist so ein ruhiger, in sich selbst ruhender Mensch, der so fantastische Ichbücher geschrieben hat, dass er als prahlsüchtiger Fantast ausfällt. Knausgård hat ihn in einem seiner Bücher so beschrieben: »Tomas war Schriftsteller, er hatte ein schönes, sensibles und ganz eigenes Gesicht, wenn man ihn sah, begriff man sofort, dass er anders war als andere Menschen, er war eine Ausnahme-

erscheinung, grenzenlos großzügig und freundlich, unendlich ernsthaft und leidenschaftlich, wenn es um seine Arbeit ging, und auf jene seltene Weise selbstständig, wie man sie in jeder Generation nur bei ganz wenigen Menschen findet.«

Tatsächlich arbeiten Espedal und Knausgård an einem ähnlichen und zugleich doch gegenteiligen Projekt. Knausgård ist ausschweifend, umfassend, Espedal ultraknapp, poetisch, ein Wortmeißler. Ihr gemeinsamer Anspruch: Wahrheit. Radikal-subjektive Ichentblößung. Beide wollen die Gegenwart so hart und schonungslos beschreiben, dass es knallt. In seinem Buch »Bergeners« hat Espedal sein literarisches Programm so beschrieben: »Wir müssen die Stadt beschreiben, in der wir wohnen, die Zeit, in der wir leben, die Freunde, die Diskussionen, die Politik, die Einsamkeit. Wir dürfen uns nicht in einem Gedicht und in einem konstruierten Universum verlieren, in falscher Literatur; was wir schreiben, muss wahr sein, wir müssen das Wirkliche mit all unserem Ernst und all unserer Kraft beschreiben.«

Tomas Espedal war zusammen mit Knausgård an der Schreibakademie in Bergen. Knausgård hat das in dem Band »Träumen« ausführlich beschrieben. Espedal erinnert sich, wie das damals begann, dieses literarische Wirklichkeitsprojekt. Und dass es vor allem darum ging, die Welt anzugreifen, Schmerz zu offenbaren und zu verursachen. Wieder gehört zu werden, in diesen Zeiten, in denen Literatur immer mehr an Relevanz, an Hörbarkeit zu verlieren scheint. Da war das Projekt Wahrheit, das Projekt Ich, das Projekt, mit echten Namen, echten Menschen unsere echte Zeit schonungslos zu beschreiben. Literatur als eine Möglichkeit zu stören, einzugreifen, gehört, gelesen, geliebt, erlitten zu werden.

Espedal war immer leiser, knapper und eleganter in seinem Schreiben als der Weltstar Knausgård. In Norwegen ist vor einer Weile der letzte seiner auf zehn Bände angelegten Reihe erschienen. Er endet mit dem Selbstmord des Ichs. Auf Deutsch ist jetzt der vorletzte erschienen. Er heißt »Das Jahr« und ist die in Langversen beschriebene Geschichte eines Mannes, eines »Ichs«, das dem wahren Tomas Espedal äußerst ähnlich ist, der die Liebe seines Lebens an einen früheren Freund verloren hat. Er leidet, er verfolgt den Liebesdieb, er trinkt, schläft und zieht sich aus der Welt zurück. Er reist auf den Spuren des liebeskranken Petrarca nach Avignon. Ein heillos romantisches Buch, voller Hohn und Spott auch über sich selbst und seine Weltliteraturkollegen, die von Festival zu Festival eilen, am Tropf der Industrie und reicher Leute, die sich Literaten zur Unterhaltung leisten: »Wir reisen herum wie wandernde Bettler essen trinken wie rei-



Tomas Espedal

neuen Politiker wir sind die neuen Clowns.«

che Leute wie Aristokraten wir sind die neuen Aristokraten wir sind die neuen Proletarier ... wir sind die neuen Träumer wir sind die neuen Politiker wir sind die neuen Clowns.«

Der Tomas Espedal im Buch fährt mit seinem alten Vater auf einem Kreuzfahrtschiff durchs Mittelmeer. Ein liebeskranker Mensch. Von Einsamkeit und Traurigkeit umstellt. Der sich ins Schreiben rettet, in die Bücher, ins Lesen und in Getränke. »Heute wirst du etwas ganz Neues tun du wirst den ganzen Tag vertrinken.«

Der echte Espedal hier in Bergen wirkt da vergleichsweise gut gelaunt. Das zehnbändige Liebesbuch ist abgeschlossen. Er hat jetzt »Ferien«, wie er das nennt. Zum ersten Mal im Leben. Er sitzt jetzt oft hier oben am Tisch mit Blick auf den Fjord. Schreiben kann er dort nicht, sagt er. Er schaue nur raus. Zum Schreiben gehe er die Treppe hinunter, in seinen Schreibkeller.

Es ist schummrig dort unten, überall Bücherstapel auf dem Boden, auf den Tischen, an der Wand ein kleiner Schreibtisch, eine Schreibmaschine, drei Stapel Papier, der ganz links ist beunruhigend hoch, droht jederzeit umzustürzen. Man müsse alles gelesen haben, um selbst schreiben zu können, sagt er. Schreiben sei weitergehen. Im Gespräch mit all den Vorgängerinnen und Vorgängern. »Ich bin jetzt 57. Viele Bücher schreibe ich nicht mehr. Es muss jetzt etwas Neues, Großes kommen.«

Er habe zwei Alternativen, sagt er. Entweder schön hier auf seinem kleinen Balkon sitzen, mit Blick auf den Fjord, Grill, Bier, einen Freund neben sich, und dem Meeresspiegel langsam beim Steigen zusehen, bis er die Balkankante erreicht. Und sich dann sanft ins Totenreich treiben lassen. Oder eben einfach alles ändern. Jetzt sofort. Schluss mit dem Fliegen. Schluss mit den Kreuzfahrten. Schluss mit der Ölförderung in der Nordsee. »Wir wissen doch alles. Das Schmelzen der Gletscher, das Steigen der Meeresspiegel. Das geht doch alles rasend schnell. Es hilft doch nicht, über Maßnahmen in 40 Jahren zu reden.«

Aber noch sind Ferien. Nach der Buchmesse, sagt er, gehe es dann los. Die Entscheidung ist natürlich längst gefallen. Gegen den Balkon. Für den Kampf im Buch.



»Norwegen ist echt das beschissenste Land, um pleite zu sein.«

In Bergen, der zweitgrößten norwegischen Stadt, kommen oft drei bis vier Kreuzfahrtschiffe pro Tag an. Tausende Touristen werden durch die engen Gassen gepresst, wie eine menschliche Druckbankung, sie trinken, fotografieren, essen, schieben sich zurück an Bord. Die Stadt ist viel zu klein für diese Massen. Das merkt jeder sofort. Aber sie spülen Geld hinein, jeden Tag neues Geld.

Und aus vielen Altstadthäusern dröhnt auch tagsüber ohrenbetäubende Musik. Betrunkene Jugendliche torkeln heraus, kotzen auf den Gehweg. Die Häuser wirken, als wären sie bis oben hin mit Bier gefüllt.

Espedal meint, es sei irgendeine Feierwoche vor Beginn des neuen Semesters. Eine Woche trinken.

Das weite Land auf der Fahrt zwischen Bergen und Oslo. Die Leere und Weite, kaum ist man aus der Stadt, die schmelzenden Gletscher oben in den Bergen, die

eisige Luft, die emporsteigt. Man kommt an dem winzigen Geburtshaus von Knut Hamsun vorbei, dem Urvater der modernen norwegischen Literatur, der während der deutschen Besetzung Norwegens im Zweiten Weltkrieg Hitler feierte. An den mythischen Lebensorten des Lügnerzählers Peer Gynt des anderen großen Norwegers Henrik Ibsen. Dann Oslo, dessen Reichtum und Glanz in Gestalt der monumentalen Oper und des entstehenden Munch-Museums am Hafen einen geradezu anspricht.

»Oslo, wie wär's mit ein paar Krawallen?«, heißt es in Lotta Elstads Buch »Mittwoch also«. Und: »Norwegen ist echt das beschissenste Land, um pleite zu sein.« Elstad, 36, hat lange Haare, trägt ein gelbes T-Shirt und hat blaue Farbleckse im Haar und auf den Händen. Sie renoviert gerade ihre Wohnung in einem alten, bunten Viertel Oslos. »Früher Arbeiterviertel, jetzt kaum noch zu bezahlen«, sagt sie.

Lotta Elstad hat einen politischen Roman aus dem Norwegen von heute geschrieben. Eine junge Frau, ungewollt schwanger, möchte abtreiben lassen, geht zum Arzt, denkt, das wird sich schnell und problemlos lösen lassen. Doch der Arzt informiert sie über ein neues norwegisches Gesetz – sie hatte wohl eine

Weile keine Nachrichten gehört –, das für die Patientin zwischen dem ersten Arztbesuch, bei dem sie den Wunsch auf Abtreibung äußert, und dem tatsächlichen Eingriff eine Bedenkzeit von mindestens drei Werktagen vorsieht. Nachdenken als staatliches Pflichtprogramm – das ist der Ausgangspunkt dieses Romans.

Der norwegische Titel lautet übersetzt eigentlich »Ich weigere mich nachzudenken«. Eine junge Frau will nicht vom Staat zum Denken über ihr Leben gezwungen werden. Sie ist ein taumelnder Mensch – und will es bleiben. Die Heldin des Buches heißt Hedda, wie die norwegische Theaterlegende Hedda Gabler, Ibsens Figur vom Ende des vorvergangenen Jahrhunderts, die frühe getriebene Heldin zwischen zwei Männern, beseelt von dem einen Wunsch: »Ich möchte ein einziges Mal in meinem Leben die Herrschaft haben über ein Menschenschicksal.«

Die Hedda von heute, der wir im Buch begegnen, hat nicht einmal die Herrschaft

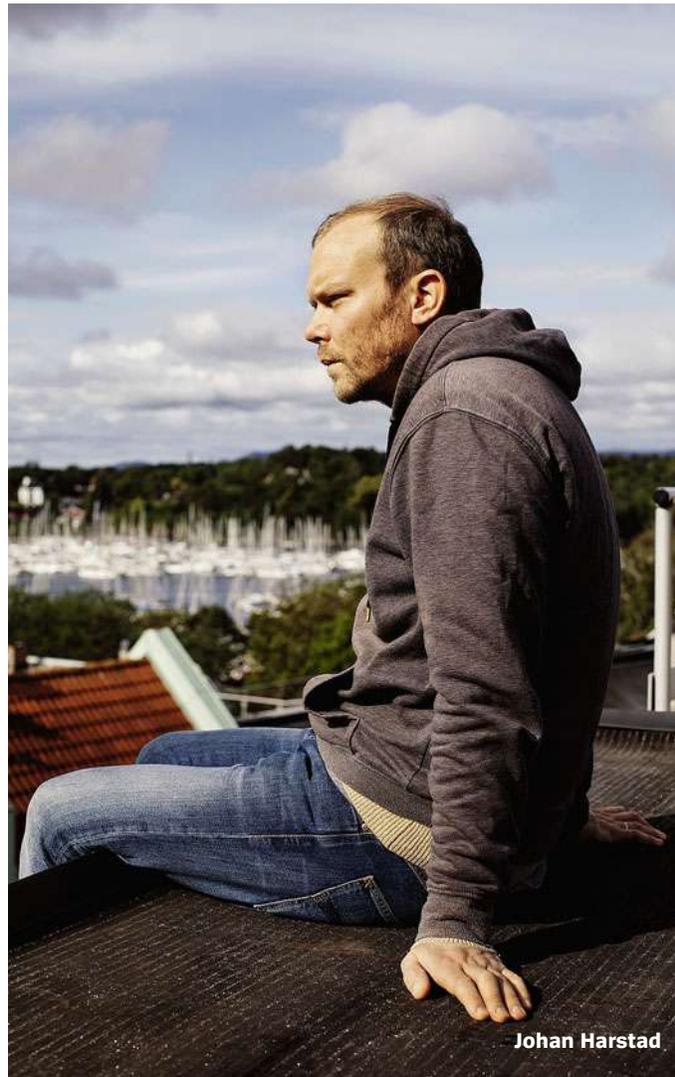
über ihr eigenes Schicksal. Sie wird bestimmt von ihrer Liebe zu einem globalen Elitetypen, der Hedda gelangweilt abgelegt hat, als sie ihm lästig wurde. Und einem marodierenden, lebensklugen Losertypen aus Ex-Jugoslawien. Der im Camper durch Europa fährt, Gelegenheitsjobs, Gelegenheitsfrauen, zu jedem Weltgeschehen eine Meinung. Ein moderner Ausgespuckter, der weiß, dass der Einzelne von heute auf so etwas wie Solidarität nicht zählen kann. Ja, das Wort ist aus der Welt verschwunden.

Lotta Elstad lacht, als sie hört, dass ihre Hedda in der deutschen Fassung als »selbstbestimmt« beworben wird. »Das ist sie wirklich nicht. Sie ist ja gerade diese herumgeschubste Frau.« Vielleicht eine typische Frau der jüngeren Generation. Die sich auf den erkämpften Errungenschaften der Vorgängergeneration gern ausruhen möchte. Frei sein, unabhängig von allem – und dabei vergisst, dass man nie nachlassen darf.

Elstad erzählt, dass das Nachdenkgesetz vor einigen Jahren von den norwegischen Christdemokraten tatsächlich ins Spiel gebracht wurde. Dass die Initiative aufgrund zahlreicher Proteste der Zivilgesellschaft dann doch nicht Gesetz wurde.

Dann sagt sie noch, mit ihren blauen Klecksen im Haar, dass sie natürlich ständig auf ihre eigene Abtreibung angesprochen werde, seitdem das Buch erschienen sei. Und dass sie immer erklären müsse: »Leute! Hedda bin nicht ich. Das ist – Literatur.« Aber vor allem in Norwegen sei seit Knausgård's gigantischem Welterfolg die feine Unterscheidung zwischen Romanfigur und Autor – mit der Leser ja seit je so ihre Probleme haben – eingeebnet. Die Knausgårdisierung der Buchläden hat zur totalen Identifikation von Romanwelt und Wirklichkeit geführt. Nicht ganz leicht für Autorinnen, die gern offenherzig und radikal von ganz anderen Leben erzählen.

Tatsächlich steht auch Johan Harstad, 40, im Bann Knausgård's. »Sofort«, erzählt er auf einer Dachterrasse am Fjord von Oslo, sei er in die Buchhandlung gelaufen, als vor Jahren der erste Band von »Mein Kampf« erschienen sei. Er habe es gelesen und sofort verstanden, das Projekt, die Großartigkeit des Ganzen. Habe aber



»Ich bin der letzte Bewohner, der Letzte, der sich in diesen Räumen aufhält.«

ebenso schnell gewusst: »Das ist nichts für mich. Ich mache etwas vollkommen anderes.« Und so startete er eine Woche später sein eigenes Riesenprojekt: »Max, Mischa und die Tet-Offensive«, auf Deutsch in diesem Frühjahr erschienen und in der Übersetzung 1248 Seiten dick. Harstad sitzt jetzt hier auf der Terrasse eines großen Mehrfamilienhauses, in dem er mit seiner Familie lebt, und wirkt ein wenig wie ein Mann, der sich in seiner Schirmmütze verstecken möchte.

»Es ist mein bislang persönlichstes Buch«, sagt er. »Aber es ist nicht privat.« Fiktionen würden ihm überhaupt erst erlauben zu existieren, sagt er, und dass es darum gehe beim Schreiben, sich zu verstecken und zugleich zu entblößen. Durch Geschichten.

Harstads Riesenroman ist eine gigantische poetische Bestandsaufnahme. Ein Junge, der in den Achtzigerjahren im norwegischen Stavanger aufgewachsen ist, zieht mit seinen Eltern in die Vereinigten

Staaten, weil der Vater dort als Pilot arbeitet. Der Junge verliert – in dem Alter, in dem Heranwachsende ihre Persönlichkeit ausbilden, sich festigen – den Boden unter den Füßen. Den Heimatboden, alle Freunde, die Sprache, die Sicherheit. Er findet sich in der neuen Welt lange Zeit nicht zu recht. »Ich sehnte mich mehr nach Norwegen, als mir guttat«, heißt es im Roman.

Und der Icherzähler schreibt: »Denn ich schreibe das alle trotz allem für euch, für uns, für mich. Ich schreibe es, bevor es mir abhandenkommt.« Der Roman hat einen ungeheuren Sog, wie eine Flutwelle, die sich zurückzieht. Der Erzähler stemmt sich mit aller Erinnerungswucht dagegen, den Boden unter den Füßen zu verlieren. Der feuchte Sandboden der Gegenwart, der sich unter Füßen ins Meer zurückzieht. In proustscher Mikrogenauigkeit klammert er sich an Gegenständen fest, an Musikstücken, Filmen, Freunden, an der Kunst. Es ist ein Buch der Heimatlosigkeit. Von einem, der alles festhalten will, die Zeit, die Kindheit, die Sicherheit, die Vergangenheit. »In der norwegischen Literatur«, sagt Harstad, »gehen die Helden eigentlich immer alle im Kreis. Sie brechen auf, schauen sich um, bestehen Abenteuer, kehren zurück.«

Max bleibt in der Welt. Und lebt in der Kunst, in der Musik, in Filmen. Sein Erweckungserlebnis ist der Kriegsfilm »Apocalypse now«, er kennt, bevor er ihn als kleiner Junge sehen darf, den Soundtrack dazu, Bilder daraus, Szenen, Helden. In seiner Vorstellung setzt sich der Film wie von selbst zusammen, bevor er ihn wirklich gesehen hat. Er ist auch ein Magier der Antizipation. Als er dann später einen Onkel trifft, der wirklich in Vietnam gekämpft hat, gleicht Max obsessiv die Filmwirklichkeit mit der erlebten Wirklichkeit des Onkels ab.

Am Ende versinkt sein Leben im Meer. Sein Elternhaus fällt dem Orkan Sandy zum Opfer. Ein bisschen liest es sich so, wie man sich Tomas Espedal vorstellt, wenn er auf seinem Bergener Balkon der Welt beim Untergehen zuschaut, wenn das Wasser langsam steigt. Max kann dem Verschwinden fast erleichtert zusehen. Er hat ja alles aufbewahrt, in Schrift, als letzter Beobachter: »Ich bin der letzte Bewohner,



»Kaum fasste er einen Plan, schon kam die Armut oder Kälte und stellte der Durchführung ein Bein.«

der Letzte, der sich in diesen Räumen aufhält. Das Licht ist für immer und ewig ausgeschaltet.«

Wir fahren weiter, gut 200 Kilometer in den Norden hinauf. Dort steht das hölzerne Monument einer anderen Zeit. Die Stabkirche von Ringebu ragt dunkelholzern in den grauen Himmel. Schon von Weitem weht ein intensiver Teergeruch herüber. »Der Weihrauch des Nordens«, sagt Lars Mytting im karierten Hemd, der gerade mit seinem alten grünen Range Rover auf dem Parkplatz vor der Kirche angekommen ist.

Mytting, 51, hat vor einer Weile ein Welterfolgssachbuch über Holz geschrieben. »Der Mann und das Holz« hieß das, und vielleicht war es auch mehr noch ein Sachbuch über Männer und ihre Leidenschaften und was ihnen davon geblieben ist, aus mythischen Vorzeiten, als der Mann und der Wald eine Schicksalsgemeinschaft bildeten. Von der heute meist nur die Leidenschaft fürs Grillen, Holzhacken und das Lesen von Waldbüchern geblieben ist.

Inzwischen ist Lars Mytting längst ins Romanfach übergewechselt. Ein Glück, denn er ist vor allem ein brillanter Erzähler, der Vergangenheiten so mächtig und lebendig heraufbeschwören kann, dass man als Leser tief in diese alte norwegische Welt hineintaucht.

»Die Glocke im See« heißt sein aktueller Roman. Es ist die Geschichte dieser Kirche hier oben, 800 Jahre alt, ihr Kirchturm sticht spitz in den Himmel. Der Teer, mit dem sie regelmäßig gestrichen wird, ist an den Windseiten ausgebleicht. Sie steht hier, »auf eine Weise abwartend, wie ein

Schloss, dessen Monarch sich auf ewiger Reise befand«, schreibt Mytting.

Im Buch, es spielt im späten 19. Jahrhundert, wird sie bedroht: Ein neuer Pfarrer der Gemeinde will sie durch einen modernen Zweckbau ersetzen. Zu klein, zu kalt, zu alt, zu unpraktisch. Und: Ein junger Architekt aus Dresden will sie abtransportieren und in seiner Heimat wieder aufbauen, um sie zu bewahren. Es ist die Geschichte von diesem Tal, ringsum von grünen Hügeln umschlossen, das damals ein vom Rest der Welt abgeschlossener Planet war. Nie war ein Fremder hier hineingekommen.

Lars Mytting ist hier aufgewachsen. Mit den alten Geschichten hier. Er spricht, während wir uns an Grabsteinen vorbei der Kirche nähern, von »Jahresringen der Erinnerung«, von der Tradition des Erzählens hier im Tal, all den Geschichten und dass bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts niemand sie aufgeschrieben hat. Wir gehen hinein. Alles aus Holz, auch die Kronleuchter, die von der hohen Decke hängen. Es gibt keine Nägel, alles scheint wie von der Natur zusammengefügt. Mytting erzählt und erzählt, als wäre er hier ganz und gar zu Hause, von der Verbindung altnordischer Götterwelt und christlicher Religion, von den 800 Jahre alten Baumsäulen, die bis heute keine Risse aufweisen, von all dem damaligen Wissen, das verloren gegangen ist, aber hier als Geheimnis bewahrt wurde. Wir steigen den Turm hinauf, zu den alten Glocken.

Ihr Klang ist legendär. Vor ein paar Jahren hat man einen Holzverschlag um sie herum errichtet. Ihr Klang war gesundheitsgefährdend. 134 Dezibel habe man gemessen, sagt Mytting. »Wenn sie jetzt

anfangen zu schlagen, sind wir taub«, sagt er, als wir oben sind. Die Glocken sind die eigentlichen Helden des Buches. Ein Mann hat sie, so Myttings Legende, vor vielen Hundert Jahren gießen lassen, aus Dankbarkeit für den Tod seiner Tochter.

Das klingt monströs, kam aber so: Sie war ein siamesischer Zwilling, und ihre Schwester war gestorben. So lebte sie als eine Art Halbtote eine Weile weiter. Die Menschen damals glaubten, sie habe in dieser Zeit ins Totenreich hinübergesehen, als überlebende Hälfte eines toten Doppels. Der Vater betete einfach nur für ihren Tod. Um ihr dieses grauenvolle Leben zu ersparen. Es ist eine archaische Welt, in die uns Mytting in seinem Roman führt. Und die Moderne, die der junge Pfarrer ins Dorf tragen will, prallt immer wieder an der alten, harten Wirklichkeit ab. Im Buch heißt es: »Da waren sie wieder, diese Realitäten. Kaum fasste er einen guten Plan, schon kam die Armut oder Kälte und stellte der Durchführung ein Bein. Als hinge ihm beständig ein misstrauischer Kobold im Kittel an den Fersen, der sich in den Zähnen pulte und sämtliche neuen Ideen spöttisch belachte.«

Wie alle Norweger, die wir getroffen haben, hat Mytting eine große erzählerische Kraft. Verknüpft selbstbewusst Tradition und Gegenwart, eignet sich angriffsfreudig die Geschichte an, um die Welt neu zu erzählen. Wie wir es in diesen Tagen in Norwegen, in diesen Büchern erlebt haben. Land der Gegensätze, die in der Literatur so produktiv aufeinanderkrachen. Königlich und sozialdemokratisch, aristokratisch und revolutionär, egomanisch und gesellig, isoliert und offen für die Welt, trinkfreudig und nüchtern, landschaftlich harmonisch, literarisch schroff und schonungslos.

Unsere Zeit gestalten, indem wir sie erzählen: Das ist der realistische Größenwahn, den wir von der norwegischen Literatur lernen können. Im Oktober kommt sie im Zug zu uns. Und einer kommt allein.

Lotta Elstad: »Mittwoch also«. Aus dem Norwegischen von Karoline Hippe. Kiepenheuer & Witsch; 304 Seiten; 18 Euro.

Tomas Espedal: »Das Jahr«. Aus dem Norwegischen von Hinrich Schmidt-Henkel. Matthes & Seitz; 196 Seiten; 22 Euro.

Johan Harstad: »Max, Misha und die Tet-Offensive«. Aus dem Norwegischen von Ursel Allenstein. Rowohlt; 1248 Seiten; 34 Euro.

I. K. H. Kronprinzessin Mette-Marit, Geir Gulliksen (Hg.): »Heimatland: ... und andere Geschichten aus Norwegen«. Luchterhand; 328 Seiten; 20 Euro.

Lars Mytting: »Die Glocke im See«. Aus dem Norwegischen von Hinrich Schmidt-Henkel. Insel; 482 Seiten; 24 Euro.

SPIEGELBESTSELLER

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control); nähere Informationen finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

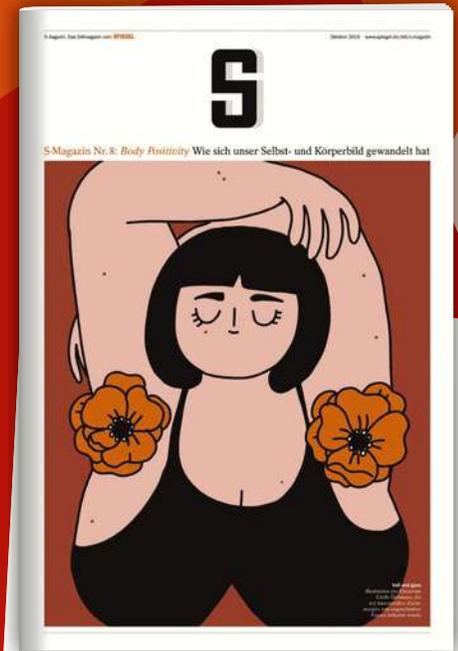
- 1 (2) **Ildikó von Kürthy**
Es wird Zeit Wunderlich; 20 Euro
- 2 (1) **Stephen King**
Das Institut
Heyne; 26 Euro


Der große Schriftsteller der Gegenwart schreibt in seinem neuen Werk über paranormale Kinder, Freundschaft, Mord und den Gedanken zu fliehen.
- 3 (3) **Rebecca Gablé**
Teufelskrone Lübbe; 28 Euro
- 4 (4) **Jo Nesbø**
Messer Ullstein; 24 Euro
- 5 (5) **Ursula Poznanski**
Erebos 2 Loewe; 19,95 Euro
- 6 (7) **Matthias Brandt**
Blackbird Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro
- 7 (8) **Ferdinand von Schirach**
Kaffee und Zigaretten Luchterhand; 20 Euro
- 8 (10) **Dror Mishani**
Drei Diogenes; 24 Euro
- 9 (6) **Margaret Atwood**
Die Zeuginnen Berlin; 25 Euro
- 10 (9) **David Lagercrantz**
Vernichtung Heyne; 22 Euro
- 11 (12) **Delia Owens** **Der Gesang der Flusskrebse** Hanserblau; 22 Euro
- 12 (-) **Brigitte Riebe** **Die Schwestern vom Ku'damm – Wunderbare Zeiten** Wunderlich; 19,95 Euro
- 13 (16) **Dörte Hansen**
Mittagsstunde Penguin; 22 Euro
- 14 (11) **Isabel Allende**
Dieser weite Weg Suhrkamp; 24 Euro
- 15 (14) **Axel Hacke**
Wozu wir da sind Kunstmann; 20 Euro
- 16 (20) **Saša Stanišić**
Herkunft Luchterhand; 22 Euro
- 17 (13) **Rafik Schami** **Die geheime Mission des Kardinals** Hanser; 26 Euro
- 18 (18) **Udo Jürgens / Michaela Moritz**
Spiel des Lebens Fischer; 20 Euro
- 19 (-) **Håkan Nesser** **Der Verein der Linkshänder** btb; 24 Euro
- 20 (17) **Maxim Leo / Jochen Gutsch** **Du bleibst mein Sieger, Tiger** Ullstein; 12 Euro

Sachbuch

- 1 (-) **Edward Snowden**
Permanent Record S. Fischer; 22 Euro
- 2 (2) **Thomas Gottschalk**
Herbstbunt Heyne; 20 Euro
- 3 (3) **Bas Kast** **Der Ernährungscompass** C. Bertelsmann; 20 Euro
- 4 (1) **Peter Wohlleben**
Das geheime Band zwischen Mensch und Natur Ludwig; 22 Euro
- 5 (4) **Sascha Lobo** **Realitätsschock** Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro
- 6 (5) **Stephen Hawking** **Kurze Antworten auf große Fragen** Klett-Cotta; 20 Euro
- 7 (7) **Michelle Obama**
Becoming Goldmann; 26 Euro
- 8 (9) **Rolf Dobelli** **Die Kunst des digitalen Lebens** Piper; 20 Euro
- 9 (-) **Ulrike Herrmann** **Deutschland, ein Wirtschaftsmärchen** Westend; 24 Euro
- 10 (-) **Anders Indset**
Wildes Wissen Campus; 25 Euro
- 11 (15) **Jonathan Safran Foer**
Wir sind das Klima! Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro


Der US-amerikanische Schriftsteller und Sachbuchautor erklärt, wie wir die Welt doch noch retten könnten. Schritt eins: weniger Fleisch essen.
- 12 (6) **Biyon Kattilathu** **Der Rikscha-Fahrer, der das Glück verschenkt** Gräfe und Unzer; 16,99 Euro
- 13 (10) **Thomas Pletzinger** **The Great Nowitzki** Kiepenheuer & Witsch; 26 Euro
- 14 (17) **Volker Weidermann**
Das Duell Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro
- 15 (19) **Andrea Wulf** **Die Abenteuer des Alexander von Humboldt** C. Bertelsmann; 28 Euro
- 16 (16) **Doris Dörrie**
Leben, schreiben, atmen Diogenes; 18 Euro
- 17 (12) **Wolfgang Kubicki / Peter Kafferlein / Olaf Köhne**
Sagen, was Sache ist Econ; 22 Euro
- 18 (13) **Michael Winterhoff** **Deutschland verdammt** Gütersloher Verlagshaus; 20 Euro
- 19 (11) **Ulrich Wickert**
Identifiziert euch! Piper; 20 Euro
- 20 (14) **Ronald Reng**
Miro Piper; 22 Euro



Nächste Woche
im SPIEGEL:

S-Magazin

Das Stilmagazin
vom SPIEGEL

Themen der Ausgabe:

Akzeptanz

Die Body-Positivity-Bewegung kämpft gegen gesellschaftliche Schönheitsnormen.

Tabubruch

Frauen sprechen über ihre Menstruation. Und junge Firmen lassen sich neue Produkte für sie einfallen.

Außerdem:

Das gezeichnete Interview mit Jean-Charles de Castelbajac



STEFFEN JANICKE / DER SPIEGEL

Führungskraft Cohen im Berliner Studio: »Alle sollen in unserem Wasser schwimmen«

»Wir werden die Größten sein«

Unterhaltung YouTube-Manager Lyor Cohen will die Plattform zu einem Global Player der Musikindustrie machen.

Den Eingang zum repräsentativen neuen YouTube-Space in der Stadtmitte von Berlin hat der britische Stararchitekt David Chipperfield entworfen. Wie den Eingang zum großen Gebäudekomplex auf der Museumsinsel, direkt nebenan. Deutlicher kann ein Konzern seinen Ehrgeiz nicht zeigen. YouTube, eine Tochter von Google, möchte nicht

mehr nur eine Abspiegelstation für alle möglichen Videos sein. Im Gebäude selbst gibt es Videostudios für Influencer, ein Tonstudio für Musiker, ein Konzertsaal mit Platz für 120 Zuschauer. Wer bei YouTube groß ist, soll noch größer werden können.

Lyor Cohen, 59, ehemaliger Hip-Hop-Manager und einflussreicher Plattenfir-

menmann ist der Chef der Musikabteilung von YouTube und der Kopf hinter diesen Plänen.

SPIEGEL: Herr Cohen, YouTube ist als Videoplattform bekannt. Nun eröffnen Sie hier in Berlin eine neue Zentrale, in der es Studios und Coworking Spaces gibt. Was haben Sie vor?

Cohen: Die Idee ist, dass alle Künstler, Musiker und Songwriter im Wasser von YouTube schwimmen sollen. Jeder Künstler, der eine bestimmte Zahl von Followern auf seinem YouTube-Kanal hat, kann kommen. Ohne zu bezahlen. Wer zuerst da ist, bekommt den Raum. Die Künstler sollen etwas davon haben, wenn sie bei uns schwimmen.

SPIEGEL: Wollen Sie zum Plattenlabel werden?

Cohen: Nein. Plattenfirmen haben keine Aufnahmestudios mehr. Das ist vorbei. Heute ist die Aufgabe eines Labels, einem Musiker zu helfen, seine künstlerische Richtung zu finden. Seine Musik zu vermarkten. Werbung für sie zu machen. Videos zu machen. Die Musik zu komponieren und aufzunehmen ist den Künstlern selbst überlassen. Das ist teuer und braucht Zeit. Dabei werden wir helfen.

SPIEGEL: Viele Vertreter der Musikindustrie werfen Ihnen vor, zu wenig Geld zu zahlen. Spotify und Apple schütten mehr Geld pro Stream aus als Sie.

Cohen: Die Streamingwelt wird von zwei Motoren angetrieben: Abonnements und Werbung. Nicht anders als die Welt der Magazine und Zeitungen. Ein Zuschauer, der mit Aufmerksamkeit bezahlt, zahlt weniger als der, der ein Abonnement abschließt. Das heißt für uns: Bei Abonnements zahlen wir so viel an die Künstler wie die anderen Services. Bei den Einnahmen aus dem Werbereich nicht. Aber der Kuchen wird größer werden. Und dementsprechend auch die Erlöse.

SPIEGEL: Bei den Abonnenten liegt YouTube hinter Spotify und Apple. Sind Sie zufrieden mit Ihren Zahlen?

Cohen: Nein, bin ich nicht. Aber das ist ein Marathon. Ich bin mir sicher, dass wir im Jahr 2025 die größte Geldquelle der Musikindustrie sein werden. Niemand wird so viel ausschütten wie wir – das wird auch bei den Künstlern landen.

SPIEGEL: Womit werden Musiker dann ihr Geld verdienen?

Cohen: In der unmittelbaren Zukunft: durch Werbung und Abonnements. Später: mit dem direkten Zugang zum Konsumenten. Wir werden den Künstlern die Möglichkeit geben, direkt in Kontakt mit ihren Fans zu treten. Sei es für Ticketverkäufe oder für Chats.

SPIEGEL: Was macht Sie so sicher, dass die nicht lieber mit Apple kooperieren?

Cohen: Der einzige Ort, an dem die Künstler wissen, mit wem sie es bei ihrem Publi-

kum wirklich zu tun haben, ist YouTube. Unsere Konkurrenten haben das nicht. Spotify und Apple funktionieren eher wie klassische Plattenläden. Snapchat und Instagram sind soziale Plattformen. Wir bieten alles zusammen.

SPIEGEL: Und keiner wertet die Daten so gnadenlos aus wie Sie

Cohen: Um etwa Playlisten zu erstellen, ist künstliche Intelligenz wichtig – aber ganz ohne menschliche Erfahrung geht es auch künftig nicht.

SPIEGEL: Viele Influencer drängen derzeit ins Musikgeschäft. Finden Sie das gut?

Cohen: Kultur lebt vom Geschichten-erzählen. Insofern wollen wir jedem, der seine Kunst machen möchte, die Gelegenheiten dazu geben. Musiker zu sein ist aber etwas Besonderes. Wir wollen aber nicht, dass jeder Musik macht, nur weil er oder sie glaubt, das müsse nun sein.

SPIEGEL: Wie wollen Sie denn zum Geschichtenerzähler werden?

Cohen: Wir haben ein neues Feature eingeführt: YouTube Music Premiere. Musik handelt von großen Momenten. Deshalb gehen Menschen in Konzerte. Premiere soll das zu uns bringen.

SPIEGEL: Und wie?

Cohen: Stellen Sie sich einen Künstler wie den Rapper Eminem vor. Er hat eine Weile nichts gemacht. Jetzt hat er ein neues Album produziert, und das erste Video dazu ist fertig. Was kann er tun? Wir möchten, dass er allen seinen Fans sagt: Kommt zusammen. In einem Chatroom. Zu einer bestimmten

Uhrzeit. Und wenn dann alle da sind, zählen wir die Sekunden herunter: bum!, läuft das Video. Und alle können sich parallel dazu unterhalten. Der Künstler selbst ist da und redet mit! Jeder wird es benutzen.

SPIEGEL: Wird sich die Musik durch die digitale Vernetzung ähnlicher?

Cohen: Nein. Ein Teil von dem, was YouTube macht, ist ja die Bewahrung von Traditionen. Fast jede Musik findet sich mittlerweile auf der Plattform, viele alte Aufnahmen. Ich sehe keine Homogenisierung. Sogar Schlager hat bei uns seinen Ort, auch klassische Musik steht mittlerweile bei YouTube. Als ich vor 19 Jahren hier in Berlin das Deutschlandbüro der Hip-Hop-Plattenfirma Def Jam eröffnet habe, kam mir die deutsche Szene immer vor, als würden die Künstler bei uns Amerikanern um Erlaubnis fragen: Dürfen wir rappen? Heute ist das anders: Acht der zehn meistgestreamten Songs auf unserer Seite in diesem Sommer in Deutschland waren deutsche Rapstücke.

SPIEGEL: Irritiert Sie das?

Cohen: Es macht mich stolz. Ich war in den Achtzigern der Tourmanager von Run-DMC. Ich habe mit den Beastie Boys zusammengearbeitet, mit Public Enemy, mit Jay-Z. Eine Menge Leute sagen mir: Lyor, du hast die goldene Ära des Hip-Hop mitgestaltet. Aber ich sehe das nicht so. Denn es hört nicht auf, sondern geht immer weiter.

SPIEGEL: Hip-Hop war immer der Soundtrack der Unterschicht. Ist es nicht eigenartig, jetzt hier im Herzen der Hauptstadt zu residieren? 500 Meter von der Wohnung der Kanzlerin entfernt?

Cohen: Ach, die soll einfach mal vorbeikommen.

SPIEGEL: Was sagen Ihre alten Freunde aus den Plattenfirmen eigentlich dazu, dass Sie die Seiten gewechselt haben? Das Internet hat deren Leben sehr viel schwerer gemacht.

Cohen: Die sind froh, dass ich weg bin. So bin ich kein Konkurrent mehr.

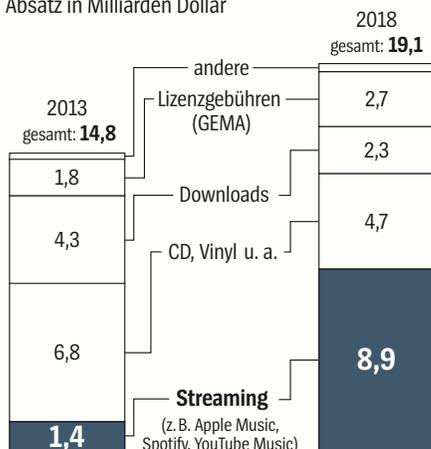
SPIEGEL: Der uneigennützigste Herr Cohen von YouTube – come on?

Cohen: Ich mache das, was ich immer gemacht habe. Ich war neulich bei einer Elternversammlung an der Schule meiner Tochter. Gute Schule in New York. Es gibt eine Runde, alle Eltern stellen sich vor. »Ich bin bei Goldman Sachs«, sagt der Erste. »Ich bin bei der Bank of America«, sagt der Nächste. Dann komme ich an die Reihe. Was machen Sie? »Ich helfe Künstlern und Songschreibern, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.« Danach waren alle still. Mic drop nennt man das im Battle-Rap. Wenn klar ist, wer gewonnen hat.

Interview: Tobias Rapp

Klangwelten

Musikmarkt weltweit
Absatz in Milliarden Dollar



DER SPIEGEL



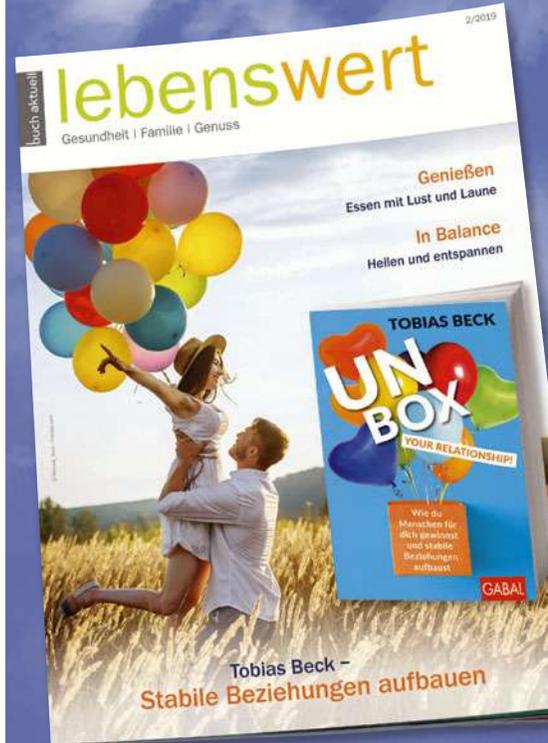
77%

der Onlinebefragten haben im vergangenen Monat Musik auf YouTube konsumiert.

Repräsentative Umfragen (34 000 Befragte) in 19 Ländern April/Mai 2019

Quelle: IFPI

Fragen Sie Ihren Buchhändler nach der neuen Herbstausgabe!



lebenswert ist das Trendmagazin für die Bereiche Gesundheit, Familie und Genuss. Die Herbstausgabe erhalten Sie jetzt kostenlos im Buchhandel.

Lesen Sie u.a., wie man stabile Beziehungen aufbaut, Stress abbaut und beim Kochen wieder den Genuss in den Vordergrund stellt.

Das Magazin lebenswert erscheint in der Harenberg Kommunikation Verlags- und Medien GmbH & Co. KG, Königswall 21, 44137 Dortmund

© Wang Binghua

buch aktuell
KUNDENMAGAZINE

www.buchaktuell.de

Rambo würde CrossFit machen

Körperbilder Der Historiker Jürgen Martschukat untersucht das »Zeitalter der Fitness«. Die Trophäe des Sportlers heute: der trainierte Körper.



Cristiano-Ronaldo-Werbefigur: EMS ist Sport für die Optimierungsgesellschaft

Wie wirkmächtig eine Bewegung ist, zeigt sich meist daran, ob der Kapitalismus auf sie reagiert. Und er reagiert zurzeit deutlich: Die Sportartikelfirma Nike hat in ihrem Londoner Flagship-Store Platz für dicke Schauwindowpuppen freigeräumt; die Frauenzeitschrift »Cosmopolitan« hat das XXL-Model Tess Holliday in Badekleidung aufs Cover gehievt; die Rasierermarke »Gillette

Jürgen Martschukat: »Das Zeitalter der Fitness. Wie der Körper zum Zeichen für Erfolg und Leistung wurde«. S. Fischer; 352 Seiten; 25 Euro.

Venus« wirbt mit der adipösen Influencerin Anna O'Brien.

Und so könnte man leicht auf die Idee kommen, der Historiker Jürgen Martschukat hechle in seinem neuen Buch dem Zeitgeist hinterher, so wie es der Natur eines Historikers entspricht. »Wir leben im Zeitalter der Fitness«, behauptet Martschukat.

Leben wir nicht eher im Zeitalter der Fatness?

Seit einigen Jahren schon wettern Aktivistinnen in den sozialen Netzwerken gegen Fat Shaming, die Diskriminierung Dicker, sie setzen sich ein für Body Positi-

vity, also die Überzeugung, dass jeder Körper schön ist. »Es gibt tatsächlich Anzeichen dafür, dass das Zeitalter der Fitness so langsam seinen Zenit erreicht«, räumt Martschukat ein.

Aber es ist eben ein Zenit.

Ein Blick in die Statistik des DSSV, des Arbeitgeberverbands der deutschen Fitnesswirtschaft: 2014 waren etwa neun Millionen Deutsche Mitglied in einem Fitnessstudio, 2016 zehn Millionen, 2018 elf Millionen – ein jährliches Wachstum von rund 5 Prozent. Jeder fünfte Deutsche zwischen 15 und 65 besucht heute eines der 9300 Studios im Land, ihr Jahresumsatz: 5,3 Milliarden Euro.

Es sind verrückte Zahlen, die noch verrückter klingen, wenn man sich klarmacht, welches Vernunftsprinzip ihnen zugrunde liegt. Anders als Fußballern, Basketballern, Tennisspielern geht es Fitnesssportlern nicht um Spiel, Spaß, Spannung. »Wer Fitnesstraining betreibt, will keine Medaille gewinnen«, erklärt Martschukat. Wer Fitnesstraining betreibt, tritt gegen sich selbst an, die Trophäe: ein trainierter Körper.

Martschukat selbst ist der beste Beleg seiner These, er sieht aus wie die asketische Version von Richard David Precht. Die Haare sind lang wie bei dem Philosophen, aber die Gesichtszüge kantiger, die Arme sehnig. Im vergangenen Jahr ist er 6000 Kilometer Rad gefahren, ein ambitionierter Fitnesssportler, der mit Brustgurt unterwegs ist, um seine Pulswerte aufzuzeichnen.

Selbsttracking nennt sich das, ein Trend, dem immer mehr Menschen folgen. Selbstvertrauen ist gut für einen Sportler, Selbstkontrolle ist besser.

Unter Fitness versteht Martschukat neben Krafttraining an Geräten auch Jogging, Nordic Walking, Gymnastik und alle anderen freizeitsportlichen Aktivitäten, deren primäres Ziel es ist, die Leistungsfähigkeit des Körpers zu steigern. Sie alle haben in den vergangenen Jahrzehnten einen Boom erlebt.

1970 starteten beim ersten New-York-Marathon gerade mal 126 Männer und eine Frau. Der Berlin-Marathon erlebte seine Premiere sogar erst 1974, damals mit 286 Teilnehmern. Dieses Jahr werden in New York 50 000 Menschen laufen, in Berlin an diesem Wochenende werden es mehr als 45 000 sein.

Folgt man Martschukat, dann fiel der Startschuss fürs Zeitalter der Fitness in den Siebzigerjahren, parallel zum Startschuss fürs Zeitalter des Neoliberalismus. Die Siebzigerjahre brachten die Ölkrise und mit ihr das Ende des Nachkriegsbooms, die fetten Jahre waren erst einmal vorbei. Die Achtziger brachten »Rambo« und einen Boom der Fitnessstudios. Rocky und Rambo, beide gespielt von

Sylvester Stallone, einte die »Bereitschaft zu kämpfen, auch wenn es zunächst noch so aussichtslos erscheint«, schreibt Martschukat.

Der Rocky- und der Rambo-Körper waren Männerkörper, die im Rückblick fast ordinär wirken, so brutal und schwer und dominant – noch keine fein definierten, flexiblen, hochfunktionellen Yoga-Männerkörper, wie sie heute Trend sind. Und doch feierte das Kino mit ihnen schon das selbstverantwortliche Individuum, das bis heute den Ton angibt, im Kino und in der Welt da draußen. Fitness wurde zum Zeichen dafür, leistungsfähig und leistungswillig zu sein, für sich und für andere Verantwortung übernehmen zu können und zu wollen. Die Menschen sollten permanent an sich arbeiten, sich auf dem Markt in eine bessere Position bringen, »schlanke Bürger für einen schlanken Staat« nennt der Historiker Martschukat das.

»Ich bin froh, dass ich kein Dicker bin, denn Dicksein ist 'ne Quälerei«, grölte der Rockmusiker Marius Müller-Westernhagen Ende der Siebzigerjahre. »Dicke schwitzen wie die Schweine / Stopfen, fressen in sich rin.« Heute würde Westernhagen mit dem Song sicher einen Shitstorm in den sozialen Netzwerken auslösen, aber ebenso sicher würden die meisten Deutschen allein zu Hause vorm Radio noch immer mitgrölen.

Die Body-Positivity-Bewegung hat einen Trend gesetzt, aber bislang ist es nur ein Gegentrend zum Megatrend Fitness, Subkultur in Abgrenzung vom Mainstream.

Zum Fitnesswahn passt der aktuelle Ernährungswahn: Vegetarismus und Veganismus, die radikal regionale Küche, Essen wie die Steinzeitmenschen, dazu die Trends des sogenannten Clean Eating – keine Fertiggerichte, kein Fast Food, keine künstlichen Süß-, Farb- und Konservierungsstoffe, möglichst wenig Weißmehl, Zucker, Salz. Je kürzer die Zutatenliste, desto besser.

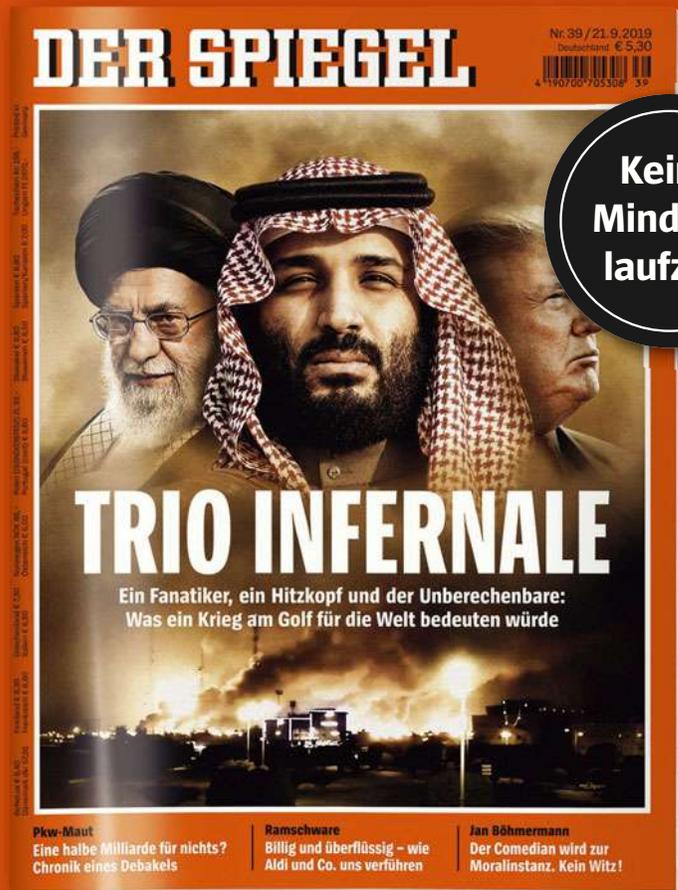
Geht es beim Fitnesswahn um Fleiß, so geht es beim Ernährungswahn um Verzicht. Und so geht es bei beiden darum, sich selbst im Griff zu haben.

Es geht um Affektkontrolle – eine alte protestantisch-preußische Tugend, über die seit Jahrhunderten Klassenunterschiede markiert werden.

Die Pointe ist, dass der Fitness- wie der Ernährungswahn eine Wurzel in der Gegenkultur haben. Fitnessstraining, darauf weist Martschukat hin, ließ sich in seiner Frühzeit auch als emanzipatorischer Akt begreifen, als Selbstermächtigung: der moderne Mensch nicht mehr nur als Autor der eigenen Biografie – sondern nun auch Autor des eigenen Körpers.

Ein Beispiel: Die Aerobicwelle der Achtziger, die die Schauspielerin Jane

Flexibel bleiben: Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten!



Keine
Mindest-
laufzeit

Der SPIEGEL jede Woche frei Haus:

- ohne Risiko jederzeit kündbar
- 4 % günstiger als im Einzelhandel
- kostenloser Urlaubsservice
- vergünstigte Tickets für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen
www.spiegel-live.de

Ja, ich möchte bequem den SPIEGEL lesen!

Ich lese den SPIEGEL für nur € 5,10 pro Ausgabe statt € 5,30 im Einzelkauf und entscheide selbst, wie lange ich den SPIEGEL lesen möchte.

Einfach jetzt anfordern:

 abo.spiegel.de/flexibel

 **040 3007-2700** (Bitte Aktionsnummer angeben: SP19-215)



Kokainfund im Hamburger Hafen 2012

JOERN POLLEX / GETTY IMAGES

SPIEGEL TV

MONTAG, 30. 9., 23.15 - 0.00 UHR, RTL

Comeback des Kokains

Deutschland wird geflutet mit Koks aus Südamerika. SPIEGEL TV zeigt den Weg der Droge von den Anbaugeländen in Kolumbien bis zu den Dealern und Konsumenten in der deutschen Rauschgiftszene.

Zehn Jahre unschuldig im Gefängnis?

Manfred Genditzki wurde für einen Mord verurteilt, der vielleicht keiner war. Jetzt gibt es Hoffnung, dass er aus der Haft entlassen wird.

SPIEGEL TV WISSEN

MITTWOCH, 2. 10., 12.25 - 13.15 UHR, SKY und bei allen führenden Kabelnetzbetreibern

Klick und weg – Die Tricks der Internetbetrüger

Täglich werden arglose Internetkäufer Opfer von organisierter Onlinekriminalität. Der Film begleitet eine britische Spezialeinheit, die nach monatelanger Ermittlungsarbeit eine osteuropäische Gang überführen konnte. Wie gezielt die Täter vorgingen, wie sie Banken, Netzanbieter, große Verkaufsportale und Online-nutzer täuschten, bestätigt die Erkenntnis: Es kann jeden Internetkäufer jederzeit treffen.

SPIEGEL GESCHICHTE

DONNERSTAG, 3. 10., 15.25 - 16.10 UHR, SKY

Deutschland-Saga – Teil 1: Woher wir kommen

Professor Christopher Clark, gebürtiger Australier und Historiker an der Universität Cambridge, begibt sich in einem nostalgischen VW Käfer Cabriolet auf den Weg durch die Epochen deutscher Geschichte. Der Experte ist leidenschaftlich an der Frage interessiert, wie die Menschen hierzulande wurden, wie sie sind. Die Zuschauer werden an die symbolträchtigsten Orte geführt, erleben weltverändernde Leistungen und lernen jene Eigenheiten kennen, die unser Bild auch heute noch im Ausland prägen.



Produzent Gero von Boehm (hinten), Historiker Clark 2014

MARTINA DACH / ZDF

Fonda anstieß, sei »eine wichtige Kraft im feministischen Projekt« gewesen. Aerobic, schreibt Martschukat, habe vielen Frauen geholfen, ihre Körper selbst zu gestalten und fortan selbstbewusster mit ihnen zu agieren. Andererseits präsentierte Aerobic »sexualisierte weibliche Normkörper«, schlank und trainiert. Und so schuf die Fitnessbewegung ein neues Wertesystem, dem sich der einzelne Mensch nur schwer entziehen konnte. »Aus dem Recht auf den eigenen Körper, auf seine Gestaltung und auf seine Deutung«, schreibt Martschukat, »ist auch eine Verantwortung und sogar eine Pflicht geworden.«

Und heute? Heute läuft im Kino plötzlich wieder ein neuer Rambo-Film, mit einem Sylvester Stallone im Seniorenalter, heute liegen hochintensive Trainings- und Wettkampfvarianten im Trend, CrossFit, Warrior Workout, Tough Mudder. Sie zielen auf heroische Momente, auf Schweiß und Schmerzen, sie wecken durchaus militärische Assoziationen. Rocky und Rambo würden heute CrossFit machen.

Überall in deutschen Großstädten eröffnen seit einiger Zeit zudem sogenannte EMS-Studios, mehr als 1200 sind es schon. Das Kürzel steht für Elektromyostimulation, von Mys gleich Muskel. Die Trainierenden tragen eine Weste, in der Elektroden für Bauch, Rücken, Brust und Schultern stecken, dazu Manschetten mit Elektroden für Po, Oberschenkel und Oberarme. Per Kabel sind sie mit einem Steuerungspult verbunden. Der Mensch an der Maschine, der Körper als Maschine, hochgetunt. Muskeln aus der Steckdose.

Die Methode kostet wenig Zeit, aber umso mehr Geld. Es geht, wie immer und überall im Fitnessbereich, um Distinktion. »EMS ist eine Möglichkeit, monetäres Kapital in soziales Kapital umzuwandeln«, sagt der Buchautor Martschukat. Sport für die Optimierungsgesellschaft.

EMS formt den Körper, macht ihn schöner und durchaus kräftiger, aber kaum beweglicher und ausdauernder, es steigert kaum die koordinativen Fähigkeiten. »Es geht heute gar nicht mehr unbedingt darum, was die Körper leisten können«, sagt Martschukat, »sie sollen so aussehen, als ob sie etwas leisten könnten.«

Der erfolgreiche Manager ist drahtig, nicht dick. Wer dick ist, gilt als gescheitert.

In diesem Sinne ist EMS legales Doping für den Laien. Es ist Sport ohne Spiel und Spaß, auch ohne den psychischen Ausgleich, den eine Joggingrunde oder eine Rennradtour bieten, Sport für die effizienteste Gesellschaft.

Man könnte sagen, EMS ist das neoliberalere Kind des linken Ideals, über den eigenen Körper verfügen zu können.

Tobias Becker

Angestregter Ernst

Filmkritik Lässt sich Siegfried Lenz' Romanklassiker »Deutschstunde« ins Kino bringen? Christian Schwochow hat es versucht.

Kinostart: 3. Oktober

S elten wirkten die Räume in einem Film so muffig und die Decken so niedrig wie hier. Christian Schwochows Kinoadaptation von Siegfried Lenz' Roman »Deutschstunde« verbreitet Tristesse. Selbst das Meer bringt keine Hoffnung, sondern den Tod. Immer wieder schwimmt es tote Tiere an. Wenn die Figuren am Strand bis zum Horizont schauen, kommen sie dem Zuschauer vor wie Gefangene, die gegen die Wand ihrer Zelle starren.

Der Roman, 1968 erschienen, ist eines der meistgelesenen Werke der deutschsprachigen Nachkriegsliteratur und klassische Schullektüre. Seit Jahren gibt es um das Buch eine



GEORGES PAULY / WILD BUNCH

Darsteller Eisenblätter, Noethen: Auch unter freiem Himmel gefangen

Debatte, weil Lenz darin einen Maler, den er dem Expressionisten Emil Nolde nachempfunden hat, zum Opfer der Nazis macht. Lenz hat damit das Nolde-Bild mitgeprägt. Der Maler war allerdings Antisemit und überzeugter Nationalsozialist.

»Deutschstunde« erzählt die Geschichte von Siggis Jepsen, der im nördlichsten Zipfel Schleswig-Holsteins aufwächst und nach dem Zweiten Weltkrieg in eine Anstalt für schwer erziehbare Jugendliche kommt, weil er Bilder des Malers Max Ludwig Nansen entwendet hat.

Siggi soll eine Strafarbeit schreiben, Thema: die Freuden der Pflicht. Er füllt Seite um Seite, Band für Band, er verfasst ein Konvolut über sich, seine Familie, die Gegend, aus der er stammt, und die Zeit, in der er aufgewachsen ist.

Er wird zum Berserker der Pflicht, der seine Aufgabe zigmal übererfüllt, der all die Menschen beschämen will, die er in der Zeit des »Dritten Reiches« in ihrem sturen, herzlosen Gehorsam erlebt hat, vor allem seinen Vater, einen Dorfpolizisten. In seiner Zelle blickt Siggi, im Film von Levi Eisen-

blätter und Tom Gronau gespielt, mit bisweilen durchaus hochmütiger Ironie zurück auf die Welt seiner Kindheit.

Wie das Buch spielt der Film auf zwei Zeitebenen, Anfang der Fünfzigerjahre, als Siggi eingesperrt ist, und rund zehn Jahre vorher. Doch wo Lenz ironisch wird, neigt Schwochow zu angestremtem Ernst. Gleich zu Beginn richtet er den Blick auf eine Tafel, auf die mit weißer Kreide »Die Freuden der Pflicht« geschrieben wird. Die Kamera verweilt auf diesem Bild ein paar Augenblicke länger als nötig. Schon bald ahnt der Zuschauer, warum. Die Verfilmung ist ein protestantisches Exerzitorium, aus den Freuden der Pflicht ist die Pflicht zur Freudlosigkeit geworden.

Dabei ist Lenz' Roman ein ausschweifendes Werk voller Aberwitz. Gerade die Enge der Zelle lässt Siggis Bewusstseinsstrom wild mäandern und treibt seine Fantasie zu Höhenflügen. Er beschreibt eine Möwenattacke mit kaum zu bändigender Lust an der dramatischen und poetischen Übertreibung, lässt Federn wie »ein Schnee aus Daunen« ein ganzes Tal zwischen den Dünen füllen.

Auch Schwochow lässt die Möwen angreifen, bleibt dabei aber im Schlock stecken. Er meidet die fast surrealen Momente in Lenz' Roman und gibt der Einbildungskraft kaum Raum zur Entfaltung. Er zeigt eine karge, strenge Welt in kargen, strengen Einstellungen. Selbst die Bilder, die Nansen malt, seine Farbexplosionen, wirken nicht wie Akte der Befreiung.

Vielleicht liegt dies daran, dass Schwochow zur Figur des Malers in unentschlossener Halbdistanz verharrt. Der Regisseur, der seit dem Film »Novemberkind« und der Serie »Bad Banks« zu Recht als einer der besten in Deutschland gilt, erzeugt kaum Momente, in denen bei Nansen (Tobias Moretti) so etwas wie Leidenschaft für seine Kunst zu spüren ist.

Ein Nazi, dessen Bilder auf einmal als »entartet« gelten – das hätte doch eine aufregende, zerrissene Filmfigur sein können. Doch Schwochow (und seine Mutter Heide, die das Drehbuch geschrieben hat) reduziert ihn weitgehend auf seine Opferrolle. Im Roman ist Nansen ein Mann, der weiß, dass er gebildeter und intelligenter ist als die Menschen um ihn herum. Moretti könnte die Süffisanz des Malers vermutlich besser spielen als die meisten anderen Schauspieler – aber hier tut er es nicht.

Stattdessen lässt er den Maler mehr und mehr an der Pflichtversessenheit des

Dorfpolizisten Jepsen (Ulrich Noethen) verzweifeln, der ihn überwacht und seine Bilder konfisziert. Monoton und mit wachsender Verbissenheit fordert Jepsen immer und immer wieder, dass der Pflicht Genüge zu leisten sei, selbst dann noch, als er am Ende des Krieges auf verlorenem Posten steht.

In einer frühen Szene des Films sieht man Jepsen, wie er seinen Sohn Siggi zur Strafe verprügelt. Dann sitzt er am Bett des Jungen, streicht ihm über den Kopf und sagt, er werde schon noch einen brauchbaren Menschen aus ihm machen. Von diesen ambivalenten Momenten hat der Film viel zu wenige, und zum Ende wird er immer eindimensionaler.

Schwochows Bilder haben die Tendenz, symbolisch zu wirken: eine schwingende Kinderschaukel, ein Raum voller toter Tiere, die Siggi gesammelt hat, der Abdruck, den ein abgehängtes Bild an einer Wand hinterlassen hat – alles scheint mit Bedeutung aufgeladen zu sein. »Deutschstunde« ist ein Film, der von seiner Last fast erdrückt wird. Lars-Olav Beier

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · Mail spiegel@spiegel.de

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923–2002)

CHEFREDAKTION Steffen Klusmann (V.i.S.d.P.), Dr. Barbara Hans, Clemens Höges

BLATTMACHER Thorsten Dörting, Juliane von Mittelstaedt, Oliver Trenkamp

NACHRICHTENCHEF Stefan Weigel

MANAGING EDITOR Susanne Amann, Birger Menke, Jörn Sucher

CREATIVE DIRECTOR Judith Mohr, Nils Küppers (stellv.)

CHEF VOM DIENST *Print:* Anke Jensen, Thomas Schäfer, Gesine Block (stellv.)
Online: Patricia Dreyer, Anselm Waldermann; Melanie Ahlmeier, Lisa Erdmann, Björn Hengst, Olaf Kanter, Nicola Kwasiński, Kristina Läscher, Jonas Leppin, Florian Merkel, Janko Tietz

REDAKTIONELLE ENTWICKLUNG Matthias Streitz, Christina Elmer, Friederike Freiberg, Christian Goedecke, Ole Reißmann, Dr. Susanne Weingarten

SPIEGEL Jule Lutteroth, Alexander Neubacher

REPORTER Ulrich Fichtner

HAUPTSTADTBÜRO Dirk Kurbjewitz
Leitung: Dr. Melanie Amann, Sebastian Fischer, Martin Knobbe, Philipp Wittrock, Wolf Wiedemann-Schmidt (Teamleitung), Inna S. Scharheitel
Funktion: Nicola Abe, Maik Baumgärtner, Florian Gathmann, Kevin Hagen, Julia Amalia Heyer, Valerie Höhne, Veit Meckl, Marius Mestermann, Ann-Katrin Müller, Rafik Neukirch, Anna Reimann, Sven Röbel, Aleksandar Sarovic, Christoph Schult, Christian Tevs, Severin Weiland, *Autoren, Reporter:* Susanne Beyer, Markus Feldenkirchen, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, Christiane Hoffmann
Politik Hamburg: Benjamin Schulz (Nachrichtenchef); Milena Hasenackamp, Max Holscher, Alwin Schröder

DEUTSCHLAND/PANORAMA *Leitung:* Jörg Diehl, Cordula Meyer, Hendrik Tormedden, Dr. Markus Verbeet, Simone Salden (stellv.), *Redaktion:* Laura Backes, Birte Bredow, Annette Bruhns, Katrin Elger, Sarah Heide Engel, Silke Fokken, Michael Fröhlingendorf, Hubert Gude, Armin Himmelrath, Charlotte Klein, Annette Langer, Gunther Latsch, Roman Leherberger, Tim Lehmann, Benjamin Masack, Peter Maxwell, Miriam Olbrich, Christopher Piltz, Alexander Preker, Andreas Ulrich, Jens Witte, Michael Wulzinger, Jean-Pierre Ziegler, *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Annette Großgöndard, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Katja Thimm, Alfred Weinzirl, Dr. Klaus Wiegele
Berlin: Sven Becker, Andreas Wassermann, *Autoren:* Stefan Berg

WIRTSCHAFT/NETZWELT *Leitung:* Markus Brauck, Yassin El-Sharif, Judith Horcher (Netzweil), Isabell Hülsen, Stefan Kaiser (stellv.), *Redaktion:* Andreas Albert, Benjamin Bidder, Markus Böhm, Florian Diekmann, Kristina Gnirke, Simon Hage, Henning Jauregui, Alexander Piltz, Dr. Matthias Kaufmann, Nils Kiewit, Matthias Krenn (Teamleitung Netzweil), Alexander Kühn, Maria Marquart, Martin U. Müller, Sonja Peteranderl, Anton Rainer, Jörg Schmitt, Stefan Schultz, *Autoren, Reporter:* Armin Mahler, Michaela Schießl
Berlin: Christian Reiermann (Teamleitung), Patrick Beuth, Markus Detmer, Michael Kröger, Cornelia Schmergal, Anna Seith, Gerald Treutler, *Autoren:* David Böcking, Marcel Rosenbach, Michael Sauga

AUSLAND *Leitung:* Mathieu von Rohm, Britta Kolonnenbroich (stellv.), Dr. Dominik Peters (stellv.), Maximilian Popp (stellv.), Christoph Scheuermann (stellv.), *Redaktion:* Fiona Ehlers, Greg Falirion, Lena Greiner (Projektleitung Globale Gesellschaft), Katrin Kuntz, Steffen Lüdke, Katharina Gasa Peters, Jan Puhl, Dr. Isabella Reichert, Alexandra Rokjov, Raniyah Salloum, Anna-Sophie Schneider, Samiha Shafy, Vanessa Steinmetz, Maria Stöhr, Raphael Thelen, Christoph Titz, Helene Zuber, *Autoren, Reporter:* Marian Blasberg, Susanne Koebli, Dietmar Pieper, Christoph Reuter
Berlin: Christoph Sydow

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Rafaela von Bredow, Michail Hengstenberg, Olaf Stampf, Kurt Stukenberg (stellv.), *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Christian Frahm, Johann Grolle, Dr. Veronika Hackenbroch, Guido Kleinhubert, Julia Koch, Julia Köppe, Kerstin Kullmann, Julia Merlot, Emil Nefzger, Jörg Römer, Hilmar Schmundt, Christoph Seidler, Nils-Viktor Sorge (Teamleitung Mobilität), Frank Thiele, Christiane Wüst, *Autoren:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Sebastian Hammelhele, Eva Thöne, Felix Bayer (stellv.), Tobias Rapp (stellv.), *Redaktion:* Tobias Becker, Lars-Olav Beier, Christian Buß, Ulrike Knöfel, Carola Padtberg, Hannah Pilarczyk, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt, Martin Wolf, Takis Würger, *Autoren, Reporter:* Andreas Borcholte, Dr. Martin Doerry, Lothar Gorriss, Wolfgang Höbel, Enrico Ippolito, Dr. Nils Minkmar, Elke Schmitter, Volker Weidemann

GESELLSCHAFT *Leitung:* Özlem Gezer, Hauke Goos (stellv.), *Redaktion:* Maik Großekathöfer, Barbara Hardinghaus, Felix Hut, Timofey Neshitov, Dialika Neufeld, Jonathan Stock, *Autoren, Reporter:* Uwe Buse, Marc Hujer, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Udo Ludwig, Daniel Raacke, Lukas Rilke (stellv.), *Redaktion:* Peter Ahrens, Jan Göbel, Benjamin Knaack, Marcus Krämer, Jörn Meyn, Daniel Montazeri, Thilo Neumann, Gerhard Pfeil, Antje Windmann, Christoph Winterbach

INVESTIGATION Rafael Buschmann, Philipp Seibt, Ansgar Siemens
Dokumentation: Nicola Naber
Koordinierung SPIEGEL TV: Thomas Heise

MEINUNG UND DEBATTE Lothar Gorriss, Stefan Kuzmany

LEBEN *Leitung:* Anke Dürr, Frauke Lüpke-Narberhaus, *Redaktion:* Irene Berres, Anja Blinda (Teamleitung Reise), Markus Deckerich, Lisa Duhm, Detlef Hacke, Kristin Haug, Maren Keller, Heike Klovert, Nike Laurenz, Dr. Heike Le Ker, Eva Lehnen, Philipp Löwe, Bettina Musall, Sandra Schulz, Julia Stanek, Verena Töpfer, Nina Weber, *Autorin:* Marianne Wellershoff

GESCHICHTE *Leitung:* Jochen Leffers, Dr. Eva-Maria Schnurr, *Redaktion:* Solveig Grothe, Christoph Gunkel, Dr. Katja Iken, Uwe Klufmann, Dr. Danny Kringsiel, Joachim Mohr, Frank Patalong, Dr. Johannes Saltzweil

DEIN SPIEGEL *Leitung:* Bettina Stiebel, Kathrin Breer (stellv.), *Redaktion:* Antonia Bauer, Claudia Beckshebe, Patrick Blume, Alexandra Schulz, Marco Wedig

SCHLUSSREDAKTION Christian Albrecht, Gertold Alfes, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula Junger, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sylke Kruse, Katharina Lüken, Stefan Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Sandra Waage

PRODUKTION Petra Thormann, Reinhard Wilms; Kathrin Beyer, Michele Bruno, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Petra Gronau, Ursula Overbeck, Britta Romberg, Martina Treumann, Rebecca von Hoff, Katrin Zabel

BILDBREDAKTION *Leitung:* Michaela Herold, Martin Trilk, Claudia Jeczawitz (stellv.), Mareile Mack (stellv.), Claudia Apel, Tinka Dietz, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Philine Gebhardt, Thorsten Gerke, Christina Gransow, Andrea Huss, Ines Kaffka, Rosa Kaiser, Petra Konopka, Matthias Krug, Theresa Lettner, Nasser Manouchelari, Parvin Nazemi, Peer Peters, Jens Rensing, Oliver Schmitt, Ines Schubial, Erik Seemann, Maxim Sergienko, Anke Wellnitz, Mascha Zuder
Mail: bildred@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

LAYOUT *Leitung:* Jens Kuppi, Reinhold Wurst; Michael Abke, Lynn Dohrmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufe, Kristian Heuer, Elsa Hundertmark, Louise Jessen, Annika Loebel, Leon Lotuschütz, Barbara Rödiger

TITELBILD *Teamleitung:* Katja Kollmann, Johannes Uelsel; Suze Barrett, Iris Kuhlmann

INFOGRAFIK Cornelia Baumermann, Ferdinand Kuchlmayr; Ludger Bollen, Thomas Hammer, Max Heber, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Michael Walter

INTERACTIVE *Teamleitung:* Hanz Sayida; Guido Gräff, Frank Kalinowski, Chris Kurt, Ayda Marquez Gonzales, Michael Niestedt, Dawood Ohadad

DESIGN/UX *Teamleitung:* Alexander Trempler; Katja Braun, Anna van Hove

MULTIMEDIA Dr. Jens Radü, Olaf Heuser (stellv.); Alexander Epp, Birgit Großekathöfer, Roman Höfner, Marco Kasang, Elisabeth Kolb, Bernhard Riedmann

KORREKTORAT Sebastian Hofer

TEXTPRODUCING *Leitung:* Heike Grusdas, Stefan Schmitt; Christoph Brüggemeier, Angela Ölscher, Gesche Sager, Katharina Seebacher, Holger Uhlig, Valerie Wagner

DATENJOURNALISMUS *Leitung:* Marcel Pauly; Holger Dambeck, Patrick Stotz, Achim Tack

SOCIAL MEDIA UND LESERDIALOG *Leitung:* Ayla Mayer, *Redaktion:* Kai Bonte (Forum), Veronike Brüggemann, Dennis Deumermeier, Ariane Fries, Eva Horn, Lina Moreno, Johanna Röh, Mara Veigel

SEO *Leitung:* Maximilian Rau, Bastian Midasch, Charlene Optensteiner, Insa Winter

SNAPCHAT *Leitung:* Christian Neeb, Angela Gruber (stellv.), *Redaktion:* Sarah Angerstein, Sebastian Bremer, Fabian Domeyer, Petra Maier, Jonathan Miske

BENTO *Leitung:* Viktoria Bolmer, Julia Rieke, Franziska Kurban (Teamleitung), Helene Flachsberg (Teamleitung), Katharina Höller (Teamleitung), Korinna Kurze, Sebastian Maas, Jan Petter, Marc Röhlig, Carolina Torres, Thembi Wolf, Hanna Zobel, *Video:* Hannah Doll, Inken Dworak, Sarah Klöfer, Anouk Phuong Tran Thi

VIDEO *Leitung:* Frauke Böger, Anne Martin (stellv.), *Redaktion:* Benjamin Braden, Sven Christian (Leitung Technik), Janita Hämmäläinen, Martin Jäschke, Heike Janssen, Carolin Katschak, Eckhard Klein, Fabian Pieper, Thies Schnack, Charlotte Schönberger, Leonie Voss, Katharina Zingler

CHEF VOM DIENST BEWEGTBILD Bernd Czady, Dirk Schulze, Martin Stümening

AUDIO *Leitung:* Sandra Sperber, Yasemin Yüksel, *Redaktion:* Lenne Kaffka, Matthias Kirsch, Christina Pohl, Sabine Schaper

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexanderufer 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. 030 886688-100; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Lukas Eberle, Fidelius Schmid, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Dr. Felix Bohr, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737

MÜNCHEN Anna Clauß, Dinah Deckstein, Jan Friedmann, Martin Hesse, Thomas Schulz, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BANGALORE Laura Höflinger, laura.hoefflinger@spiegel.de

BOSTON Martin Schlak, Tel. +1 929 2172432

BRÜSSEL Peter Müller (Büroleitung), Markus Becker, Rue Le Titiën 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 3206108, rv. bruessel@spiegel.de

KAPSTADT Bartholomäus Grill, Tel. +27 21 4261191

LONDON Jörg Schindler, Tel. +44 203 4180610

MEXIKO-STADT Jens Glüsing, Tel. +52 55 56630526

MOSKAU Christian Esch, Christina Hebel, Glasowskij Perulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61

NEW YORK Philipp Oehmke, Marc Pitzke, 233 Broadway, Suite 1460, New York, NY 10279, Tel. +1 212 2217583, rv. newyork@spiegel.de

PARIS Britta Sandberg, 137 Rue Vieille du Temple, 75003 Paris, Tel. +33 1 58625120

PEKING Bernhard Zand, Tel. +86 10 65323541

ROM Frank Hornig, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522

SAN FRANCISCO Guido Mingsels, Tel. +1 212 2217583, rv. newyork@spiegel.de

SYDNEY Johannes Korge, Anna-Lena Roth

TEL AVIV Alexander Osang, Tel. +972 3 6835339

WARSAU Tel. +48 22 6179295

WASHINGTON Roland Nelles, René Pfister, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20045, Tel. +1 202 3475222

WIEN Hsain Kazim, hsain.kazim@spiegel.de, Walter Mayer, walter.mayer@spiegel.de

STÄNDIGE FREIE AUTOREN Georg Blume, Arno Frank, Giorgos Christides, Jochen-Martin Gutsch, Dr. Claus Hecking, Juan Moreno, Wiebke Ramm, Anja Rützel, Fritz Schaap

DOKUMENTATION *Leitung:* Cordelia Freiwald (stellv.), Kurt Jansson (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Zahra Akhgar, Dr. Susmita Arp, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Almut Cieschinger, Johannes Eltschig, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertold Hunger, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Mara Küpper, Peter Lakemeyer, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwaldt, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulo, Claudia Niesen, Sandra Öner, Dr. Vasilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbrin, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Meike Stapf, Rainer Staudhammer, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Rainer Zimm, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Peter Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

(anzeigen: André Pätzold)

Gültige Anzeigenpreise Nr. 73 vom 1. Januar 2019
Mediaunterlagen und Tarife: www.spiegel.de/media

Vertrieb: Christoph Hauschild

Herstellung: Silke Kassuba

Druck: Stark Druck, Pforzheim

 **MIX Papier**
FSC® C008208

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass

INTERNET www.spiegel.de

TWITTER @derspiegel

FACEBOOK facebook.com/derspiegel

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
www.spiegel.de/leserbrieftext, Fax: 040 3007-2966
Mail: leserbrieftext@spiegel.de

Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung:
Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«
Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ

Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet:
6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADD

Redaktioneller Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdruckrechte / Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken
Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags.

Für Deutschland, Österreich, Schweiz:
Mail: syndication@spiegel.de, Telefon: 040 3007-3540
Fax: 040 3007-2966
Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing
Mail: julie.ho@nytimes.com, Telefon: +1 212 556-5118

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn
www.spiegel-antiquariat.de Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audio Version, Deutscher Blindenstudienanstalt e. V. Telefon: 06421 606265
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde
Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise

Inland: 52 Ausgaben € 265,20
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 187,20
Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland
Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

Abonnementservice Persönlich erreichbar
Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnement-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
SPIEGEL-Verlag, Abonnement-Service, 20637 Hamburg –
oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL
 für € 5,10 pro gedruckte Ausgabe
 für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,60) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.
Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.
Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP19-009, SD19-008 (Upgrade)



USA: DER SPIEGEL (USPS No 01544520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known Office of Publication: Data Media (A division of Cover-All Computer Services Corp.), 660 Howard Street, Buffalo, NY 14206. Periodicals postage is paid at Buffalo, NY 14205. Postmaster: Send address changes to DER SPIEGEL, Data Media, P.O. Box 155, Buffalo, NY 14205-0155, e-mail: service@rotek.com, toll free: +1-877-776-5835; Kanada: SUNRISE NEWS, 47 Silver Shadow Path, Toronto, ON, M9C 4Y2, Tel. +1 647-219-5205, e-mail: sunriseorders@bell.net

Nachrufe



CHARLES PLATAU / REUTERS

Jacques Chirac, 86

Er ist bis zuletzt ein Rätsel geblieben. Politisch hat der einstige französische Präsident (1995 bis 2007) nahezu alle Positionen des demokratischen Spektrums mindestens einmal eingenommen. Es wurde viel darüber philosophiert, was Jacques Chirac nun eigentlich war: rechts oder links? Rechts war seine Politik, als er noch Premierminister war, rechts waren viele seiner Wahlkämpfe. Links waren sein ausgeprägtes soziales Pflichtgefühl, seine Skepsis gegenüber Teilen von Frankreichs Eliten und seine habituelle Nähe zur Arbeiterkultur. Seine kulturellen Interessen passten so gar nicht in den französischen Mainstream, weder zum bürgerlich-gaullistischen seines Lagers noch zu dem der Linken. Ihm ist es zu verdanken, dass in Paris mit dem Musée du quai Branly ein Ort für außereuropäische Kunst und Kulturen geschaffen wurde. Er wollte die keltische, die gallische Seele Frankreichs erkennen und bewahren. Hierzu passt die Geschichte von Chirac als Heiler: Einen Freund soll er durch Handauflegen aus dem Koma geholt haben. Sein Großvater sei »ein bisschen Hexer gewesen«, kommentierte er.

Chiracs Fähigkeit, zu jeder Tages- und Nachtzeit gewaltige Mengen an Nahrung zu sich zu nehmen, war legendär. Zwischen Frühstück und Mittagessen stand Baguette mit Pâté auf dem Speiseplan, und zwar ein ganzes. Sein Stoffwechsel verlange danach, kommentierte er launig. Legendär ist auch die Zahl seiner außerehelichen Beziehungen. Seine Ehefrau Bernadette sagte dazu: »Die Frauen kamen und gingen im Galopp.« Bei aller Virtuosität in der Selbstdarstellung und der politischen Taktik unterliefen ihm auch krasse Fehler. So einer war die Wiederaufnahme der Nukleartests im Pazifik – ein Flop, der das Land politisch blamierte. Ohne Not löste er 1997 die Nationalversammlung auf, ließ neu wählen – und verspielte seine Mehrheit. Es gelang ihm stets, die extreme Rechte auf Distanz zu halten und aus dem Kreis der akzeptablen Koalitionspartner zu verbannen, zugleich wurde er mit seinen Lügen, Tricks und leeren Versprechen für viele Franzosen zum Symbol eines diskreditierten politischen Systems. Die Jahre seiner Amtszeit waren vom Stillstand geprägt. Drei Verdienste bleiben: sein Eintreten für Europa auch in Zeiten, als das in seinem Lager unpopulär war, sein Nein zum amerikanisch geführten Angriffskrieg auf den Irak und sein offizielles Bekenntnis zu Frankreichs Mitschuld an der Deportation der französischen Juden im Zweiten Weltkrieg. Jacques Chirac starb am 26. September in Paris. NM

Sigmund Jähn, 82

Sieben Tage, 20 Stunden und 49 Minuten im Spätsommer 1978 haben sein Leben geprägt. In dieser Zeit umkreiste der Oberstleutnant der Nationalen Volksarmee der DDR insgesamt 125-mal die Erde – als erster Deutscher im All. Sigmund Jähn, im Vogtland geborener Sohn eines Sägewerkarbeiters und einer Hausfrau, war zusammen mit dem Russen Walerij Bykowski im Rahmen der sowjetischen Mission Sojus 31 in den Weltraum geflogen. Auf der Raumstation Saljut 6 arbeitete er an wissenschaftlichen Experimenten, produzierte aber auch schöne Bilder. So feier-

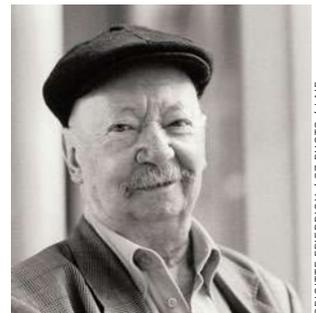


ADN / AP

te man eine Puppenhochzeit mit dem ostdeutschen Sandmännchen und dem sowjetischen Maskottchen Mascha. Nach seiner Rückkehr wurde der stille und bescheidene Jähn von der DDR-Staats- und Parteiführung gefeiert. Doch im Gegensatz zu anderen Würdenträgern war er im Volk tatsächlich beliebt. »Sigmund Jähn – einer von uns!« war nicht nur ein Propagandaslogan. Jähn wäre gern ein zweites Mal geflogen. Das scheiterte aber daran, dass die Sowjets Westgeld forderten. Nach dem Ende der DDR arbeitete er als Berater für deutsche und europäische Raumfahrer in Russland. Zuletzt begleitete er Esa-Astronaut Alexander Gerst zu seinen beiden Starts. Sigmund Jähn starb am 21. September im brandenburgischen Strausberg. CHS

Günter Kunert, 90

Er war der wohl heiterste Schwarzseher unserer Zeit. Zu Hause im schleswig-holsteinischen Kaisborstel, in seinem alten Schulhaus zwischen Katzen und altem Kinderspielzeug, empfing der Dichter und Schriftsteller Besucher meist scherzbereit und lustig. Doch dass unsere Welt in rasender Geschwindigkeit auf den Untergang zurast, war Günter Kunert lange schon bewusst. Erderwärmung, Umweltverschmutzung – er sah da keine Hoffnung. Kunert schrieb und schrieb, vor allem unzählige Gedichte, Prosaskizzen, kurze Leuchtfeyer. Nicht gegen den Untergang. Der kommt ohnehin. Sondern trotzdem. Er kam 1929 in Berlin auf die Welt, als Jude wurde ihm die weiterführende Schule verboten, später studierte er kurz Grafik und Mode, brach das Studium ab. Zunächst SED-Mitglied, verließ er in der Folge der Ausbürgerung Wolf Biermanns die DDR und ließ sich in Kaisborstel nieder. Im vergangenen Jahr entdeckte er im Keller noch einen vergessenen frühen Roman. »Die zweite Frau« erschien in diesem Februar, mehr als 40 Jahre nach der Niederschrift, und wurde ein Bestseller. Bis zum Schluss schrieb er an seinem »Big Book«: Betrachtungen, Erinnerun-



BRIGITTE FRIEDRICH / SZ PHOTO / LAF

gen, Kommentare. Insgesamt 7000 Seiten, so schätzte er vor Kurzem. Da kommt also noch etwas auf uns zu. Günter Kunert starb am 21. September in Kaisborstel. VW

Einfach mal die Welt retten

● Nein, die amerikanische Schauspielerin **Rosario Dawson**, 40, hat nicht umgeschult auf Wahrsagerin. Die Kugel, die sie auf dem Schwarz-Weiß-Bild hält, das auf ihrem Instagram-Account über 34 000-mal gelikt wurde, symbolisiert unseren Planeten Erde. Dawson ließ sich von dem Fotografen Justin Wu für die Klimaschutzkampagne der Vereinten Nationen #WorldIsInOurHands (»Die Welt liegt in unseren Händen«) ablichten. Auch andere Prominente – Susan Sarandon, Joaquin Phoenix, Rainn Wilson – posierten für den guten Zweck in einem Pop-up-Fotostudio, das während des Filmfestivals in Toronto aufgebaut worden war. Die Porträtierten veröffentlichten die Fotos auf ihren Social-Media-Accounts und schrieben dazu, wie sie mit einfachen Aktionen im Alltag versuchen, einen Umwelt-schutzbeitrag zu leisten. Dawson fordert Wiederverwertung, Reduzierung und Recycling, damit »weniger Abfall auf die Depo-nien kommt.« KS



JUSTIN WU / UNE ENVIRONMENT / UNEP



FABIAN HAMMEL

Dramatische Zeiten

● Wenn er sich entscheiden müsste, so der Pianist **Igor Levit**, 32, würde er eher aufs Konzertieren verzichten als darauf, demokratische Werte zu verteidigen. So dramatisch formulierte der Künstler sein Bedürfnis nach politischem Engagement vergangenen Dienstag im SPIEGEL-Gespräch live im Thalia Theater mit Bundestagspräsident

Wolfgang Schäuble. Auf der Bühne des Hamburger Theaters moderierte SPIEGEL-Autorin Susanne Beyer die Diskussion anlässlich des 70. Jahrestags des Grundgesetzes. Eine Demokratie, da waren sich Schäuble und Levit einig, funktioniere nur, wenn die Bürger sich engagierten: in Diskussionen oder auch mit Demonstrationen, wählen zu gehen sei das Mindeste. Levit äußert sich via Twitter, aber auch auf seinen Konzerten immer wieder

gegen Rassismus oder aktuell zur Klimakrise. »Extrem stark« habe er reagiert, als Innenminister Horst Seehofer 2018 von der Migration als »Mutter aller Probleme« gesprochen habe. Eine seiner Meinungen nach »schwer missratene Formulierung«. Er wisse, dass ein Konzertsaal ein ungewöhnlicher Ort für eine politische Stellungnahme sei und er seinem Publikum da viel zumute, aber er werde so etwas immer wieder tun, er könne nicht anders. KS

Mit Pappnase in Panama

● Die oscarpreisgekrönte Schauspielerin **Meryl Streep**, 70, ist zum ersten Mal in einer Netflix-Produktion zu sehen: »The Laundromat« läuft in US-amerikanischen Kinos, ab Mitte Oktober kann »Die Geldwäscherei« in Deutschland gestreamt werden. Unter der Regie von Steven Soderbergh spielt Streep die weibliche Hauptrolle in der Tragikomödie, der die wahre Geschichte der Panama Papers zugrunde liegt. Die brisanten Unterlagen weisen auf Steuerhinterziehung im großen Stil hin. Als Witwe Ellen deckt Streep die dubiosen Geschäfte der An-



THEODORE WOOD / CAMERA PRESS / DDF IMAGES

wälte Jürgen Mossack (Gary Oldman) und Ramón Fonseca (Antonio Banderas) auf. Überraschenderweise taucht sie in einer zweiten Rolle auf: als Bürokrant mit lateinamerikanischer Herkunft. Zuschauer, die in Vorführungen waren, berichten von einer Nasenprothese, dunklem Make-up und einem starken Akzent. Das sorgt für Entrüstung, hier liegt kulturelle Aneignung vor, eine rassistische Darstellung. Streep müsse sich auf eine Welle der Kritik gefasst machen, prophezeit das britische Onlinemagazin »Metro«. Auch Gary Oldmans deutscher Akzent werde in sozialen Medien bereits als politisch unkorrekt gegeißelt, heißt es da. KS

Schlecht gelaunter Komiker

● Der britische Schauspieler **John Cleese**, 79, greift die BBC an. Seit 20 Jahren habe der Sender die TV-Shows der Komikergruppe Monty Python, zu deren Gründungsmitgliedern Cleese zählt, kaum noch ausgestrahlt und ihr damit geschadet, beklagt er. Anfang Oktober feiern die Komiker, die mit ihrem schrägen und schwarzen Humor weltweit bekannt wurden, ihr 50-jähriges Jubiläum. In den USA, Kanada

und Australien sei die Begeisterung für Monty Python viel größer als in Großbritannien, behauptet der Komiker in einem Interview mit der Zeitschrift »Radio Times«. »Wenn du in Großbritannien Erfolg hast, schreiben dich die Journalisten runter«, so Cleese, der vor einigen Monaten mit der Bemerkung für Aufsehen gesorgt hatte, er halte London wegen der vielen Zuwanderer nicht mehr für eine britische Stadt. Andere Mitglieder der Gruppe finden allerdings nicht, dass sie in ihrer Heimat schlecht behandelt werden. Eric Idle sagte, er sei sogar enttäuscht darüber, dass die Komiker heute so beliebt seien. Schließlich seien sie vor 50 Jahren angetreten, um die Leute auf die Palme zu bringen. LOB



KOEN VAN WEEL / DPA



ARTON KRASNOI

Der Augenzeuge

»Ungebetene Gäste«

Der Jäger Ulf Muuß, 55, ist Leiter der sogenannten Bird Control am Flughafen Köln-Bonn. Er soll verhindern, dass Vögel mit Flugzeugen kollidieren. Dabei bekommt er Hilfe von Frettchen, Füchsen und Wüstenbussarden.

● »Zum Glück ist es bei uns erst einmal passiert, 2012: Eine Ringeltaube geriet ins Triebwerk eines Flugzeugs, das gerade abheben wollte. Der Pilot musste den Start aus Sicherheitsgründen abbrechen, den Passagieren ist nichts zugestoßen. Kaum zu glauben, aber eine 500 Gramm schwere Taube kann einen 250 Tonnen schweren Airbus lahmlegen. Die Schäden für die Fluggesellschaften gehen manchmal bis in den sechsstelligen Bereich.

Das Gelände des Flughafens Köln-Bonn ist rund 960 Hektar groß, ich versuche, es so unattraktiv wie möglich für die Vögel zu machen. Wenn Gänse oder Kormorane in die Triebwerke fliegen, kann es für Besatzung und Passagiere gefährlich werden. Auch kleinere Vögel, die in Schwärmen unterwegs sind, können brenzlige Situationen herbeiführen, Stare zum Beispiel. Zusammenstöße zwischen Vögeln und Flugzeugen heißen im Fachjargon Vogelschlag. Damit so etwas nicht vorkommt, lasse ich mir kreative Lösungen einfallen.

Das Gras zwischen den Pisten mähen wir nicht kürzer als rund 30 Zentimeter, damit Greifvögel ihre Beute am Boden nicht erkennen. Ich habe einen Jagdhund, der Unruhe ins Gelände bringt. Und drei Frettchen. Sie jagen Kaninchen, damit die keine Habichte und keine anderen Greifvögel anlocken. Kaninchen sind auch deswegen ungebetene Gäste, weil sie Gänge und Hohlräume unter die Pisten buddeln.

Es kommt vor, dass Kaninchen auf den Start- und Landebahnen überrollt werden. In so einem Fall helfen uns die auf dem Flughafengelände wild lebenden Füchse, sie sind schnell und schnappen sich die Kadaver, ehe die Vögel kommen. Seit Kurzem arbeitet auch ein fest angestellter Falkner in unserem Team. Er schickt regelmäßig zwei amerikanische Wüstenbussarde los, die darauf trainiert sind, andere Vögel zu verschrecken. In der Jagdzeit kann ich zwar auf Enten oder Gänse schießen, die Bussarde sind aber mindestens genauso effektiv. Es gibt auch Vögel, gegen die ich fast gar nichts unternehmen muss, Dohlen und Krähen zum Beispiel. Die sind zu schlau, um sich von einem Flugzeug erwischen zu lassen.« Aufgezeichnet von Lukas Eberle



»Sollte es zu einem Krieg in dieser Region kommen, ist Trump der alleinige Schuldige. Er hat dieses Chaos angezettelt, ohne Not.«

Lothar Wirth, Berlin

Es geht um Macht

Nr. 39/2019 Trio infernale – Ein Fanatiker, ein Hitzkopf und der Unberechenbare: Was ein Krieg am Golf für die Welt bedeuten würde

Trump ist gar nicht so unberechenbar. Seine immer wiederkehrenden Verhaltensmuster kann man an einer Hand abzählen. Muster eins: Ich mache nur das, was mir nützt. Wenn es mir nützt, dann liefere ich auch enge Weggefährten ans Messer. Für den Nahen Osten bedeutet das: Ich tue alles für meine Wiederwahl. Da ein Krieg in den USA unpopulär ist, fange ich ihn gar nicht erst an. Teheran ist clever vorgegangen und hat die anderen ausgetrickst. Zumindest bis zur nächsten US-Präsidentenwahl.

Michael Florack, Düsseldorf

Da braut sich im Nahen Osten ein für alle höchst gefährlicher Konflikt zusammen, und bei uns sorgt man sich ums Klima. Geht's noch absurder?

Klaus Müller, Essen

Der Nahe und Mittlere Osten ist ein Pulverfass. Wenn Iran fordert, dass sich die fremden Mächte aus der Region zurückziehen, so ist das zwar richtig, halten werden sich die Weltmächte jedoch nicht daran. Denn es geht – wie immer – um Macht und Einfluss. Selbst wenn der Bedarf an Rohöl versiegen würde, gäbe es noch viele strategische Gründe, hier Flagge zu zeigen. Langfristig kann das Anzünden der Lunte nur verhindert werden, wenn die Großmächte über ihren Schatten springen, mit einer Stimme sprechen und vermittelnd, nicht bestimmend, auf die regionalen Player einwirken. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Es ist aber der einzige, der einen Krieg verhindern kann.

Rainer Szymanski, Grünheide (Brandenb.)

Ihre Berichterstattung über Trump ist von erschreckender Einseitigkeit. Er mag unberechenbar sein, aber er liegt nicht immer falsch. Die Handelspraktiken der Volksrepublik China, die bürokratischen Hindernisse beim Import nach China, der Diebstahl geistigen Eigentums und die Unterdrückung von Minderheiten stören die demokratische Welt gegenüber Peking schon lange. Nur hat niemand etwas dagegen unternommen. Jeder andere US-Prä-

sident hätte auch Maßnahmen ergriffen, diese aber anders »verkauft«. Seine Nordkoreapolitik ist nicht ganz falsch. Man soll und muss Trump kritisieren, aber nicht mit Schaum vor dem Mund, wie der SPIEGEL es andauernd tut. Und man sollte über den deutschen Tellerrand auch hinaus schauen können. In der Situation, in der



Brennende Ölraffinerie in Abkaik

sich Deutschland derzeit befindet, mit einer erstarkenden rechtsextremen Partei, sollte man bei der Beurteilung der Politik anderer Länder vorsichtiger sein.

Michael Schnarch, Wien

Den saudischen Menschenschlächter Mohammed bin Salman als »Hitzkopf« zu bezeichnen ist die Untertreibung, ja Verharmlosung des Jahres. Was die Herrschaft dieses Diktators und seines iranischen Kollegen Ajatollah Ali Khamenei für die Menschen in den beiden Ländern bedeutet, hätte dem SPIEGEL schon längst eine Titelseite wert sein müssen. Aber da sind ja nicht »wir«, nicht »unsere« Ölimporte, nicht »unsere« Wirtschaft betroffen.

Uwe Tünnermann, Lemgo (NRW)

Eine widersinnige Rechtslage

Nr. 38/2019 Das mächtigste Gremium des Kassensystems verzweifelt an einer ethischen Grundfrage

Der Mensch spielt Gott. Das muss schiefgehen.

Josef Brodam, Mayen (Rhld.-Pf.)

Von der Öffentlichkeit unbemerkt, wird wieder ein windelweicher »Kompromiss« zur erlaubten Abtreibung behinderter Menschen geschlossen. Grundsätzlich ist es gut, die Frauen und ungeborenen Kinder vor pränatalen Risiken zu beschützen, die die heute übliche Fruchtwasseruntersuchung mit sich bringt. Eine Blutunter-

suchung zur Diagnose von Trisomie 21 (Downsyndrom) ist schonender. Doch die damit verbundene ethische Frage der Abtreibung von behinderten ungeborenen Kindern allein auf eine Beratung durch ungeschulte und in Zeitnot befindliche Ärzte zu verschieben, ist ein Armutszeugnis unserer Gesellschaft. Es braucht eine öffentliche Diskussion um Konsequenzen der pränatalen Diagnostik. Sonst wird später jede Mutter eines behinderten Kindes gefragt: Warum hast du nicht abgetrieben? Hierbei muss auch diskutiert werden, warum einerseits frühgeborene Kinder mit erheblichen Behinderungen am Leben gehalten werden und andererseits eine Abtreibung von behinderten Kindern erlaubt ist, wenn vom Arzt attestiert wird, dass diese einen körperlichen oder seelischen Schaden bei der Schwangeren verursachen. Das gleiche Kind kann also abgetrieben oder als Frühchen versorgt werden. Eine widersinnige Moral und Rechtslage!

Luitgard Lemmer, Bundesverband Rehabilitation, KV Lahn-Dill-Eder, Ebsdorfergrund (Hessen)

Die Farbe verloren

Nr. 38/2019 Wissenschaftskommentar: Biologen entlarven Rassisten

Ich bin Kinderarzt im Ruhestand und seit Langem mit einer Togoerin verheiratet, sechs Jahre lang habe ich in Togo gelebt. Für das Thema danke ich Ihnen von Herzen. Es gibt keine Rasse, das ist wissenschaftlich zweifelsfrei erwiesen. Wenn es keine Rassen gibt, gibt es keinen begründeten Rassismus. Man sollte das Wort durch »Fremdenfeindlichkeit« ersetzen. Die Menschheitsgeschichte ist eine Geschichte der Migration. Sie ist keine Geschichte der ethnischen Reinheit, sondern der Vermischung. Zwei bis drei Prozent unseres Erbguts stammen vom Neandertaler. Wir waren alle einst schwarz und haben durch die Umweltbedingungen die Farbe verloren.

Dr. Jürgen Onken, Hude (Nieders.)

Wenn etwas im SPIEGEL steht, ist es endlich in der Welt! Mein Erdkundelehrer Herr Hesse war da 1954 schon weiter. »Es gibt keine Menschenrassen«, hat er uns Schüler belehrt, »nur Menschen.« Genau wie es Ihr Artikel auch aussagt, nur 65 Jahre später. Als unsere Urahnen Afrika verließen, wandelte sich in einem evolutionä-

ren Prozess ihr Äußeres zunehmend, und zwar durch verschiedene Einflüsse wie Klima, Nahrung, neue Lebensweisen und so weiter. Unter der Haut sind wir dieselben geblieben. Was fälschlich als Rassismus bezeichnet wird, ist Xenophobie: der Hass auf alles Fremde.

Hannelore Reinhold, Berlin

Der passende Spruch aus meiner Jugend: Rassisten sollen froh sein, dass man für Dummheit keine Steuern zahlen muss.

Hellmut Brunn, München

Nebenan bei der Mutterkuh

Nr. 38/2019 Stacheldraht und Grenzzäune überziehen die Welt, nehmen Tieren den Lebensraum – und oft das Leben

In dem Artikel »Tod im Stacheldraht« fehlte ein Aspekt, der auch hierzulande eine zunehmend bedeutende Rolle einnimmt: Meine Weidetiere, eine Gruppe Shetlandponys, leben bisher hinter einem sich optisch in die Landschaft einfügenden, für Wildtiere leicht überwindbaren Holzzaun. Durch die Wolfsgefahr in Brandenburg wird diese Umzäunung hochgerüstet mit Elektronetzgittern und Elektrozaunen. Nebenan bei der Mutterkuhherde ein ähnliches Bild. Bisher gab es keine Berührungängste mit Wildtieren, die sich die Weide mit den Haus- und Nutztieren teilten. Der Wolf befördert eine zunehmende Verbarrikadierung der Weidelandschaft, die nachweislich schon vielen Wildtieren zum Verhängnis wurde. Es wäre schön gewesen, wenn Sie der Vollständigkeit halber einen Blick ins eigene Land geworfen hätten!

Babett Neelsen, Werder (Brandenb.)



Nabelschweine vor US-Grenzzaun

Seit Jahren werden Weidetierhalter indoktriniert, man müsse seine Weidetiere durch Hochsicherheitstrakte vor den Wölfen schützen. Ohne die penibelste Errichtung derartiger staatlich geförderter und

vorgeschriebener Weidezäune wird im Falle eines Wolfsrisses keinerlei Ausgleichszahlung geleistet. Genauso lange erklären die Weidetierhalter, dass diese Zaunanlagen Gift für die Artenvielfalt sind, da sie Lebensräume zerteilen und Wildtieren jeglicher Art zum Verhängnis werden. Diese Zäune zerschneiden unsere sowieso schon sehr kleinteilige Landschaft in noch kleinere Parzellen. Die artgerechte Weidetierhaltung ist ein absolut unverzichtbarer Bestandteil für unsere ökologischen Systeme und ein Segen für die Tiere, die so leben dürfen und ihre Existenz nicht in geschlossenen Ställen verbringen müssen.

Maike Schulz-Broers, erste Vorsitzende Wölfe vs. Land – Bürgerschutz vor Großraubtieren e. V., Schwienau (Nieders.)

Beängstigende Oberflächlichkeit

Nr. 38/2019 Social-Media-Star Shirin David – wie macht man aus sich selbst eine erfolgreiche Marke?

Bitte nehmen Sie mir meine schlimmsten Befürchtungen, dass ich künftig jede Woche im SPIEGEL Berichte über alte Showmaster ertragen muss, die nicht wissen, wann sie sich zurückziehen sollten (Heft 36/2019), oder von einer pubertierenden Influencerin, die, auf dem Klo sitzend oder in der Nase popelnd, erklärt, was Männer und Frauen in Beziehungen unterscheidet. Satire, lieber Herr Hujer, ist das nicht einmal für Kinderzimmer. Diese Oberflächlichkeit ist beängstigend und sollte, wenn sie schon sein muss, in Illustrierten wie der »Bunten« oder der »Bravo« ihren Platz haben.

Alwin vor der Brüggen, Laer (NRW)

Konsument im Blindflug

Nr. 38/2019 Serie »Nachhaltig leben« (IX): Becher aus Bambus, Trinkhalme aus Papier – viele Plastikersatzstoffe sind ökologisch fragwürdig

Das Thema »nachhaltig leben« ist wichtig, ohne Frage. Umso unverständlicher erscheint es mir, dass sich der SPIEGEL auf so kleinteilige Diskussionen wie über Kreuzfahrten, Autos und Plastikbecher einlässt. Klar ist doch, dass in Zukunft aus unserer sozialen Marktwirtschaft eine sozial-ökologische Marktwirtschaft werden muss. Wir müssen unter anderen Wertmaßstäben produzieren, transportieren und konsumieren. Den ökologischen Fußabdruck des Bürgers zu berechnen, zu dem natürlich auch der CO₂-Verbrauch zählt, ist keine schlechte Sache. Vorausset-

zung dafür ist allerdings, dass bei den gekauften Produkten nicht nur die Inhaltsstoffe angegeben werden, sondern auch die Umweltbelastung durch die Produktion oder das Recycling, egal ob beim Steak, bei der Urlaubsreise oder beim Autokauf. Nur dann kann sich der mündige Bürger entscheiden, was er sich gönnen will und was nicht.

Annette Lippmann, Heilbad Heiligenstadt (Thür.)

Zu spätbarock

Nr. 38/2019 Das wilde Leben von Wolfgang Joop

Ich mag die originelle Sprache des SPIEGEL, die mich immer wieder dazu bringt, auch Geschichten zu lesen, die mich nicht sonderlich bis gar nicht interessieren. Meist beschert mir das ungeahnten Zugewinn. Bei der Joop-Story blieb dieser allerdings aus. Zu spätbarock, zu hingequält wirkt für mich vieles, angefangen beim schlecht



Partybesucher Joop in Berlin 1996

aufgelösten Hodendreher-Einstieg bis zur sperrigen »Sexywerdung des Businesshemds«. Vieles blieb vage und banal, der Mensch Joop schwer spürbar. Ich hoffe, dieser Stil wird nicht Mode im Blatt.

Roland Falk, Ilanz (Schweiz)

Der SPIEGEL sollte sich zu schade für einen solchen »Flirrvogel« sein. Rubrik Kultur? Schad' ums Geld für die vergeudeteten Seiten. Es gibt wirklich Wichtigeres als solche Geschichten. Lifestylemagazine, Regenbogenpresse oder Boulevardblatt wären die richtigen Orte für solche Klientel.

Hans Heinrich Wittorf, Henstedt-Ulzburg (Schl.-Holst.)

Ich freue mich sehr, im gedruckten SPIEGEL vermehrt Texte der wunderbaren Anja Rützel zu finden. Das Porträt über Wolfgang Joop war ein Meisterstück. Stilistisch wie inhaltlich. Außergewöhnliche Worte und warmherzige Beobachtungen. Bitte mehr davon.

Lina Brünig, Essen

Korrektur

zu Heft 38/2019, Seite 14, Titelgeschichte: »Die große Heuchelei«

Der CO₂-Ausstoß wird im Gegensatz zum Spritverbrauch pro einen Kilometer, nicht pro 100 Kilometer berechnet.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe (leserbriefe@spiegel.de) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter www.spiegel.de zu archivieren.

Aus dem »Reutlinger Wochenblatt«:
»Erheblicher Alkoholgenuss ist die Folge eines Verkehrsunfalls, welcher sich am Samstagabend gegen 19.15 in der Heinrich-Schliemann-Straße in Reutlingen ereignet hat.«

Angeblich zum Eigenbedarf

Polizei erntet Marihuana-Plantage in Bayreuth ab

Von Kurier.de

Aus der »WAZ«: »Aus Finnland geht es für den Essener OB weiter in die norditalienische Metropole München, wo er die Mitte der Woche beginnende Immobilienmesse Expo Real besucht.«

**XXL- BABY- & KINDER-
ABGABEBASAR**

Aushang an einer Ladentür in Mainz

Aus einer Produktbeschreibung auf Amazon.de: »Die Tattu UV-Taschenlampe hilft dabei, die Geheimnisse Ihres Haustieres aufzudecken und den Urin von getrockneten Haustieren zu erkennen.«



Etikettaufruck einer italienischen Soße

Aus einer Werbemail der Lufthansa:
»Ob Sie nun Ihren Urlaub in Barbados verbringen wollen oder zu einem Geschäftstermin nach Barbados reisen, ein Lufthansa-Flug bietet Ihnen eine sichere und bequeme Reise von Deutschland zu Ihrem Zielort. Normalerweise fliegen wir an 0 Tagen pro Woche von München nach Barbados oder bedienen die Strecke mit Anschlussflügen. Wir stellen zudem sicher, dass Ihre Zeit an Bord, etwa 0 Minuten, möglichst entspannend ist.«



Von Gmx.de

40 Jahre das Wissen der Besten Jetzt im Handel



**Angebote zum
Jubiläum:**
harvardbusiness
manager.de/jubi

Wissen für Ihren Erfolg

Die besten Ideen,
Methoden und
Strategien – was
wirklich zählt im
Management.

BERATUNG

Wie McKinsey-Chef
Baur die Zukunft sieht

MANAGEMENT

Siemens-CEO
Joe Kaeser
zieht Bilanz

Jetzt App
downloaden

HBM

harvardbusinessmanager.de

Zitate

Die »Westdeutsche Allgemeine Zeitung«
bemüht für die Ablösung von Thyssen-
Krupp-Chef Guido Kerkhoff dessen eigene
Aussage im SPIEGEL (»Keine
Krise war schon Party«, Nr. 34/2019):

Bereits vor einigen Wochen war öffentlich geworden, dass Aufsichtsratsmitglieder eine mögliche Ablösung von Kerkhoff erwägen. Der Manager suchte zu diesem Zeitpunkt die Flucht nach vorn: »Wissen Sie, mich totzuschreiben ist nicht besonders schwer, das kann ich sogar selber«, sagte er Mitte August und schickte in einem Interview mit dem SPIEGEL auch gleich einen lockeren Formulierungsvorschlag hinterher: »Der Kerl ist schon acht Jahre da, hat den Umschwung nicht geschafft und alle alten Entscheidungen mitgetragen, dazu ist er ein trockener Financier, und jetzt muss er schon wieder die Strategie ändern.«

Der »Tagesspiegel« zur Häme gegenüber Klara Geywitz, Kandidatin für den SPD-Vorsitz, mit ihrer zwischenmenschlichen Wärme könnte sie eine »10 000er-Geflügel-farm leiten« (»Frau Scholz«, Nr. 39/2019):

Ein bundesweit bisher unbekannter SPD-Politiker hatte am Wochenende endlich seine fünf Minuten Ruhm. Dem SPIEGEL hatte Harald Sempf erklärt, warum er seine Parteifreundin Klara Geywitz für ungeeignet hält ... SPD-Chefin zu werden. Seine Worte wählte der Schatzmeister der Brandenburger SPD so plakativ, dass er sich eines breiten Medienechos sicher sein konnte. Die Attacke ist ein besonders erbärmliches Beispiel dafür, was sich Frauen in der deutschen Politik im Jahr 2019 noch anhören müssen.

Professor Tom Thieme von der Hochschule der Sächsischen Polizei in der »Sächsischen Zeitung« zur Frage, ob Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die AfD indirekt im SPIEGEL »antibürgerlich« nennen durfte (»Unsere Verantwortung kennt keinen Schlussstrich«, Nr. 38/2019):

Um die Antwort vorwegzunehmen, der Bundespräsident darf nicht nur, er ist sogar verpflichtet, bei grundlegenden Fragen des Selbstverständnisses einer Gesellschaft und zu den sie prägenden Kräften Position zu beziehen ... Wer indes nach einem nicht politischen Staatsoberhaupt verlangt, hat möglicherweise das Bild einer rein repräsentativen Monarchie im Kopf. Doch wäre die Kritik am Bundespräsidenten geringer, wenn er wie die englische Queen im gegenwärtigen Brexit-Chaos keinerlei Position bezöge?

Mit SPIEGEL+ nutzen Sie die ganze digitale Welt des SPIEGEL.

**1 Monat
SPIEGEL+
gratis**

Jeden Tag besser informiert: Sie erhalten vollen Zugriff auf alle **Inhalte von SPIEGEL+ auf SPIEGEL ONLINE**, erfahren im **Newsletter Daily Update** das Wichtigste des Tages und lesen die **digitale Ausgabe** des SPIEGEL schon freitags ab 18 Uhr.

Testen Sie jetzt SPIEGEL+ 1 Monat gratis! Als Abonnent der gedruckten Ausgabe können Sie anschließend für nur € 0,70 bequem weiterlesen.

Jetzt gratis testen:

abo.spiegel.de/upgrade

SPIEGEL+



ANDREW BASTAWROUS,
OPHTHALMOLOGE



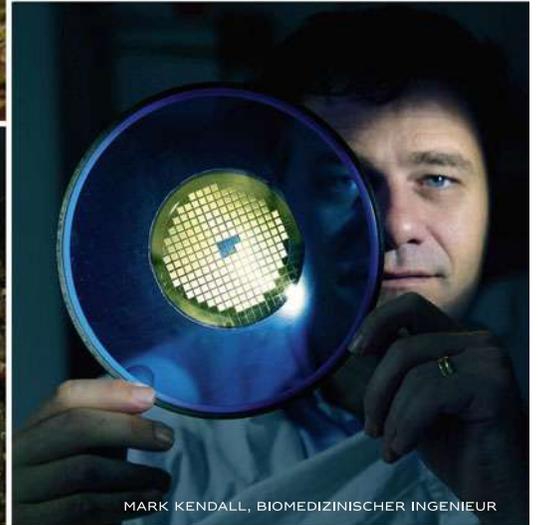
ERIKA CUELLAR, NATURSCHÜTZERIN



JOSEPH COOK, MIKROBIOLOGE



VRENI HAUSERMANN, BIOLOGIN



MARK KENDALL, BIOMEDIZINISCHER INGENIEUR



CHANDA SHROFF, SOZIALUNTERNEHMERIN



ARUN KRISHNAMURTHY, NATURSCHÜTZER

PERPETUAL PLANET

ROLEX PREISE FÜR UNTERNEHMUNGSGEIST

Für den Rolex Gründer Hans Wilsdorf war die Welt ein lebendes Versuchslabor und eine Quelle der Inspiration. Um seine Uhren unter realen Bedingungen zu testen, setzte er sie den extremsten Situationen aus und gab sie Entdeckern mit, die in unbekannte Gebiete vordrangen. Seit 1976 führen die Rolex Preise für Unternehmungsgeist diesen Pioniergeist fort. Sie zeichnen Menschen aus, die Grenzen neu definieren, um das Wissen der Welt zu erweitern, um die Vielfalt des Lebens auf unserer Erde zu erhalten und um lokale Gemeinschaften zu unterstützen. Rolex steht an der Seite derer, die unsere Umwelt bewahren und kommende Generationen überzeugen, dass jeder etwas verändern kann. Allein kann man viel bewirken. Aber nur gemeinsam wird es uns gelingen, unseren Planeten zu schützen und zu erhalten.

Erfahren Sie mehr auf rolex.org.

#Perpetual



ROLEX